

Antrag der Fraktion der CDU: „12 Jahre“ Abitur und Abiturprüfung	Klaus Schier, SPD.....	730
– Drucksache 3/294 –	Heike Lorenz, PDS.....	730
	Karla Staszak, SPD.....	732
	Beschluß	733
Änderungsantrag der Fraktionen der PDS und SPD		
– Drucksache 3/323 –	Antrag der Fraktion der CDU: Entscheidung über das ehemalige Preußenvermögen	
	– Drucksache 3/298(neu) –	734
Jörg Vierkant, CDU	Wolfgang Riemann, CDU.....	734, 736, 739
Minister Dr. Peter Kauffold	Minister Till Backhaus.....	735, 736
Heike Polzin, SPD	Hannelore Monegel, SPD	737
Andreas Bluhm, PDS	Birgit Schwebs, PDS	738
Eckhardt Rehberg, CDU	Beschluß	741
Beschluß		
	Antrag der Fraktionen der PDS und SPD: Unterrichtung zu altersgerechtem und betreu- tem Wohnen in Mecklenburg-Vorpommern	
Antrag der Fraktionen der SPD und PDS: Verkehrssicherheitskonzept für das Land Mecklenburg-Vorpommern	– Drucksache 3/288 –	741
– Drucksache 3/290 –		
Claus Gerloff, SPD.....	Torsten Koplín, PDS	741
Jürgen Seidel, CDU	Minister Helmut Holter.....	741
Peter Ritter, PDS	Wolfgang Riemann, CDU.....	742
Siegfried Friese, SPD.....	Dr. Manfred Reißmann, SPD	743
Minister Dr. Peter Kauffold	Irene Müller, PDS.....	744
Beschluß	Beschluß	745
Antrag der Fraktion der CDU: Förderung der gemeinnützigen Tätigkeit von Bürgern ab 55 Jahren	Antrag der Fraktion der CDU: Wohngeldnovelle	
– Drucksache 3/297 –	– Drucksache 3/296 –	745
Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS	Wolfgang Riemann, CDU.....	745
– Drucksache 3/324 –	Minister Helmut Holter.....	746
	Klaus Schier, SPD.....	747
Dr. Arthur König, CDU	Götz Kreuzer, PDS.....	748
Dr. Margret Seemann, SPD	Dr. Ulrich Born, CDU	749
Barbara Borchardt, PDS.....	Beschluß	750
Harry Glawe, CDU		
Irene Müller, PDS.....	Antrag der Fraktionen der PDS und SPD: Umsetzung des Weißbuches der Euro- päischen Kommission „Energie für die Zukunft: Erneuerbare Energieträger“	
Beschluß	– Drucksache 3/291 –	751
Antrag der Fraktionen der PDS und SPD: Bericht zur Vermeidung und Behebung von Wohnungslosigkeit	Änderungsantrag der Fraktion der CDU	
– Drucksache 3/287 –	– Drucksache 3/326 –	751
Torsten Koplín, PDS	Peter Ritter, PDS	751
Dr. Ulrich Born, CDU	Minister Helmut Holter.....	752

Renate Holznagel, CDU.....	753	Friedbert Grams, CDU.....	757, 761, 762, 764
Erhard Bräunig, SPD.....	755	Minister Dr. Wolfgang Methling	759, 760, 761, 762
Peter Ritter, PDS	756	Dr. Armin Jäger, CDU.....	760, 761
Beschluß	757	Dr. Henning Klostermann, SPD	762
		Gerd Böttger, PDS.....	763
Antrag der Fraktion der CDU:		Beschluß	765
Zuständigkeit und Landesförderung			
von Tierparks und Zoologischen Gärten			
– Drucksache 3/295 –	757		
Änderungsantrag der Fraktionen		Nächste Sitzung	
der PDS und SPD		Mittwoch, 19. Mai 1999	765
– Drucksache 3/327 –	757		

Beginn: 9.02 Uhr

Präsident Hinrich Kuessner: Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie zur 17. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratung vereinbarungsgemäß fort.

Ich will vorab noch einmal bekanntgeben, da man von verschiedenen Seiten an mich herangetreten ist und es auch zwischen den Fraktionen verabredet worden ist, werden wir heute keine Mittagspause machen, sondern die Debatte durchziehen, damit es heute abend nicht ganz so spät wird.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 14:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Effekte von Häfen in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 3/286.

**Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Effekte von Häfen in
Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 3/286 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Gerloff von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Gerloff.

Claus Gerloff, SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hätten wir nicht seit Tagen nur mit dem hausgemachten Politwirbel zu tun, dann wäre deutlicher geworden, daß diese Woche eigentlich durch ein Sachthema geprägt ist, nämlich durch die Belange der See- und Hafengewirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern.

Bereits am Montag hat Wirtschaftsminister Professor Eggert seine hafenpolitische Position öffentlich gemacht. Am darauffolgenden Tag, am Dienstag abend, waren viele von uns Gast des Landesverbandes der Hafengewirtschaft Mecklenburg-Vorpommern e. V. im Rahmen des parlamentarischen Abends. Ich denke, das war ein sehr wichtiger und auch interessanter Abend, der uns viele Informationen, Gespräche und Kontakte zur See- und Hafengewirtschaft gebracht hat.

Heute haben wir im Landtag die zweite Debatte zur Strukturbedeutung der Ostseehäfen. Ich möchte aber noch kurz an die erste große Hafendebatte vom 5. März 1998 erinnern, in der es um die Entwicklungstendenzen der Seehäfen in Mecklenburg-Vorpommern und Maßnahmen zur weiteren Verbesserung ihrer Wirtschaftlichkeit ging.

Nach wie vor steht an erster Stelle die Infrastrukturproblematik. Ich beschränke mich auf die Stichworte A 20, Rügenzubringer, zweite Strelasundquerung, A 241 und – das wird jetzt zunehmend von Bedeutung sein – die A 14, nämlich die Verbindung vom künftigen Schweriner Kreuz nach Magdeburg.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Ja, ich erwarte, daß Ihnen das nicht so sehr schmeckt, so, wie Sie die A 20 ja eigentlich auch in Rostock kappen wollten.

(Gerd Böttger, PDS: Na, na, na, na, na, na!)

Aber nichtsdestotrotz, die Mehrheit von Ihnen ...

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Ja, nichtsdestotrotz, es wird eine Mehrheit für eine notwendige Verkehrsinfrastruktur in diesem Hause geben.

(Dr. Arnold Schoenburg, PDS:
Davon wäre ich mal nicht so überzeugt.)

Ich bin deshalb besonders dem Wirtschaftsminister dankbar, daß er in Umsetzung eines früheren Landtagsbeschlusses deutlich gemacht hat, daß die A 20 von der Landesregierung zum vordringlichen Bedarf für die Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplanes angemeldet wird.

Probleme haben wir noch bei der schienenseitigen Anbindung unserer Häfen. Wir müssen immer wieder feststellen, daß für unsere Erfordernisse die Deutsche Bahn AG eigentlich nicht der handlungsfähige Partner ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Das zeigt sich ganz offensichtlich bei den fortwährenden Terminverzögerungen beim Ausbau der Eisenbahnstrecken, aber – auch zum Nachteil unseres Landes – ganz besonders darin, daß die Bahn ganz andere Prioritäten setzt, als wir sie aus unserer Sicht benötigen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist wohl wahr. –
Zuruf von Dr. Henning Klostermann, SPD)

Die Häfen klagen nicht zu Unrecht darüber, daß wir auch durch die gültigen Warentarife benachteiligt sind und daß die Deutsche Bahn AG jegliche Flexibilität vermissen läßt, wenn es um das Heranholen neuer Kunden, um neue Verkehrsströme zu unseren Häfen geht, und daß man im Grunde durch diese Unflexibilität letztendlich als Hafen nicht wettbewerbsfähig ist.

(Gesine Skrzepski, CDU: Da haben Sie recht.)

Wir hatten auch die ungünstigen Konditionen für Lotsen- und Verklappungskosten sowie die Benachteiligung besonders des Seehafens Rostock durch die Eigentumsverhältnisse an der Schieneninfrastruktur angesprochen.

Aber nun zum heute vorliegenden Antrag. Wir sagen immer wieder, die Häfen haben eine strukturbestimmende Bedeutung für das Land Mecklenburg-Vorpommern. Gerade diese These wollen wir mit dem vorliegenden Antrag etwas näher beleuchten und untersuchen lassen.

Uns ist klar, allein mit dem Fähr- und Ro-Ro-Verkehr gewinnen wir nicht das, was unser Land braucht, nämlich eine höhere Wertschöpfungsquote und damit verbunden zusätzliche Arbeit, die wir ins Land holen wollen. Mit Fähr- und Ro-Ro-Verkehren haben wir im wesentlichen die Verkehrsbelastungen zu tragen, und im günstigsten Fall werden die Kraftfahrer hier und da mal eine Mark für eine Bockwurst und eine Cola ausgeben.

(Andreas Bluhm, PDS: Für 'ne
Mark gibt's das aber nicht mehr.)

Das wär's dann eigentlich. In Wirklichkeit müssen wir die Häfen als Entwicklungspotentiale für die Ansiedlung hafenrelevanter Gewerbe- und Industrieunternehmen nutzen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Das ist das eigentlich Nutzbringende. Das schafft Arbeitsplätze.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Hafenflächen sind sehr spezialisierte, aber natürlich auch sehr teure und nur begrenzt zur Verfügung stehende Gewerbeflächen. Deswegen muß man nicht irgendetwas

versuchen dort anzusiedeln, sondern Umschlaglagerzeugende Unternehmen und Unternehmen, die wirklich hafenenabhängig sind. Alle anderen können billigere Gewerbeflächen nutzen.

Einige gute Beispiele haben wir inzwischen in unserem Land zu verzeichnen: beim Seehafen Wismar die Ansiedlung des Sägewerkes und der Spanplattenfabrik, in Rostock die Getreidewirtschaft und die Malzfabrik, in Saßnitz/Mukran die zwei Fischverarbeitungsunternehmen, die sich dort jetzt etablieren werden, und in Stralsund Unternehmen der Baustoffwirtschaft. Das ist eigentlich der Weg, den wir über diesen Antrag einmal präzise untersuchen und damit auch befördern wollen.

Das Verhältnis der Arbeitsplätze von direkt im Hafen Beschäftigten zur Anzahl von Arbeitsplätzen, die im Umfeld von Häfen, in direkter Beziehung und Abhängigkeit von den Häfen entstehen, beträgt 1 zu 15 bis 1 zu 20. Mir liegen Zahlen des Bundesministers für Verkehr vor, die besagen, daß wir in Deutschland 17.000 Arbeitsplätze unmittelbar in den Seehäfen haben, aber weitere 300.000 Arbeitsplätze hafenenabhängig Beschäftigter im Umfeld. In Rostock sehen die Verhältnisse schon jetzt ähnlich aus.

Als letzten Punkt möchte ich noch kurz auf die Vorteile, auf die Potentiale der Seehäfen für die Tourismuswirtschaft hinweisen. Die Häfen haben in unserem Küstenland ein ganz besonderes Flair zu verkaufen. Sie sind Magnete für Touristen. Je mehr wir sie öffnen und den Touristen als Erlebnisbereiche anbieten, um so mehr profitieren wir von der Küstenlage und von unserer maritimen Struktur.

(Beifall Dr. Arthur König, CDU)

Meine Damen und Herren, zum Schluß möchte ich Sie bitten: Stimmen Sie unserem Antrag zu! – Danke schön.

(Beifall bei der SPD, einzelnen Abgeordneten der CDU und Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Gerloff.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Redezeit von bis zu fünf Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Wirtschaftsminister Professor Eggert.

Minister Dr. Rolf Eggert: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte ganz kurz zu dem Thema „Effekte von Häfen in Mecklenburg-Vorpommern“ insgesamt fünf Thesen vorstellen und diese fünf Thesen dann auch etwas untermauern.

Die These eins: Von der Hafenwirtschaft gehen umfangreiche wirtschaftliche Effekte auf die jeweilige Region hinsichtlich der Beschäftigung, des Einkommens und der Steuern aus.

Die zweite These: Damit die Häfen in der Produktion das Niveau ihrer westlichen Wettbewerber erreichen können und auch künftig für die regionale und überregionale Wirtschaft von Bedeutung bleiben, muß die Entwicklung bedarfsorientierter Hafeninfrastruktur nachhaltig gefördert werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU)

Ausgehend von den vorliegenden Prognosen über die Hafenumschlagentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern bis 2010, der Realisierung geplanter und im Bau befindlicher land- und wasserseitiger Verkehrsanbindungen sowie potentieller Ansiedlungen in den Häfen müssen die infrastrukturellen Hafenanlagen den künftigen Anforderungen angepaßt werden. Und da, meine Damen und Herren, gibt es noch einiges zu tun, und – ich sage das auch in diese Richtung – hier stehen wir in einem großen Wettbewerb mit anderen nationalen und internationalen Konkurrenten. Dazu komme ich vielleicht bei dieser These noch im einzelnen.

Die These drei: Neben der Hafeninfrastruktur sind wettbewerbsfähige Verkehrsanbindungen entscheidend für die Inanspruchnahme von Hafendienstleistungen. Deshalb muß die Infrastruktur im Hinterland den Verkehrserfordernissen angepaßt und die seeseitige Infrastruktur leistungsgerecht vorgehalten werden.

These vier: Ordnungspolitisch setzt sich die Landesregierung für einen fairen und lautereren Hafenwettbewerb auf nationaler und internationaler Ebene ein. Man kann ja fragen: Gibt es denn hier keine fairen Wettbewerbsbedingungen? Nein, die gibt es nicht. Wenn man sich genau anguckt, wie Hafeninfrastruktur und -suprastruktur international behandelt werden, dann gibt es diesen fairen Wettbewerb nicht.

Und These fünf: Häfen bieten gute Chancen für die Ansiedlung von Verarbeitungs- und Veredelungsindustrie von Importprodukten. Herr Gerloff ist schon kurz darauf eingegangen.

Zur These eins. Die Wirtschaft stellt ständig neue qualitative und quantitative Anforderungen an logistische Dienstleister. In zunehmendem Maße werden von den Kunden der Hafen- und Seeverkehrswirtschaft Komplettlösungen nachgefragt. Daraus erwachsen neue Anforderungen an Häfen und Schifffahrt. Und die vielfältigen neuen Aufgaben verbinden die Häfen wesentlich enger als früher mit dem Umland. Über ein dichtes Netz wirtschaftlicher Beziehungen tragen die Häfen in erheblichem Umfang über das unmittelbare Territorium hinaus zur Beschäftigungssicherung bei.

In den Hafeninfrastruktur- und Umschlagsgesellschaften der Häfen von Wismar bis Ueckermünde waren per 01.01.1999 insgesamt „nur“ 1.011 Beschäftigte tätig. Das ist auf den ersten Blick nicht viel, aber die Häfen induzieren viele Beschäftigungseffekte in andere Wirtschaftsbeiriche. Für Rostock ermittelte das Institut für Verkehr und Logistik der Universität Rostock auf der Basis des Jahres 1994 insgesamt 10.336 direkt und indirekt vom Hafen abhängige Beschäftigungsverhältnisse. Für die Hansestadt, die in 1994 rund 120.000 Arbeitsplätze aufwies, schätzte das Institut 7,5 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse als hafenenbedingt ein. Die direkt mit der Rostocker Seehafenwirtschaft verbundenen Unternehmen und Institutionen lösten Aufträge an Dienstleistungsunternehmen in anderen Wirtschaftszweigen im Umfang von 1,2 Milliarden DM aus.

Entscheidungen der öffentlichen Hand zur Hafenenwicklung, die hauptsächlich Investitionsentscheidungen infrastruktureller Art sind, haben Auswirkungen auf die Hafengesellschaft und natürlich auf eine Vielzahl von direkt und indirekt von der Hafentätigkeit abhängigen Wirtschafts- und Dienstleistungsunternehmen sowie Institutionen und Behörden.

Zur These zwei. Im Ostseeraum ist aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre eine Entwicklung eingetreten, die für unser Land enorm an Bedeutung gewonnen hat, nämlich der Güterverkehr über See nimmt eine herausragende Stellung ein. Mecklenburg-Vorpommern ist mit seinen mittelgroßen bis kleinen und äußerst flexiblen Häfen ein wichtiges Verbindungsglied in der europäischen Nord-Süd-Achse und natürlich auch im Ost-West-Verkehr.

Bedingt durch die notwendigen Umstrukturierungen der Häfen nach der Wende und aktuellen hafenwirtschaftlichen Erfordernissen waren und sind die Infrastrukturanlagen der Häfen dem Niveau der nationalen und internationalen Wettbewerber sowie den Anforderungen der Schifffahrt und Ladungen anzupassen.

Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ wurden bislang circa 120 Hafeninfrastrukturprojekte und Fördermittel in Höhe von rund 700 Millionen DM bereitgestellt, davon 160 Millionen DM aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung. Das dadurch ermöglichte direkte Investitionsvolumen beträgt 1 Milliarde DM.

Aktuelle Förderschwerpunkte sind:

- In Wismar wird das frühere Kernstück der Kali-Umschlagsanlage in eine den heutigen Umwelanforderungen entsprechende Umschlagsanlage für witterungsempfindliche und umweltsensible Massengüter bis zum Herbst 1999 umgebaut.
- In Rostock wird die Wassertiefe für zwei Seeliegeplätze auf 14,5 Meter errichtet. Noch im ersten Halbjahr 1999 wird der neue Tiefseeliegeplatz im Ölhafen zur Versorgung des Chemiedreiecks in Sachsen-Anhalt realisiert. Damit wird Öl direkt in das Chemiedreieck Sachsen-Anhalt gepumpt.
- Schwerpunkt der Hafentwicklung in Stralsund stellt der Bau des neuen Hafenteils südlich des Rügendamms mit der Errichtung von drei neuen Liegeplätzen bis zum Herbst 1999 dar.

These drei. Hinterlandanbindungen sind das Rückgrat der Häfen, und die Leistungsfähigkeit ihrer Anbindung bestimmt in entscheidendem Maße die Hafenwahl durch die verladende Wirtschaft. Wer etwas weiter westlich guckt, der weiß, welche starken Bemühungen dort die Landesregierungen insgesamt unternehmen, um gerade dieser Forderung gerecht zu werden. Und, ich sage das hier mit aller Deutlichkeit, wir sind hier in einem Wettbewerb mit diesen westlichen, auch nationalen Partnerländern. Und wenn wir hier nicht die nötigen Schritte rechtzeitig unternehmen, meine Damen und Herren, kommen wir erheblich ins Hintertreffen. Ich sage das mit aller Deutlichkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Die Landesregierung hat sich deshalb in der Vergangenheit aktiv für die Verbesserung der straßenseitigen Anbindung der Häfen eingesetzt und führt diesbezügliche Beziehungen uneingeschränkt fort. Von herausragender Bedeutung sind hier natürlich die A 20 einschließlich Rügenzubringer, zweiter Strelasundquerung und Ausbau der B 96 auf Rügen

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der CDU)

und weiterhin – wir haben das jetzt auch auf den Tisch bekommen, auch die Abgeordneten dieses Landtages – der Lückenschluß der A 241 zwischen Schwerin und Wismar.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Jawohl.)

Für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Häfen ist eine direkte Anbindung der Wirtschaftszentren im mittel- und süddeutschen Raum von besonderer Wichtigkeit. Hier geht es darum, ob diese zukünftig wichtige Verkehrsverbindung über unser Land durch den westmecklenburgischen Raum Wismar/Schwerin oder ob er über Niedersachsen direkt nach Hamburg führt.

(Gesine Skrzepski, CDU: Richtig.)

Darum geht es. Diese Auseinandersetzung werden wir führen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Die Landesregierung hat deshalb die Absicht, das Vorhaben für die A 14 „für die Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan als Maßnahme des vordringlichen Bedarfs“ noch in dieser Legislaturperiode festzuschreiben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Unzufrieden ist die Landesregierung mit den Verzögerungen beim Ausbau der Eisenbahnstrecke Lübeck-Hagenow-Land-Rostock-Stralsund, die immerhin unter dem stolzen Namen „Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nummer 1“ bekannt ist.

(Heiterkeit bei Claus Gerloff, SPD)

Und gerade diese Strecke ist auch für die Häfen unseres Landes von großer Bedeutung.

Da auch leistungsfähige und den nautischen Anforderungen der Schifffahrt gerecht werdende seewärtige Zufahrten über die Hafenwahl der Verloader und Reeder entscheiden, wurden beziehungsweise werden die Zufahrten zu den Häfen Rostock, Stralsund, Wismar, Wolgast und Ueckermünde/Berndshof ausgebaut.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wir hatten am 14.01.1997 die Einweihung der vertieften Zufahrt nach Ueckermünde. 1997 ist die Verkehrsfreigabe des ausgebauten nördlichen Peenestroms erfolgt. Am 14.05.1998 Molenbau in Warnemünde und Verkehrsfreigabe der Zweischiiffigkeit des Seekanals Rostock – ich sage das jetzt hier nur stichpunktartig –, die Fahrinne zum Seehafen Wismar wurde beidseitig um 30 Meter verbreitert und in diesem Bereich auf sechs Meter vertieft. Die volle Nutzbarkeit wird jedoch erst im Sommer 1999 mit der Anpassung der Schifffahrtszeichen gegeben sein. Mit der Fertigstellung des Ausbaus der Ostansteuerung Stralsund Ende 2000 werden unsere Häfen dann die Anforderungen, die die Schifffahrt in den nächsten Jahren hat, denke ich, erfüllen können.

These vier. Die tägliche Praxis zeigt, daß die Häfen auf nationaler und internationaler Ebene in einem harten Wettbewerb um die Ladungen kämpfen. Deshalb besteht ein Hauptanliegen von Bund und Küstenländern darin, gemeinsam für die Herstellung und Sicherung gleicher Wettbewerbsbedingungen auf nationaler und internationaler Ebene einzutreten, wie in der am 22.02.1999 auf der Küstenwirtschaftsministerkonferenz verabschiedeten gemeinsamen Plattform des Bundes und der Küstenländer zur deutschen Seehafenpolitik festgelegt wurde.

Mit dem im Dezember 1997 präsentierten Grünbuch der Seehäfen und Seeverkehrsinfrastruktur hat die EU-Kommission eine Diskussion über die Erhöhung der Effizienz von Seehäfen unter Wahrung eines fairen und lauten Wettbewerbs eingeleitet. Die im Grünbuch unterbreiteten Vorschläge zur Finanzierung der Infrastruktur, das heißt die volle Umlegung der Kosten auf die Hafennutzer, hat in der EU-Kommission eine Diskussion über die Erhöhung der Effizienz von Seehäfen ausgelöst, die wir so nicht akzeptieren können.

Die Anwendung der Grenzkostenpreisstrategie zur Erarbeitung einer Richtlinie über Hafengebühren stößt nicht nur in den deutschen Küstenländern, sondern auch bei der deutschen Hafenvirtschaft auf massive Kritik. Die Küstenländer unisono und auch der Bund haben deutlich gemacht, daß eine Vorreiterrolle der Seeverkehrs- und Hafenvirtschaft bei der Verkehrskostenanlastung nicht in Frage kommt. Hier, denke ich, müssen wir auch gerade jetzt zukünftig auf allen politischen Ebenen darauf hinwirken, daß das nicht in Frage kommt, denn wenn unsere Häfen, die diese wichtigen Infrastrukturmaßnahmen noch nachholen müssen, deren Infrastruktur noch nicht das Niveau, selbst das nationale Niveau noch nicht erreicht hat, mit diesen Kosten belastet werden, dann kann man nicht von einem fairen Wettbewerb sprechen, auch nicht von einem fairen nationalen Wettbewerb.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU)

Faire und transparente Wettbewerbsbedingungen im Hafenbereich müssen am ehesten über eine Leitlinie für staatliche Beihilfen gewährleistet werden. Eine wesentliche Voraussetzung für die Leitlinie besteht darin, daß die staatlichen und privaten Investitionen und Aufgaben klar definiert werden. Zwischenzeitlich hat die Kommission den Mitgliedsstaaten einen umfangreichen Fragenkatalog zur wirtschaftlichen und finanziellen Hafenorganisation übersandt. Die erbetenen Antworten wurden in anonymer Form der Kommission über den Bundesverkehrsminister übersandt.

Zu den Voraussetzungen eines fairen Seehafenwettbewerbs gehört ein einheitliches Trassenpreissystem im EU-Eisenbahnverkehr genauso wie die Integration der Häfen in ein multimodales transeuropäisches Verkehrsnetz, das einzelne Häfen nicht benachteiligt. Küstenländer und Bund werden gemeinsam für die Wahrung fairer und transparenter Wettbewerbsbedingungen in Brüssel eintreten.

Die letzte These. Häfen, die sich – Herr Gerloff hat das freundlicherweise schon angesprochen – im Wettbewerb behaupten wollen, dürfen sich nicht nur auf reine Umschlagsaktivitäten beschränken. Sie müssen sich immer mehr zu komplexen Dienstleistungszentren und -gewerbegebieten entwickeln, in denen günstige Rahmenbedingungen für die Ansiedlung von Produktionsbetrieben der verarbeitenden Industrie bestehen beziehungsweise geschaffen werden. In Ballungszentren wird die Entwicklung weg von Produktionszentren hin zu Dienstleistungszentren gehen. Die Häfen müssen mit ihren günstigen Standortbedingungen – seeschifftiefes Wasser, leistungsfähige Hinterlandanbindungen, nutzbare Landflächen – diesen Trend nutzen und verstärkt für Industrieansiedlungen werben, denn nur so können die wirtschaftlichen Effekte, die von Häfen ausgehen, und die Standortvorteile von Häfen intensiver genutzt werden.

Ich wiederhole jetzt nicht die Beispiele, die Herr Gerloff schon gebracht hat. Wünschenswert, weil arbeits- und wertschöpfungsintensiv, sind Ansiedlungen von Dienstleistern, die neben den traditionellen Hafenfunktionen das Angebot durch zusätzliche Servicefunktionen erweitern und so natürlich automatisch neue Ladungen auf den jeweiligen Hafen ziehen. Und die Beispiele, die Herr Gerloff gebracht hat, haben, glaube ich, deutlich gemacht, wie das gehen kann. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznapel: Danke schön, Herr Wirtschaftsminister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Vierkant von der Fraktion der CDU.

Jörg Vierkant, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Meine beiden Vorredner haben hier bereits auf die Problematik der Hafenvirtschaft in letzter Zeit hingewiesen. Gestern haben wir zum Seehafen Wismar gesprochen, vorgestern war der Parlamentarische Abend des Landesverbandes der Hafenvirtschaft Mecklenburg-Vorpommern e. V., und heute nun sprechen wir zu den Effekten von Häfen in Mecklenburg-Vorpommern. „Hafentage“ also diese Woche im Landtag. Sei es drum, das Thema ist wichtig genug. Dies wurde auch auf dem Parlamentarischen Abend deutlich.

Sicherlich, die Hafenvirtschaft in unserem Land hat seit der Wiedervereinigung eine vielversprechende und erfolgversprechende Entwicklung genommen, und das in einem Wettbewerbsumfeld, das sowohl aus nationaler als auch internationaler Sicht keineswegs als einfach zu bezeichnen ist. Die Gründe für die gute Entwicklung in der Vergangenheit sind schnell identifiziert. Durch die Erweiterung der Europäischen Union wurden und werden mit der Einbeziehung Osteuropas die Häfen immer mehr von einer europäischen Rand- in eine Zentrallage des Ostseeraums gerückt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Natürlich spielen auch die verkehrsgeographischen Faktoren eine wichtige Rolle, ebenso, wie die Investitionen in die Hafeninfrastruktur und -suprastruktur zunehmend Früchte tragen.

Sehr geehrte Damen und Herren, dennoch sind natürlich auch wir der Auffassung, daß die Begleitung unserer Häfen und die Unterstützung in ihrer Entwicklung eine wichtige politische Aufgabe sind, insbesondere dann, wenn man sich noch einmal die Untersuchungsergebnisse der Studie „Entwicklungstendenzen von Seehäfen im Ostseeraum bis 2010“ vor Augen führt. Dort wurden Prognosedaten für die Entwicklung des Gesamtumschlags bis zum Jahr 2010 ermittelt, jeweils für ein Basisszenario und ein optimistisches Szenario. In jedem Fall wird sehr klar, daß zwischen den Prognosedaten für Basis- und Optimismusvariante deutliche Differenzen liegen, nämlich zwischen 20 und 40 Prozent. Diese Differenz aber zu vermindern und die Werte so weit wie möglich in Richtung der optimistischeren Werte zu verschieben, das sollte unser Ziel sein, denn mehr Umschlag in den Häfen bedeutet mehr Wertschöpfung, mehr Arbeit und mehr Beschäftigung. Vor diesem Hintergrund ist es natürlich eine Aufgabe der Politik, sich dafür stark zu machen, die Entwicklung unserer Häfen voranzutreiben.

Sehr geehrte Damen und Herren, einen weiteren, für mich zentralen Punkt möchte ich noch ansprechen. Wenn unsere Häfen analysiert werden, dann spielen – ohne jede Frage – die Hinterlandanbindungen der Häfen eine entscheidende Rolle. Darauf wies auch der Wirtschaftsminister gerade eben hin. Bei den straßenseitigen Hinterlandanbindungen geht es einmal mehr – und ich wiederhole die Beispiele von Herrn Gerloff gerne noch einmal, man kann sie gar nicht oft genug nennen – um die hinlänglich bekannten Fragen der A 20, der A 241, des Rügenzubringers und nicht zuletzt der A 14. Bei den schienenseitigen Hinterlandanbindungen der Häfen muß insbesondere die Frage des zweigleisigen Ausbaus der Strecken Rostock–Ribnitz-Damgarten–Velgast–Stralsund thematisiert werden,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

so, wie dies im übrigen auch schon in der Unterrichtung der letzten Landesregierung zu den Entwicklungstendenzen der Seehäfen in Mecklenburg-Vorpommern deutlich gemacht wurde. Hierzu sind klare und deutliche Aussagen auch im Interesse unserer Hafenwirtschaft vonnöten.

(Dr. Henning Klostermann, SPD:
Versäumnisse der alten Bundesregierung.)

Dies um so mehr, als der Bundesverkehrsminister ja jüngst mitgeteilt hat, daß mittelfristig 80 bis 90 Milliarden DM für die Verkehrsinfrastruktur fehlen.

(Dr. Henning Klostermann, SPD: Versäumnisse.)

Wie unter diesen Voraussetzungen eine beschleunigte Fertigstellung unserer wichtigsten Infrastrukturvorhaben gesichert werden soll, ist eine zentrale Frage. Auch hier wird es interessant sein zu erfahren, wie sich Probleme bei der Infrastrukturentwicklung auf unsere Häfen auswirken und gegebenenfalls auswirken werden.

Oder, was ist mit dem Güterverkehrszentrum Rostock? Haben wir dort eine wichtige Schnittstelle für den kombinierten Verkehr, die auch für den Hafen von Bedeutung ist, oder ist es nicht mehr oder minder eine Brache?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Gesine Skrzepski, CDU: Ja, leider.)

Sehr geehrte Damen und Herren, offenkundig gibt es allein im Bereich der Verkehrsinfrastruktur eine ganze Anzahl von wichtigen und interessanten Fragen, die mittelbar oder unmittelbar Auswirkungen auf die Häfen haben. Darüber hinaus sind dann eine Vielzahl anderer Fragenfaktoren zu berücksichtigen, die für die Zukunft unserer Häfen von großer Wichtigkeit sind. Die Aufforderung der Regierungsfractionen an die Landesregierung, Entwicklungsansätze für die einzelnen Häfen zu erarbeiten, ist deshalb unzweifelhaft eine richtige. Wir unterstützen diesen Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holzngel: Danke, Herr Vierkant.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Kassner von der Fraktion der PDS.

Kerstin Kassner, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Unser Land hat zweifellos viele Vorzüge. Einer davon ist seine Lage an der Ostsee. Damit sind enorme Möglichkeiten für die Vernetzung mit anderen Ostseeländern und weit darüber hinaus verbunden.

Das geschieht natürlich in erster Linie durch die Seehäfen unseres Landes, die durch das Zusammenspiel zahlreicher Branchen zu bedeutenden Zugpferden für die Entwicklung ganzer Regionen und damit unseres gesamten Landes werden. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben bündeln die Seehäfen vielfältigste Dienstleistungen und sind somit Zellkerne für den Ausbau eines ganzen Wirtschaftszweiges.

Betrachten wir die Entwicklung der einzelnen Hafenstandorte in den letzten Jahren, so ist deutlich zu erkennen, daß die neuen Hafenstandorte an der Ostsee enorme Bedeutung erlangt haben. Dabei fällt es nicht so sehr ins Gewicht, daß die vier größten Häfen unseres Landes auch im neunten Jahr nach der Wende immer noch nicht die Menge an Gütern umschlagen, wie sie dies bis 1989 getan haben. Die Entwicklung ist positiv, und in diesem, vielleicht auch erst im nächsten Jahr werden die Rekonstruktionen beziehungsweise Modernisierungen in Stralsund beziehungsweise Wismar ihre Erfolge zeigen, und in Rostock, denke ich, wird man sehr bald die Querelen begraben.

Nein, diese vier Häfen haben wir nicht vordergründig im Sinn, wenn wir im Antrag die Landesregierung aufforderten, das bisherige Hafenkonzept auf seine regionale Wirkung zu analysieren, obwohl die Wirkungen dieser Häfen natürlich für unser Land sehr groß sind. 93 Prozent des gesamten Seegüterumschlages werden nämlich in diesen Häfen über die Kaimauer gehievt. Es ist notwendig, die Wirkungen der Häfen wie Greifswald und Wolgast zu untersuchen und zu analysieren, wie ihre weitere Entwicklung aussehen kann.

Der Hafenumschlag in Wolgast, meine Damen und Herren, hat den des Stralsunder Hafens bereits überflügelt. Wird dies anhalten? Welche Konsequenzen hat dies für die Entwicklung der Hinterlandanbindung und für die Infrastrukturentscheidungen? Ich denke, daß es sehr richtig ist, wenn wir erst analysieren, wie laufen die Warenströme, wohin gehen sie, woher kommen die Güter für die Schiffe, und dann entscheiden, wo sind entsprechende Straßenbauten notwendig. Ich denke, das muß der erste Schritt sein, bevor man entscheidet, was unser Land braucht.

In Greifswald hat man sich bei einem Umschlagsvolumen von etwa 500.000 Tonnen eingepegelt. Wird dies so bleiben, oder wird es sich weiterbeleben? Welche Vorteile hätte das für diese Stadt? Die Entwicklung der Leistung der Häfen von Anklam und Ueckermünde ist genauso zu analysieren.

Mecklenburg-Vorpommern hat nach einer Studie der Deutschen Binnenreederei gute Chancen, in das Europäische Binnenschiffahrtsnetz eingebunden zu werden. Für eine Wiederbelebung der Binnenschiffahrt bietet unser Land einfach günstige Voraussetzungen. Dieser Punkt ist allerdings in der Unterrichtung der Landesregierung zu den Entwicklungstendenzen nur sehr kurz behandelt worden.

Binnenschiffahrt ist eben kein Schwerpunkt. Wir sind jedoch der Auffassung, daß diese Verkehrsart durchaus stärkere Beachtung finden sollte. Es ist nach wie vor ökologischer, Güter mit dem Schiff zu transportieren anstatt mit dem LKW. Was also muß und kann getan werden, damit die Binnenschiffahrt ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern kann? Und wie ist es mit der Erreichbarkeit des Rostocker Hafens auf dem Binnenwasserweg? All dies wäre zu analysieren.

Auf dem 29. Deutschen Schifffahrtstag im Mai vergangenen Jahres in Rostock-Warnemünde wurde sehr oft darauf hingewiesen, daß den deutschen Seehäfen große Gefahr drohe, wenn die niederländische Wettbewerbsoffensive Erfolge zeigt. Die dargestellten Gefahren, denke ich, sind sehr real, denn die dahinterstehenden Projekte waren äußerst konkret. Hier sind in der Landesregierung Gegenstrategien zu erarbeiten und in Zusammenarbeit mit allen anderen Küstenländern und der Bundesregierung umzusetzen. Auch dies liegt unserer Meinung nach im Auftrag dieses Antrages.

Die Seehäfen unseres Landes sind wirklich von enormer Bedeutung für Wirtschaft und Beschäftigung und für die Wertschöpfung unseres Landes. Und dem müssen wir alle Aufmerksamkeit widmen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Kassner.

Das Wort hat jetzt Herr Bräunig von der Fraktion der SPD.

Erhard Bräunig, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Wirtschaftsminister Eggert, ich bedanke mich noch einmal außerordentlich für die Initiative, die seitens des Wirtschaftsministeriums hier gezeigt worden ist, was die Effekte in der Hafenwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern betrifft, denn es ist eine Wachstumsbranche, und wir wissen genau, wenn die Politik in der Lage ist, die Rahmenbedingungen zu schaffen, dann werden wir auch Häfen haben, die ohne Verlust arbeiten können. Denn wir haben noch heute beispielsweise in Rostock und Wismar mit Verlustausgleichen zu rechnen beziehungsweise müssen diese vornehmen. Ich meine einfach, die Politik hat die Aufgabe, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit diese Häfen auch mit Gewinn wirtschaften können und einen noch wichtigeren Faktor in der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern darstellen.

Frau Kassner, ich stimme Ihnen in Ihrem Beitrag ausdrücklich zu, aber in einem Punkt kann ich Ihnen nicht folgen, nämlich wenn Sie hier von der Binnenschifffahrt sprechen. Ich meine, wir haben in Mecklenburg-Vorpommern die Oder. Ich weiß nicht, wenn Sie meinen, daß Sie Kanäle bauen wollen in Mecklenburg-Vorpommern, dann sehe ich hier schwarz.

(Kerstin Kassner, PDS: Die gibt es schon. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Herr Bräunig, informieren Sie sich besser über die Situation im Land und nicht nur in Vorpommern!)

Ich glaube einfach, Herr Schoenenburg, daß es heute nicht angebracht ist, über so was zu reden, weil die Kosten das übersteigen würden, was wir gar nicht aufbringen können. Dazu kommen noch Umwelt...

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das stimmt doch gar nicht. Sie sind schlecht informiert.)

Ja, ja, ich weiß, Herr Schoenenburg.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Ja, wir sprechen noch über Autobahnen. Da stehe ich ausdrücklich dahinter. Das ist nämlich der richtige Weg, einen anderen gibt es gar nicht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren! Gegenwärtig umfaßt die maritime Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern circa 600 Unternehmen mit etwa 20.000 Beschäftigten. Davon sind in den klassischen Bereichen Werften, Schifffahrt, Hafenwirtschaft und Fischereiwirtschaft rund drei Viertel der Beschäftigten angesiedelt.

Für Mecklenburg-Vorpommern stellt die maritime Wirtschaft einen strukturbestimmenden Bereich dar, für den gute Chancen gesehen werden, auch künftig als Motor für das weitere Wirtschaftswachstum des gesamten Landes zu wirken. Moderne und leistungsfähige Häfen sind für die wirtschaftliche Entwicklung der jeweiligen Region und unseres gesamten Landes kraftvolle Motoren.

Häfen sichern und schaffen Beschäftigung, jedoch zeigt die tägliche Praxis auch, daß sich die Häfen auf nationaler und internationaler Ebene in einem hafenwettbewerbspolitischen Umfeld befinden. Das ist hier schon mehrfach betont worden. Faktoren wie Globalisierung, Ostöffnung und EU-Erweiterung nach Norden, um hier nur einige zu nennen, haben den Wettbewerb Ende der 90er Jahre determiniert.

Daher müssen zeitgemäße Antworten auf diesen sich zunehmend verschärfenden Wettbewerb gefunden werden. Das betrifft insbesondere die Hafenunternehmen, aber auch die Hafenstandorte und die involvierenden Regionen in unserem Lande. Anfang dieses Jahres wurden sie auch in der gemeinsamen Plattform des Bundes und der Küstenländer zu deutschen Seehafenpotentialen für Unternehmen genannt. Diese liegen unter anderem in einer marktorientierten Neuorganisation der Unternehmensstrukturen, in den bildungsstrategischen Allianzen, in der Erschließung von Synergien durch neue Kooperationsformen sowie in der Entwicklung eines neuen umfassenderen Selbstverständnisses der Dienstleistung und des Produktionsstandortes Hafen.

Die maritime Wirtschaft stellt aufgrund ihrer starren internationalen Ausrichtung ein entscheidendes Bindeglied zur Weltwirtschaft dar. Sie ist auf vielfältige Weise in den Weltmarkt eingebunden und mit seinen Anforderungen konfrontiert. So bestreitet Deutschland fast ein Drittel des europäischen Exports. Dabei sind 60 Prozent des deutschen Exportes über den Seeweg abgewickelt worden.

Voraussetzungen für einen reibungslosen Außenhandel sind dabei schnelle und verlässliche Verbindungen im Seeverkehr, effiziente Umschlagskapazitäten in den Häfen und eine gute Anbindung der Hafenstädte an das Hinterland durch Verknüpfung mit dem internationalen und nationalen Verkehrsnetz.

Dabei müssen der Schiffbau und die schiffahrtlichen Aktivitäten begleitet werden, die vor allem auf den Schutz vor internationalen Wettbewerbsverzerrungen und die Verbesserung der internationalen Wettbewerbspositionen dieser Unternehmen ausgerichtet sind. Gleichzeitig muß darauf abgezielt werden, in ausgewählten Bereichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die internationale Kompetenz erreicht wird.

Für Mecklenburg-Vorpommern ergibt sich hier die Chance, den Durchbruch zu einer internationalen Bedeutung zu erlangen und eine konzeptionelle Führung bei der Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen zu übernehmen. Daher muß sich die Landesregierung für eine Herstellung und Sicherung fairer und transparenter Wettbewerbsbedingungen für die Seehäfen des Landes ein-

schließlich ihrer Hinterlandverkehre im Bund, in der Europäischen Union und im Verhältnis zu anderen Staaten einsetzen.

Dazu gehört ein einheitliches Trassenpreissystem im EU-Verkehr ebenso wie die Integration der Häfen in ein multimodales transeuropäisches Verkehrsnetz, das die einzelnen Häfen nicht benachteiligt. Gleichzeitig soll die Landesregierung Bestrebungen der Hafenwirtschaft unterstützen, standortübergreifend mit Wettbewerben zu kooperieren, zum Beispiel um gemeinsame Interessen gegenüber dem Bund und der EU zu artikulieren und im Short-sea-Projekt voranzutreiben. Kooperationen, die den Wettbewerb beeinträchtigen, die zu einer Gefährdung der Ladungspotentiale und der Beschäftigung in den mecklenburg-vorpommerschen Häfen führen, ist demgegenüber entgegenzuwirken. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Bräunig.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/286. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Der Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/286 ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Sicherung der Theaterlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 3/299.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Sicherung der Theaterlandschaft
in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 3/299 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Schnoor von der Fraktion der CDU.

Steffie Schnoor, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich bräuchte man ja nach den letzten Wochen zu diesem Thema nichts weiter zu sagen. Die Argumente sind lang und breit in der Öffentlichkeit diskutiert worden – alle Argumente für und wider. Die Theaterleute haben unüberhörbar getrommelt, wohlgemerkt, alle Theaterleute und nicht nur das Orchester der Staatskapelle, das ja durch die drohenden Beschlüsse der Schweriner Stadtvertretung unmittelbar von Kürzungen und einer Abstufung bedroht war. Das Trauerspiel, die Tragödie ist aber noch nicht vorbei. Der Vorhang ist noch nicht heruntergelassen, das Licht noch nicht aus – Gott sei Dank –, und dank der teilweise spektakulären Aktion des Schweriner Staatstheaters sind auch die Zuschauer noch nicht gegangen. Nein, meine Damen und Herren, ganz im Gegenteil, sie strömen in Scharen an die Orte des Protestes, den das Theater organisiert hat.

(Reinhard Dankert, SPD: Immer wenn was passiert, dann kommen die Leute.)

Die Damen und Herren Kollegen von der PDS werden sich vielleicht verwundert die Augen reiben, denn seit einigen Jahren war ein Theaterantrag im Hohen Hause immer die Domäne der PDS.

(Andreas Bluhm, PDS:
Unter Dynamisierung der Kosten.)

Aber im vergangenen Jahr, zum Ausklang der zweiten Legislaturperiode verließen Sie den Pfad der Kontinuität, und damit wir bei der Sache bleiben, wird die CDU versuchen, den Staffelstab aufzunehmen

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Na, seien Sie mal nicht so stolz, daß Sie auch mal einen Antrag eingebracht haben. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

und darauf hinzuwirken, daß langfristige Lösungen für die Theater unseres Landes gefunden werden.

Dieser Aufgabe habe ich mich allerdings schon als Kultusministerin dieses Landes gestellt und, wie Sie in den Protokollen alle nachlesen können, auch in den vergangenen Jahren keinen Zweifel daran gelassen, daß die CDU für langfristige Regelungen steht.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das wird aber aus Ihrem Antrag nicht so richtig deutlich.)

Die SPD hat sich 1997 langfristig für eine Neuordnung der Strukturen auf der Grundlage einer bis dato existierenden guten Theaterstruktur ausgesprochen,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ob gut oder nicht gut, darüber läßt sich ja vortrefflich streiten.)

allerdings in der Realität Aktivitäten dazu vermissen lassen. So hat Herr Friese am 6. März 1997 wortwörtlich gesagt: „Und ich sage Ihnen, wir haben eine gute Theaterstruktur.“

(Siegfried Friese, SPD: Ja.)

„Wir haben aber noch nicht die Struktur in unserem Lande, die uns in das nächste Jahrtausend trägt. Hier sind Überlegungen gefordert, ... die über reine Geldforderungen hinausgehen.“

Herr Friese, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wenn Sie noch zu diesen Worten stehen – und ich meine, das sollten Sie, denn seit 1997 hat sich an der Theatersituation grundlegend nichts geändert –,

(Gerd Böttger, PDS: Doch, sie ist dramatischer geworden.)

dann können Sie heute ruhigen Gewissens dem Antrag der CDU zustimmen. Denn grundsätzlich fordern wir in unserem Antrag Strukturen ein, die sich im wesentlichen im Rahmen der Kostenneutralität bewegen. Lediglich die Übernahme der Staatskapelle in die Landesträgerschaft muß genau durchgerechnet werden.

Ich denke aber, daß die Musiker der Staatskapelle dieses Signal verstehen, es begrüßen und, um beim Thema zu bleiben, gefühlvoll die Saiten streichen und ihren Instrumenten Töne entlocken werden, die das Vertrauen des Landes in die Künstler im Interesse einer attraktiven mecklenburg-vorpommerschen Kulturlandschaft rechtfertigen. Sie haben in der Vergangenheit mehrfach bewiesen, daß sie dies auf wunderbare Weise tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sicher – und das muß man zugeben, und auch da habe ich nie Zweifel zugelassen – war die Umschichtung der Theaterfördermittel in das kommunale Finanzausgleichsgesetz ein kapitaler Fehler.

(Siegfried Friese, SPD:
Das hat die CDU getragen.)

Ich bin froh, daß sich die gesamte CDU-Fraktion angesichts der erneut aufgebrochenen, aber immer latent schwelenden Theatermisere insgesamt zu diesem Fehler bekannt und ein Einsehen in die verfehlte Theaterpolitik aus den Haushaltsbeschlüssen zum Haushalt 1997 hat. Letztendlich muß man aber diese Einsicht relativieren, denn aus ursprünglich fast 49 Millionen DM an Theaterfördermitteln wurden im Rahmen dieser Umschichtung 70 Millionen DM, allerdings mit der Maßgabe, daß diese Mittel langfristig verstetigt werden. Ich möchte hier nicht verhehlen, daß es eine Genugtuung für mich wäre, wenn wir diese 70 Millionen DM komplett wieder in den Haushalt des Kultusministeriums übertragen könnten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Aber das sollten die Finanzjongleure der Landesregierung entscheiden, wenn dieser Antrag die Zustimmung des Hohen Hauses finden sollte. Und nach all den positiven Äußerungen zu den Theatern nach den letzten bewegten Tagen dürfte dies wohl kein Problem sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein negativer Effekt der Übertragung der Theaterfördermittel, an der man dann doch die Kategorie „Fehler“ festmachen kann, ist die Tatsache, daß sich mit dem Haushalt 1997 kein Ministerium mehr für Theaterpolitik zuständig fand. Diese Nichtzuständigkeit führte dann im Spätherbst zum Possenspiel beim Neuzuschnitt der Ministerien, bei dem sich der Amtsnachfolger der Kultusministerin Marquardt beharrlich dagegen wehrte, offiziell Verantwortung für die Kultur im Lande zu übernehmen und dies dann auch im Namen seines Ministeriums zu manifestieren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist ganz schlimm. –
Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

So unter einem schlechten Stern stehend, weigerte sich der Amtsnachfolger im Pingpongverfahren auch beharrlich zur Übernahme der Verantwortung für Theaterstrukturpolitik in diesem Land. Letztendlich hatte aber der Hauptdarsteller ein Einsehen in seine originären Zuständigkeiten und stattete allen Theatern in der vergangenen Woche einen Besuch ab,

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der CDU)

von dem er uns sicherlich im Anschluß noch berichten wird.

(Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Dabei aber eines vorweg, Herr Friese: Aus der Presse ergab sich der Eindruck, daß hier und da das eine Theater über den grünen Klee ob seines Engagements gelobt wird, um das Theaterproblem zu vereinzeln und als spezielles Schweriner Problem darzustellen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich betone, meine Damen und Herren, dies ist ein Eindruck, der sich aus den Presseveröffentlichungen ergab, wobei ich Herrn Professor Dr. Kauffold eine solche Intention nicht unterstellen möchte.

(Norbert Baunach, SPD:
Da hast Du ja Glück gehabt, Peter.)

Ich hoffe, daß diese Feststellung nicht zutreffend ist, denn es würde wieder einmal nicht den Kern des Pro-

blems treffen, und die Theatermisere würde weiterschweilen, vorerst zumindest, bis zum nächsten Schweriner Stadthaushalt oder zu den nächsten Tarifverhandlungen, bei dem dann die Schauspieler und Musiker nicht mehr bereit sind, mit immensem persönlichen Verzicht das kulturelle Angebot der Landeshauptstadt abzusichern.

(Gerd Böttger, PDS: Wir haben
das Problem jetzt immer noch, wir
haben das immer noch, das Problem! –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ja, eben. Gut erkannt, Herr Böttger, es freut mich, daß Sie zu dieser Erkenntnis gekommen sind.

(Gerd Böttger, PDS: Weil Sie über den
nächsten Haushalt gesprochen haben. Das
hat doch nichts mit dem nächsten Haushalt
zu tun, das ist ein aktuelles Problem.)

Ich freue mich, wie gesagt, über Ihre Erkenntnis, und ich hoffe, daß Sie dem dann auch die entsprechenden Taten folgen lassen werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Das Problem muß als Ganzes auf den Tisch.

(Gerd Böttger, PDS: Na sehen Sie.)

Gutachten gibt es genügend. Eine Theaterstrukturreform wurde 1993, 1994 auf den Weg gebracht, 1994 bis 1998 ausgesetzt, und, meine Damen und Herren, es ist an der Zeit, diese Strukturreform zugunsten einer vielfältigen und großartigen Theaterkultur zu vollenden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Heute legen wir Ihnen Vorschläge dazu vor, die nicht neu sind, die Sie in alten Konzepten und Gutachten wiederfinden. Aber wozu sollen wir Theater neu erfinden?

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Schweriner Stadtvertretung hat in der vergangenen Woche beschlossen, die Mittel für das Theater zu kürzen, aber keinen Musiker zu entlassen.

(Gerd Böttger, PDS: Sehen Sie.)

Quadratur des Kreises, würde ich mal sagen.

Mittel aus dem Hauptstadtvertrag konnten, um es hier salopp zu sagen, lockergemacht werden, um kurzfristig die Abstufung der Staatskapelle in den B-Status zu verhindern. Das freut erst einmal alle, denn damit ist die Chance für eine langfristige Finanzierungsregelung gegeben, die einen hochwertigen Theaterstandort mit einem qualitativ hochwertigen Ensemble im Schauspiel, im Ballett, in der Oper, im Orchester sicherstellt.

Das ist der Hintergrund des Antrages der CDU-Fraktion. Langfristige Regelungen müssen endlich über das alljährliche Hinüberretten von Ensembles, von Orchestern und Sparten hinausgehen und künstlerische Arbeit in den Mittelpunkt dieser Einrichtungen rücken.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Die aktuelle Situation und die öffentliche Sensibilität bieten die Chance, die Theaterstrukturreform zu vollenden. Das soll und kann nicht nur in einem oder zwei Landesministerien exekutiert werden, sondern kann nur unter Einschluß der Theater und der theatertragenden Kommunen erfolgen.

Der Antrag der CDU-Fraktion bietet eine breite Diskussionsgrundlage für die künftige Gestaltung der Theaterlandschaft. Wenn wir nicht zu einer Kulturwüste verkommen wollen,

(Siegfried Friese, SPD: Ach, Frau Schnoor!)

wenn wir den Tourismus im Land voranbringen wollen, wenn wir interessante Menschen aus Wirtschaft, Kultur und anderen Bereichen in dieses Land locken wollen, dann müssen wir klotzen und nicht kleckern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das ist sehr militaristisch, dieses Wort. Wissen Sie, von wem das stammt, Frau Schnoor?)

Meine Damen und Herren, in diesem Sinne bitte ich Sie um die Zustimmung zum Antrag der CDU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Schnoor.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Herr Professor Kauffold.

Minister Dr. Peter Kauffold: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Jeder, der das Staatstheater in Schwerin besucht, ist gefangen von seinem Charme, ist beeindruckt von der künstlerischen Leistung und verläßt es mit einem nachhaltigen Kulturerlebnis.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und einzelnen Abgeordneten der SPD – Reinhard Dankert, SPD: Das sollte bei Theatern so sein.)

Das sollte so sein.

Das kann mich aber nicht daran hindern, in diesem Beitrag kritisch zu werden und Kritiken zu äußern, die vor allen Dingen nicht die künstlerischen Mitarbeiter, nicht die Musiker betreffen, sondern die sich insbesondere auf das Management und die Organisation des Theaters beziehen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist beim Schweriner Theater hervorragend.)

Das ist aber sicher auch eine Problematik, die im Zusammenhang mit dem, was die Vorrednerin und Einbringerin des Antrages für die gesamte Theaterlandschaft anmahnte, zu bedenken ist.

Ich möchte einleitend auch noch bemerken, daß in den anhaltenden, heftigen, eskalierenden, multidisziplinären und multimedialen Diskussionen um das Theater in Schwerin und um das Orchester diese Institute, ihre Aufgaben und Pflichten und vor allem auch die betroffenen Musiker selbst immer weniger zu erkennen sind. Ich habe den Eindruck, daß das Ganze überlagert wird von einem Geflecht verschiedener Interessen – die ich jetzt hier nicht vertiefen möchte, aber jeder kennt sie eigentlich –, um die mit immer härteren Bandagen gekämpft wird. Mit einem Gefühl wirklich tiefen Bedauerns glaube ich feststellen zu können, daß die betroffenen Musiker, die so hervorragend ihre Instrumente spielen, auch etwas instrumentalisiert werden.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das Politikmanagement funktioniert nicht.)

Das Interesse der Landesregierung gilt nun tatsächlich dem Theater und Orchester, vielmehr den Theatern und Orchestern in Mecklenburg-Vorpommern, denn die Landespolitik ist für das ganze Land da. Theater und Orchester sind uralte Menschheitskultur. Beides zu pflegen und zu bewahren war schon immer hoheitliche Aufgabe, war immer Anliegen der Regierenden, die in der Regel auch zu denen gehören, die ihr Leben mit diesen schönen Künsten reicher machen.

Theater und Orchester waren immer – modern ausgedrückt –, da nicht kostendeckend zu betreiben, Gegenstand von staatlichem und privatem Sponsoring. Und das wird auch so bleiben. Diese Landesregierung wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Theater und Orchester auch weiterhin stabil fördern.

(Beifall Siegfried Friese, SPD – Wolfgang Riemann, CDU: Was heißt das, stabil fördern? – Siegfried Friese, SPD: Hör doch mal zu!)

Die Kulturpolitik des Landes will in geeigneter Weise darauf hinwirken, daß Theater und Orchester ihren Anspruch auf künstlerische Selbstverwirklichung so umsetzen, daß vielleicht mehr als fünf Prozent der Bevölkerung ihre Lebensqualität durch den Besuch von Theatern und Konzert bereichern. Die Landesregierung will vielfältiges, anspruchsvolles, qualitativ hochwertiges Theater im Land, sie will alle Sparten im Land, sie will eine flächendeckende Ansiedlung von Standorten beziehungsweise ein flächenlandgerechtes Angebot von Theaterleistung. Sie will natürlich auch, daß die Landeshauptstadt in angemessener Weise hervorgehoben wird.

Bei der gegenwärtigen Diskussion zum Theater und Orchester, wie sie bisher offensiv von den Trägern des hiesigen Theaters ausgelöst wurde, die öffentlich geführt wird und die bisher noch an diesem Ort lokalisiert ist, geht es ausschließlich um Geld beziehungsweise um Personalstellen. Dem entspricht in etwa auch der Antrag der Opposition, den wir jetzt beraten. Damit will ich nicht sagen, daß es nicht um die Sorge geht, Qualität zu halten und Arbeitsplätze zu sichern. Ich meine vielmehr, die Vorhaltungen und Vorstellungen beinhalten bisher auch nicht ansatzweise besondere Ansätze zur Entwicklung des hauptstädtischen Theaters, auch nicht ansatzweise, welche langfristigen, tragfähigen, besonderen Ideen der Fachleute von kulturpolitischem Rang verwirklicht werden sollen, sondern ausschließlich die Ressourcen für diese.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Diskutiert wird nicht ausgehend von der Angebotsseite, diskutiert wird nicht von der Einnahmeseite, sondern von der Ausgabeseite. Gefordert wird eine Verbesserung der Finanzausstattung.

Aus diesem Grunde bin ich in Übereinstimmung mit dem Antrag der Opposition, über neue geeignete Gesellschaftsformen nachzudenken, die es vom Grundsatz her ermöglichen, effizienter zu arbeiten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Solche Strukturen prägen natürlich auch Diskussionen und Aktivitäten um die Qualität zur Bestandssicherung und machen sie im übrigen besser nachprüfbar.

Herr Professor Masur, den ich zu befragen die Ehre hatte, hat die lange Tradition und die besondere Qualität des Orchesters in Schwerin hervorgehoben. Danach braucht man kein Votum mehr über die Qualität des Orchesters. Hier in Schwerin wird die Diskussion um die Qualität numerisch und tariflich geführt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das läßt sich nicht voneinander trennen. Wenn Sie nur drei Musiker haben, können Sie nicht ein ganzes Orchester führen. – Siegfried Friese, SPD: Das ist eine seltsame Logik, die Sie da haben.)

Das Orchesterpotential, das heute in der Staatskapelle Schwerin zusammengefügt ist, hatte 1978 78 Mitarbeiter, 1989 85 Mitarbeiter, 1995 106 Mitarbeiter und zwei ständige Aushilfen, 1999 87 Mitarbeiter in der Besoldungsgruppe A. Es hatte zu der Zeit, in der Professor Masur hier wirkte, sofern meine Informationen stimmen, 64 Musiker in einer Kategorie,

(Siegfried Friese, SPD: Richtig.)

die nicht der heutigen Gruppe A entspricht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Da gab es die Philharmonie noch. – Gerd Böttger, PDS: Ja, da hatten wir die Philharmonie in Schwerin noch. Das muß man auch mal sagen. – Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, ja.)

Da ich den Antrag der Opposition natürlich im Zusammenhang mit der Diskussion der letzten Wochen sehen muß, möchte ich noch einen Vergleich versuchen. Die Neubrandenburger Philharmonie ist ein aufstrebendes junges Orchester, dessen Qualität und Schwung von Fachleuten bemerkt wird. Ich nenne Ihnen hier einige Zahlen in Gegenüberstellung für Neubrandenburg und Schwerin:

- Neubrandenburger Philharmonie im Orchester 76 Musiker – Mecklenburgische Staatskapelle im Orchester 88 Musiker,
- Anzahl der Konzerte in Neubrandenburg 195 – von der Mecklenburgischen Staatskapelle 47,
- Anzahl der Gastspiele außerhalb der Neubrandenburger Philharmonie 99 – von der Schweriner Staatskapelle 2,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wieviel?)

2.

- Anzahl der verpflichteten Gäste, Dirigenten und Solisten insgesamt in der Neubrandenburger Philharmonie 56 – in der Mecklenburgischen Staatskapelle 36,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Da können Sie mal sehen, wie sparsam wir hier sind. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aber Sie doch nicht!)

- Besucher in Konzerten in der Neubrandenburger Philharmonie 31.800 – in der Mecklenburgischen Staatskapelle 16.848,
- Einnahmen im Haushaltsjahr 1997

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na, so was Unqualifiziertes! – Steffie Schnoor, CDU: Man kann doch nicht Eier mit Äpfeln vergleichen!)

in der Neubrandenburger Philharmonie 625.000 DM – Einspielergebnis gesamt in Schwerin 366.200 DM.

(Wolfgang Riemann, CDU: Hat Ihnen die Rede Frau Keler geschrieben, oder wer?! – Dr. Ulrich Born, CDU: Wo ist denn Frau Keler überhaupt? Wieso ist die Finanzministerin nicht da? – Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Es geht doch bei der ganzen Diskussion bisher um Ressourcen, es geht um Ressourcen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das heißt also, den Landtag können wir abschaffen. – Siegfried Friese, SPD: Das hat Ihre Ministerin doch genauso gemacht.)

Und ich beziehe mich ja auf die Diskussion. Es geht in Ihrem Antrag im wesentlichen um Ressourcen, und ich hänge mich hier auch an Ihrem Antrag entlang. Wir fordern ja Ressourcen ein.

Sicher sind diese Zahlen, die ich über Schwerin nenne, korrekturbedürftig,

(Steffie Schnoor, CDU: Ja, das ist wohl wahr, das ist wohl wahr. – Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

aber es wird hier über die Staatskapelle gesprochen, und es liegen aus Schwerin immer Zahlen insgesamt vor. Aber es geht um die Tendenz, und die Tendenz stimmt.

Ich will mit diesem Beitrag ja nicht pessimistisch sein, sondern optimistisch. Dieser Beitrag zeigt doch, daß noch allerhand zu machen ist. Es geht hier um Ressourcen, Herr Born.

Natürlich ist die Beachtung der Landeshauptstadt auch im Bereich von Theater und Orchester eine kulturpolitische Aufgabe. Das wurde bisher ja bereits berücksichtigt. Staatskapelle und Staatstheater erhalten mit rund 26 Millionen DM die höchsten Zuschüsse. Die akuten Finanzprobleme sind, wie Sie alle wissen, nicht dadurch entstanden, daß das Land seine Zuschüsse zurückgeführt hat, sondern die Stadt den Anteil nicht mehr halten kann oder nicht mehr halten möchte.

Wir haben vorgeschlagen, 1,2 Millionen DM aus dem Hauptstadtvertrag für Betriebskosten im Rahmen von Projekten beispielsweise für Inszenierungen einzusetzen. Das löst natürlich nur kurzfristig einige Probleme und nicht die chronischen Finanzprobleme bei der gegenwärtigen Struktur. Natürlich müssen wir uns fragen, wieviel Hauptstadt sich Mecklenburg-Vorpommern überhaupt leisten kann oder will.

(Georg Nolte, CDU: Wir haben doch nur eine. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU)

Das ist aber keine kulturpolitische Frage. Das ist eine Frage, die die Landesregierung und die Gesetzgebung entscheiden muß.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist auch eine kulturpolitische Frage, eine entscheidende. – Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

Eine kulturpolitische Frage in diesem Zusammenhang ist, ob es eine Illusion ist, wenn wir mit Hauptstädten reicher Bundesländer erfolgreich wetteifern wollen oder nicht.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Da sind wir doch sehr bescheiden in Schwerin, sehr bescheiden. – Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Ich würde es für richtig halten, dem Anliegen der besonderen Rolle von Schwerin als Landeshauptstadt zu entsprechen, Mittel bei der Neufassung des Landeshauptstadtvertrages zu lokalisieren und weiter aufzustoßen und den Vertrag so zu fassen, daß die Mittel nicht nur für investive Maßnahmen, sondern auch für konsumtive Maßnahmen verwendet werden können.

(Gerd Böttger, PDS: Da muß man ja wirklich mal klatschen. Das wäre doch schon ein Weg.)

Ich würde es nicht für richtig halten, der Landeshauptstadt als Kommune die Trägerschaft für beide Einrichtungen zu nehmen.

(Siegfried Friese, SPD: Richtig.)

Was die Theaterlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt anbelangt, spricht der Antrag der Opposition von einem 4-Standorte-Konzept. Das ist eine glatte Untertreibung. Wir haben zwölf Standorte, zum Teil noch mit Unterstandorten und Beispielbühnen. Ich habe sie alle – nicht in den letzten beiden Tagen, sondern in den letzten Wochen – besucht, bis auf zwei dieser Bühnen. Ich habe mit Intendanten gesprochen, mit den kommunalen Trägern, mit Mitarbeitern der Häuser, mit den künstlerischen Mitarbeitern und mit den technischen Mitarbeitern, um mir ein Bild über die Situation und die Probleme zu machen und mich auch mit dem Bedarf an Investitionen vertraut zu machen.

Wir können stolz sein auf unsere Theaterlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall Siegfried Friese, SPD: Richtig.)

Und das ist ja auch ein Ergebnis kontinuierlicher Politik, wie sie in den Jahren seit 1990 betrieben worden ist.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Hoffentlich können wir in vier Jahren auch noch stolz sein.)

Wir haben ein recht reiches, vielfarbiges, lebendiges Theater- und Orchesterleben in Mecklenburg-Vorpommern.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Georg Nolte, CDU: Wie lange noch?)

Wir haben auch eine deutliche Profilbildung. Wir haben unterschiedliche künstlerische Ansatzpunkte. Wir haben auch unterschiedliche Geschäftsphilosophien der Betreiber. Wir haben Trägerkonstruktionen, die durchaus beispielhaft sind. Wir haben die volle Identifikation der Träger mit ihren Theatern und Orchestern und die erklärte Bereitschaft, die Förderung ihrer Einrichtung in der bisherigen Höhe fortzusetzen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Die reicht aber nicht.)

Es gibt fast überall erheblichen Investitionsbedarf, und nach den bisherigen Eindrücken halte ich es für durchaus notwendig, die Förderung aller bestehenden Einrichtungen fortzusetzen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Die muß aber erhöht werden, die Förderung. Die Kosten steigen.)

Im übrigen haben alle Träger und Intendanten übereinstimmend versichert, daß die Zuordnung der Zuschüsse zum FAG eine der glücklichen Entscheidungen der letzten Landesregierung war.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Die reichen aber nicht aus. – Wolfgang Riemann, CDU: Damit sich der Kultusminister aus der Verantwortung stehlen kann. – Angelika Gramkow, PDS: Durch Umschichtung haben wir aber keine Mark mehr.)

Das müssen Sie dann den Intendanten sagen oder sie fragen, ob das die Absicht ist. Sie sagen, sie halten es für eine sehr glückliche Entscheidung, weil sie Planungssicherheit haben und die Mittel sehr frühzeitig zur Verfügung stehen, und sie wünschen es sich nicht anders.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Eine Veränderung trifft also keinen Handlungsbedarf.

Die Aktualisierung und Weiterentwicklung der bisherigen 12-Standorte-Konzeption sehe ich nicht darin, einzelne Standorte in Frage zu stellen, sondern darin, durch geeignete Maßnahmen, zum Beispiel Überprüfung der Trägerschaften, zum Beispiel Überprüfung der Zuschußkriterien, zum Beispiel durch die Entwicklung von Kooperationen, die in unterschiedlichem Maße ausgeprägt sind, neue Möglichkeiten zu erschließen, die Finanzanforderungen für die einzelnen Standorte zu reduzieren.

Im übrigen ist es natürlich klar, daß der Anstieg der Personalkosten bei allen Theatern nach dem Ruf zu einer Dynamisierung führt. Sie wissen seit langem, daß die Entwicklung in der bisherigen Struktur in den beiden nächsten Jahren auf eine Finanzlücke zulaufen muß, die, wenn die Strukturen in bisheriger Weise bestehen bleiben, zu schließen ist.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Und deshalb besteht Handlungsbedarf.)

Deswegen besteht Handlungsbedarf.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wo ist Ihr Konzept? – Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Ich bin mit den Vertretern der einzelnen Theater einig darin, daß eine Weiterentwicklung der bisherigen Theaterkonzeption unter den schwierigen Bedingungen, unter denen wir uns befinden, und dem Erfordernis, einen weitestgehenden Konsens herbeizuführen, mindestens ein Jahr brauchen wird. Ich habe sie alle befragt. Und ich habe ihnen nicht meine Meinung suggeriert, sondern ich habe sie befragt.

Die Weiterentwicklung dieser Konzeption ist eine Regelaufgabe des Ministeriums. Ich sehe eigentlich kein Erfordernis dazu, daß wir dazu einen besonderen Anstoß durch den Antrag der Opposition brauchen.

(Siegfried Friese, SPD: Und noch dazu in dieser Qualität. – Dr. Ulrich Born, CDU: Es besteht Handlungsbedarf.)

Kultur ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Lebensqualität, der Qualität der Menschen, die hier im Lande leben und die uns besuchen. Kultur ist ein entscheidender Standortfaktor.

(Der Abgeordnete Gerd Böttger meldet sich für eine Anfrage.)

Wenn wir die finanziellen Leistungen für die Theater erhöhen wollen, dann bedarf es der Übereinstimmung bei Ihnen und bei der Landesregierung, zwischen den einzelnen Haushalten umzuschichten. In dem Haushalt des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur wird es

nicht möglich sein, von der Bildung und von der Wissenschaft auf die Theater umzuschichten. Sie werden sich ja in den nächsten Wochen mit den Haushalten befassen, und ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie Möglichkeiten finden würden.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Minister Dr. Peter Kauffold: Ja, ich gestatte eine Zwischenfrage.

Gerd Böttger, PDS: Herr Minister, stimmen Sie mit mir überein, daß die notwendige Qualität der Theater, von der Sie hier sprechen, auch eine unmittelbare Abhängigkeit hat von den finanziellen Mitteln, die die Theater zur Verfügung haben? Ich hatte bei Ihnen den Eindruck – ich weiß nicht, ob Sie mir das bestätigen können –, daß Sie sozusagen eine Qualität fordern, aber bestreiten, daß dafür auch finanzielle Mittel in ausreichender Menge notwendig sind.

(Siegfried Friese, SPD:
Das hat er nicht bestritten.)

Minister Dr. Peter Kauffold: Natürlich hängt die Qualität der Sicherung des Bestandes auch von den Mitteln ab, aber es müssen die einzelnen Strukturen, die einzelnen Theater, die einzelnen Standorte auch überlegen, sie müssen daran arbeiten, wie sie durch veränderte Gesellschaftsformen, wie sie durch Verbesserung der Einnahmeseite den Zuschußbedarf herunterführen beziehungsweise die Personalkosten auffangen.

Gerd Böttger, PDS: Darf ich eine Nachfrage stellen?

Minister Dr. Peter Kauffold: Ja, natürlich.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Da muß man die Präsidentin fragen. –
Zuruf von Geog Nolte, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Böttger, Sie dürfen noch eine Nachfrage stellen. Bitte.

Gerd Böttger, PDS: Herr Minister, an welche Gesellschaftsformen denken Sie denn?

Minister Dr. Peter Kauffold: Wir haben ja verschiedene Formen im Lande, wir haben eingetragene Vereine, wir haben GmbH, wir haben Zweckverbände. Und ich habe mir von den Trägern des Zweckverbandes in Stralsund und Greifswald berichten lassen, daß dort sehr gute Erfahrungen bei einer effektiven Führung dieser Häuser vorliegen.

(Georg Nolte, CDU: Wollen Sie
einen Zweckverband Staatskapelle?)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Minister, gestatten Sie jetzt eine Anfrage von der Abgeordneten Schnoor? (Zustimmung)

Steffie Schnoor, CDU: Herr Minister, sind Sie bereit, die Theater zu Ihrem persönlichen Anliegen zu machen und volle Verantwortung für diesen so wichtigen Bereich zu tragen?

Minister Dr. Peter Kauffold: Na selbstverständlich, Frau Schnoor.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der
CDU und PDS – Wolfgang Riemann, CDU:
Dann muß das Geld aber in Ihren Haushalt. –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Na selbstverständlich.

Die finanzielle Ausstattung werden wir nur verbessern können, wenn wir im gesamten Landeshaushalt umschichten.

(Siegfried Friese, SPD: Ja, richtig. –
Eckhardt Rehberg, CDU: Wir werden Ihnen
Vorschläge machen, Herr Kauffold. –
Angelika Gramkow, PDS: Darauf
bin ich aber schon sehr gespannt. –
Eckhardt Rehberg, CDU: Aber nicht
5.000 Sozialwohnungen, Frau Gramkow.)

Ja, darauf bin ich auch gespannt.

Selbstverständlich werde ich die Theater zu meiner persönlichen Angelegenheit machen,

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

was den kulturpolitischen Teil betrifft, aber ich werde mich weigern, daß wir die Proportionen in der Finanzierung zwischen den Theatern, zwischen der übrigen Kulturförderung und zwischen der Denkmalpflege verschieben.

(Georg Nolte, CDU:
Dann wollen Sie alle kürzen, was? –
Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU –
Siegfried Friese, SPD: Der Minister redet,
jetzt soll man nicht zwischenfragen.)

Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Minister.

Das Wort hat der Abgeordnete Friese von der Fraktion der SPD.

Siegfried Friese, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte dem Kultusminister ausdrücklich dafür danken, wie engagiert

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

er sich in der kurzen Zeit seiner Amtszeit auch für die Theater eingesetzt hat. Daß die CDU dieses anders sieht, nehme ich ihr nicht übel. Das ist ihre Aufgabe als Opposition. Dennoch bleibt festzuhalten, dieser Minister – er hat es selbst gesagt – macht die Theater zu seiner ganz persönlichen Angelegenheit, und er ist mit seinem Konzept auf einem guten Weg. Bitte vergessen Sie nicht, Sie waren acht Jahre in der Verantwortung

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU:
Da hat's ja auch funktioniert. –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

und haben viel gegen den Baum gefahren. Dieser Minister ist ein halbes Jahr in der Verantwortung und wird die Theaterlandschaft sichern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren ...

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Georg Nolte, CDU –
Gerd Böttger, PDS: Es fing an mit Wutzke. –
Eckhardt Rehberg, CDU:
Dem war Kultur wirklich wichtig.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, ich bitte um mehr Ruhe. Lassen Sie bitte Herrn Friese jetzt ausreden.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Siegfried Friese, SPD: Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, ich kann ja verstehen, daß Frau Schnoor Gefallen daran findet, wenn sich Demonstrationzüge vor den Theatern bilden und die Leute dort hingehen.

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Sie haben nicht mitdemonstriert.)

Ich kann Ihnen aber sagen, die Menschen in diesem Lande gehen massenweise in die Theater, in unsere Orchester, in unsere Museen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das möchten wir auch weiter. – Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Das zeigt doch, daß die Menschen an etwas anderem interessiert sind als an Ihrem Geschreie von Katastrophen.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU:
Och, Herr Friese!)

Katastrophen finden in diesem Lande nicht statt, so, wie Sie das wollen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Es ist doch alles in Ordnung. Wir lassen alles so, wie es ist.)

Und, Herr Rehberg, ich sage Ihnen noch etwas sehr deutlich: Eine Fraktion wie Ihre, die 1993 die Kunsthochschule in diesem Lande dichtmachen wollte,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU: Wer wollte die Kunsthochschule dichtmachen?)

daß die Kunstschule erhalten worden ist, ist unser Verdienst gegen Ihren Widerstand aufgrund der Zusammenarbeit von SPD, PDS und Ihrem damaligen Koalitionspartner F.D.P.,

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD –
Wolfgang Riemann, CDU:
Märchenstunde, Märchenstunde. –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

der hat keinen Grund, sich heute zum Anwalt der Kultur und Kunst in diesem Lande zu machen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Bringen Sie doch mal einen konstruktiven Ansatz, Herr Friese!)

Und, Herr Rehberg, wer wie Ihre Fraktion nach der Wende die Kulturschaffenden in diesem Lande als Diener des alten SED-Regimes bezeichnet hat und als nichts anderes, der hat keine Legitimation,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ach, Herr Friese!)

sich heute hinzustellen und die Kultur zu beklagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Arnold Schoenburg, PDS: Richtig.)

Sie haben die Kulturlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern beschädigt, als Sie Regierungsverantwortung übernommen haben. Wir hatten eine viel reichere. Man kann zur DDR stehen, wie man will, aber dieses muß man zugestehen.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Wir hatten eine reichhaltigere Kultur, als Sie, Herr Dr. Born, es aus den alten Bundesländern kennen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der
SPD und PDS – Eckhardt Rehberg, CDU:
Offenbar ist es so.)

Und wenn wir heute diesen hohen Stand an Kultureinrichtungen noch haben, so ist es auch ein Verdienst dessen, daß wir zu DDR-Zeiten sehr viele Einrichtungen hatten. Frau Schnoor ist es nicht gelungen, alles zu zerschlagen.

(Unruhe bei der CDU – Beifall und
Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Wenn sie es jetzt macht, dann soll sie es tun.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist Unsinn, was Sie hier machen! – Dr. Ulrich Born, CDU:
Wer hat Ihnen die Rede geschrieben?)

Meine Damen und Herren, wir wissen, daß wir in Mecklenburg-Vorpommern eine breite, eine solide und eine künstlerisch hochwertige Kulturlandschaft haben. Daran wird sich nichts ändern.

(Gesine Skrzepski, CDU:
Das hat doch keiner bestritten.)

Ich bitte Herrn Dr. Jäger und den Vertreter Herrn Aust aus Schwerin:

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Wir machen hier keinen Kommunalwahlkampf für Schwerin.

(Gerd Böttger, PDS: Das ist Ihr Koalitionspartner, Herr Dr. Born. Darum geht's doch gar nicht. –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Es geht um etwas anderes.

(Gerd Böttger, PDS: Fragen Sie doch mal Ihre Schweriner SPD, wie die dazu steht! –
Zuruf von Dr. Berndt Seite, CDU –
Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Es geht um die Kultur in diesem Lande. Ich mahne Ihre Ernsthaftigkeit an, aus wahltaktischen Gründen, die Sie jetzt in Schwerin verfolgen, hier nicht einen Zustand herbeizureden, den es nicht gibt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist doch billig, so was. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Meine Damen und Herren, zu Ihrem Antrag. Dieser Antrag – ich sagte es bereits im Zwischenruf – ist nichts als heiße Luft.

Erstens. Sie wollen die Mittel, die Sie und wir 1996 gemeinsam in das FAG gestellt haben – 70 Millionen DM –, wieder zurückstellen in das Ermessen des Kultusministeriums.

(Wolfgang Riemann, CDU: Also die CDU ist nur für das Böse zuständig und die SPD für das Gute. – Eckhardt Rehberg, CDU:
Erzählen Sie mir mal, was daran falsch ist!)

Dieses hat den Vorteil – und dieser Vorteil wird von den Kommunen wie von den Theatern anerkannt –, daß damit

die Theater und die Kommunen jährlich 70 Millionen DM verlässlich in ihre Haushalte einstellen können, wenn ...

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist zu wenig.)

Ja, natürlich ist es zu wenig, Herr Born. Es ist zu wenig, was wir an Sozialhilfe haben. Es ist zu wenig, was wir in die Wirtschaft stecken können. Überall ist zu wenig!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Wolfgang Riemann, CDU: Oh! –
Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Das ist doch überhaupt nicht die Frage.

Sie wollen diese Mittel zurückführen. Und ich sage Ihnen, wenn Sie diese Mittel in die Zuständigkeit des Kultusministeriums zurückführen, müssen Sie damit rechnen, daß alle anderen Kulturbereiche ständig diese 70 Millionen DM angreifen, weil sie sie immer wieder zur Dispositionsmasse haben. Das wollen wir nicht. Wir wollen verlässlich, daß diese 70 Millionen DM nur für die Theater stehen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Oh, oh! –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Fragen Sie die Theater, fragen Sie die Kommunen, diese Haltung findet Unterstützung, und dabei werden wir bleiben. Ihr Antrag ist falsch.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Wenn das meiste Geld woanders ist, kann man sich die Kultur nicht zu eigen machen. Das ist doch logisch. –
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Der zweite Punkt. Sie wollen das Orchester in die Zuständigkeit des Landes zurückführen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Ich sage Ihnen: Herzlich willkommen in der Vergangenheit der DDR!

(Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Denn genau das war der Ansatz, wenn es nicht weitergeht: Vater Staat, hilf uns!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Da gab es keinen Landtag. Den haben Sie abgeschafft. Da gab es Zentralismus.)

Ich kann das ja verstehen, Sie haben Ihre Erfahrungen in 40 Jahren SED-Kulturpolitik, so daß Sie nun rufen: Vater Staat, hilf uns wieder! Nur, besonders innovationsfreudig und besonders einfallreich ist dieses nicht. Wir sagen, auch das Orchester muß in der Verantwortung der Kommune bleiben, und das Land wird dabei helfen. Das ist gar nicht die Frage. Darauf komme ich noch.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Friese, Sie kriegen morgen einen besonders schlechten Kommentar von den Presseleuten.)

Sie wollen drittens die Theaterstrukturreform – eine andere Theaterstruktur. Ich sage Ihnen, dieses 4-Standorte-Konzept hat sich bewährt, dabei wollen wir bleiben.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ich denke, das ist so schlecht, was Frau Schnoor gemacht hat.)

Ich habe hier an dieser Stelle immer wieder betont, daß vier Standorte ...

(Eckhardt Rehberg, CDU: Sie haben doch vorhin erzählt, daß Frau Schnoor die Kultur zerschlagen hat.)

Herr Rehberg, das ist falsch, was Sie sagen. Ich habe von dieser Stelle wiederholt ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Lassen Sie bitte Herrn Friese sprechen.

Siegfried Friese, SPD: ... gesagt, und auch noch, als Frau Schnoor Kultusministerin war – lange ist es her –, dieses 4-Standorte-Konzept ist in Ordnung.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Die Reden hab' ich mir schon angeguckt, die Sie damals gehalten haben.)

Dabei bleiben wir.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Also haben wir eine erfolgreiche Theaterpolitik gemacht in der CDU. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Rehberg, lassen Sie bitte Herrn Friese sprechen.

Siegfried Friese, SPD: Es muß Ihnen ganz schön an den Nerv gehen, was ich Ihnen sage. Ich stelle fest, Sie werden getroffen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ich will aber auch dieses mit großem Ernst sagen: Wir wissen alle, daß die Frage der Finanzierung von Kultur und Kunst eine permanente Aufgabe ist. Was jetzt mit dem Schweriner Orchester deutlich geworden ist, ist ja nur der Gipfel des Eisberges.

(Gerd Böttger, PDS: Richtig. Die anderen kommen noch.)

Darüber sollten wir uns alle einig sein. Und niemand von uns hat das Patentrezept, dieses von heute auf morgen zu lösen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Recht hat der Mann. – Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

Wir müssen es aber lösen.

Ich sage mit großem Ernst, wir müssen die Frage beantworten, ob alle die Bereiche, die zum geistigen Leben einer Gesellschaft gehören – ich denke hier, von der Schule über die Hochschulen, die Kultur und Kunst –, den gebührenden Stellenwert in unserem Landeshaushalt haben. Dessen Strukturen sind ja seit Anfang der 90er Jahre festgeschrieben und in ihren Grundfesten seither nicht wesentlich verändert worden. Für mich steht fest, wir müssen in den kommenden Jahren Schritt für Schritt Veränderungen herbeiführen, die haushaltsrelevant erkennbar machen, daß Mecklenburg-Vorpommern ein kulturbewußtes und bildungsbewußtes Land ist.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Und wie wollen Sie das lösen? – Dr. Armin Jäger, CDU: Fangen Sie doch mal damit an!)

Dieses ist die Aufgabe, meine Damen und Herren. Ihr kurzatmiges Rufen von heute ist nicht landespolitische Verantwortung, es ist Wahlkampfaktik, und dieses ist das, was ich Ihnen vorwerfe.

(Beifall Reinhard Dankert, SPD –
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Meine Damen und Herren von der CDU, weil das so ist und weil Ihr Antrag die Probleme, vor denen wir stehen, aber auch keinen Zentimeter nach vorn bewegt, werden wir ihn ablehnen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist doch sowieso klar, daß Sie alles ablehnen, was von der CDU kommt.)

Wir wissen, daß der Minister Vorschläge unterbreiten und sie in diesem Jahr noch vorlegen wird, und dann reden wir darüber. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Friese.

Das Wort hat Herr Dr. Bartels von der Fraktion der PDS.

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie nicht anders zu erwarten, schlagen die Emotionen bei diesem Thema hoch. Damit ich nicht mißverstanden werde, ich habe nichts gegen Emotionen, solange sie halbwegs unter Kontrolle bleiben, weil Politik ohne Emotionen ist noch schlimmer, als Politik sowieso schon ist.

Deshalb will ich eine Warnung vorausschicken – allgemein an die Damen und Herren der CDU-Fraktion, besonders an Herrn Rehberg. Ich beginne mit einer rhetorischen Frage. Bitte kriegen Sie keinen Herzinfarkt! Warten Sie ab, was ich noch weiter zu sagen habe! Diese rhetorische Frage ist: Gibt es ein Problem mit der oder für die Theaterlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern? Laut dem vorliegenden Antrag und seiner Begründung gibt es ein sehr akutes Problem. Wenn ich aber in die Medienlandschaft in den letzten Wochen gucke, so hat scheinbar nur Schwerin ein akutes Problem, ansonsten läuft alles relativ gut.

(Gerd Böttger, PDS: Das stimmt aber nicht. Guck auch mal hinter die Kulissen!)

Ich habe doch gesagt „scheinbar“, Gerd. Auch Du solltest zuhören, ehe Du einen Herzinfarkt kriegst.

(Gerd Böttger, PDS: Ja, ja, ich krieg' keinen. – Eckhardt Rehberg, CDU: Warum sich die Leute immer aufregen, wenn sie mal was Wichtiges sagen. Das verstehe ich nicht.)

Ich will weiter sagen zu dem möglichen Eindruck, der entstehen könnte: Schwerin nutzt den Status als Landeshauptstadt, um das Land ein wenig – natürlich nur ein wenig – zu erpressen.

(Gerd Böttger, PDS: Umgekehrt.)

Und gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang

(Eckhardt Rehberg, CDU: Auch da widersprechen Sie sich.)

eine weitere Anmerkung.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Wo er recht hat, hat er recht, Herr Friese.)

In einem Kommentar in einer Schweriner Zeitung der letzten Tage las ich in einer Einfügung, Schwerin sei das wichtigste Theater dieses Landes.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Und dann gestatten Sie mir die Anmerkung: Natürlich ist das Theater der Landeshauptstadt in diesem Land sehr wichtig,

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

aber – und es wird in der Diskussion immer wieder auch abgehoben auf das Mecklenburgische Staatstheater –

dann gestatten Sie mir als Vorpommer die Frage: Wo ist das vorpommersche Staatstheater?

(Eckhardt Rehberg, CDU: Na in Greifswald und Stralsund.)

Wir können uns gern darauf einigen, daß wir den Status entsprechend unterstützen. Ich komme darauf noch mal zurück.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Ich habe bislang immer in der Möglichkeitsform gesprochen, und das ganz bewußt, weil man sich das natürlich so einfach nicht machen darf. Und ich habe mich der Mühe unterzogen und bin in den letzten Wochen in einer ganzen Reihe von Theatern in diesem Land gewesen. Ich habe mit sehr vielen Leuten, die mit diesen Theatern zu tun haben, gesprochen. Dann wird die Situation natürlich etwas klarer. Ich will es hier nur andeutungsweise an drei Fragestellungen skizzieren.

Wenn ich mir das Theater Neustrelitz angucke und wenn ich mit den Leuten vor Ort rede, dann steht natürlich die Frage: Wie bewältigt zum Beispiel das Theater Neustrelitz angesichts der Tatsache, daß die Gesellschafter erklärt haben, es gibt nicht einen Pfennig mehr, wir können nicht – und diese Gesellschafter sind Kommunen –, wie bewältigt dieses Theater den Tarifabschluß von 3,1 Prozent?

(Georg Nolte, CDU: Sehr richtig die Frage.)

Und es kann, glaube ich, nicht unser aller Anliegen sein, auf Dauer das für gut zu befinden, daß die Leute, die Theater machen, daß die Künstler auf Teile des ihnen tariflich zustehenden Lohns verzichten, um ihre Theater zu erhalten.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es. – Dr. Berndt Seite, CDU: Ja, das stimmt.)

Ich akzeptiere das für bestimmte Überbrückungszeiten, aber als Dauermaßnahme ist das auf jeden Fall nichts, was die PDS akzeptieren kann und will.

Beim Theater Vorpommern, also bei den Städten Greifswald und Stralsund, lautet im Moment die Aussage, daß für 1999 die 12 Millionen DM, die beide gemeinsam für ihr Theater Vorpommern aufbringen, stehen. Ich weiß aber auch, welche Auseinandersetzungen das in den Bürgerschaften kostet und wie schwer es den Städten fällt.

Und die Frage steht ganz akut: Können diese Theater im Jahr 2000 immer noch mit der Unterstützung der Kommunen rechnen?

Und auf Rostock bezogen will ich nur soviel sagen: Die scheinbare Ruhe – da habe ich ganz große Befürchtungen – könnte nur eine Ruhe vor dem ganz großen Sturm sein.

Ich will in diesem Zusammenhang auch auf ein Problem hinweisen, das für mich nur scheinbar am Rande liegt. Nach meinen Informationen ist es in der Praxis der Theaterfinanzierung so, daß, wenn ein Theater 1998 die Fördermittel des Landes nicht hundertprozentig ausschöpft, weil es gespart hat und sparsam mit den Mitteln umgegangen ist, es dann 1999 nur einen Ansatz in der Höhe dessen, was es in '98 wirklich verbraucht hat, bekommt. Wie das eine Aufforderung zum sparsamen Umgang mit Mitteln sein soll, müßte mir mal jemand erklären. Ich kann es nicht verstehen.

Fazit, und damit komme ich zur Beantwortung meiner Eingangsfrage: Ja, wir haben ein akutes Problem,

(Georg Nolte, CDU: Sehr richtig, sehr richtig.)

es besteht Handlungsbedarf für alle Beteiligten. Allerdings möchte ich auch sagen, Schnellschüsse sollte mensch möglichst vermeiden.

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der CDU: Mensch, Bartels!)

Und ich will auch eins deutlich sagen für die Mehrheit – das sage ich ausdrücklich – der PDS-Fraktion: Eine Lex Schwerin löst dieses Problem nicht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Richtig.)

Und wir sollten dies auch nicht anstreben, sondern wir brauchen mittel- und langfristig tragfähige Lösungen für unser Land.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Von dieser Ausgangsposition aus möchte ich die Frage überprüfen, ob der vorliegende Antrag dieser Situation tatsächlich gerecht wird.

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der CDU: Ja.)

Gestatten Sie mir erst einmal zwei Vorbemerkungen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Wir sind doch mittendrin.)

Ich bin zutiefst beeindruckt, wenn Frau Schnoor sich Sorgen macht, daß die PDS den Pfad der Tugend verläßt.

(Kerstin Kassner, PDS: Waren wir da jemals? – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ob Frau Schnoor Tugend hat?)

Und ich bin vor einigen Tagen mal gefragt worden, ob ich denn zugebe, daß ich seit der Koalitionsbeteiligung der PDS etwas andere Reden halte als früher. Ja, ich gebe das zu. Natürlich sind die Zwänge anders,

(Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

natürlich sind auch die Wirkungsmöglichkeiten anders als innerhalb der Opposition. Der Opposition bleibt oft nur, über einen Antrag im Landtag – das habe ich selbst vier Jahre lang erfahren – aktiv zu werden. Das ist auch in Ordnung so. Aber als ich gestern abend den Versuch unternommen habe, meine Gedanken für die heutige Debatte zu ordnen, kam mir natürlich die Vorstellung, was passiert wäre, wenn Frau Lautenschläger vor einem Jahr den vorliegenden Antrag eingebracht hätte.

(Angelika Gramkow, PDS: Den hätte sie nie im Leben eingebracht.)

Ich sage nur „hätte“ – das ist sicher richtig –, aber hätte sie,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

dann höre ich – Herr Riemann, zu Ihnen komme ich gleich – sehr genau das, was wir zu hören gekriegt hätten:

(Dr. Armin Jäger, CDU: Von Frau Marquardt.)

„Wir sind nicht mehr in der Planwirtschaft, liebe Frau Lautenschläger.“ „Lernen Sie denn nie, daß der Staat nicht mehr alles regelt?“ „Wie wollen Sie das bezahlen?“ Und Herr Riemann hätte uns mit seinen bekannten Re-

chenkunststücken sehr schnell vorgerechnet, daß wir wieder eine mehrstellige Millionensumme von der Regierung fordern. Das sind alles Zitate,

(Siegfried Friese, SPD: Genau.)

sinngemäße, aus den Debatten der letzten Legislaturperiode. Und ich sage schon, ich finde das ganz lustig.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Eine zweite Vorbemerkung möchte ich auch noch machen. Wenn ich die Begründung des vorliegenden Antrages lese, lerne ich zwei Dinge: Erstens. In den letzten vier Jahren hat in Mecklenburg-Vorpommern die SPD allein regiert, zumindest in weiten Teilen der Politik.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Im Kultusministerium.)

Und zweitens lerne ich, was in der ersten Legislaturperiode geschah, weiß mensch nicht so genau,

(Georg Nolte, CDU: Mensch, Bartels!)

selbst wenn mensch anders als ich hier im Landtag beziehungsweise in der Regierung war. Da sage ich, das Leben steckt halt voller überraschender Erkenntnisse.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich nun den Antrag etwas genauer betrachten. Dazu möchte ich die erste Anmerkung zum Punkt 1 Ihres Antrages machen.

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Wenn Sie mit den Leuten vor Ort reden, und ich habe das – ich sagte das bereits – sehr intensiv getan, werden Sie sehr schnell zur Kenntnis nehmen, daß nicht wenige Intendanten, Haushälter und andere Beteiligte an den Theatern und in den Kommunen die Einordnung der 70 Millionen DM in das FAG anders bewerten, als das in Ihrem Antrag steht.

(Siegfried Friese, SPD: Genau.)

Es ist nämlich Tatsache, daß seit dieser Entscheidung über die Höhe der Theaterförderung in diesem Land nicht mehr jährlich diskutiert wurde, und das wissen sehr viele Haushälter und Intendanten sehr wohl zu schätzen. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, weil uns natürlich auch diese Diskussionen begegnen, in der gleichen Zeit, in der diese 70 Millionen DM stabil geblieben sind, ist die allgemeine Kulturförderung in diesem Land durch die Regierungen der letzten beiden Legislaturperioden drastisch zurückgefahren worden.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Und was tut diese Regierung, Herr Bartels? Was tut diese Regierung?)

Wir haben heute ein Verhältnis von 70 Millionen zu 24 Millionen DM. Ich sage das erst mal wertfrei, einfach deshalb, um das in der Debatte auch nicht zu vergessen.

Und trotz aller positiven Aspekte, die in diesem Zusammenhang vor Ort gesehen werden, gibt es natürlich Probleme. Und es ist nicht neu, daß die PDS darauf hinweist.

Das erste Problem mit dem FAG ist natürlich, daß die Kommunen die Theater praktisch zweimal finanzieren: einmal durch die 70 Millionen DM Vorwegabzug aus den Schlüsselzuweisungen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

und zum anderen durch die jeweiligen Zuschüsse der Theaterträger.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Das kann auf Dauer keine vernünftige Lösung sein.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Eine zweite Frage ist natürlich, die Entwicklung der Lebenshaltungskosten, der Betriebskosten, der Tarife erfordert eine Dynamisierung der Mittel für die Theater. Würde sie innerhalb des FAG geschehen, würden wir den Kommunen noch mal etwas wegnehmen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, so ist es.)

Das heißt, eine Dynamisierung innerhalb des FAG ist nicht machbar,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Toll! Genau so!)

das ist nicht vermittelbar, das kann auch nicht richtig sein.

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Sagen Sie das mal Herrn Friele!)

Und, Herr Dr. Born, Sie sind alle so begeistert,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

wenn ich das sage. Ich möchte Sie dann aber auch daran erinnern, daß die PDS diese Probleme nicht zum ersten Mal benennt und wie sich die CDU-Fraktion zu den Anträgen, die Frau Lautenschläger zu diesen Fragen eingebracht hat,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Hätte.)

immer verhalten hat. Sie sollten nicht so einäugig sein, diese Dinge zu vergessen.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Und ich muß deshalb auch die Frage stellen: Wie wollen Sie das Problem lösen? Wollen Sie die 70 Millionen DM aus dem FAG in einen anderen Einzelplan umschichten?

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja, zu Kultus. –
Dr. Berndt Seite, CDU: Ja. Ja. –
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Damit haben Sie überhaupt nichts gekonnt, Herr Rehberg.

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten
der CDU: Doch!)

Denn dann nehmen Sie den Kommunen die 70 Millionen DM ja doch weg,

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

weil Sie die Schlüsselzuweisung verringern. Dann können Sie sie auch da lassen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ach, Herr Bartels!)

Das heißt, wir brauchen eine Lösung, die diese Probleme berücksichtigt und die auf Dauer, zumindest mittel- und langfristig, eine vernünftige Förderung der Theater ermöglicht, einschließlich der notwendigen Dynamisierung.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Und, Herr Rehberg, Sie haben sich so furchtbar erregt, als der Minister sagte, er wäre für Vorschläge dankbar.

Haben Sie schon mal was vom Etatrecht des Landtages gehört? Wenn wir Vorschläge haben und wenn wir Lösungen finden, dann sollten wir sie gemeinsam umsetzen,

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Ich erwarte aber vom Minister, daß er, wenn es auf der Tagesordnung steht, selbst Vorschläge macht, wie wir das lösen können.)

und wir sollten auch gemeinsam nach solchen Vorschlägen suchen.

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der CDU)

Zum zweiten Punkt, den Sie hier anführen, zur Bildung einer GmbH für das Schweriner Staatsorchester.

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Das ist ein guter Vorschlag.)

Ich will vorweg sagen, daß ich durchaus weiß, daß die Stadtvertreterin Angelika Gramkow aus Schwerin gleich das ganze Staatstheater

(Angelika Gramkow, PDS: Für eine Mark.)

für eine Mark an das Land geben möchte.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Für das Theater noch Geld bezahlen. –

Dr. Ulrich Born, CDU: Na ja, es kommt immer darauf an, wo sie gerade tätig ist.)

Sie hat dazu aber keinen Schnellschußantrag in den Landtag eingebracht, und das unterscheidet sie ein bißchen von Ihnen.

Ich will nur erst einmal eine Frage stellen: Was machen Sie denn, wenn das Orchester in Rostock auch Probleme bekommen sollte? Ich will keine Probleme herbeireden, aber ausgeschlossen ist es nicht, das wissen Sie ganz genau. Machen wir dann eine zweite GmbH?

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja, warum denn nicht? – Zuruf von Georg Nolte, CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Das hat doch nichts mit Planwirtschaft zu tun.)

Und was machen Sie mit den Mitteln für diese GmbH?

(Angelika Gramkow, PDS: Ja.)

Nehmen Sie das aus dem Fonds der jetzigen Theaterförderung?

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja, natürlich.
Der Status quo wird doch rübergezogen.
Das ist doch ganz normal.)

Dann frage ich, wie Sie die weitere Entwicklung, die ja auch immer beschworen wird, und die steigenden Kosten abfangen wollen, Herr Rehberg.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Ich glaube einfach, das sind Mogelpackungen,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist überhaupt keine Mogelpackung. – Dr. Ulrich Born, CDU:
Das ist ein sehr ehrlicher Antrag.)

weil Sie zwar bestimmte Formen verändern wollen, aber eben nicht die tatsächlichen Dinge.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Was? Ein ehrlicher Antrag von der CDU? – Eckhardt Rehberg, CDU: Ach, Herr Schoenenburg, Herr Schoenenburg, Sie haben auch gestern gerade wieder die Unwahrheit im Parlament gesagt!)

Ich habe das deshalb gesagt, weil damit deutlich wird, eine Lex Schwerin hilft möglicherweise im Moment und im Kommunalwahlkampf, aber sie hilft nicht wirklich.

(Gerd Böttger, PDS: Das hat mit Kommunalwahlkampf nichts zu tun. – Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Böttger, dürfen Sie heute nicht reden?)

Die Zeit geht leider zu Ende, deshalb kann ich zu dem Punkt 2 b nur noch einen Satz sagen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Lassen Sie doch lieber mal Herrn Böttger reden!)

Es gibt an den Theatern und im Umfeld der Theater eine ganze Reihe von Leuten, die durchaus Vorschläge zu unterbreiten haben für neue Lösungen. Das, was Sie in Punkt 2 b anbieten, ist ein derartig enger Rahmen für eine Diskussion um eine neue Hochschulstruktur,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ich verstehe gar nicht, warum Herr Böttger nicht reden darf.)

daß man gar nichts

(Wolfgang Riemann, CDU: Hochschulstruktur?)

bewegen kann, Entschuldigung – danke, Herr Riemann –, Theaterstruktur, daß ich sagen kann, ich kann mit diesem Punkt 2 b als Ausgangspunkt für eine Debatte nichts anfangen. Und ich kann Ihnen versichern, daß die PDS-Fraktion in Fortführung ihrer Bemühungen, wenn auch das eine oder andere Mal in einer anderen Art und Weise aufgrund der Konstellation,

(Zuruf von Herbert Helmrich, CDU)

nicht nachlassen wird, zu einer Lösung, zu einer mittel- und langfristig tragfähigen Lösung für die Theaterlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern beizutragen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Herrn Böttger läßt er nicht reden. Der darf nicht.)

eine Lösung zu finden, die die objektiv vorhandenen Probleme beseitigt.

(Herbert Helmrich, CDU: Nichts Konkretes.)

Allerdings bin ich der Meinung und auch die Mehrheit meiner Fraktion, daß Ihr Antrag als Grundlage einer solchen Entscheidung nicht tragfähig ist. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD – Georg Nolte, CDU: Das haben wir ja nicht anders erwartet.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Dr. Bartels.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Dr. Jäger von der Fraktion der CDU.

Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen!

Herr Kollege Friese, nicht alles, was Ihnen nicht paßt oder wo Sie rumeiern möchten, ist Wahlkampf. Hier geht's zur Sache,

(Beifall bei der CDU – Beifall Gerd Böttger, PDS: Richtig.)

hier müssen Sie sich mal entscheiden!

Und ein Zweites: Herr Friese, Sie haben entdeckt,

(Siegfried Friese, SPD: Ich höre Ihnen sehr aufmerksam zu.)

daß Sie gegen Zentralismus sind,

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU)

und haben gesagt, das ist ein Rückfall in die alten Zeiten. Haben Sie gemerkt, daß es zwischenzeitlich Bundesländer gibt

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

und daß wir von der Landesebene reden? Wir können im Innenausschuß mal ein bißchen über Föderalismus reden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und, Herr Minister, eins hat mich heute wirklich schwer umgetrieben, daß Sie tatsächlich das, was Sie in einer Umfrage mit Fragebogen von den Theatern erfragt haben, hier vorgetragen haben. Haben Sie eigentlich nicht gemerkt, daß Ihr Fragebogen so beschaffen war, daß alle, die mit Theater zu tun haben, den Kopf geschüttelt haben über soviel Unverständnis? Ist Ihnen eigentlich aufgefallen, daß Sie hier Äpfel mit Birnen verwechseln, daß Sie zum Beispiel so nachfragen, daß der Auftritt eines Quartetts die gleiche Punktzahl erfüllt wie die Aufführung der Aida durch eine ganze Staatskapelle? Herr Minister, so geht's nicht!

(Beifall bei der CDU – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sie haben uns erzählt, was sich denn Musiker so wünschen.

(Georg Nolte, CDU: Einen neuen Kultusminister.)

Ich habe eine ganz herzliche Bitte an Sie, eine wirklich ganz herzliche, und die ist jetzt ernst gemeint und hat mit parteipolitischen Gesichtspunkten nichts zu tun: Was sich Theaterleute auf keinen Fall wünschen, ist, daß Sie versuchen, sie auseinanderzuidividieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und Gerd Böttger, PDS)

Und das haben Sie, sehr geehrter Herr Minister, in einer Art und Weise getan, die mich schwer betroffen macht. Sie haben nämlich Herrn Kümritz in der Öffentlichkeit eine Aussage in den Mund gelegt, die beweisbar falsch ist. Und das habe ich von der Regierungsbank in diesem Lande noch nicht erlebt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Minister, das dürfen Sie nicht tun!

Herr Bartels, wir waren, glaube ich, in weiten Teilen Ihres Vortrages auf einem fast gemeinsamen Weg.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Aber auch nur fast.)

Ja, genau.

Aber Sie haben rechtzeitig die Kurve gekriegt, sonst hätten Sie nämlich zugestehen müssen, daß der Antrag in Ordnung geht. Sie haben ...

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Nee, dann haben Sie mich überhaupt nicht verstanden, Herr Kollege. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Ja, lassen Sie es erklären. Ja sicher, der ist ein bißchen schwierig, aber für Sie, glaube ich, doch verständlich.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Es ist sicher richtig, Sie werden uns entgegen: „Da haben die in '96 diesen Titel ins FAG genommen, und nun wollen sie ihn wieder rausnehmen. Und das sind ja teilweise die gleichen Leute.“ Richtig. Aber, meine Damen und Herren, ich habe da meine sehr persönlichen Erfahrungen. Ich habe in meiner Amtszeit versucht, ein Gespräch zwischen Frau Kollegin Keler und der damaligen Kultusministerin zustande zu bringen, weil natürlich für alle Beteiligten – und deswegen ist das Argument so albern mit dem Wahlkampf, damals war kein Wahlkampf, Herr Friese – klar war, daß der Deckel in dem Augenblick ganz dramatisch wird, wenn zum Beispiel Tarifsteigerungen umzusetzen sind. Und es war auch für alle Beteiligten klar, daß das eine Vorwegentnahme – Herr Bartels hat das mit Recht gesagt – aus dem Finanzausgleich ist. Wissen Sie, was ich dann nach langem Bemühen um Terminabsprache gehört habe, von beiden Damen: Es besteht kein Gesprächsbedarf.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Unglaublich!)

Wörtlich! Nun habe ich damals gedacht, das sei der Tiefpunkt der Uninteressiertheit an Kultur. Aber, Herr Minister, Sie haben mich eines Besseren belehrt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Ich fand es in hohem Maße beeindruckend und niederschmetternd, daß Sie gesagt haben, als Leute Ihnen wirklich ihre Sorgen vortragen wollten, Sie ließen sich von Aufgeregtheiten nicht beeinflussen. Das ist keine Aufgeregtheit, hier geht ein Staatsorchester, eine Staatskapelle von hohem Niveau vor die Hunde. Und wenn Sie mit Herrn Masur gesprochen haben, dann, fürchte ich – das ist ja eine weite Entfernung –, sind bestimmte historische Dinge, was Sie jetzt über die Größe des Klangkörpers hier gesagt haben, wohl an der schlechten Telefonleitung gescheitert.

(Reinhard Dankert, SPD: An der schlechten Telefonleitung nach New York.)

So war es nämlich nicht, darüber können wir uns noch mal austauschen.

Herr Minister, letzten Freitag hatten Sie Gelegenheit, zu den Betroffenen zu sprechen. Nicht weit von hier – ich kann hier rübergucken – standen tausend Bürger, da stand die Staatskapelle. Sie hätten mit uns reden können. Es war Freitag nachmittag. Ich glaube nicht – Ministeralltag wird auch heute nicht anders sein –, daß man da noch arbeitet.

(Siegfried Friese, SPD: Ist ja doch wieder Wahlkampf, wenn Sie dabei waren.)

Sie sind nicht zu uns gekommen.

Nein, Herr Friese, ich gebe hier Fakten ...

(Gerd Böttger, PDS: Die SPD war doch auch dabei.)

Herr Friese, die SPD hat es gefordert. Herr Friese, erkundigen Sie sich doch mal!

Herr Minister, ich will dennoch und meine Fraktion will dennoch, daß die Mittel für die Förderung der Theater in den Haushalt des Kultusministeriums kommen, weil wir endlich einen Kultusminister haben wollen, der sich für die Theater einsetzt,

(Beifall bei der CDU)

der bei der Finanzministerin bei den Chefgesprächen auch darum kämpft. Das ist doch der Fehler!

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Umschichtungen sind Mogelpackungen.)

Nein, das ist kein Mogelpaket,

(Angelika Gramkow, PDS: Doch!)

sondern Sie haben es dann in der Hand, und Sie haben die Kompetenz dieses Landtages.

(Angelika Gramkow, PDS: Die Fachaufsicht lag immer beim Kultusministerium.)

Lassen Sie mich doch ausreden! Ich weiß, daß es störend ist, wenn einer die Wahrheit sagt, aber ich sag' sie Ihnen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Im FAG haben wir doch gar nicht die Umschichtungsmöglichkeit. Machen Sie sich das doch nicht vor! Das ist eine Vorwegentnahme.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das ist richtig.)

Herr Bartels hat es erkannt. Frau Gramkow, Sie wissen es doch auch.

(Zuruf von Siegfried Friese, SPD – Angelika Gramkow, PDS: Und trotzdem ist die Verantwortung beim Kultusministerium.)

Das bedeutet, jedes Haushaltsjahr muß ein Minister als Fachminister bei der Finanzministerin dafür kämpfen, daß er die Ressourcen für die Theaterförderung bekommt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Und wenn er das nicht will, dann muß er das sagen.

Die Landesregierung hat auf meine Kleine Anfrage die hohe Qualität unserer Staatskapelle bestätigt. Sie hat mir sogar bestätigt, was wir auch wußten, daß nämlich im Theater Schwerin etwas gemacht wird, womit wir als Politiker uns dann immer alle schmücken, und das sind saisonverlängernde Maßnahmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Gesine Skrzepski, CDU: Genau. – Angelika Gramkow, PDS: Endlich!)

Denken Sie an Aida als Open-air-Veranstaltung. Eine richtig tolle Sache! Das ist ein Beispiel!

(Angelika Gramkow, PDS: Das hat lange gedauert, Herr Jäger.)

Ja, ich bin aber froh darüber,

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, ja.)

daß das Theater das von sich aus macht, Frau Gramkow.

(Angelika Gramkow, PDS: Nein, hat es nicht gemacht, von sich aus.)

Ich finde das außerordentlich toll.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das ist doch überhaupt nicht saisonverlängernd.)

Und wissen Sie, was passiert, wenn dieses Theater seine Kapelle, sein Orchester so reduzieren muß, wie es jetzt im Raume steht? Dann werden wir Aida eben nicht sehen. Und wir haben noch nie im Lande erlebt, daß zum Beispiel ein Festival in dieser Art und Weise für diesen Sommer, das realisierbar ist, auch mit solchen Packageangeboten für die gesamte gewerbliche Wirtschaft und den Tourismusbereich verbunden wird. Das ist eine Topleistung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Siegfried Friese, SPD: Ich weiß gar nicht, worüber Sie reden. Was wollen Sie überhaupt? Worüber reden Sie?)

Und, Herr Minister, wir wollen ...

Herr Friese, Sie haben es immer noch nicht kapiert! Wir wollen unsere Staatskapelle erhalten,

(Siegfried Friese, SPD: Ja, das wollen wir auch, das wollen wir auch.)

und Sie sollen uns dabei helfen! Und deswegen müßten Sie unserem Antrag zustimmen. Und tun Sie mir einen großen Gefallen, Herr Friese:

(Siegfried Friese, SPD: Sie können soviel Schwarzmalerei machen, wie Sie wollen, es wird doch nicht eintreten.)

Befassen Sie sich einmal ernsthaft mit dem Antrag! Bitte! Bitte! Herr Friese, es hilft alles nichts, Sie werden heute sagen müssen, ob Sie die Staatskapelle erhalten wollen oder nicht.

(Beifall bei der CDU – Siegfried Friese, SPD: Ja.)

Und da ich ja weiß, daß es sehr schwer für Sie ist, heute ja zu sagen, bitte ich Sie ganz herzlich, ganz herzlich, wenn Sie dem Antrag heute schon nicht zustimmen können, um die Verweisung in die Ausschüsse. Wir müssen dieses miteinander tun. Ob Sie wollen oder nicht, Sie müssen auch Verantwortung übernehmen. Ich beantrage deshalb die Überweisung in den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft und Kultur, in den Innenausschuß – damit Herr Friese Gelegenheit hat, mit mir zusammen daran zu arbeiten –, in den Wirtschaftsausschuß, in den Tourismusausschuß und natürlich, da die Finanzministerin heute nicht da ist,

(Reinhard Dankert, SPD: Sie ist zur Finanzministerkonferenz. Das wissen Sie. – Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

in den Finanzausschuß. Ich bitte Sie herzlich, dem Antrag zuzustimmen. Wenn Sie das hier nicht ohne Beratung in den Ausschüssen können, bitte ich, der Verweisung in die Ausschüsse zuzustimmen. Wenn Sie diesen Antrag nicht mittragen, das sage ich Ihnen, dann schlagen Sie der Kultur in diesem Lande heute so auf den Kopf,

(Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

das können wir nicht mehr gutmachen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Siegfried Friese, SPD: Das ist unsinnig.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Dr. Jäger.

Das Wort hat noch einmal der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Herr Professor Kauffold.

Minister Dr. Peter Kauffold: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Jäger, das war eine gekonnte Polemik,

(Siegfried Friese, SPD: Aber nicht mehr.)

muß ich sagen, aber mehr Polemik als Sachlichkeit. Ich habe bewußt betont, daß wir eigentlich kein 4-Standorte-Konzept haben, sondern ein 12-Standorte-Konzept. Und das führt zu Irritationen.

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Es geht um das Problem des Theaters Schwerin. Es ist natürlich, daß in dieser Hauptstadt die Wogen hochgehen, weil es ja auch ein sehr emotional berührendes Thema ist. Allerdings kann diese Problematik des Standortes Schwerin nicht ohne die anderen Standorte gesehen werden. Das war unter anderem auch der Grund für meine Rundreise: Damit ich nicht ausschließlich das Problem hier in Schwerin vor dem Schweriner Hintergrund beurteile. Ich bitte Sie, dieses als erste Aussage zur Kenntnis zu nehmen.

Die zweite: Es ist der ausgesprochene Wunsch der Theaterleute, sowohl der Verwaltungsleute als auch der künstlerisch Verantwortlichen, die Summen im FAG eingestellt zu wissen. Ich selber habe überhaupt kein Problem damit, sie in das Kulturressort zu nehmen. Überhaupt kein Problem! Wenn die Landesregierung das wünscht und wenn der Landtag das entscheidet, dann können wir das sehr gerne tun.

Sie, Herr Dr. Jäger, haben eine Aussage gemacht, die meine persönliche Redlichkeit betrifft. Ich wollte Sie fragen: Machen Sie das als Kanzlist, oder machen Sie das als Abgeordneter? Ich möchte in dieser Tonart nicht fortfahren, aber in der ganzen Theaterdiskussion habe ich einige Erfahrungen gemacht, die etwa auf diesem Niveau liegen. Ich würde das etwas fremdet wiedergeben wollen, daß mir zum Beispiel der kommunale Träger eines Standortes empfiehlt, einen Gutachter zu nehmen, und den möglicherweise auch benennt. Und so kann dann der Fall eintreten, daß der Intendant des gleichen Standortes diesem Gutachter, dem potentiellen, die Besonderheit seines Standortes deutlich macht. Zum Beispiel. So etwas gibt es.

Ich unterstelle niemandem etwas, was er nicht gesagt hat. Und wenn Sie bei einem Gespräch nicht anwesend waren, dann können Sie nicht sagen, daß es nachweislich nicht geschehen ist. Ich habe auch überhaupt kein Interesse daran, die Intendanten auseinanderzuidividieren, sondern ich werde mich genau so, wie das sein muß, bei der Erarbeitung von Konzepten mit den Trägern und Intendanten zusammenfinden, um einen Konsens dahingehend zu erreichen, die bisherigen konzeptionellen Vorstellungen an den aktuellen Stand und an die Möglichkeiten, die wir haben, anzupassen.

Ich bleibe aber bei der Aussage, daß wir die ganze Problematik leider ausschließlich von der Ausgabenseite

betrachten. Wir müssen uns unter den angespannten Haushaltsbedingungen, unter denen wir uns befinden – das gilt für alle öffentlich geförderten Einrichtungen –, auch mit der Frage befassen: Wie verbessern wir die Eintragsseite?

(Gerd Böttger, PDS: Aber die Eintrittspreise können wir doch nicht schon wieder erhöhen.)

Das weiß ich nicht, ob man die Eintrittspreise erhöhen kann.

(Gerd Böttger, PDS: Das machen wir ja Jahr für Jahr, aber irgendwann ist auch mal Schluß.)

Aber auch das ist eine Frage, der wir uns stellen müssen.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Minister, gestatten Sie eine Anfrage vom Abgeordneten Dr. Born? (Zustimmung)

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Minister, habe ich Sie richtig verstanden, daß Sie vorhin ausdrücklich das hohe künstlerische Niveau der Staatskapelle hervorgehoben haben, andererseits aber von einem Mißmanagement gesprochen haben? Gehe ich recht in der Annahme, daß Sie damit nicht die Theaterleitung meinen? Ihnen ist sicherlich bekannt, daß es eine sehr gründliche Untersuchung gibt,

(Angelika Gramkow, PDS: Frage!)

wobei festgestellt wurde,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Haben Sie auch eine Frage, Herr Born?)

daß Schwerin mit etwa 120 Mitarbeitern weniger auskommt als ein vergleichbares Theater in einem westlichen Bundesland.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ach du meine Güte! Das ist überhaupt kein Maßstab.)

Und, Herr Minister, meinen Sie mit Mißmanagement folglich das politische Mißmanagement innerhalb der Landesregierung? Oder was hatten Sie mit Mißmanagement gemeint? Könnten Sie das bitte mal erläutern?

Minister Dr. Peter Kauffold: Wissen Sie, die Gespräche, die ich in der letzten Zeit geführt habe, weisen auch darauf hin, daß vielleicht überlegt werden muß, ob die Mitarbeiter von Theatern nicht besser in Unternehmen, die beispielsweise privatrechtlich organisiert sind, aufgehoben wären. Ich habe Ihren Vorschlag, den Sie gemacht haben, hier eine GmbH zu gründen, ausdrücklich befürwortet.

(Gerd Böttger, PDS: Das ist aber schon mal gescheitert.)

Dr. Ulrich Born, CDU: Danke schön.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt Herr Rehberg von der Fraktion der CDU.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon richtig, Herr Bartels, daß das Geld dort im Haushalt steht, wo auch die politische Verantwortung vorhanden ist.

(Beifall Steffie Schnoor, CDU –
Dr. Gerhard Bartels, PDS: Sie tun aber so, als ob Sie die Mittel erhöhen durch Ihre Anträge. Und das tun Sie eben nicht.)

Ich habe 1996 die Herübernahme der 48,5 Millionen DM – denn das ist der Betrag, der aus dem Kultushaushalt herübergenommen wurde, die 20 Millionen DM standen ja schon im FAG – aus zwei Gründen mit sehr viel Skepsis gesehen: Zum einen wegen der politischen Verantwortung für dieses Geld, denn eins ist ganz klar, man setzt sich immer nur dann für Summen ein, wenn sie ganz unmittelbar vor der Haustür sind. Und das ist getrennt.

(Heike Lorenz, PDS: So machen Sie das?)

Das zweite Problem ist, das wissen wir alle, daß ans FAG vielleicht alle zwei oder drei Jahre herangegangen wird. Und es ist eben so, daß sicher über eine gewisse Weile Strukturen gelegt werden müssen, auch bei den Theatern. Deswegen, denke ich, ist ein Deckel über ein paar Jahre richtig gewesen.

Aber wenn wir heute über die Ausgabenseite bei Theatern reden, dann denke ich, daß der Spielraum in weiten Teilen erschöpft ist. Da ist nicht mehr viel. Oder, und dann muß man es laut sagen, ich gehe an ganze Standorte und an Sparten heran. Dann kann ich die Standorte aber teilweise ganz und gar vergessen. Und wenn hier jemand – wir haben zwölf Standorte – davon redet, daß man dann mal die Summen zusammenzählen muß, die dafür ausgegeben werden, ist das keine Lösung des Problems.

Und die 70 Millionen DM, die 1996 eingestellt worden sind – wenn ich Personalkosten von 80 bis 85 Prozent der Westtarife rechne beim Theater, dann habe ich 60 Prozent Personalkosten, und in drei Jahren sind per anno im öffentlichen Dienst die Personalkosten in der Regel zwischen fünf und sieben Prozent absolut, West und Ost zusammen, gestiegen; das ist die Realität –,

(Andreas Bluhm, PDS: Wer war denn immer gegen die Dynamisierung, Herr Rehberg? –
Beifall Angelika Gramkow, PDS)

entsprechen heute vielleicht 55 oder 60 Millionen DM.

(Gerd Böttger, PDS: Richtig.)

Und deswegen, Herr Bartels, sagen wir, das muß raus aus dem FAG und rüber ins Kultusministerium.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Sie sagen aber nicht, wie Sie den Deckel wirklich aufmachen. Und das ist die Demagogie Ihres Antrages.)

Herr Kollege Bartels, ich habe Ihnen doch eben gesagt, daß wir davon überzeugt sind, daß durch Strukturmaßnahmen noch etwas zu erreichen ist,

(Heike Lorenz, PDS: Also wollen Sie gar nicht mehr Geld. – Angelika Gramkow, PDS:
Was heißt Strukturmaßnahmen für Sie?)

daß wir aber ansonsten endlich einmal davon wegkommen müssen, ohne Dynamisierung zu leben. Und wenn ich heute auf die 100 Prozent zugehe, die Sie ja im öffentlichen Dienst präferieren, dann habe ich in den nächsten drei bis vier Jahren eben Kostensteigerungen zwischen fünf und acht Prozent per anno. Das ist doch die Realität! Und dann rechnen wir mal miteinander.

Ein Zweites, Herr Böttger, und das sage ich an die Stadt Schwerin – Herr Bartels, da gebe ich Ihnen recht,

und deswegen bin ich da auch mal mit reingegangen –, Schwerin hat die desolateste Haushaltslage von den Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern,

(Zurufe von Till Backhaus, SPD,
und Dr. Gerhard Bartels, PDS)

zumindest von den kreisfreien Städten.

(Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

Ach ja! Herr Böttger, passen Sie mal auf, ich kann mich gut erinnern, wie Sie als PDS verhindert haben, daß in der Stadt Schwerin in den letzten Jahren im Personalbereich abgebaut wurde oder Verwaltungsreformen durchgeführt worden sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, PDS:
Das ist doch nicht wahr!)

Jetzt stellen Sie sich nicht hier hin! Sie tragen auch in der Stadt Schwerin mit kommunale Verantwortung.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aber das
hat doch nichts mit dem Personal zu tun. –
Zurufe von Siegfried Friese, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS)

Zur Einnahmeseite. Herr Kollege Friese, Sie scheinen überhaupt noch nicht begriffen zu haben, daß man die Einnahmeseite, wenn man von der Kameralistik wegkommen will, ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Herr Rehberg, hören Sie mal auf, Zensuren
zu verteilen! Sie haben es nicht nötig.)

Ach, Herr Schoenenburg, wissen Sie, in Ihrer Situation wäre ich etwas leiser. Sie haben heute morgen hier so eine Ohrfeige von Herrn Azzola gekriegt zu gestern, daß ich eigentlich an Ihrer Stelle den Mund halten würde heute.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Heike Lorenz, PDS: Wieso?)

Herr Minister Kauffold, natürlich ist es der einzig richtige Weg,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Also das ist noch nicht bei Ihnen
angekommen, Herr Rehberg.)

Teile der Theater in GmbH zu überführen, damit ich die Einnahmeseite verbessern kann. Denn anders kann ich sie heute nicht verbessern. Ich kann heute kein Sponsoring machen, wenn alles unter dem Deckel des Kommunal- oder des Landeshaushaltes ist. Also ist das ein Weg, die Einnahmeseite zu verbessern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Die Einnahmeseite bei Theatern ist immer so, daß ich auf die Kraft zehn, höchstens zwölf Prozent über Eintrittskarten, Eintrittspreise realisieren kann. Und natürlich, Herr Böttger, ist das ein Zwiespalt. Ich kann mich in Schwerin entscheiden – und das ist die Realität –, schraube ich die Theaterpreise hoch und verzichte auf die Besucher aus Hamburg und Lübeck, und unter dem Strich kommt gegebenenfalls weniger raus.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja genau.)

Also ist eine Eintrittspreiserhöhung nicht die Lösung.

(Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

Und deswegen ist es, Herr Friese, ...

Das hat doch nichts mit Planwirtschaft zu tun. Gucken Sie sich doch mal an, wenn ich eine GmbH bilde, ob es nun eine hundertprozentige Tochter vom Land ist – das Ziel halten wir für besser –, ob es gemischt ist oder eine hundertprozentige Tochter der Stadt, aber erst über diese privatrechtliche Form, das hat Ihnen Ihr Minister ja gesagt, komme ich überhaupt zu einer Verbesserung der Einnahmeseite. Lassen Sie uns doch mal ganz konkret abrechnen! Und wenn das Theater Rostock dann auch noch eine GmbH ist, da ist doch nichts Schlechtes dran. Wer kriegt mehr Angebote? Wer akquiriert besser, und wer hat bessere Einnahmen von diesen beiden Kapellen? Und dann wird sich letztendlich auch durchsetzen, wer ist denn wirklich eine A-Kapelle? Denn Wettbewerb gehört auch in der Kunst dazu, und den Wettbewerb bei der Kunst zu messen, das ist mehr als schwierig. – Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Rehberg.

Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/299 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft und Kultur und zur Mitberatung an den Innenausschuß, den Finanzausschuß, den Wirtschaftsausschuß sowie den Tourismusausschuß zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Siegfried Friese, SPD:
Es lebe Schwerin, Herr Böttger!)

Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? –

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten
der CDU: Auszählen!)

Es war eigentlich eine klare Entscheidung.

(Siegfried Friese, SPD: Das war eindeutig. –
Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Das war eindeutig. Der Überweisungsvorschlag ist bei Zustimmung der CDU-Fraktion und zwei Abgeordneten der PDS-Fraktion, Gegenstimmen der SPD-Fraktion, zwei Stimmenthaltungen der PDS-Fraktion abgelehnt.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist traurig.)

Ich lasse nun in der Sache abstimmen. Wer dem Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/299 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/299 ist mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS und bei Zustimmung der CDU-Fraktion, zwei Zustimmungen der PDS-Fraktion und vier Stimmenthaltungen der PDS-Fraktion abgelehnt.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Nee, das stimmt nicht. –
Präsident Hinrich Kuessner
übernimmt den Vorsitz.)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16:** Beratung des Antrages der Abgeord-

neten Monty Schädel, Annegrit Koburger und Heike Lorenz, Fraktion der PDS – Krieg in Jugoslawien sofort beenden, Drucksache 3/292. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Abgeordneten Monty Schädel, Annegrit Koburger und Heike Lorenz, Fraktion der PDS, auf Drucksache 3/322 vor.

Antrag der Abgeordneten Monty Schädel, Annegrit Koburger und Heike Lorenz, Fraktion der PDS:
Krieg in Jugoslawien sofort beenden
– Drucksache 3/292 –

Änderungsantrag der Abgeordneten Monty Schädel, Annegrit Koburger und Heike Lorenz, Fraktion der PDS
– Drucksache 3/322 –

Ich möchte zu Beginn der Beratung etwas sagen. Die Frage von Krieg und Frieden wird unter uns emotional diskutiert. Im Vorfeld dieser Landtagsdebatte sind Ausdrücke gefallen, die nach der Geschäftsordnung eine gröbliche Verletzung der Ordnung wären und zum Abschluß von der Sitzung nach Paragraph 55 Absatz 1 führen würden. Ich weise darauf hin, daß die Geschäftsordnung auch in dieser Debatte gilt und ich sie anwenden werde.

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Schädel von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Schädel.

Monty Schädel, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Krieg ist eine schwere Zeit, und Deutschland ist zur Zeit im Krieg. Und leider ist damit auch verbunden, daß es auch für Pazifisten in Deutschland wieder schwieriger geworden ist. „Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit, und ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.“

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das ist die Erklärung der Internationalen, der Kriegsdienstgegner und der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen. Das ist eine Erklärung, die ich vor mehreren Jahren unterzeichnete und die mein Leben, meine Entscheidungen bestimmend gestaltete und weiterhin gestalten wird. Lassen Sie mich das an den Anfang meiner Ausführungen zur Einbringung des Antrages auf Drucksache 3/292 und des jetzt vorliegenden Änderungsantrages „Krieg in Jugoslawien sofort beenden“ stellen, um zu verdeutlichen, daß bei der Motivation vieler anderer gegen diesen Krieg oder auch der anderen Seite für diesen Krieg, für mich nicht in Frage kommt, Krieg zu unterstützen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Um hier am Anfang gleich zu sagen, daß Krieg, in welcher Form, in welcher Schärfe oder in welchen Auswüchsen auch immer, unter gar keinen Bedingungen ein Mittel ist, um politische oder andere Interessen durchzusetzen oder zu verfolgen. Ich wiederhole – unter gar keinen Bedingungen! Kurz: Krieg ist für mich nicht existent, um Konflikte zu lösen, Probleme zu beseitigen, Politik zu machen.

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

Außerdem, und davon gibt es leider immer noch genug und leider offensichtlich auch in wachsender Anzahl, dann, wenn Menschen Kriege vorbereiten oder führen

und ich zur Verhinderung beziehungsweise Beendigung beitragen muß oder tätig werden muß. Aus diesem Verständnis heraus bin ich als nunmehr 29jähriger seit fast zehn Jahren tätig, verurteile ich natürlich die Kriegshandlungen, Vertreibung, Zerstörung, Mord, Vergewaltigung, Menschenrechtsverletzungen von Milosevic und der jugoslawisch-serbischen Seite genauso wie die Kriegshandlungen der UCK, der Nato, der Bundeswehr.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und so leid es mir tut, daß ich damit vielleicht auch Einwohner unseres Landes treffe, abgesehen von denen, die sich von Berufs wegen jedesmal darüber ereifern, es gibt für mich keinen Unterschied bei Kriegsparteien. Ob jugoslawisch-serbische Truppen oder die UCK, Nato, Bundeswehrtruppen – das ist für mich kein Unterschied, es sind Kriegsparteien. Sie alle begehen mit der Beteiligung am Krieg Menschenrechtsverletzungen und verbreiten als Täter das Gesetz des Krieges: Tod, Leid, Opfer, Gewalt. Und Opfer sind immer Menschen, Menschen, die dort vor Ort sind, weil sie in einer Uniform stecken und vorher auch Täter vielleicht waren, also Soldaten, oder – und das in der Mehrzahl – Menschen, die mit dem Krieg nichts zu tun haben – Zivilisten, Alte, Frauen, Kinder –, die nur zur verkehrten Zeit am verkehrten Ort waren, die nicht rechtzeitig genug fliehen konnten oder aber ihr Heim nicht verlassen wollten. Und in Anbetracht der Opfer eines jeden Krieges – es gibt ja den sauberen Krieg ohne Opfer nicht, nicht mal den ohne zivile Opfer, der uns bereits im Golfkrieg vermittelt werden sollte und der uns mit der erneuten einseitigen Informationspolitik der Nato auch jetzt wieder vorgegaukelt werden soll –,

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

es gibt keine Rechtfertigung für Krieg. Es kann nur heißen, sofortige Beendigung der Kriegs- und Kampfhandlungen auf allen Seiten, und zwar ohne daß eine Seite an die andere Bedingungen zur Beendigung stellt. Die Probleme sind auch politisch durch Verhandlungen zu lösen. Denn alle, die es vor dem militärischen Eingreifen der Nato im Kosovo-/Kosova-Konflikt noch nicht wußten, müßten es ja spätestens jetzt nach drei Wochen Bombardements und auch nach den fast zehnjährigen Erfahrungen im Irak wissen, Frieden und Menschenrechte lassen sich nicht herbeibomben.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Jeder Tag länger Krieg bedeutet jeden Tag neue Opfer.

Nach dem Grundsätzlichen möchte ich jetzt im folgenden kurz auf einige Argumente der UnterstützerInnen, BefürworterInnen, RechtfertigerInnen dieses Krieges eingehen, Argumente, die Ihnen allen bekannt sind, genauso wie auch die Erwiderungen darauf. Ich werde nicht darauf eingehen, was alles anders gemacht hätte werden können, denn es gibt aus meinem Selbstverständnis immer andere Möglichkeiten für Krieg oder dafür, bestehende Kriege auszuweiten und zur Eskalation zu bringen.

Zunächst zu der „humanitären Katastrophe“ im Kosovo/Kosova. Diese sollte verhindert werden und mußte auch dazu herhalten, daß die seit dem Zweiten Weltkrieg in der Welt bestehende Grundordnung ausgehebelt wurde, beendet wurde. Vor dem Eingreifen der Nato in diesen Krieg – und ich sagte, Eingreifen in diesen Krieg – wurde jugoslawisch-serbischen Deserteuren in der Bundesrepublik kein Asyl gewährt, wurden Kosovo-/Kosova-Albaner in die Krisenregion abgeschoben, wurde daran

Geld verdient und gerade auch in der Bundesrepublik, daß Waffen und militärisches Material in die Region geliefert wurden, fanden nach sich häufenden Presseverlautbarungen gar Ausbildungen für UCK-Freiheitskämpfer, Separatisten, Terroristen statt. Es ist schwierig zu sagen, wie man diese bewaffneten Einheiten definiert, diese, wie alle anderen Einheiten. Und da verweise ich auf meine Eingangserklärung.

Die Friedensverhandlungen von Rambouillet wurden in der Form gestaltet, daß jeder bürgerliche Vertrag, der unter solchen Bedingungen in Deutschland unterzeichnet worden wäre, mit Verweis auf Nötigung, Erpressung, Verstoß gegen die guten Sitten hinfällig und nichtig geworden wäre. Der gewaltfreie Widerstand, der zivile Ungehorsam der Kosovo-/Kosova-Albaner im Kosovo/Kosova mit eigenen unabhängigen Strukturen im Bildungssystem, im Gesundheitssystem, Steuersystem, in Regierung, Parlament und anderen konnte sich leider nicht über die Unterstützung der freien demokratischen Welt freuen. Initiativen verschiedener Gruppen, PolitikerInnen zur gewaltfreien und nichtmilitärischen Beilegung und Verhinderung der Eskalation des Konfliktes wurden nur ungenügend verfolgt.

Ich habe dazu in meinen Unterlagen in den Materialien der letzten Jahre der sicher nicht mehr ganz so großen Friedensbewegung – aber was soll man machen, wenn die Bundeswehr für sich in Anspruch nimmt, die größte deutsche Friedensbewegung zu sein – nachgeschlagen, weil sie sich auch in den letzten Jahren mit diesem Thema beschäftigte und nicht wie viele andere heute nur, seitdem dieser Krieg zur Eskalation gebracht worden ist.

Die Vorschläge, die dort gemacht worden sind, waren darauf ausgerichtet, im Gegensatz zu den militärischen Handlungen in der Region, langfristig Frieden zu schaffen. So wurde zum Beispiel vorgeschlagen die Wiederherstellung der bürgerlichen Rechte und Verbesserung der Wirtschaftslage und der Infrastruktur beispielsweise der Gesundheitsversorgung als erster Schritt zur Deeskalation. Dahinter steht die Annahme, daß bei einer Verbesserung der Lebensverhältnisse die Bereitschaft, Kompromisse bei der Suche nach einem endgültigen Status des Kosovo/des Kosova größer sein dürfte. Es wurde eine Balkanföderation vorgeschlagen nach einer institutionellen Dauerkonferenz, die mit einem Balkan-Marschallplan unterstützt werden sollte.

Der ehemalige deutsche Botschafter in Belgrad, Horst Grabbert, machte den Vorschlag eines „albanischen Rates“, der die Schaffung eines internationalen Rates mit Beteiligung von VertreterInnen der Republik Jugoslawien, Makedonien, Albanien, des Kosova, Montenegro vorsah. Ähnliches wurde im Nordirland-Konflikt eingerichtet.

So gab es viele weitere Vorschläge, ausgereifte und auch solche, die nicht zu verwirklichen waren. Doch bereits am 14.10. letzten Jahres berichtete „Die Welt“ in ihrem Titelkommentar von Nikolaus Blohm über die Vorhaben der Nato in diesem Konflikt. Dort stand: „Es ist die Woche der Nato. In Europa ist ein neues Gehege von Sicherheit abgezäunt und Slobodan Milosevic wird als Erster durch das Gatter getrieben, ganz gleich ob nun Diplomatie, die sich auf eine militärische Drohung stützt oder doch noch mit offener Waffengewalt. Die Nato hat sich den Balkan zu etwas gemacht, das die Amerikaner ihren Hinterhof nennen würden. Das ist gut so, denn der Balkan geht uns an. Und das ist legitim, denn die Nato ist ein Verteidigungsbündnis. ... Aber auch der jetzt gewagte

zweite Schritt hat Sinn, sich im Notfall von den unvermeidlich zähen Verfahren der UNO abzukoppeln.“

Das, verehrte Damen und Herren, ist das, was diesen Krieg aus militärischer, aus Nato- und Bundeswehrsicht notwendig machte. Egal, wie der Konflikt hätte anders gelöst werden können, die Nato mußte irgendwann zeigen, daß sie sich nicht länger an die UNO halten will, sondern die eigene Politik vertritt.

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

Und das war hier einfach der Anlaß.

Sicherung „nationaler Wirtschaftsinteressen“, „Sicherung von Rohstoffressourcen“, Reaktion auf „nationale Risiken“ – so legte es die Bundeswehr für sich bereits im November 1992 in den verteidigungspolitischen Richtlinien fest. Die USA haben das immer schon für sich in Anspruch genommen, und es war also nur noch eine Frage der Zeit, wann der endgültige Schritt getan wird, der Schritt, der die UNO-, die Menschen- und Völkerrechtsvereinbarungen, der die Nachkriegsordnung aushebelte. Denn wenn das Kapital Morgenluft wittert, geht es auch über Leichen.

Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Zusätzlich zur Situation, daß Krieg ist – die Folgen für die Betroffenen machen sich gerade deutlich, auch vorher in der Region war bereits Krieg –, ist durch die jetzige Beteiligung der Nato am Krieg Völkerrecht in der gesteigerten Form gebrochen worden, daß sich ein Militärbündnis anmaßt zu entscheiden, im Interesse der Weltgemeinschaft zu handeln. Die Nato und darin die Bundeswehr und die Bundesrepublik haben mit diesem Schritt dokumentiert, das alleinige zu entscheidende Recht zu haben, was Menschenrechte sind, was andere Rechte sind, die es zu verteidigen oder einzufordern gilt im Interesse der Menschen der Welt.

Mit welcher Begründung, da bin ich gespannt, will denn die Nato darauf reagieren, wenn in Zukunft Diktatoren oder auch Befreiungsbewegungen mit Krieg versuchen werden, ihre Ziele durchzusetzen? Was ich tue oder was ich nicht tue, muß ich auch anderen zubilligen. So wird, denke ich, dann die Handhabe in der Weltgemeinschaft sein.

Um dann noch auf das Landesinteresse zu kommen, frage ich: Wie sollen denn LehrerInnen, Erwachsene im allgemeinen darauf reagieren, wenn Jugendliche entsprechend dem Vorbild aus der Politik versuchen zu rechtfertigen, mit Gewalt ihre Interessen durchzusetzen? Das ist ein Landesinteresse, mit dem wir uns hier im Landtag genauso auseinandersetzen müssen und beschäftigen müssen wie mit dem fehlenden Geld. 500 Millionen Dollar, DM, Euro täglich – da spielt die Währung überhaupt keine Rolle – werden allein durch die Nato verbombt. Ich frage, woher kommt das Geld, wo doch sonst für nichts – wir hatten es eben gerade in der Parlamentsdebatte –, für nichts Geld da ist.

(Dr. Berndt Seite, CDU: Das ist doch nicht wahr.)

Hier ist das Geld jeden Tag dazu da, 500 Millionen zu verbomben. Da ist es einfach lächerlich, wenn die EU beschließt, 200 Millionen dafür zur Verfügung zu stellen, um die Flüchtlinge zu versorgen. Es ist einfach lächerlich, und es grenzt an Heuchelei dabei. Wer soll denn, frage ich, diese Kosten wieder einspielen, die jetzt verbombt werden, dafür, daß Zerstörung stattfindet, daß Mord stattfindet, daß Vergewaltigung stattfindet, alles das, was im Krieg völlig normal ist, was zum Krieg dazugehört?

Der Antrag, der heute vorlag, entstand in den ersten Tagen des Krieges. Er war ein erstes Niederschreiben von Forderungen beziehungsweise Bedingungen, die es zu stellen galt, damit der Krieg nicht weiter eskaliert und nicht weitergeführt wird. In den letzten Tagen und Wochen mußte der Text dann geändert werden, da diese Gesellschaft – ich sagte es am Anfang – leider keine pazifistische Grundeinstellung hat und demzufolge ich, der das initiiert hat, natürlich auch nicht erwarten kann, daß diejenigen, die keine Pazifisten sind, diese Forderung so ohne weiteres mittragen. Um also möglichst vielen Kollegen hier im Landtag es möglich zu machen, daß wir uns in einem Punkt treffen, ohne daß von dem anderen verlangt wird, Grundpositionen aufzugeben, wurde dieser Antrag mehrfach geändert, fand eine Diskussion dazu statt. In dem Punkt, daß der Krieg beendet werden muß, das sollte die Grundposition sein, und das sollte der kleinste gemeinsame Nenner sein, den wir hier heute finden sollten.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Leider sind ja von den anderen Fraktionen keine Änderungsanträge oder Hinweise gekommen, wie man es hätte anders machen können. Ich weiß nicht, wie die CDU in ihrer Gesamtheit dazu steht. Ich weiß nicht, wie die SPD in ihrer Gesamtheit dazu steht. Wir haben dazu diskutiert, aber wir hätten es doch ganz gerne, wenn wir wirklich heute hier uns treffen können bei dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Dabei war es in den letzten Tagen, um auf die heutigen Meldungen in den Medien einzugehen, niemals meine Absicht und auch nicht die der PDS-Fraktion, irgend jemanden zu erpressen, vorzuführen oder gar persönlich zu beleidigen. Sollte das jemand so aufgefaßt haben oder gewertet haben, bitte ich dafür um Entschuldigung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das war nicht meine Absicht, und das ist nicht mein Ziel. Das ist mit meinem Ziel nicht zu vereinbaren, daß ich möglichst viele in das Boot hineinhaben möchte, sich gegen diesen Krieg auszusprechen.

Entsprechend auch der Änderungsantrag, mit dem ich persönlich viele Probleme habe, mit dem ich aber auch die Hoffnung verbinde, daß es eine Mehrheit der Repräsentanten und Repräsentantinnen des Landes Mecklenburg-Vorpommern gibt, die ihm zustimmen können. Ich bitte um die Zustimmung zu dem geänderten Antrag, denn ich denke, dazu gibt es keine Alternative, und – um mit Ghandi zu sprechen – „Der Frieden ist der Weg.“ Der Frieden kann für zivilisierte Menschen nur der Weg sein. Ich bitte um die Zustimmung, da – auch wenn die Bundesregierung einen neuen Vorschlag zur Beilegung des Konfliktes gestern unterbreitet hat – jeder und jede sich zu dieser Frage von Krieg und Frieden, Leben und Tod positionieren sollte. Lassen Sie uns persönlich alle den Druck dafür verschärfen, daß dieser Krieg beendet wird, ohne daß gesagt wird, die einen sind schuld, die anderen sind schuld, sondern in dem kleinsten gemeinsamen Nenner treffen. Dieser Krieg muß beendet werden!

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und Rudolf Borchert, SPD)

Ich bitte um die Zustimmung zum Änderungsantrag. – Danke schön.

(Beifall bei der PDS und Rudolf Borchert, SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Schönen Dank, Herr Schädel.

Die SPD-Fraktion hat um eine Auszeit von zehn Minuten gebeten. Wir unterbrechen die Sitzung und setzen sie fort um 11.35 Uhr.

Unterbrechung: 11.24 Uhr

Wiederbeginn: 11.36 Uhr

Präsident Hinrich Kuessner: Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, damit ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Schlotmann von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Schlotmann.

Volker Schlotmann, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Lieber Monty Schädel und Mitunterzeichner dieses Antrages! Aber vor allen Dingen lieber Monty Schädel! So geht es nicht! So etwas funktioniert nicht. Das kann man nicht einfach machen. Durch eine kurze Entschuldigung ändert sich doch nichts an den Aussagen, die bisher getroffen worden sind. Eine solche kurze Entschuldigung ändert nichts an der Tatsache, daß gestern vom Kollegen Monty Schädel der Ministerpräsident dieses Landes und der Vorsitzende der SPD in diesem Lande als Kriegstreiber bezeichnet worden ist, und zwar sehr ausdrücklich. Und wenn das alles nicht stimmen sollte, was seitens von Monty Schädel, was seitens von anderen Akteuren in der Öffentlichkeit zum Beispiel in einer Zeitung gegen den Krieg geäußert worden ist, dann hätte man das hier sagen müssen. Das ist nicht gesagt worden. Und von daher, das sage ich gleich vorweg, ändert sich an der Ausgangslage nichts, so leid es mir tut, ich hätte mir das anders gewünscht.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der Abgeordneten Schädel, Koberger und Lorenz behandelt ein Thema, bei dem es wirklich um das Äußerste geht. Es geht um Krieg und Frieden, es geht um Tod oder Überleben, es geht also um Menschenleben. Und damit das ganz klar ist: In Fragen von solch existentieller Bedeutung gibt es nicht die eine richtige Antwort. Trotzdem gab es in den zurückliegenden Tagen immer wieder Äußerungen, die mit platten, ja unwürdigen Bezeichnungen und Schwarzweißschablonen den Meinungsstreit polarisiert haben, auch heute morgen in der Bundestagsdebatte. Wir haben ja zeitgleich diese Debatte gehabt, aber man hätte sich mal einige Beiträge, die dort gehalten worden sind, anhören sollen. Ich habe mir dieses Vergnügen angetan, in Anbetracht der Rede, die ich hier zu halten habe. Mit diesen Schwarzweißschablonen wird ein Meinungsstreit betrieben, der nur polarisiert. Begriffe wie „Kriegskanzler“ oder „Partei der Kriegstreiber“ sind unverantwortlich in diesem Land.

(Beifall bei der SPD und
einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sie verhindern von vornherein eine dringend notwendige, aber von gegenseitigem Respekt getragene Auseinandersetzung

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Aber Bomben schmeißen auf Jugoslawien ist
genauso unverantwortlich, Herr Schlotmann!)

und vergiften das gesellschaftliche Klima des Mei-
nungsstreites.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Ich, meine Partei und meine Fraktion verwahren uns
ganz energisch gegen den hier von einigen betriebenen
Alleinvertretungsanspruch auf die einzig wahre Meinung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die SPD läßt sich nicht von anderen, nicht von anderen
eine Meinung aufzwingen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Sie können bei Ihrer Meinung bleiben.)

Kollege Schoenenburg, das respektieren wir bei Ihnen
auch, da komme ich aber noch zu.

Freiheit, meine Damen und Herren, ist immer auch die
Freiheit des Andersdenkenden. Das gehört dazu, und ich
frage mich, wer das alles schon vergessen hat.

Und ein Zweites gibt es vorab zu bedenken. Dazu zitie-
re ich einmal Ludger Volmer, der nun nicht unbedingt im
Rufe steht, konservativ, rechtspolitisch oder sonstwie zu
sein, sondern der, da ich ihn lange genug kenne, ein Voll-
blutpazifist ist

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
So verhält er sich aber nicht.)

und dafür bekannt ist. Ludger Volmer sagt, und das
kann man auch im Internet nachlesen:

„Wir“ – er meint natürlich die Grünen – „befinden uns
nicht mehr in der Welt unserer programmatischen Visio-
nen, unserer alternativen Entwürfe, sondern in einer Rea-
lität, die nicht einfach nur nach unseren Wünschen umzu-
deuten ist.“ Auch das gilt es zur Kenntnis zu nehmen,
meine Damen und Herren.

Die Bundesrepublik Deutschland ist eingebunden in
Bündnisse und steht dazu, und damit tragen auch wir eine
besondere Verantwortung. Und daran, meine Damen und
Herren, ändert auch nichts, wenn Herr Gysi als selbster-
nannter Außenminister nach Belgrad reist.

(Heike Lorenz, PDS: Er wurde eingeladen.)

Er unterliegt hier einem Irrtum. Ich habe seiner Rede
sehr aufmerksam heute morgen im Bundestag zugehört.
Herr Gysi unterliegt da einem Irrtum.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aha,
Sie haben die Wahrheit jetzt gepachtet.)

Nein, nein, hören Sie doch erst einmal zu! Sie wissen
doch gar nicht, was ich sagen will.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Na, Sie beurteilen doch schon.)

Nein, Milosevic führt gegen seine Bevölkerung Krieg –
ich denke, das müßte hier eigentlich allgemein bekannt
sein, daß das so ist –, und zwar gegen Zivilisten. Die Nato

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
... führt auch Krieg gegen Zivilisten.)

führt Krieg gegen die Militärmaschinerie und Soldates-
ka von Milosevic. Da ist ein ganz gewaltiger Unterschied.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Die toten Zivilisten verschweigt man. –
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Entschuldigen Sie, Herr
Abgeordneter.

Herr Schoenenburg, ich möchte Sie bitten, daß wir in
dieser Diskussion mal zuhören.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ich höre zu.)

Sie haben nachher genügend Zeit, und die PDS hat
auch ausreichend Zeit zu argumentieren. Wir sollten es
mal aushalten und hier zuhören.

Volker Schlotmann, SPD: Danke, Herr Präsident.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das kann nicht wahr sein!)

Meine Damen und Herren! Krieg kann und darf
grundsätzlich kein Mittel der Politik sein, um entstehende
Konflikte zu bewältigen, darin sind wir uns, denke ich,
einig. Und doch gibt es Situationen, in denen die einfache
Entgegensetzung der Kategorien Krieg oder Politik ein-
fach nicht greift. 760.000 Menschen, also fast die Hälfte
der Bevölkerung im Kosovo, diese Menschen sind vertrie-
ben worden. Oder, das sage ich ganz bewußt, besser
gesagt: Sie sind Opfer einer brutalen ethnischen Säube-
rung geworden, und sie werden deportiert! Das sind hier
ganz gewichtige Unterschiede, meine Damen und Herren.
Und das alles war von langer Hand durch Milosevic und
seine Schergen vorbereitet. Seit dieser Diktator vor zehn
Jahren sein Ziel eines ethnisch reinen Groß-Serbiens ver-
kündet hat – diese Sprüche kennen wir, auch aus unserer
eigenen Geschichte, meine Damen und Herren –, das Ziel
eines ethnisch reinen Groß-Serbiens verkündet hat, hat er
vier Kriege geführt, meine Damen und Herren. Haben wir
das alles schon vergessen?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Kriege in Slawonien, in Kroatien, in der Kraiina, in Bos-
nien und jetzt im Kosovo, meine Damen und Herren. Und
allein in Bosnien gab es über 200.000 Tote und Millionen
von Vertriebenen. Und während die Diplomaten in Ram-
bouillet um eine friedliche Verhandlungslösung rangen,
mit welcher Zielsetzung auch immer – das will ich gar
nicht bewerten, das kann man auch alles sehr kritisch
beleuchten –, während hier aber diplomatisch versucht
worden ist, ich sage mal, einen Krieg zu verhindern in dem
Maße, wie er jetzt geführt wird, während dieser Zeit hat
Milosevic mit Waffen an seinem Ziel weitergearbeitet, eth-
nische Säuberungen im Kosovo durchzuführen. Und er
hat damit jedes moralische Recht und jedes Mittel der
friedlichen Krisenbewältigung ad absurdum geführt.

Ich möchte hier an dieser Stelle gar nicht die grausam-
en und erschütternden Berichte wiedergeben, die Flüchtlinge
und OSZE-Beobachter, aber – und auch das sei einmal ganz
deutlich gesagt – auch Organisationen wie zum Beispiel
Human Rights Watch, die mit Sicherheit nicht irgend einer,
ich sage jetzt mal, rechten oder sonst einer Richtung ange-
hören, sondern die wirklich unter Einsatz ihres Lebens vor
Ort, in allen Ländern dieser Welt ver-

suchen, darauf zu achten, daß Menschenrechte eingehalten werden. Das kann man auch im Internet nachlesen, man kann das auch nachlesen im Internet bei Radio 21, einem Sender in Albanien, über Massaker en masse, die das also bestätigen. Ich glaube, es erübrigt sich, an dieser Stelle hier auf diese Massaker, die wir hier nun auch über das Fernsehen zumindest teilweise nachvollziehen konnten, noch näher einzugehen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das ist Krieg.)

Ja, Kollege Schoenenburg, das ist ein Krieg, den Milosevic entfesselt hat gegen seine eigene Bevölkerung,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Hören Sie doch auf!)

den nicht die Nato entfesselt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig!
Das muß auch mal gesagt werden.)

Meine Damen und Herren, ich stimme mit Bundeskanzler Schröder überein, wenn er sagt, und ich zitiere ihn: „Niemand darf verkennen, daß diese Greuelataten, über die wir zu reden haben und vor denen wir nicht wegschauen dürfen, das Werk der serbischen Militär- und Polizeikräfte sind. Sie sind eben nicht das Ergebnis der Luftschläge der Nato. Und diese Tatsache darf einfach nicht verwechselt werden. Denn lange bevor die Nato dem mörderischen Treiben Milosevic Einhalt zu gebieten versuchte, war diese Kampagne der ethnischen Säuberung nicht nur geplant, sondern schon ins Werk gesetzt.“ Soviel zu Ursache und Wirkung.

Meine Damen und Herren, das war die Situation, in der nach den gescheiterten Verhandlungen die Frage eines militärischen Eingreifens im Kosovo gestellt und auch entschieden werden mußte. Für mich persönlich möchte ich dazu anmerken, bei dieser Entscheidung ging es um die Abwägung zwischen zwei Prinzipien, nämlich zwischen der Achtung des Völkerrechts und dem Schutz des Menschenrechts. Für mich hat dabei der Schutz des Menschenrechts und der Menschenrechte einen höheren Stellenwert, das sage ich Ihnen ganz deutlich. Ich sage Ihnen auch sehr kritisch, ein ähnlich konsequentes Verhalten zum Schutz von Menschenrechten wünsche ich mir von der Staatengemeinschaft, und zwar nicht nur West, sondern Ost und wo auch immer, in solchen Fragen wie in Ruanda, wie in Kurdistan und woanders. Da muß man genauso konsequent sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Auf jeden Fall ...

(Angelika Gramkow, PDS:
Ist da auch der Krieg das Mittel?)

Hören Sie bitte zu Ende zu, ich habe das bei Herrn Schädel auch getan.

Auf jeden Fall ist diese Entscheidung keinem der Verantwortlichen leichtgefallen und mit absoluter Sicherheit auch nicht meiner Fraktion. Und ich akzeptiere jede und jeden, der dazu eine andere Meinung vertritt. Die Entscheidung ist jedoch getragen von einer großen Mehrheit der Politikerinnen und Politiker im Bundestag und den Parteien, aber auch von einer Mehrheit der Bevölkerung.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Welche Bevölkerung meinen Sie da? –
Gesine Skrzepski, CDU: Ohne UNO-Mandat.)

Und dies gilt auch für die Mehrheit der SPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Wir stehen mit großer Mehrheit hinter der Linie der Bundesregierung. Auch wir haben uns diese Entscheidung mit Sicherheit nicht leichtgemacht. Wer uns das unterstellt, daß wir uns das leichtgemacht haben, den bezeichne ich schlicht und einfach ohne Ansehen der Person als unseriös. Denn wir wissen, ich habe es eingangs gesagt, daß es hier um eine Entscheidung über Leben und Tod geht.

Meine Damen und Herren, ich sage ganz deutlich: Auch in der SPD in Bund und Land gibt es Mitglieder, gibt es Menschen, die der Auffassung sind, daß die militärischen Angriffe der Nato nicht das geeignete Mittel sind, die Konflikte im Kosovo einer Lösung zuzuführen. Es gibt Meinungen in der SPD, die ganz klar für sich persönlich entschieden haben, die jetzige Doppelstrategie des Westens, einerseits militärische Angriffe zu fliegen und parallel dazu nach einer Verhandlungslösung zu suchen, sei der falsche Weg zur Beendigung der Krise im Kosovo. Deshalb, so ihre Auffassung, ist es unbedingt notwendig, sofort das weitere Bombardement im Kosovo zu beenden.

Der Grundkonflikt in dieser Frage reduziert sich damit auch letztendlich, und dieses ist auch Inhalt des Antrages, der jetzt gerade noch mal neu formuliert werden sollte. Der Grundkonflikt ist doch auch der und vor allen Dingen der Fortsetzung der militärischen Aktionen und gleichzeitig Verhandlungen oder nicht, das Beenden dieser militärischen Aktionen. Und das ist dieser Grunddissens, der nach wie vor nicht aufgelöst ist. Und beide Seiten haben gute Argumente für ihre Haltung. Und das, denke ich, muß jedem hier klar sein, keine der beiden Seiten, weder die der Antragsteller, noch die der anderen Akteure, die außerhalb dieses Landesparlamentes agieren, noch die, die das befürworten, keiner weiß wirklich, ob sein Weg der richtige ist. Und ich weiß auch nicht, ob jeder daran glaubt, daß sein Weg der richtige ist.

Und genau aus diesem Grunde hat die SPD-Fraktion sich entschieden, beziehungsweise es war eigentlich klar, wir brauchen das gar nicht groß zu diskutieren, daß die Entscheidungen hierüber, wie sich der einzelne Abgeordnete zu einer solchen Frage positioniert, wirklich eine grundsätzliche Gewissensentscheidung ist, und dieses werden wir so tun. Und wenn das für die CDU heißt, so habe ich es gerade vom Kollegen Rehberg am Rande vernommen, dann macht doch mal, das zeigt mir, lieber Kollege Rehberg, es tut mir leid, wie ernsthaft Sie mit dem Thema jetzt hier umgehen. Gestehen Sie uns das Recht zu, so etwas zu einer Gewissensentscheidung zu machen.

Es handelt sich also nach unserer Auffassung um eine Gewissensfrage, aber im Gegensatz von manchen öffentlich geführten Diskussionen hat die SPD bewiesen, daß sie in verantwortungsvoller, dem Thema angemessener Art und Weise darüber streiten kann. Jawohl, das will ich Ihnen noch einmal deutlich sagen: Bei der SPD handelt es sich nicht um einen stromlinienförmigen Körper, der nur noch vorgegebene Entscheidungen abzunicken hat. In der SPD gibt es gerade zu solchen schwierigen Themen immer unterschiedliche Haltungen. Und ich sage Ihnen, das ist gut so!

Aber auch der Bundesparteitag der SPD hat gezeigt, Vertreter beider Positionen respektieren sich, setzen sich

in einer vernünftigen, ordentlichen, sachlichen Streitposition mit dem Thema auseinander. Und die gesamte Partei führt eine sehr ernsthafte Diskussion, an deren Ende dann eine Entscheidung steht. Und das charakterisiert uns in der Vergangenheit, in der Gegenwart und auch in der Zukunft.

Meine Damen und Herren, in sehr treffender Art und Weise hat Erhard Eppler diese Situation beschrieben, in der wir stecken. Auf dem Parteitag sagte er: „Natürlich wird man schuldig, wenn man Bomben wirft. Die Frage ist doch nur für uns alle, die wir uns gemeinsam stellen müssen, wie man noch schuldiger wird. Ich habe den Eindruck, sie“ – das heißt die Bundesregierung – „handelt so, daß wir ein bißchen weniger schuldig werden, als wenn wir gar nichts täten.“ Dies umschreibt das Dilemma, in dem wir stecken. Ich wünsche mir, daß sich jeder dieses Zitat verdeutlicht, bevor er sich zu den Fragen, die damit zu verbinden sind, äußert.

Gleichwohl stellt sich die Frage der Perspektiven. Wir müssen jetzt darüber nachdenken, wie der Krieg im Interesse der Menschen auf dem Balkan am besten und am schnellsten beendet werden kann.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Dabei muß uns auch klar sein, meine Damen und Herren, daß wir für die weitere politische und wirtschaftliche Entwicklung mit dem militärischen Eingreifen eine große Verantwortung übernommen haben. Deshalb fordern wir umgehend eine Balkan-Friedenskonferenz unter Einbeziehung, vor allem unter Einbeziehung Rußlands.

Ziel muß es sein, eine gerechte und dauerhafte Friedenslösung für den Balkan zu schaffen. Dieses Ziel verfolgt der auf dem Bundesparteitag der SPD verabschiedete Beschluß. Viele vergessen doch ganz eindeutig dabei, wir haben doch ganz andere Probleme, die auch noch auf dem Balkan auf uns zukommen. Wir haben die Wojwodina, wir haben eine lange Grenze der Nato zu Serbien durch Ungarn und, und, und. Dies harrt alles einer Lösung, bevor wieder zu irgendwelchen militärischen Mitteln gegriffen werden muß.

Auch der gestern vom Bundeskabinett beratene Friedensplan zeigt das Bestreben, daß möglichst schnell Politik und Diplomatie wieder die Waffen ersetzen sollen und müssen. Die SPD begrüßt zudem ausdrücklich, daß auch der Generalsekretär der Vereinten Nationen Kofi Annan in mögliche Verhandlungslösungen eingebunden ist und sich dazu bereit erklärt hat.

Das alles zeigt, meine Damen und Herren, die Bundesregierung und alle derzeit einbezogenen Länder wollen die militärischen Aktivitäten schnellstmöglich beenden. Das Ziel heißt: Ein multiethnisches Kosovo, in dem alle Völker, die dort zu Hause sind, und zwar seit Jahrhunderten, unter demokratischen Bedingungen friedlich und ohne Gewalt zusammenleben können. Das aber geht nur durch den Rückzug der serbisch-jugoslawischen Streitkräfte, Sondereinheiten, paramilitärischen Einheiten und sonstiger Truppenteile, die im Namen eines Groß-Serbiens tabula rasa im Kosovo veranstalten. Folgen muß die Garantie durch die internationale Staatengemeinschaft, in der Europa, die USA und vor allem, ich betone es noch einmal, vor allem auch Rußland einbezogen sind.

Eines, meine Damen und Herren, haben die Ereignisse der vergangenen Wochen allerdings auch gezeigt: Die internationale Staatengemeinschaft muß ihre Fähigkeit

stärken, Krisen nicht zuerst als militärische Konflikte zu begreifen. Sie muß frühzeitig soziale, ökonomische oder kulturelle Ursachen erkennen und vorbeugend politisch bekämpfen. Nicht zuletzt durch Fehler, die die Staatengemeinschaft in den vergangenen zehn Jahren zweifellos gemacht hat, müssen wir in längerfristiger Perspektive denken. Wir werden über eine Reform der UNO zu reden haben und über ihr Verhältnis zu regionalen Organisationen, wie der OSZE und auch der Nato. Auch das ist eine Verpflichtung, für die wir durch unser militärisches Eingreifen im Kosovo eine besondere Verantwortung übernehmen müssen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend nach Mecklenburg-Vorpommern zurückkommen. Die SPD-Fraktion hat sich deutlich zum gegenwärtigen Kurs der Bundesregierung bekannt.

(Dr. Arnold Schoenburg, PDS:
Da liegt der Hase im Pfeffer.)

Wir betonen zugleich, daß die Kampfhandlungen schnellstmöglich einzustellen sind zugunsten einer Verhandlungslösung.

Zu dem jetzt vorliegenden Änderungsantrag möchte ich eigentlich nur noch einmal folgendes sagen: Der Grunddissens, der hier zwischen den Antragstellern und darüber hinaus ja auch anderen und der SPD-Position liegt, ist hier an dieser Stelle in keiner Weise aufgelöst. Wir werden diesen Antrag also in übergroßer Mehrheit nicht mittragen. Die Äußerungen, die Positionspapiere und was da alles so kursiert, haben nach wie vor eine Grundposition, die nicht mit dem übereinstimmt, was wir politisch als Sozialdemokraten für richtig und für gut befinden, meine Damen und Herren. Der Schlüssel zur Beendigung der Kampfhandlungen liegt weder bei der Nato noch bei der Bundesregierung Deutschlands, meine Damen und Herren. Er liegt, ich sage es noch mal in aller Deutlichkeit, ganz allein bei Herrn Milosevic. Wer einen anderen Eindruck vermittelt, meine Damen und Herren, ignoriert einfach die Tatsachen.

Meine Damen und Herren, vor allem aber brauchen wir als SPD-Fraktion keine Belehrungen in dieser Frage.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich habe versucht hier deutlich zu machen in diesem hohen Hause, in welcher ernsthafte und verantwortungsvoller Weise wir uns mit diesem Thema als SPD auseinandergesetzt haben.

(Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Und an dieser Stelle appelliere ich nochmals ausdrücklich an alle, dieses so ernsthafte und bewegende Thema nicht für irgend welche Erwägungen zu machen, die vielleicht auf das Erzielen von Mehrheiten aus sind. Das lehnen wir als SPD-Fraktion ganz entschieden ab. Ich appelliere an alle in diesem Haus und im Lande vertretenen Politikerinnen und Politiker von demokratischen Parteien: Gehen wir mit dem gebotenen Respekt bei diesem Thema vor, unterlassen wir alles, was auch nur den Anschein von mißbräuchlichen Handhabungen aufkommen läßt! Auch das ist eine Verpflichtung aus den Ereignissen im Kosovo. Denn wir sollten alle daran denken, schuldig werden wir, ganz gleich, was wir jetzt tun. Die Frage für uns ist nur, was können wir tun, um vielleicht ein bißchen weniger schuldig zu werden. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Schönen Dank, Herr Schlotmann.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Rehberg von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Herr Kollege Schlotmann! Herr Kollege Dankert! Ich hätte mir gewünscht, daß der Herr Ministerpräsident zu dieser Debatte anwesend ist, und das wäre möglich gewesen.

(Beifall bei der CDU)

Und zwar wäre das deswegen möglich gewesen – diese Frage muß ich eingangs an Sie stellen, auch weil Sie, Herr Schlotmann, die Frage nach der Verantwortung, nach der besonderen Verantwortung gestellt haben –, es liegt zwar eine Entschuldigung vor wegen der Ministerpräsidentenkonferenz, aber die Frage ist zu stellen: Hätte man nicht diesen Tagesordnungspunkt um 9.00 Uhr oder um 10.00 Uhr ansetzen können, denn der Fototermin der Ministerpräsidentenkonferenz um 13.00 Uhr ist ja wohl nicht so wichtig. Ich muß Ihnen eins sagen: Wenn um 14.30 Uhr die Ministerpräsidentenkonferenz beginnt, parallel zu diesem wichtigen und zentralen Thema für die Bundesrepublik Deutschland und auch für Ihre Koalition, dann hätte ich mir gewünscht, daß dieser Platz besetzt ist. Das hätte sich auch gehört.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich frage mich, ob es richtig ist, daß überhaupt vom politischen Ansatz her, auch wo sich jeden Tag die Situation im Kosovo, auf dem Balkan ändert, daß dieser Landtag überhaupt versucht, eine Stellungnahme abzugeben. Täglich ändern sich die Situationen.

Herr Schlotmann, ich habe an Ihrer Einlassung mir gegenüber, das haben Sie offenbar völlig falsch verstanden, was ich da gesagt habe, ...

(Volker Schlotmann, SPD:
Nehme ich zurück. Tut mir leid.)

Nein, nein, ich will Ihnen was sagen, das zeigt Ihre Grundhaltung.

(Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD)

Sie haben scheinbar nicht gemerkt, daß die CDU Deutschlands die Bundesregierung und damit die Politik der Nato, der Friedens- und Wertegemeinschaft vorbehaltlos unterstützt, und auch die CDU Mecklenburg-Vorpommerns.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Reinhard Dankert, SPD –
Heidmarie Beyer, SPD: Das haben wir.)

Und wenn Sie hinterfragen, und das hinterfragen Sie ja zu Recht, Herr Schlotmann, daß man diese Situation nicht parteipolitisch ausnutzen sollte, dann sagen Sie bitte mit Namen und Adresse, wer das tut. Die CDU tut es jedenfalls nicht, in keiner Art und Weise.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich muß das die Kollegen der SPD schon fragen dürfen, ich habe es Kollegen Dankert vorhin schon mal gefragt: Hätten Sie sich auch so verantwortungsvoll verhalten, wenn die Union in Deutschland Verantwortung getragen hätte, oder wäre es da vielleicht etwas anders gelaufen?

Aber das sind Spekulationen, ich will sie auch beiseite schieben. Ich sage nur eins: Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß die CDU Deutschlands und die CDU Mecklenburg-Vorpommerns vorbehaltlos den Kurs der Nato, der UNO, der OSZE und somit der Bundesregierung und ihrer Repräsentanten unterstützt. Ich glaube, das ist schon bedeutungsvoll und beachtenswert, wenn das Unionspolitiker in dieser Republik im Parlament sagen. Und, Herr Schlotmann, auch heute morgen im Deutschen Bundestag werden das Wolfgang Schäuble und andere Sprecher der Union getan haben. Es waren andere, die dieses politisch ausnutzen wollten, nicht wir.

(Volker Schlotmann, SPD:
Das haben wir nicht unterstellt.)

Meine Damen und Herren, ich denke, es ist richtig und wichtig, und man muß auch akzeptieren, daß es zu diesem Thema unterschiedliche Meinungen und Haltungen gibt. Ich habe mir lange überlegt, ob ich auf Herrn Schädel eingehe, aber ich werde es tun. Ich will ein Lob an die Medien weitergeben, die gegenwärtig über die Ereignisse auf dem Balkan berichten. Ich meine, sie tun dies verantwortungsvoll.

Herr Schlotmann, Sie sind darauf eingegangen, es sind eigentlich vier Kriege in der Folge seit 1989/90 ausgebrochen. Ich kann mich gut entsinnen, daß die Haltung weiter Teile der Bevölkerung vor zwei, drei Jahren zu Bosnien-Herzegowina eine andere war, wahrscheinlich auch, weil dort andere Bilder rübergekommen sind. Heute kommen diese Bilder nicht, weil man Bilder im Kosovo nur schwer oder gar nicht aufnehmen kann. Ich wünsche mir diese Bilder auch nicht. Ich wünsche mir nicht Bilder wie in Bosnien, wo serbische Soldateska ein Krankenhaus eingenommen, die Krankenschwestern unter Drogen gesetzt, vergewaltigt und danach massakriert hat. Und das, Herr Kollege Schädel, das passiert seit Jahren dort, seit fast zehn Jahren! Herr Schlotmann hat es zu Recht gesagt. Herr Schlotmann hat nur ein Wort nicht in den Mund genommen: „Völkermord“. Ich nehme dieses Wort in den Mund. Das, was auf dem Balkan seit zehn Jahren passiert, ist Völkermord, geplanter Völkermord.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU,
einzelnen Abgeordneten der SPD
und Monty Schädel, PDS)

Und ich stelle dieses auf eine Stufe – auch das habe ich mir sehr gut überlegt, ob man so etwas tun kann – mit dem, jedenfalls vom Grundansatz her, was in Hitler-Deutschland und in den Lagern des Gulag in der ehemaligen Sowjetunion passiert ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das ist der gleiche Ansatz, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und deswegen ist die Ursache der Probleme nicht die Friedens- und Wertegemeinschaft der Nato, sondern das ist ein Milosevic, das sind politische Konsorten, die ein Groß-Serbien erreichen wollen. Es stellt sich doch die Frage: Kann man sich mit Milosevic überhaupt an einen Tisch setzen, oder gehört er nicht vors Kriegsverbrechertribunal? Das ist doch die entscheidende Frage, die sich stellt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wir sollten sehr vorsichtig sein, damit nicht die Strategie von Milosevic, Uneinigkeit in die Nato zu bringen und hieraus Honig saugen zu kön-

nen, aufgeht, auch hier im Landtag in Schwerin. Und das, was Herr Gysi macht – die CDU hat es ja gar nicht kritisiert, aber Herr Robbe vom Seeheimerkreis von der SPD –, ist Verrat nationaler Interessen und politischer Schaden für Europa insgesamt.

(Gerd Böttger, PDS: Na, na, na! –
Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es.)

Das ist ganz einfach so.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das kennen
wir seit 1914. – Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß alle demokratischen Parteien beweisen, daß sie willens und in der Lage sind, in kritischen Situationen, die unsere gesamte Nation vor eine besondere Herausforderung stellen, zusammenzuarbeiten. Auch wir haben überlegt, ob wir einen Antrag zum Kosovo stellen. Wir haben gesagt, dies tun wir nicht. Wir werden auch keinen Änderungsantrag zu diesem Antrag stellen. Diesen Antrag kann man nur in der Gesamtheit ablehnen, man kann hier nicht einzelne Punkte herausgreifen. Wir werden diesen Antrag ablehnen, und wir werden eine namentliche Abstimmung fordern. Das heißt, wer auf die Idee kommt und einzeln abstimmen will und Punkt 1 einfach stehenläßt und sagt, wer nicht dafür ist, der ist dafür, daß weiter Menschenrechtsverletzungen begangen werden, begibt sich auf einen Holzweg. Hier können nur mehrere Punkte zusammengefaßt werden, und darauf werde ich nachher noch eingehen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich denke auch, das wäre kein Thema für die Aktuelle Stunde gewesen, weil die 5-Minuten-Sequenzen hierfür nicht angemessen sind. Bei diesem Antrag, auch wenn der eine vor vierzehn Tagen gestellt worden ist – das ist doch nicht, Herr Schädel, unter dem Druck der Ereignisse passiert –, haben Sie doch kalkuliert: 20 Stimmen in der PDS-Fraktion, drei, vier kriege ich von der SPD rüber, und dann habe ich vielleicht eine Mehrheit. Rechnen können wir alle miteinander noch.

Die Haltung der CDU, ich denke, die ist Ihnen, die ist Ihnen ...

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der PDS)

Allein wenn wir sagen, wir unterstützen die Politik der Nato in Europa, der OSZE, und wir unterstützen die Politik der UNO, ist Ihnen doch klar geworden, daß es da kein Abrücken gibt, es ist letztendlich die Politik der Bundesregierung. Und hier merken Sie auch, ähnlich wie in vergangenen Jahrzehnten – ich kann mich nur erinnern, das konnte ich nur am Bildschirm verfolgen, in den 70er Jahren, ich denke an die Terroranschläge der RAF –, in entscheidenden nationalen Fragen Deutschlands funktioniert diese Wertegemeinschaft. Sie haben an einer Stelle gefragt, worauf das eigentlich basiert, was die da tun. Das ist eine Wertegemeinschaft, die basiert auf den Menschenrechten, auf den Völkerrechten, und sie basiert auf dem Grundgesetz. Das ist unsere Handlungsgrundlage, Herr Schädel, und nichts anderes.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU
und einzelnen Abgeordneten der SPD –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Und deshalb
bricht man es mal kurz, wenn man es braucht.)

Ich glaube, Herr Schoenenburg, Sie sind am wenigsten legitimiert,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ach, Herr Rehberg, Legitimation ist doch nicht Ihre Sache.)

zu diesem Punkt ständig dazwischenzurufen. Wissen Sie, als Sie dort so schön vor dem Schloß demonstriert haben und Lieder gespielt worden sind, da habe ich mich daran erinnert, was passiert war in den 70er und 80er Jahren, als wir als junge Leute in der kirchlichen, in der ökumenischen Bewegung unter dem Motto „Schwerter zu Pflugscharen“ waren, wie das von der SED und der Staatssicherheit vor Ort behandelt worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU
und einzelnen Abgeordneten der SPD –
Angelika Gramkow, PDS:
Dazu komme ich nachher noch.)

Daran habe ich mich erinnert. Und ich möchte jeden fragen, gerade die Älteren, die davorgestanden haben, wie sie sich denn damals verhalten haben. Da hatten Union und SPD andere Haltungen – Anfang der 80er Jahre kam der Nato-Doppelbeschluß –,

(Lutz Brauer, CDU: Prager Frühling.)

was ja auch bei uns für eine Bewegung war.

(Gerd Böttger, PDS: Da war
die CDU aber nicht dabei, da war die
CDU aber nicht dabei in der Bewegung.)

Herr Kollege Böttger, ich kenne Leute, die wegen des Tragens dieser Etiketten Berufsverbot bekommen haben, und ich kenne auch welche, die verhaftet und inhaftiert worden sind.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Gerd Böttger, PDS: Völlig richtig.)

Das ist die Realität!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Alle machen sicherlich in den vergangenen Wochen, aber durchaus auch schon seit dem Bundestagsbeschluß vom Oktober einen nicht einfachen Entscheidungsprozeß durch. Dabei bleibt uns nur die Wahl zwischen zwei Übeln: Hinnahme des Völkermordes an den Kosovaren oder Einsatz militärischer Mittel. Ich betrachte die Entscheidung eines jeden einzelnen in dieser Frage als sehr persönlichen Akt, den jeder mit seinem Gewissen vereinbaren muß, so daß ich durchaus achte, wenn Menschen für sich zu der Entscheidung kommen, die militärischen Maßnahmen der Nato und auch der Bundeswehr in Jugoslawien nicht mittragen zu können. Mein Verständnis für eine solche Ablehnung der Nato-Maßnahmen hört allerdings dort auf, wo diejenigen, die ihre Gesundheit und gar ihr Leben einsetzen, um anderen Menschen die Gesundheit und das Leben zu retten, nämlich die Soldaten der Nato, als Mörder und Kriegstreiber diffamiert werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das.)

Und, Herr Kollege Schädel, die Bundeswehr ist die größte Friedensbewegung, die wir haben auf Basis des Grundgesetzes.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das ist ganz einfach so.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das darf doch wohl nicht wahr sein! Wie kann man denn nur!)

Und wenn Sie, Herr Kollege Schoenenburg, darüber lachen, dann muß ich Ihnen sagen, stehen Sie in Teilen nicht auf dem Boden des Grundgesetzes.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ach, auch das noch! Um Himmels willen!)

Diese Bundeswehr steht auf dem Boden des Grundgesetzes, ganz eindeutig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Im Grundgesetz ist der Militäreinsatz im Ausland verboten.)

Wer hier und heute die bedingungslose Einstellung der Maßnahmen der Nato zum Kosovo fordert, fördert die Fortsetzung des Völkermordes und damit die massenhafte Verletzung der Menschenrechte mitten in Europa. Ich kann nicht akzeptieren, wenn die Maßnahmen der Nato und der Völkermord durch die Regierung Milosevic – und das ist im Ursprungsantrag so – auf eine Stufe gestellt werden, wie dies der vorliegende Antrag, das heißt der Ursprungsantrag, tut.

Ich achte Pazifisten in ihrer Entscheidung, den Einsatz nicht mittragen zu können, appelliere aber zu bedenken, daß Pazifismus, nämlich „pacem facere“, nichts anderes heißt als „Frieden machen“. Wie wollen Sie denn Frieden machen, Herr Schädel?

(Zuruf von Monty Schädel, PDS)

Wie wollen Sie es denn tun? Indem Sie die Hände übereinander schlagen und seit zehn Jahren zugucken, wie ethnisch rassistisch-ideologisch geprägte Politik von einem Groß-Serbien – Herr Schlotmann hat das ausgeführt – nicht nur jetzt im Kosovo, sondern vorher in Kroatien, in der Kreiina, in Bosnien-Herzegowina durchgeführt wurde? Wann ist denn Herr Milosevic zum Einlenken gekommen in Bosnien? Doch erst als die Nato-Luftschläge gekommen sind. Und dort haben wir heute einen Frieden, einen brüchigen Frieden unter Schutz von Truppen. Das heißt, wir haben – und dem muß man sich stellen – in Europa Gebiete, die schwierig sind. Und da geht es doch danach nicht darum, politisches Kapital daraus zu schlagen, so, wie Sie das ausgeführt haben. Das ist doch völlig daneben. Meinen Sie denn, diese Staaten entschließen sich gemeinsam dazu, militärische Mittel einzusetzen, um Menschenrechte zu verteidigen und Völkermord zu verhindern aus den Gründen, die Sie angeführt haben? Das können Sie doch selber nicht glauben!

Und, Herr Schädel, Sie persönlich und andere stehen dann seit Jahren daneben und beklagen Massaker an der Zivilbevölkerung, Vergewaltigungen von Frauen und so weiter. Wo ist denn Ihre Lösung? Ihre Lösung kann doch nicht sein, danebenstehen, zugucken und nichts tun.

(Angelika Gramkow, PDS: Wie in der Türkei?)

Wissen Sie, ich werde jetzt nicht anfangen, noch mal Türkeifragen zu der PKK aufzuwägen. Da könnte man zu Herrn Schädel und anderen aus Ihrer Fraktion noch einiges sagen.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Lassen wir es mal beim Kosovo und bei den Problemen auf dem Balkan,

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, richtig, richtig.)

und lassen Sie uns eher eine Politik betreiben, so, wie es die Nato tut, daß immer mehr Mitglieder in die Nato kommen, in die Friedens- und Wertegemeinschaft.

(Angelika Gramkow, PDS:
Das sage ich nachher noch mal.)

Dann wird die Kriegsgefahr in Europa jedes Jahr geringer werden. Das ist eine erfolgreiche Politik.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es. –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Kriege sind erst jetzt wieder möglich unter dieser Wertegemeinschaft.)

Herr Kollege Schoenenburg, Kriege sind erst jetzt wieder möglich unter dieser Wertegemeinschaft?

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja.)

Unter dieser Wertegemeinschaft ist in den letzten 50 Jahren nicht ein Krieg geführt worden.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Weil sie es nicht konnte.)

Herr Schoenenburg, Sie können ja den Dialog fortführen, aber dann wären wir dabei, daß Sie es begrüßen, daß es einen kalten Krieg gegeben hat, zwei Lager: Nato und Warschauer Pakt. Ich bin froh, daß der eiserne Vorhang weg ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Harry Glawe, CDU: Mauerbau. –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Und daß man Kriege wieder führen kann. Das ist richtig.)

Wissen Sie, es ist Geschichtsklitterei, was Sie hier machen.

(Angelika Gramkow, PDS: Ach ja?)

Jugoslawien ist doch nur unter einer kommunistischen Diktatur zusammengehalten worden, bis jetzt nach dem Zerfall des Tito-Regimes

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Ende der 80er Jahre Milosevic kam.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das sind grobschlächtige Begriffe.)

Und scheinbar verteidigen Sie ihn auch deswegen, weil Sie eine politische Verwandtschaft miteinander haben, zumindest aus der Historie.

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, das fehlt noch.)

Man muß doch die Frage stellen, warum Sie sich so vehement mit Herrn Milosevic einlassen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Wenn Sie vom Konzept abweichen, erzählen Sie doch nur noch dummes Zeug.)

Als die einzelnen Völker Jugoslawiens ihr Recht auf Selbstbestimmung, ihre Rechte wahrnehmen wollten, da hat Milosevic doch die Kriege angefangen. Das ist doch die Realität!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU und Heidemarie Beyer, SPD)

Die Kroaten, die Mazedonier, die Montenegroer und die Bosnier, die wollten doch raus aus dieser Diktatur.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Und was sagen Sie zu Tudjman?
Nichts? Ist klar, das paßt nicht ins Bild.)

Herr Kollege Schoenenburg, zu Herrn Tudjman: Wissen Sie, das paßt auch sehr gut ins Bild. Es paßt deswegen ins Bild, weil es offenkundig so ist in Europa, daß alte Probleme, alte Konflikte wieder aufreißen. Und der Grundunterschied zwischen uns beiden ist, daß wir sagen: Wenn es zu Völkerrechtsverletzungen, zu Menschenrechtsverletzungen kommt, muß die internationale Staatengemeinschaft eingreifen. Und das tut sie, und das ist der einzig richtige Weg.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das tut sie ganz einseitig.)

Das ist überhaupt nicht einseitig. Einseitig ist es zuzugucken, wie Menschen umgebracht und massakriert werden. Das ist einseitig, Herr Schoenenburg, und das werden wir nicht tun.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein solcher Pazifismus, wie ich ihn beschrieben habe, führt im Gegenteil dazu, daß die Kosovaren nicht nur in Unfrieden leben, sondern vertrieben und gemeuchelt werden. Und die Realität ist doch – Herr Schlotmann hat es ausgeführt, ich kann es noch einmal unterstreichen –, es wurde doch schon vorher, lange Jahre vorher vertrieben, es wurde unterdrückt, es wurde 1989 die Autonomie der Kosovo-Albaner aufgehoben von Milosevic und den Serben. Ja, warum konnte der Kosovo denn nicht in Autonomie leben? Warum mußte man das aufheben? Das sind doch ganz einfache Ziele. Und wer jetzt meint oder gemeint hat, daß man zugucken kann, daß deportiert wird, ja dem ist doch die Frage zu stellen: Wann sollen die Menschen in ihre Heimat wieder zurück? Wie wollen wir das miteinander bewerkstelligen? Das ist doch die zentrale Frage.

Es kann doch nicht richtig sein, und das hat auch nichts mit Geld zu tun, daß die Kosovo-Albaner in die Nachbarländer vertrieben werden, daß ein Teil davon in Europa aufgenommen wird, und der Kosovo bleibt menschenleer, zumindest von Kosovo-Albanern. Das kann doch nicht die Lösung sein. Die Lösung kann doch nur sein, daß die Menschen wieder zurückkehren können. Das ist der zentrale Punkt, bei allem Leid, bei allem Elend, was in den letzten Wochen und Monaten passiert ist. Wo wollen Sie die Menschen denn hinschicken? Nach Albanien? Nach Mazedonien? Oder sollen die Menschen hier jahrelang im restlichen Europa bleiben? Wir sind gern bereit – ich denke, da stimmen wir alle überein –, sie vorübergehend aufzunehmen, aber es kann doch keine Dauerlösung sein, ähnlich wie mit den Bosnienkriegsflüchtlingen. Es heißt, die Menschen müssen dahin wieder zurück, denn sonst haben die Serben ihr Ziel erreicht. Und das darf nicht passieren! Das hieße, daß der Kosovo frei wäre von Kosovaren, das darf nicht passieren.

(Beifall Reinhardt Thomas, CDU)

Deswegen muß unsere Politik darauf ausgerichtet sein, daß die Menschen wieder zurückkommen und dort in Ruhe und Frieden leben können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wird oft die Krücke UNO-Sicherheitsrat – ich sage ganz bewußt Krücke – genommen,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Na klar.)

um die Nato-Luftangriffe als völkerrechtswidrig zu klassifizieren.

(Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Wie lange soll man denn noch warten bei dem Prinzip der Einstimmigkeit, bis sich Rußland – ich will über die russischen Interessen jetzt gar nicht wichten und werten – entschließt, daß die Nato eingreifen darf? Können Sie sich denn überhaupt vorstellen, wenn bis heute der UNO-Sicherheitsrat nicht einstimmig entschieden hätte, daß die Vertreibung, die Deportation, das Morden genauso vonstatten gegangen wäre

(Angelika Gramkow, PDS: Er hätte das der Gesamtversammlung vorlegen können, und die hätte das entschieden. Das wissen Sie genau. –

Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

und daß wir ...

Frau Gramkow, wissen Sie, es gibt ernstzunehmende Experten in Europa, die sagen, man hat in Rambouillet viel zu lange verhandelt, man hat Milosevic Zeit gelassen,

(Andreas Bluhm, PDS: Es gibt auch andere Experten, die sagen, man hat nicht lange genug verhandelt. Die gibt es auch, Herr Rehberg.)

das umzusetzen, was er wollte. Und wissen Sie, man hat zum Beispiel in Bosnien viel zu lange gewartet, Herr Bluhm. Es ist doch nicht akzeptabel, was da passiert ist mit der eigenen Bevölkerung. Es ist doch nicht akzeptabel, daß UNO-Soldaten da angekettet worden sind. Das ist doch alles nicht akzeptabel. Das können Sie doch nicht tolerieren.

(Andreas Bluhm, PDS: Das tue ich auch nicht.)

Das können Sie doch allen Ernstes nicht tolerieren.

(Andreas Bluhm, PDS: Das hat niemand gesagt.)

Und der Rambouillet-Plan – da gab es doch nur einen Hinderungsgrund, das war die Zustimmung der Serben. Nichts anderes! Was war denn beim Rambouillet-Plan für die Serben nicht annehmbar? Sagen Sie mir mal bitte einen Punkt!

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das war die Nato in ganz Jugoslawien, das war der Plan. –
Zuruf von Götz Kreuzer, PDS)

Der Rambouillet-Plan war annehmbar, die UCK hat ihn unterschrieben.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Ja, das ist doch klar.)

Und wenn halt so ein Plan nur unter militärischem Schutz durchgeführt werden kann, dann muß dieser militärische Schutz auch gegeben werden. Dann muß man eben akzeptieren, daß fremde Truppen in Restjugoslawien stehen zum Schutz der eigenen Bevölkerung, der Kosovo-Albaner. Das ist doch die logische Konsequenz dieser ganzen Sache.

Und ich denke, daß trotz der Menschenrechtsverletzungen, die Milosevic im Kosovo und davor begangen hat, die Staatengemeinschaft bis an die Grenze des moralisch Vertretbaren versucht hat, gemeinsam mit Milosevic eine politische Lösung des Problems herbeizuführen. Es bleibt dabei: Milosevic und die Serben haben es in der Hand, in jeder Sekunde für Frieden zu sorgen. Er muß lediglich seine Truppen in die Kasernen bringen, den

Flüchtlingen die Rückkehr ermöglichen und eine internationale Überwachung des Sicherheitsstatus der Kosovaren akzeptieren. Solange er dies nicht tut und die Nato ihre Maßnahmen dennoch stoppt, begehen wir alle unterlassene Hilfeleistung angesichts des Völkermordes im Kosovo.

Gerade wir als Deutsche sehen natürlich mit besonderer innerer Bewegung die Beteiligung der Bundeswehr an den Einsätzen im Kosovo. Aber hierzu ist meine Haltung ganz klar: Die Bundeswehr wurde nicht gegründet als nationale Heldenarmee, sondern war von Beginn an konzipiert als Teil der Nato zur Verteidigung einer Wertegemeinschaft.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Götz Kreuzer, PDS:
Nein, zur Verteidigung des Landes.)

Wenn die Werte der Freiheit, der körperlichen Unversehrtheit und der Demokratie in Europa gefährdet sind, muß deshalb diese Wertegemeinschaft einschreiten.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Na klar, das ist ihr Auftrag, auf der ganzen Welt zu operieren.)

Deshalb befinden wir uns nicht in einem Angriffskrieg, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall Reinhardt Thomas, CDU –
Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Ein Angriffskrieg ist ganz etwas anderes.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
So kann man die Sachen umlügen. –
Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Zum Glück, Herr Ritter. Zum Glück!

(Peter Ritter, PDS: Dann sollten Sie auch nicht darüber reden.)

Und Ihre Erfahrung möchte ich auch nicht unbedingt haben.

(Peter Ritter, PDS: Ich habe auch keinen Angriffskrieg geführt.)

Ja, zumindest die Doktrin war so.

(Peter Ritter, PDS: Der atomare Erstschlag ist immer noch die Doktrin der Nato. –
Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Herr Ritter, hören wir auf! Es geht hier um Menschen auf dem Balkan

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Hören Sie mal auf, hören Sie mal auf, Herr Rehberg! –
Zurufe von Minister Dr. Rolf Eggert und Dr. Armin Jäger, CDU)

und nicht um Ihre persönlichen Befindlichkeiten, die Sie aus der Vergangenheit gehabt haben.

(Angelika Gramkow, PDS: Die haben Sie doch eben gerade dargelegt.)

Überhaupt nicht!

Wissen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren der PDS, und gerade die Zwischenrufer, ich muß aber auch hier die Kollegen der SPD ansprechen: Müssen Sie nicht den Kopf darüber schütteln, wie man zum Grundgesetz steht, wie man zur Bundeswehr steht? Und mit denen

wollen Sie gemeinsam verantwortungsvolle Politik für dieses Land machen?!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ist das nicht erschreckend? Ist das nicht erschreckend,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Erschreckend ist, was Sie hier ablassen.)

welche Auffassung durch diese Zwischenrufe zum Ausdruck kommt? Da ist es natürlich auch kein Wunder, es ist kein Wunder, Herr Schoenenburg, daß Sie für die Plakate „Soldaten sind Mörder“ verantwortlich sind. Das ist doch kein Wunder!

(Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch ein Wort zum Sicherheitsrat: Sicherlich hat der Sicherheitsrat der Nato kein ausdrückliches Mandat zum Handeln gegeben. Ich bin allerdings der Auffassung, daß der Sicherheitsrat kein Mandat hat, uns Europäer zum Wegschauen und zur Hinnahme von Völkermord zu verpflichten.

Die derzeitige Situation ist für mich auch Ausdruck der Schwäche des Vetoprinzips im Sicherheitsrat. Dieses Prinzip ist aus meiner Sicht anachronistisch. Anachronistisch deshalb, weil zum einen die ständigen Sitzungen des Sicherheitsrates Ergebnis des Zweiten Weltkrieges sind, dessen staatliche Folgerungen auf vielfache Weise, aber insbesondere durch den europäischen Einigungsprozeß weiterentwickelt sind. Zum anderen ist das Vetosystem dem Zustand des kalten Krieges geschuldet. Im kalten Krieg haben sich letztendlich die Sowjetunion und die USA als die beiden Supermächte im Sicherheitsrat durch ihr Vetorecht gegenseitig blockiert. Der kalte Krieg ist zu Ende. Der eiserne Vorhang ist gefallen. Deshalb sollte diese gegenseitige Blockade in der Nato überdacht werden.

Aufgabe der Politik wird also angesichts der Vorgänge in Jugoslawien ein ganzes Paket sein:

Erstens muß unmittelbar auf dem Balkan die Politik wieder das Handeln übernehmen. Den Schlüssel dafür hat zunächst Milosevic in der Hand. Die Greuelthaten müssen beendet werden, die Armee muß in die Kasernen, die Flüchtlinge müssen zurückkehren können und ihre Unversehrtheit durch internationale Beobachter verifiziert werden.

Zweitens. Rußland muß in den politischen Prozeß integriert werden, um eine spätere Eskalation zu verhindern.

Drittens. Beim Wiederaufbau der zerstörten Städte muß die internationale Gemeinschaft durch Know-how und Finanzunterstützung massiv helfen.

Viertens. Die Europäische Union benötigt das gemeinsame Konzept der Außen- und Sicherheitspolitik und die Weltgemeinschaft einen außenpolitischen Verhaltenskodex, nach denen im völkerrechtlich eindeutigen Rahmen künftige Streitigkeiten behoben werden können. Dabei muß klar sein, daß zunächst sämtliche politischen und wirtschaftlichen Bemühungen zur Konfliktlösung genutzt werden müssen. Militärisches Eingreifen darf nur dann erlaubt sein, wenn massivste Verletzungen der Menschenrechte drohen, die anders nicht verhindert werden können, und zu erwarten ist, daß nach militärischem Eingriff die Menschenrechtssituation verbessert werden kann.

Fünftens. Letztendlich muß die UNO dahingehend weiterentwickelt werden, daß sie auch und gerade in Krisensituationen ihre Handlungsfähigkeit wiedererhält.

Aber dies sind Zukunftsperspektiven, die wir allerdings nicht vernachlässigen sollten, wenn es gelungen ist, die aktuelle Krise zu beheben. Voraussetzung für die Behebung dieser Krise ist jedoch derzeit – das habe ich versucht deutlich zu machen – ein Einsehen und ein Einlenken von Milosevic.

Bodentruppen, auch hier bin ich vollständig bei der Bundesregierung, sollten nicht zum Einsatz kommen, weil die Bodentruppen wahrscheinlich zu einem späteren Zeitpunkt zur Sicherung des Friedens eingesetzt werden müssen. Darüber hinaus muß zwingend die humanitäre Hilfe auf breiter Front fortgesetzt werden, deren Zielsetzung es sein muß, daß die vertriebenen Menschen in ihrer Region bleiben können.

In der Hilfsbereitschaft aller Europäer, und insbesondere auch der Deutschen, ist für mich ein Lichtblick in dieser Krise zu sehen. Die Menschen sehen sehr genau, daß es allererste Pflicht sein muß, den Opfern dieser Krise beizustehen. Dazu sollten auch wir als Land Mecklenburg-Vorpommern unseren Beitrag leisten. Deshalb schlage ich vor, daß wir gemeinsam während der Haushaltsberatungen wenigstens 1 Million DM zur Verbesserung der humanitären Situation im Flüchtlingsgebiet bereitstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ich weiß sehr wohl, daß viele meinen, das sei eine Bundesaufgabe. Ich denke, es ist eine Aufgabe aller, hier zu helfen. Es wird schwer genug, die Menschen zurückkehren zu lassen und ihnen wieder zu helfen. Darüber hinaus gehört es zu unserer Pflicht, den zum Einsatz kommenden Soldaten und ihren Familien den Rücken zu stärken und ihnen auch weiterhin das Gefühl zu vermitteln, daß sie trotz des Einsatzes von Gewalt richtig handeln.

Was wir nicht tun sollten, ist, den innenpolitischen Versuch zu unternehmen, parteipolitischen Gewinn aus dieser außenpolitischen Krise zu ziehen. Gerade auch deshalb halte ich es für unverantwortlich, wie derzeit die Koalitionspartner in unserer Landesregierung miteinander umgehen. Ich weiß nicht, ob der eine oder andere es sich überlegt hat, wenn er das Wort „Kriegstreiber“ in den Mund nimmt, welche Personen er da gleichsetzt. Und ich glaube, daß hier eine einfache Entschuldigung ganz einfach nicht ausreicht.

(Volker Schlotmann, SPD: Sie brauchen meine Aufgabe nicht wahrzunehmen, Herr Rehberg.)

Herr Kollege Schlotmann, wissen Sie, es zeigt sich doch, daß Ihre Einlassung Ausdruck einer Grundhaltung ist. Sie können ganz einfach nicht begreifen,

(Lutz Brauer, CDU: Er hat vieles abgelesen.)

daß es unsere politische Überzeugung ist, daß wir diese Bundesregierung unterstützen und daß wir dann auch die übergroße Mehrheit in der SPD unterstützen, weil wir das für eine nationale Aufgabe halten. Bei so einem Thema parteipolitischen Klamauk zu machen, wie es einige Ihrer Kollegen in der PDS getan haben! Ich habe Sie noch nie so aufgeregt erlebt. Es gehört auch zum Stil, und es gehört auch zum Recht der Opposition, zu sagen, daß man, so meine ich, vorsichtig sein sollte mit Vergleichen,

gerade wenn man dann Personen gleichsetzt in der Historie und geschichtliche Bezüge herstellt.

Ich konnte genauso wenig Ihren Kollegen Klaus Schier verstehen, der die Haltung der Sozialdemokratie mit den Ereignissen von 1914 verglichen hat. Das ist ganz was anderes.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Jetzt belehrt er noch die SPD.)

Entschuldigung, das sind ganz andere Situationen, ganz andere Umstände.

Meine Damen und Herren, ...

Also die Belehrungseinheiten, Herr Schoenenburg, die haben doch Sie in den letzten Tagen wirklich hier versucht zu vollführen. Und gerade Sie persönlich, Sie sind doch wirklich ganz hoch auf die Wackelleiter geklettert, auf die Wackelleiter der Koalition, und sind auch als erster an der untersten Stufe wieder angekommen nach Ihren Einlassungen vom Wochenende in Ostvorpommern.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Witz, Witz.)

Wer so leichtfertig mit politischer Verantwortung umgeht, Herr Schoenenburg, das sage ich Ihnen noch mal, der sollte hier etwas ruhiger sein.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sie haben doch nicht die geringste Ahnung!)

Es ist für mich ein positives Zeichen, daß die demokratischen Parteien beweisen, daß sie sich trotz aller politischen Gegensätze in den elementaren Fragen einig sind. Diese Einigkeit insgesamt in Deutschland wird aus meiner Sicht ein wichtiger Beitrag zur Lösung der Krise sein, denn Milosevic muß eins wissen, nämlich daß er allein ist und letztlich nicht siegen kann. Und weil er nicht siegen darf, müssen wir einig bleiben. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Schönen Dank, Herr Rehberg.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Holter von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Holter.

Helmut Holter, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein ernstes Thema, das wir heute hier debattieren. Ich möchte ein paar Vorbemerkungen machen, nachdem ich auch die Redebeiträge gehört habe.

Erstens möchte ich dem Abgeordneten Schädel, meinem Kollegen Monty Schädel, Respekt zollen für die Rede, die er heute hier gehalten hat.

(Beifall bei der PDS)

Zweitens möchte ich in diesem Zusammenhang zum Ausdruck bringen, seine Wortwahl gegenüber dem Ministerpräsidenten ist nicht meine Wortwahl. Ich bedauere das und möchte mich auch davon distanzieren.

Herr Rehberg, Sie haben eine Rede gehalten – ich kann sie nur als Scharfmacherei bezeichnen

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

und möchte Sie fragen, welche nationalen Interessen Deutschland in Jugoslawien hat. Gregor Gysi verrät nicht nationale Interessen.

(Eckhardt Rehberg, CDU:
Das habe ich doch nicht gesagt.)

Das haben Sie gesagt.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Dann gucken Sie sich mal die Ticker-Meldung an, wer das gesagt hat!)

Sie haben das gesagt. Sie haben das hier ausgesprochen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ich habe zitiert. Ich habe zitiert, Herr Holter.)

Sie haben nicht gesagt, daß Sie zitiert haben.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Aber ja.)

Sie haben hier ausgesprochen, Gysi verrät nationale Interessen.

(Eckhardt Rehberg, CDU:
Das stimmt überhaupt nicht!)

Und wir als Partei stehen nicht daneben, wir gucken nicht zu, sondern wir versuchen – wie andere – zu handeln.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja.)

Die PDS hat überhaupt keinen Alleinvertretungsanspruch deutlich gemacht, sondern sie bringt sich in diese Auseinandersetzung ein

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das fehlt noch. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Das fehlt auch noch.)

wie viele andere, wie andere Parteien und Bewegungen. Und wir sind die letzten, die hieraus parteipolitische Vorteile ziehen wollen.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Ausgerechnet bei Ihrer Vergangenheit!)

Uns geht es um eine Lösung, uns geht es um die Lösung eines regionalen Konfliktes.

Allerdings, wir unterscheiden uns in zwei Fragen: Erstens, wir wollen keinerlei Vorbedingungen von irgendeiner Seite, und zweitens unterscheiden wir uns darin, auf welchen Wegen denn diese Konfliktlösung erreicht werden soll.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Das ist ein prinzipieller Unterschied, meine Damen und Herren, und diesen Unterschied müssen wir auch aushalten.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am Ende dieses Jahrhunderts soll Krieg wieder legitimes Mittel zur Lösung von Konflikten sein. Allein die Auffassung, daß Kriege geführt und gewonnen werden können, macht mir einfach angst.

Ja, es ist Krieg in Europa. Und zu diesem Krieg kann man nicht schweigen. Meine Partei, das haben wir in der Vergangenheit sehr deutlich gemacht, meine Partei hält die gegenwärtige Politik der Bundesregierung zur Lösung des Kosovo-Konfliktes für falsch.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Und ich sage es hier sehr deutlich, Rot-Grün wurde nicht für die Militarisierung der Außenpolitik gewählt. Ich frage mich, was aus dieser grünen Partei geworden ist.

(Gesine Skrzepski, CDU: Das stimmt.)

Was ist aus all denen geworden, die einst Schwerter zu Pflugscharen machen wollten?

(Georg Nolte, CDU: Ja, das stimmt.)

Und es kann mich nun wahrlich nicht mit Stolz und Freude erfüllen, wenn täglich die Meldungen kommen, daß die deutschen Tornados erfolgreich und heil auf die Ausgangsbasis zurückgekehrt sind.

Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Was wird denn sein, wenn die erste deutsche Mutter wieder ihren Sohn beweint? Die Lehren des Zweiten Weltkrieges besagen, daß nie wieder Krieg von deutschem Boden ausgehen darf. Und was ist nun? Die Bundesrepublik ist durch Entscheidung der Bundesregierung und mit Deckung durch die Mehrheit des Bundestages an einem Krieg, an einem Angriffskrieg – ja, es ist ein Angriffskrieg, denn die Bundesrepublik wurde nicht angegriffen – beteiligt.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Reinhard Dankert, SPD:
Er ist nicht von uns ausgegangen.)

Ein Zustand, den ich, den meine Partei und viele Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner nicht hinnehmen wollen und auch nicht hinnehmen werden. In der Tat, die PDS hat sich als einzige parlamentarische Partei klar gegen den seit dem 24. März von der Nato ausgelösten Krieg gegen Jugoslawien positioniert. Wir sprechen uns – das ist unsere Überzeugung, das ist auch unsere Lehre aus der Geschichte – für den Ausschluß jeglicher militärischer Gewalt und für ausschließlich politische, das heißt zivile Konfliktlösungen aus. Das ist etwas gänzlich anderes, als, wie man hier leichtsinnig formuliert, Waffen sprechen zu lassen. Aber Waffen sprechen nicht. Die Sprache der Waffen ist das Ende des Sprechens und das Ende der Politik.

(Beifall bei der PDS –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Richtig. –
Dr. Rolf Eggert, SPD: Wer hat denn
als erster aufgehört zu sprechen?)

Wo geschossen wird, wo bombardiert wird, hört die Politik als die diskursive Suche nach Konfliktlösungen auf. Mit Bomben, meine Damen und Herren, verhindert man keine humanitären Katastrophen, man verschärft sie nur.

In der Tat – das ist auch unsere Auffassung –, Milosevic ist ein gewalttätiger Politiker, der seit Jahren eine Politik der ethnischen Säuberung betreibt.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Das weiß man oder hätte man seit mindestens 17 Jahren wissen müssen. Was die PDS betrifft, so hat sie schon lange vor dem 27. März an die Adresse von Milosevic ihren Protest erhoben, zu einem Zeitpunkt als die Regierungen der Nato-Staaten, auch die Regierung Deutschlands, mit ihm diplomatischen Umgang als Gleichen unter Gleichen im Geschäft der Profipolitiker suchte.

(Dr. Rolf Eggert, SPD: Und was hat er genützt, der Protest?)

Nur wenn die Politik sich endlich darauf besinnt, daß der Zweck niemals die Mittel heiligt, kann eine Konfliktlösung ohne noch größere Leichenberge oder blutige Vertreibungen möglich werden.

(Angelika Gramkow, PDS: Was nützen die Bomben? – Dr. Rolf Eggert, SPD:
Was hat der Protest genützt?
Was hat Ihr Protest genützt?)

Die Zeiten, daß Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist,

(Glocke des Präsidenten)

müssen endlich vorbei sein. Krieg richtet sich immer gegen eine Bevölkerung und nicht gegen einen einzelnen Diktator.

Nicht nur Egon Bahr verweist darauf, daß es in der Vergangenheit und in der Gegenwart riesige Defizite gab und gibt, um für Jugoslawien beziehungsweise den Kosovo politische Lösungen zu finden. Warum hat die Bundesregierung nicht sofort, als sich die Wahrscheinlichkeit eines Krieges abzeichnete, eine Art Sachverständigenrat mit qualifizierten Experten und überzeugten und engagierten Pazifisten, beispielsweise Publizisten, politischen Aktivisten und Wissenschaftlern, Schriftstellern und anderen, gebildet?

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Warum wurde nicht hier die Frage erörtert, welche gewaltfreien Alternativen es zum Nato-Krieg gebe, die Mord und Vertreibung im Kosovo aufhalten könnten? Der Weg der Gewalt in Jugoslawien hat seine eigene Logik. Den Vertreibungen von Serben und Zigeunern aus Kroatien folgten die grauenhaften Vorgänge in Bosnien-Herzegowina und die Vertreibung von Albanern aus dem Kosovo.

(Erhard Bräunig, SPD:

Es war Krieg, schon lange vorher.)

Dem ging der Spätherbst 1991 voraus, als die Zukunft der Föderation durchaus noch offen war. Damals, auch daran sei erinnert, damals übte die Kohl/Genscher-Regierung erpresserischen Druck auf die EU-Partner aus, um sie zur Anerkennung der Teilrepubliken Kroatien und Slowenien zu bewegen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das war auch richtig.)

Das war genau nicht richtig.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das war genau richtig.)

Die Warnung des Vorsitzenden der Jugoslawien-Konferenz, Lord Carrington, daß dieser Schritt „der Funke sein könnte, der Bosnien-Herzegowina in Brand setzt“, bewahrheitete sich auf dramatische Weise.

(Eckhardt Rehberg, CDU:

Es ist ungeheuerlich, was er da sagt!)

Muskelspiele ersetzen den Mangel an eigenen politischen Ideen.

(Eckhardt Rehberg, CDU:
Das ist ungeheuerlich!)

In dem Punkt knüpfen Schröder, Fischer und Scharping nicht nur an das traurige Vermächtnis ihrer Vorgänger an, sondern stellen es in den Schatten.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und
CDU – Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Deutschland ist inzwischen auch Ausgangsbasis für einen Bombenterror, der in der Tat das Flüchtlingselend im Kosovo um ein Vielfaches potenzierte

(Eckhardt Rehberg, CDU: Es spricht der stellvertretende Ministerpräsident, Herr Eggert.)

und es immer noch tut, der nach dem Abzug der OSZE-Beobachter den Menschenrechtsverletzungen freie Hand läßt und sie provoziert.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist ja unglaublich!
– Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Was die Menschenrechts-, Völkerrechts- und Verfassungsbrecher auf der Seite der Befehlshaber der Bombardierungen erreichten,

(Harry Glawe, CDU: Unerhört!)

ist die Ausschaltung der serbischen Opposition, weil auch sie inzwischen gemeinsam mit der Regierung, der serbisch-orthodoxen Kirche, dem ganzen Volk die Nato-Aggression verurteilen

(Dr. Arnold Schoenburg, PDS: Halten Sie
mal aus, Herr Müller, halten Sie mal aus! Wir
mußten Ihren Herrn Schlotmann auch aushalten. –
Harry Glawe, CDU: Sind Sie der stellvertretende
Ministerpräsident hier, oder was?)

und nicht gewillt sind, der Nato nachzugeben und eine Besetzung durch sie zu akzeptieren.

Letzteres verlangte übrigens auch der Vertrag von Rambouillet in seinen Artikeln 6, 8 und 10. Daß Milosevic diese Kapitulation nicht eingehen würde, war doch wohl allen von vornherein klar. Die Verhandlungen wurden augenscheinlich bewußt in diese Sackgasse geführt.

Die Entmachtung der UNO ist eine so schwerwiegende Tatsache, daß wir alle ihre Auswirkungen noch nicht annähernd abschätzen können, sagte Christa Wolf. Was abschätzbar ist, ist die rasche Ausbreitung des Krieges auf andere Länder. Schon stellt Albanien seine gesamte Infrastruktur als Aufmarschbasis für Nato und UCK bereit. Wird Mazedonien einbezogen, werden die Türkei und Griechenland nicht außen vor bleiben. Ist die Warnung vor einem nächsten Weltbrand tatsächlich als unreal abzuweisen?

Weshalb ruinieren die Nato-Befehlshaber eine ganze Region? Hierzu darf ich den US-Präsidenten zitieren. Am 23. März, einen Tag vor dem Beginn des Nato-Luftkrieges, führte er vor den Delegierten der Gewerkschaft der öffentlichen Bediensteten aus – und ich bitte Sie, genau zuzuhören: „Wenn die USA ihre innenpolitischen und wirtschaftspolitischen Ziele erfolgreich verfolgen wollen, dann brauchen sie ein vereintes, freies und demokratisches Europa. Europa ist der Schlüssel zu einer langfristig starken USA-Wirtschaft und für die Chancen des Landes, seine Waren weltweit ungehindert zu vertreiben.“ Dazu müsse vor allem, so Clinton weiter, „die Unruhe auf dem Balkan beendet werden, weil sie das Potential zu einem über Jugoslawien hinausreichenden Krieg hat.“ Nicht um humanitäre Interessen geht es hier. Die Nato soll erste Ordnungsmacht werden, um ökonomische Ziele der USA durchzusetzen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist eine Ungeheuerlichkeit! Dagegen ist Monty Schädel harmlos.)

Weil der Bombenkrieg die Katastrophe alles andere als beendet, muß sofort an einer zivilen Lösung gearbeitet werden!

Um einen Ausweg aus der unerträglichen und inakzeptablen Situation zu finden, hat die PDS mit Datum vom 5. April 1999 einen Entwurf eines Friedensplanes veröffentlicht. Seine fünf Punkte besagen:

Erstens. Der Krieg der Nato gegen die Bundesrepublik Jugoslawien und die militärischen Aktivitäten der jugoslawischen Armee, Polizei- und Sicherheitskräfte im Kosovo sind unverzüglich einzustellen.

Zweitens. Die jugoslawische Armee, die Polizei und die Sicherheitskräfte sind bis auf den im Milosevic-Holbrooke-Abkommen vom Oktober 1998 vereinbarten Umfang aus dem Kosovo zurückzuziehen. Darüber hinaus ist vom jugoslawischen Präsidenten und der Regierung sowie von der UCK ein sofortiger Waffenstillstand zu erklären.

Drittens. Die ursprünglich vereinbarten 2.000 OSZE-Beobachter kehren unverzüglich in den Kosovo zurück und werden gegebenenfalls in ihrer Zahl erhöht.

Viertens. Unter Hoheit des UN-Generalsekretärs werden direkte unmittelbare Friedensverhandlungen zwischen den Konfliktparteien mit dem Verständnis aufgenommen, daß der UN-Sicherheitsrat die Verantwortung für das Zustandekommen eines gerechten Abkommens übernimmt und seine Durchführung auf eine von ihm, vom UN-Sicherheitsrat, zu beschließende Art und Weise sicherstellt.

Und fünftens. Die Nato und die Europäische Union erarbeiten einen gemeinsamen Plan zur Beseitigung der in der Bundesrepublik Jugoslawien angerichteten Zerstörungen und finanzieren den Wiederaufbau. Das schließt die Unterstützung der Flüchtlinge ein. Bis zur Rückkehr aller Flüchtlinge stellt die Europäische Union jenen Ländern finanzielle Mittel und Hilfsgüter zur Verfügung, die Flüchtlinge aufgenommen haben beziehungsweise noch aufnehmen.

Ja, auch wir schließen uns der Forderung an. Wir brauchen eine allgemeine Balkan-Friedenskonferenz unter Einbeziehung Rußlands, um hier Wege für die Herbeiführung einer friedlichen Lösung des Konfliktes zu bereiten.

Ich meine und denke, daß dieser Plan ausreichend Substanz besitzt, um ernsthaft debattiert zu werden. Gregor Gysi hat diese Vorschläge in Belgrad eingebracht. Auch diese Aktivität unterstreicht das vernünftige Herangehen der PDS an eine Konfliktlösung. Ich meine: Verhandeln statt Bomben und Granaten! – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der PDS und Rudolf Borchert, SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Schönen Dank, Herr Holter.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Gramkow von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Frau Gramkow.

Angelika Gramkow, PDS: Herr Präsident! Geht es, meine Damen und Herren, um Worte und Verbalattacken, so verletzend und schwer zu ertragen sie sind, oder geht es hier und heute darum, diesen Krieg zu beenden?

Vor 54 Jahren fielen Bomben auf Wismar. In Jugoslawien ist Krieg und das Völkerrecht gebrochen. 64 Flüchtlinge starben letzte Nacht im Bombenhagel. Es scheint nur zu interessieren, welche Seite es getan hat.

Der deutsche Friedensplan landet hoffentlich nicht in der nächsten Schublade. Tausende Menschen verlassen vor Greuel und Gewalt ihre Heimat. Auf der Hardhöhe werden Szenarien zum Einsatz von Bodentruppen gestrickt. Dies alles hat Politik, Weltpolitik entschieden.

Keiner von uns Politikerinnen und Politikern aus Mecklenburg-Vorpommern war daran beteiligt, aber es ist trotz-

dem wichtig, heute und hier politisch darauf zu antworten, denn Politik kann und muß neu entscheiden. Meine Antwort, die Antwort der PDS-Fraktion, lautet: Nein zum Krieg in Jugoslawien! Es kann ihn keiner gewinnen, und das ist kein politischer Klamauk, Herr Rehberg. Nein zum Bruch des Völkerrechts durch die Nato unter deutscher Beteiligung! Nein zur Vertreibung und zu massenhaften Menschenrechtsverletzungen im Kosovo! Nein zum Bürgerkrieg zwischen Serbien und UCK! Frieden läßt sich nicht herbeibomben. Und das muß die einzige Antwort von Politik sein!

(Heidemarie Beyer, SPD: Frieden ist aber nicht nur die Abwesenheit vom Krieg allein.)

Sollen wir zusehen und ruhig schlafen, wenn durch Mehrheitsbeschlüsse in Parteien und Parlamenten, durch ein einseitiges Bild der Medien und ihre zumindest für mich undurchschaubare Informationsflut etwas zur Wahrheit erklärt wird, was falsch ist? Krieg löst keine Probleme, egal wo, egal warum, egal wer ihn führt!

Woher nimmt man eigentlich das Recht, aus der Befürwortung durch eine politische Mehrheit auf die Richtigkeit zu schließen? Haben wir 1914, 1938, Korea, Vietnam, den Golf, haben wir das vergessen? Warum ist es wichtig, ob jemand zuerst die grauenhaften Verletzungen des Menschenrechts durch Serben und UCK nennt und die Verurteilung der Verantwortlichen fordert und erst dann den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Nato erwähnt? Warum ist der, der es umdreht, der vermeintlich schlechtere?

Ich habe nicht den Mut, mich auf eine Seite zu stellen. Aber ich habe den Mut, nein zu sagen, und bin froh, daß meine Partei es lautstark tut. Aber es tut auch weh, daß sie die einzige ist. Und jede Wählerstimme, die wir dadurch erringen sollten, würde ich Ihnen, Herr Schlotmann, gerne zurückgeben.

Wichtig ist, dies zu sagen in diesem Parlament, aber genauso wichtig ist der Protest auf der Straße – endlich –, der hoffentlich von Tag zu Tag mehr werden wird. Würde sich einer über das Engagement der PDS aufregen, es verunglimpfen, es überhaupt zur Kenntnis nehmen, wenn die Friedensbewegung stark, die Pazifistinnen und Pazifisten pazifistisch und ihre Parteien ehrlich wären?

Ja, wir als PDS sind aus einer Partei gekommen, deren Mitglieder wie die meisten Bürgerinnen und Bürger der DDR Afghanistan geduldet und „Schwerter zu Pflugscharen“ unterdrückt und drangsaliert haben.

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der CDU: Ja, genauso ist es!)

Aber wo sind die Kritiker des Warschauer Vertrages, die der Nato, die des Rüstungswahns heute, wo die Antwort der Politik Bomben sind? Und gerade weil ich diese Erfahrung gemacht habe, weil auch ich diese bittere Erkenntnis durchgemacht habe, will meine Partei, die PDS, will die PDS-Fraktion und will ich nicht mehr zusehen und nicht ruhig sein. Ich will einen meiner besten Freunde, der die Uniform trägt, der freiwillig einen Eid auf das Grundgesetz geschworen hat, das nun gebrochen ist, nicht auf dem sogenannten „Feld der Ehre“ verlieren. Ich will als Mutter meinen Kindern in die Augen sehen und sie beschützen. Ich will ihnen Mut machen, nichts hinzunehmen, sondern sich zu wehren.

Es sollte alle Politikerinnen und Politiker – auch hier in Mecklenburg-Vorpommern –, die es entscheiden könn-

ten, es sollte uns einen, daß Frieden hermuß, und es sollte in diesem Zusammenhang alles Mögliche getan werden, um eine gerechte Friedenslösung unter UNO-Mandat und endlich die Rückkehr der Menschen in ihre Heimat zu ermöglichen.

Dies muß Politik entscheiden. Wie, das liegt auch in der Verantwortung der Regierung und des Parlaments von Mecklenburg-Vorpommern, auch in meiner persönlichen. Deshalb werde ich dem geänderten Antrag, in dem ich die Unterschiede, die Sie hier nennen, nicht mehr sehe, uneingeschränkt meine Zustimmung geben.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Schönen Dank, Frau Gramkow.

Das Wort hat der Abgeordnete Kreuzer von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Kreuzer.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Die Zeit ist doch schon längst vorbei.

Götz Kreuzer, PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte noch einmal zum Antrag zurückkommen und auf einige Argumente, die hier gefallen sind, auch meine Auffassung sagen.

In der bisherigen Debatte ist immer wieder die kausale Kette beschworen worden: Weil Milosevic die Menschenrechte der Kosovo-Albaner so massiv verletzt, muß die Nato mit Bomben und Raketen zuschlagen.

(Claus Gerloff, SPD: Weil er damit
nicht aufhört. – Angelika Gramkow, PDS:
Das wird er gerade wegen der Bomben nicht tun.)

Und auch der Punkt 1 des vorliegenden Antrages, das heißt des Änderungsantrages,

(Peter Ritter, PDS: Die sind schon drei Wochen
bombardiert worden, und nichts ist passiert.)

ist insofern einseitig, als er eben ausschließlich die massenhaften Menschenrechtsverletzungen und die Vertreibung der albanischen Bevölkerung im Kosovo durch jugoslawische und paramilitärische Einheiten verurteilt. Ich verurteile auch und vor allem, daß dort durch die Nato ein Bomben- und Raketenkrieg geführt wird, der die ohnehin gepeinigten Menschen zusätzlich quält.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich sage Ihnen ehrlich, eine der schlimmsten Enttäuschungen meines bisherigen politischen Lebens ist die Tatsache, daß zum Nachlaß einiger sozialistischer Länder, auch solcher, die sich nur sozialistisch genannt haben, so tiefgreifende ungelöste ethnische, religiöse und andere Konflikte gehören, einschließlich der Geilheit, diese gewalttätig auszutragen. Ich bitte aber alle anwesenden Medien, das diesmal nicht als meine einzige Botschaft herüberzubringen. Ich habe ein paar mehr.

Ja, es ist abscheulich und zu verurteilen, daß es so schwerwiegende Menschlichkeitsverletzungen gegen die Bewohner des Kosovo gibt. Sie sind aber meines Erachtens nicht Ursache, sondern gefundener Anlaß für die Nato-Bombardements. Es geht bei diesem Nato-Einsatz tatsächlich nicht zuerst um die Sicherung oder Herbeiführung von Menschenrechten. Und niemand sollte versuchen, uns das ernsthaft auch einzureden.

(Herbert Helmrich, CDU: Das ist unerhört!)

Ich will Ihnen das wie folgt begründen.

Erstens. Zu einer ordnungsgemäßen und qualifizierten Kriegsvorbereitung gehört selbstverständlich auch die psychologische Kriegsvorbereitung, damit die Kämpfer, unabhängig davon, ob sie ihre Haut in der vordersten Linie zu Markte tragen oder aus sicherer Deckung Raketen oder Bomben abfeuern, Motivation und Rechtfertigung für ihr Tun finden und das Volk in der Heimat auch bei Zustimmung gehalten wird. Dazu gehören auch immer wieder die richtigen Sprüche, Losungen oder, wenn Sie wollen, Parolen für einen solchen Krieg.

Ich darf das ganz persönlich machen. Mein Großvater ist vor 85 Jahren noch mit fliegenden Fahnen für Gott und Kaiser in den Krieg gegangen, mein Vater mit gemischten Gefühlen in den Zweiten Weltkrieg, und er ist dann auch für Führer, Volk und Vaterland gefallen wie so viele andere auch. Ich gehöre Gott sei Dank zu der Generation, die nicht damit konfrontiert worden ist, in einen Krieg geschickt zu werden, Menschen zu töten oder selbst getötet zu werden. Heute sind es die Menschenrechte, die Menschen veranlassen sollen, zu töten oder selbst getötet zu werden. Alles Institutionen, für die man keine Gegenargumente findet, für die man zum Schluß töten oder getötet werden soll. Ich finde das ungeheuerlich.

Zweitens. Ginge es um Bewahrung oder Herbeiführung von Menschenrechten, dann hätte die Nato selbstverständlich mehrfach schon Gelegenheit gehabt einzugreifen. Ob es in Nordirland war, in Spanien/Baskenland, in der Türkei beim Konflikt mit den Kurden, ob in Mexiko, ob anderswo – sie hat es Gott sei Dank nicht getan. Es geht also nicht zuerst um die Sicherung oder Herbeibombung von Menschenrechten, es geht zuerst darum, Feindbilder zu zerstören.

Drittens. Menschenrechte können selbstverständlich nicht herbeigebombt werden, denn der Krieg ist selbst eine der massivsten Formen der Menschenrechtsverletzungen. Im konkreten sind durch den Krieg die Lebensgrundlagen der Kosovaner bereits jetzt auf Dauer zerstört. Professor Ernst Otto Czempel von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung – überhaupt nicht PDS-nah – nennt das so: „Darüber spricht man in den USA nicht. In der ganzen Nato schweigt man darüber, daß die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und vor allem humanitären Konsequenzen einer solchen Strategie für die Kosovo-Albaner verheerend sind. Nicht zuletzt deshalb fliehen sie ja.“ Und ich zitiere noch einmal die „Financial Times“ vom 02.04. dieses Jahres: „Die Serben fliehen weit nach Serbien hinein, während die albanische Minderheit sich nach Süden bewegt.“

Ich darf Sie, meine Damen und Herren, darauf aufmerksam machen, daß mit dem Bombardement der Exodus der Kosovaner dramatisch beschleunigt wurde, denn schon nach den ersten vier Bombennächten und Bombentagen waren mehr Menschen auf der Flucht als in den gesamten Wochen und Monaten vorher,

(Volker Schlotmann, SPD:
Das ist dann schlimmer?)

unabhängig davon, ob sie wegen radikalierter Serben, der direkten Bomben- und Raketenhagel, der UCK oder privaten beziehungsweise paramilitärischen Marodeuren flohen.

Damit ist zugleich allen serbischen Vertreibungsintentionen ein „hervorragender“ Hilfsdienst geleistet worden.

Das weiß und das kalkuliert man selbstverständlich vorher ebenso, wie man vorher in den politischen und militärischen Nato-Gremien weiß und kalkuliert, daß Vertriebene auf Generationen hin für Probleme, Spannungen, äußeres Eingreifen und für äußeres Beherrschen gut sind.

Bisher und heute wurde auch immer wieder argumentiert, daß es zum Nato-Kriegsangriff keine Alternative gegen Milosevic gebe. Dazu muß ich folgendes feststellen:

Zu einem Kriegsbeginn gibt es immer eine Alternative. Die Frage ist, wie überzeugend, zielorientiert und geduldig politische und diplomatische Verhandlungen geführt werden. Die Welt der Gegenwart und der Vergangenheit ist voll von Beispielen, wie komplizierteste nachbarschaftliche, ethnische, konfessionelle Probleme beziehungsweise Konflikte unterhalb der Schwelle des Krieges gelöst werden können.

(Dr. Rolf Eggert, SPD: Auch Adolf Hitler ist dadurch abgelöst worden, auch der ist dadurch abgelöst worden.)

Es schaudert mich bei solchen Aussprüchen, jedenfalls so, wie ich sie verstanden habe: „Wir können dem Morden, Marodieren, Massakrieren und Vergewaltigen nicht länger tatenlos zusehen.“ Ich will Ihnen ein Beispiel nennen. In einer Fernsehendung am Montag abend wurde darüber gesprochen, daß der Krieg bisher etwa 13 Milliarden Dollar an unmittelbaren Kosten verursacht hat. Ich bitte Sie, sich vorzustellen – egal, ob das jetzt wirklich halb soviel oder doppelt soviel ist –, was mit einem angemessenen Teil dieses Geldes im Vorfeld an Zivilgütern, an humanitären und Entwicklungsmaßnahmen in dieser Region hätte geleistet werden können –

(Reinhard Dankert, SPD:
Dadurch löst man nichts.)

denn das Geld und die Bereitschaft, es auszugeben, sind doch ganz offensichtlich da –, wieviel Lebensstandard, wieviel Gegenwart, wieviel Perspektive,

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

wieviel Zukunft und Lebenschancen man den Menschen dieser Region hätte ermöglichen können.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD –
Dr. Rolf Eggert, SPD: Das setzt doch
aber die Gutwilligkeit der Partner voraus.)

Die entsprechenden politischen und organisatorischen Rahmenbedingungen kann man und muß man dafür selbstverständlich finden.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU –
Siegfried Friese, SPD: Das
sagen Sie mal den Vertriebenen!)

Da kennen wir auch Beispiele, wie Regionalförderung im Bereich der Europäischen Union organisiert und durchgesetzt werden kann.

(Herbert Helmrich, CDU: Das
liegt in der Hand von Milosevic. –
Zuruf von Heidemarie Beyer, SPD)

Ich bin der Auffassung, daß der Krieg in Jugoslawien, der die vorhandenen Leiden der Bevölkerung potenziert und auch schon die unmittelbaren Nachbarländer in gewaltige Mitleidenschaft zieht, der keinen Sieger kennen

wird, aber jetzt schon Hunderttausende Verlierer, sofort und ohne Vorbedingungen beendet werden muß. Ein Weg dahin ist, daß die Bundesregierung in diesem Sinne aktiv wird und sich in diesem Friedensgestaltungsprozeß tatsächlich vorspannt.

(Till Backhaus, SPD: Das
tut sie doch die ganze Zeit.)

Ich denke, die Punkte 2 und 3 des vorliegenden Änderungsantrages

(Volker Schlotmann, SPD: Darüber
reden wir doch gar nicht mehr.)

sind dazu ein richtiger Anstoß, so daß ich trotz aller Probleme mit der einseitigen Parteilichkeit zu Punkt 1 des Änderungsantrages dem Antrag dann auch zustimmen werde

(Angelika Gramkow, PDS: Das nützt aber nichts.)

und Sie sehr dringend bitte und sehr herzlich bitte, dies auch zu tun. Ich denke schon, daß es wichtig ist, wenn aus Mecklenburg-Vorpommern von den wichtigen politischen Gremien – und wir sind eines davon – ein entsprechendes Signal in die Bundesrepublik kommt.

(Zuruf von Dr. Manfred Ribßmann, SPD)

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Schönen Dank, Herr Kreuzer.

Das Wort hat noch einmal der Abgeordnete Herr Schlotmann von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Schlotmann.

Volker Schlotmann, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe wirklich versucht, in meinem Beitrag für die SPD-Fraktion alles Für und Wider abzuwägen und deutlich zu machen, warum wir weshalb welche Positionen vertreten. Ich bin mit vielem von dem, was Herr Rehberg hier von sich gegeben hat, überhaupt nicht einverstanden. Ich kann auch nicht akzeptieren, wenn man hier auffordert, so ein Thema nicht für parteitaktische Spielchen zu nutzen, und dann anschließend beklagt, daß der MP nicht da ist und man eine Million in den Haushalt tun will.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Also das ist auch nicht ehrlich, Kollege Rehberg.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Aber natürlich
ist das ehrlich. Das sieht man doch,
daß der Ministerpräsident nicht da ist.)

Ja, das ist Ihre Sichtweise der Dinge.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Ich komme zu etwas ganz anderem, Herr Rehberg. Es interessiert mich im Moment gar nicht, was Sie da von sich geben.

Ich möchte eins erstens richtigstellen: Der liebe Kollege Holter hat hier nicht als Vertreter der Landesregierung gesprochen –

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

das möchte ich hier noch einmal ganz deutlich betonen –, sondern er hat wohl als Abgeordneter gesprochen.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Gespaltene Persönlichkeit. –
Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU –
Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Das können Sie werten, wie Sie wollen. Hören Sie zu Ende zu!

(Zuruf von Jürgen Seidel, CDU)

Der liebe Kollege Holter und die liebe Kollegin Gramkow haben dann beide – beide! –

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja.)

deutlich gemacht, daß es wohl doch nicht um einen Änderungsantrag geht. Sie haben beide von einem Angriffskrieg der Nato gesprochen. Davon war in Ihrem Änderungsantrag nicht die Rede, sondern im Ursprungsantrag. Das zeigt, daß Ihre gesamten Reden das konterkariert haben, was hier, aus welchen Gründen auch immer – ich will das jetzt gar nicht noch mal neu bewerten –, versucht worden ist im Laufe der letzten Stunden.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist eine Unterstellung, von einem Wort meine Auffassung abhängig zu machen!)

Es wurde hier auch geäußert, daß Bundeskanzler Schröder, daß Herr Scharping in einer Kontinuität zur Politik von Kohl, was militaristische Vorstellungen anbelangt, stehen und daß sie diplomatisch versagt haben.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der PDS, begreifen Sie endlich mal, diesen Beschluß, im Kosovo in der Art und Weise aktiv zu werden, haben 16 Demokratien, Demokratien, die teilweise Hunderte von Jahren alt sind, beschlossen! Das sind keine Diktatoren oder sonst irgendwelche Verblendeten,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Und dann muß man da mitmachen, ja?)

sondern 16 demokratische Staaten, die sich hier ganz eindeutig entschieden haben, daß es eben keine Alternative gibt. Und ich denke, diesen Demokraten darf man das Recht, sich so zu entscheiden, nicht absprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Heike Lorenz, PDS –
Gerd Böttger, PDS: Aber man darf es bestreiten.)

Das ist – das sage ich Ihnen noch mal in aller Deutlichkeit und in aller Freundschaft – ein Verwechseln von Ursache und Wirkung.

Und wenn ich dann den Kollegen Kreuzer höre, der in betont sachlicher ruhiger Art und Weise auch mit Zahlen ebenfalls auf das Problem eingeht, muß ich sagen: Herr Kreuzer, ich habe manchmal ein großes Fragezeichen über meinem Kopf schweben gehabt.

(Zuruf von Götz Kreuzer, PDS)

Sie haben hier immer so gesprochen, als wenn Sie noch eine Wunderwaffe des Menschenrechtes kennen würden. Die kenne ich nicht, tut mir leid. Die einzige Möglichkeit, dieses Morden, dieses Meucheln, dieses Deportieren im Kosovo zu beenden –

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das Morden hat doch mit dem Krieg erst richtig begonnen.)

das haben wir nun ausdrücklich besprochen, dazu haben wir uns als SPD ausdrücklich bekannt –, ist das,

was die Nato mit Unterstützung der Bundesregierung jetzt macht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, PDS:
Wir werden ja sehen, ob es richtig ist.)

Und ich sage Ihnen in dem Zusammenhang auch zu dem Thema: Mit Strukturmitteln anzufangen, wem wollen Sie die denn geben? Wollen Sie die dem Herrn Milosevic geben,

(Beifall bei der SPD – Heiterkeit bei
einzelnen Abgeordneten der CDU)

damit Herr Milosevic die Strukturen in seinem Land schafft, die er ja haben will, allerdings dann eben ohne Kosovaren, ohne Madjaren, und welche Völkergruppen es dort noch gibt, die alle noch auf dem Reserveplan von Milosevic stehen? Dafür wollen wir Strukturmittel zur Verfügung stellen? Ich glaube, da sind wir wohl alle auf dem falschen Dampfer.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Die geben wir lieber für Bomben aus.)

Und ich sage Ihnen ganz deutlich: Die Reden, die Sie hier gehalten haben – ich wollte eigentlich nicht noch mal reden –, haben alles das konterkariert, was an Gesprächen in den letzten, ich sage mal, 48 oder 72 Stunden gelaufen ist. Das ist alles konterkariert worden.

Ich habe Ihnen in meiner Rede heute vormittag gesagt: Wir respektieren Ihre Auffassung zu diesem Thema.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das hat sich aber nicht so angehört.)

Wir haben Ihre Auffassung dazu respektiert und haben nur klar und deutlich von Ihnen verlangt, daß Sie unsere Auffassung genauso respektieren. Und das haben Sie mit Ihren Reden nicht getan. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Angelika Gramkow, PDS: Das ist für
den Teil meiner Rede nicht der Fall.)

Präsident Hinrich Kuessner: Schönen Dank, Herr Schlotmann.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Die Fraktion der CDU hat gemäß Paragraph 50 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung zum Änderungsantrag der Abgeordneten Monty Schädel, Annegrit Koburger und Heike Lorenz, Fraktion der PDS, auf Drucksache 3/322 sowie zum Antrag der Abgeordneten Monty Schädel, Annegrit Koburger und Heike Lorenz, Fraktion der PDS, auf Drucksache 3/292 namentliche Abstimmung beantragt.

Wir kommen zunächst zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag auf Drucksache 3/322.

Meine Damen und Herren, wir beginnen nun mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit „ja“, „nein“ oder „Enthaltung“ abzugeben. Ich bitte die Schriftführerin, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung
wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall.

Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Dazu unterbrechen wir die Sitzung für zwei Minuten.

Unterbrechung: 13.10 Uhr

Wiederbeginn: 13.13 Uhr

Präsident Hinrich Kuessner: Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt. An der Abstimmung haben sich insgesamt 60 Abgeordnete beteiligt. Mit „ja“ stimmten 21 Abgeordnete, mit „nein“ stimmten 37 Abgeordnete, es enthielten sich 2 Abgeordnete. Damit ist der Änderungsantrag der Abgeordneten Monty Schädel, Annegrit Koburger und Heike Lorenz, Fraktion der PDS, auf Drucksache 3/322 abgelehnt.

Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Monty Schädel, Annegrit Koburger und Heike Lorenz, Fraktion der PDS, auf Drucksache 3/292.

Meine Damen und Herren, wir beginnen mit der Abstimmung. Es gilt das gleiche Prozedere wie eben. Ich bitte die Schriftführerin, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall.

Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Wir unterbrechen wiederum für zwei Minuten.

Unterbrechung: 13.18 Uhr

Wiederbeginn: 13.22 Uhr

Präsident Hinrich Kuessner: Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich gebe wieder das Ergebnis der Abstimmung bekannt. An der Abstimmung haben sich insgesamt 61 Abgeordnete beteiligt. Mit „ja“ stimmten 19, mit „nein“ stimmten 39 Abgeordnete, es enthielten sich 3 Abgeordnete. Damit ist der Antrag der Abgeordneten Monty Schädel, Annegrit Koburger und Heike Lorenz, Fraktion der PDS, auf Drucksache 3/292 abgelehnt.

Die Abgeordnete Heike Polzin, Fraktion der SPD, hat sich der ersten Abstimmung enthalten. Der Abgeordnete Klaus Schier, Fraktion der SPD, hat sich beider Abstimmungen enthalten.

Ich erteile dem Abgeordneten Schier das Wort zur Abgabe einer Erklärung gemäß Paragraph 51 Absatz 2 der Geschäftsordnung. Bitte sehr, Herr Schier.

Klaus Schier, SPD: Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Werter Kollege Monty Schädel! Meine Damen und Herren, wie Sie sicher alle wissen, bin ich einer derjenigen aus der SPD, die sich in der Öffentlichkeit klar und deutlich gegen den Einsatz von Nato-Truppen ausgesprochen haben. Dazu stehe ich auch. Das war meine persönliche Entscheidung, und die hat sich bis

zum heutigen Tage auch nicht geändert. Das weiß meine Partei. Das weiß meine Fraktion. Es wird respektiert.

Ich habe auch gestern in der Fraktionssitzung klar und deutlich erklärt, daß ich mit dem Antrag von Monty Schädel und den anderen Kollegen mitgehe. Als ich dann aber 19.30 Uhr im Fernsehen miterleben mußte, daß Du, Kollege Schädel, dort klar und deutlich zum Ausdruck gebracht hast, daß Harald Ringstorff den Krieg im Kosovo unterstützt und wer so etwas tut, ist ein Kriegstreiber, dann muß ich Dir sagen, es ist Schluß mit lustig bei mir, eindeutig! Ich lasse nicht zu, daß Du Dich hier hinstellst und die SPD als eine Kriegstreiberpartei bezeichnest,

(Beifall bei der SPD)

denn Harald Ringstorff ist immer noch unser Parteivorsitzender, und ich gehöre dieser Partei an. Und darum habe ich mich entschieden, mich der Abstimmung fernzuhalten. Ich bin nicht bereit, auch wenn wir bei dieser Situation gar nicht so weit voneinander entfernt lagen, meine Hand zu erheben, wo Dein Name steht. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Die Fraktion der PDS hat um eine Auszeit gebeten. Wir unterbrechen die Sitzung um 15 Minuten und setzen sie um 13.42 Uhr fort.

Unterbrechung: 13.25 Uhr

Wiederbeginn: 13.46 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren! Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – „12 Jahre“ Abitur und Abiturprüfung, Drucksache 3/294. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/323 vor.

Antrag der Fraktion der CDU:
„12 Jahre“ Abitur und Abiturprüfung
 – Drucksache 3/294 –

Änderungsantrag der Fraktionen der PDS und SPD
 – Drucksache 3/323 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Vierkant von der Fraktion der CDU.

Jörg Vierkant, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

(Heidemarie Beyer, SPD: Wir hören zu.)

Ja.

Es wird ernst, es wird ernst mit der Einführung des 13. Schuljahres nach Paragraph 21 Absatz 5 des Schulgesetzes. Die CDU hat nie einen Zweifel daran gelassen, daß ihr besonders dieser Kompromiß des Schulgesetzes von 1996 schwer im Magen liegt, so schwer, daß wir Jahr für Jahr die damalige Kultusministerin und nun den Bildungsminister dazu bewegen wollen, greifbare Änderungen dieses Passus in die Tat umzusetzen.

Auf die Anfrage von Frau Skrzepski, wie denn der Bildungsminister zum Thema 13. Schuljahr stehe, auch vor dem Hintergrund allgemeinen Nachdenkens über die Verkürzung von Ausbildungszeit, lebenslangen Lernens und eines bundesweiten Einsatzes für ein 12jähriges Abitur

laut SPD-Wahlprogramm, antwortete Herr Professor Kauffold: „Ich selbst, muß ich Ihnen sagen, fahre jetzt auf der Grundlage der Empfehlungen der KMK und auf gesetzlicher Grundlage einen Dampfer weiter in eine Richtung, die ich eigentlich nicht mag.“

(Reinhard Dankert, SPD:
Das ist doch in Ordnung.)

Ja. Ich habe das auch wohlwollend zur Kenntnis genommen. Ich fand das gut und ehrlich.

„Ich setze durch meine Unterschrift das 13. Schuljahr in Kraft und halte nichts davon. Das sage ich Ihnen ganz klar.“ Soweit Herr Kauffold.

(Siegfried Friese, SPD: Das ist doch respektabel.)

Dennoch unterschrieb er unlängst die fertige Verwaltungsvorschrift zur Einführung des 13. Schuljahres.

Der Ansatz ist trotzdem da, und der Wille, diesen Kurs zu ändern, neu zu berechnen und neue Wege zu gehen. Daher müssen wir heute und jetzt erneut über diese Problematik diskutieren, denn es ist die letzte Chance für Mecklenburg-Vorpommern, hier nicht in Bildungsmodelle zu verfallen, die sich in westdeutschen Ursprungsländern allmählich, aber sicher zu Ladenhütern der Bildungspolitik entwickeln.

(Andreas Bluhm, PDS: In anderen Gebieten aber heftig. – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Es gibt hinreichend Modellversuche – das wissen Sie auch, Herr Bluhm –,

(Andreas Bluhm, PDS: Ja klar, ich komme noch dazu. – Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD)

und man muß abwarten.

Es geht eigentlich dabei nicht nur um 12 oder 13 Jahre zum Abitur, es geht dabei um mehr. Es geht um die Richtung, mit der auch SPD und PDS vor einigen Monaten mit einem Antrag neue Wege gehen wollten, Wege, die vor allem zu einer Qualitätssicherung der Bildung führen. Der Antrag der CDU ergänzt den damaligen Antrag und hofft, damit bei den Koalitionsfraktionen Gehör zu finden, denn alle drei Parteien treffen keine so grundlegend anderen Aussagen zu dieser Problematik.

Die SPD hat sich in ihrem Wahlprogramm eindeutig zum 12jährigen Abitur bekannt, und auch Kollege Bluhm von der PDS hat in den vergangenen Tagen seine Sympathie für die kürzere Abiturausbildung grundsätzlich bekundet.

(Andreas Bluhm, PDS:
Nicht erst da, nicht erst da.)

Okay.

Jedoch Worte sind das eine und Taten das andere. Bis heute ist leider auch der neue Bildungsminister – wie seine Vorgängerin – nicht der zu Beginn der dritten Legislaturperiode erneut gestellten Forderung des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur nachgekommen, den Ausschuß über aktuelle Diskussionen innerhalb der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder zu unterrichten. Dort sind wieder Dinge in Bewegung gekommen, die den Antrag der CDU zu diesem Zeitpunkt rechtfertigen und vor allem zeigen, daß ein überdurchschnittliches Engagement in dieser Institution vieles bewegen könnte. Mecklenburg-Vorpommern muß endlich aus seinem

Dornröschenschlaf erwachen und die Lethargie in Bildungsfragen ablegen, die sich im Ministerium in der Werderstraße seit Jahren breitgemacht hat.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Die Ausschußmitglieder würden schon gern wissen, was in der KMK diskutiert wird, denn das, Herr Minister, hat direkte Auswirkungen auf die Bildungspolitik unseres Landes und zur heute zu diskutierenden Problematik, zumindest kann das Auswirkungen haben. Vor allem die Opposition wäre daher dankbar, wenn Sie dem Berichtersuchen des Ausschusses in Zukunft regelmäßiger und eingehender folgen könnten, damit die Debatten hier im Hohen Hause auch auf dem aktuellsten Sachstand geführt werden können.

Meine Damen und Herren, wie gewohnt fordern wir heute wieder die Beibehaltung der 12jährigen Abiturausbildung. Nach dem Schulgesetz und nach der Gliederung des Schulsystems ist es ja eigentlich die 8jährige Abiturausbildung versus 9jährige Abiturausbildung, aber in der Öffentlichkeit hat sich die Begrifflichkeit von 12 und 13 als Bezeichnung des Problems so fest eingepägt, daß ich ebenfalls diese Titulierung im folgenden gebrauchen möchte. Es geht der CDU also vornehmlich um die Streichung des Paragraphen 21 Absatz 5 Schulgesetz Mecklenburg-Vorpommern und eine Qualitätssteigerung innerhalb der gymnasialen Ausbildung.

Meine Damen und Herren, wie Sie dem Antrag entnehmen können, sind wir in der Argumentation doch gar nicht so weit auseinander. Wir sind uns einig, daß für die Schüler aus Mecklenburg-Vorpommern die Vergleichbarkeit ihrer schulischen Ausbildung gegenüber anderen Bundesländern gesichert werden muß. Bis zum Jahr 2000 war dies in der gymnasialen Ausbildung durch den Einigungsvertrag unter den gegenwärtigen Umständen sicher, aber für die Zeit danach mußte eine Vereinbarung zwischen den Bundesländern getroffen werden, die die Anerkennung des Abiturs bundesweit regelt.

Im Rahmen der Oberstufenreform der KMK aus den Jahren 1995 und 1996 wurde durch die KMK ein leidliches quantitatives Kriterium festgelegt, das die 12jährige Abiturausbildung unter der Maßgabe zuläßt, daß im Laufe der Mittelstufe und der gymnasialen Oberstufe 265 Wochenstunden durch die Gymnasiasten absolviert wurden. Für die bundesweiten Gegner des 12jährigen Abiturs war dies ein tragfähiger Kompromiß, der bisher durch Sachsen und Thüringen auch umgesetzt wird, jedenfalls nach dem bisherigen Stand.

Wir haben aber in den Antrag eine neue Note hineingebracht, die hoffentlich Ihre Zustimmung finden wird. Der Beschluß der KMK war keineswegs zufriedenstellend und wurde zugegebenermaßen vor allem durch unionsgeführte Länder maßgeblich befördert. Da wir uns aber keinem Dogmatismus hingeben, haben wir diesem quantitativen Parameter immer unsere Kritik entgegengebracht, die sich nunmehr darin äußert, daß wir den Bildungsminister auffordern, in der KMK sich dafür einzusetzen, diese quantitativen Parameter durch qualitative zu ersetzen, wenn nicht der höchst unwahrscheinliche Fall eintritt, daß sich die gesamte KMK sofort auf das 12jährige Abitur einigt.

Unserer heutigen Diskussion wurde seit einigen Jahren – besonders durch die TIMSS- und die BIJU-Studien – der Boden bereitet. Es geht um Qualitätsvergleiche, es geht um Bildungsinhalte und Bildungsstandards, weniger um Bil-

dungszeiten. Findet sich die KMK zu einem Kompromiß zusammen, die Anerkennung des Abiturs unter qualitativen Maßstäben zu bewerten, so sehen wir durchaus die Möglichkeit, das 12jährige Abitur in Mecklenburg-Vorpommern beizubehalten. Aber dazu muß man sich in der KMK engagieren, Verbündete suchen, Allianzen schmieden, Argumente suchen und finden, um die Kolleginnen und Kollegen in der KMK zu überzeugen.

Solche Signale haben wir aus der KMK von den Vertretern unseres Bundeslandes noch nicht vernommen, und ich wäre glücklich, sehr geehrter Herr Minister, wenn Sie uns heute vom Gegenteil überzeugen könnten. Wir sollten uns hier von dem Spruch leiten lassen: Geht nicht gibt es nicht. Es geht alles, wenn man nur will.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Jawohl, richtig. –
Barbara Borchart, PDS: Das ist aber
eine Erkenntnis, die Sie da haben.)

Und diese Willensbekundung erwartet die CDU von der Koalition.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Ich bin mir völlig sicher, auch wenn jetzt nur wenige anwesend sind, daß drei Viertel der hier im Hohen Hause sitzenden Parlamentarier von der Sinnhaftigkeit des kürzeren, derzeit in Mecklenburg-Vorpommern üblichen Abiturs überzeugt sind.

(Herbert Helmrich, CDU: So ist es.)

Das sind zweieinhalb Fraktionen von drei Fraktionen zuzüglich den zuständigen Minister.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

Bildungsperspektive und Leistungsorientierung sind im Sinne unserer Jugendlichen ein fraktionsübergreifender Anspruch. Ich habe Herrn Professor Kauffold in den wenigen Monaten meiner Zugehörigkeit zu diesem Parlament als einen nicht übermäßig angepaßten Menschen kennengelernt. Geben Sie ihm doch bitte die Chance, seiner Überzeugung folgend in der KMK für 12 Schuljahre zum Abi zu kämpfen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr gut.)

zunächst in Mecklenburg-Vorpommern und später in ganz Deutschland. Die Jugendlichen und die Wirtschaft werden es uns danken.

Herr Müller ist jetzt nicht anwesend. Das Wortspiel von ihm vor drei Wochen – Sie erinnern sich vielleicht: „Nicht alles, was hinkt, ist auch ein Vergleich.“ – hat mir so gut gefallen, daß ich es hier heute leicht abgewandelt aufgreifen möchte. Ich stelle fest: Nicht alles, was zuerst vom Kopf her stinkt, ist auch ein Fisch. Hier ist es ein verderbliches Ansinnen, das wider alle bildungspolitische Vernunft überlebte, altbundesdeutsche Beharrung hofiert.

Ich bitte Sie inständig, es wäre eine Farce, wenn unser Landtag heute dafür sorgen würde, daß die Schuluhr in Mecklenburg-Vorpommern 13 schlägt. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Margret Seemann, SPD: Wären Sie doch bloß
1990 auch schon dieser Auffassung gewesen.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Vierkant.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Herr Professor Kauffold.

Minister Dr. Peter Kauffold: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das sind ja nun sehr freundliche Worte, die hier von den Antragstellern geäußert worden sind. Ich weiß nicht, ob zum Schluß dieses Beitrages die Sache noch genauso freundlich aussieht.

Natürlich stehe ich zu dem, was Herr Vierkant hier eben zitiert hat. Wir haben mit Interesse Ihren Antrag zur Kenntnis genommen. Ich nehme auch mit besonderem Interesse zur Kenntnis, daß politische Mehrheiten sich in die Richtung stabilisieren, daß sich das 12jährige Abitur nun auch in Deutschland dahingehend entwickelt, in einer Zeit, die aber noch nicht näher bestimmbar wird und Mehrheiten findet in der Kultusministerkonferenz.

Ich habe mich auch im Vorfeld mit einigen abstimmen können, so zum Beispiel mit dem Landeselternrat, der nach wie vor für ein 13jähriges Abitur plädiert. Ich hatte mich ebenfalls mit dem Vorsitzenden des Bildungsausschusses abgestimmt, der den Standpunkt vertritt, den er sicher selbst begründen wird, den ich aber im wesentlichen teile.

Wenn wir die sich ändernden Mehrheiten zur Kenntnis nehmen, müssen wir trotzdem klären, welche Bedingungen für ein Abitur nach 12 Jahren erforderlich sind und wie diese Bedingungen erreicht werden können. Zentrale Voraussetzung ist, daß das Abitur nach 12 Jahren uneingeschränkt anerkannt und ein Studieren unserer Abiturienten an jeder Hochschule in der gesamten Bundesrepublik ermöglicht wird sowie informell eine Akzeptanz des Abiturs nach 12 Jahren in Mecklenburg-Vorpommern außerhalb des Landes keinen Vorbehalten begegnet. Das sind erst einmal die Bedingungen, die erfüllt werden müssen.

Das heißt natürlich, daß uneingeschränkt die Beschlüsse der KMK zur Anerkennung der allgemeinen Hochschulreife in Mecklenburg-Vorpommern erfüllt werden müssen. Und die Beschlußlage dazu ist eindeutig: Nur noch die bis zum Jahre 2000 – das wissen Sie auch – erworbenen Zeugnisse der allgemeinen Hochschulreife, die in Mecklenburg-Vorpommern nach zwölfjähriger Schulzeit unter den bisherigen Bedingungen erworben worden sind, berechtigen zum Studium aller Fachrichtungen an den deutschen Hochschulen. So der Beschluß vom 25. Februar 1994.

Am 1. Dezember 1995 hat unter Fortschreibung des Hamburger Abkommens die KMK dann in ihrer sogenannten Richtungsentscheidung beschlossen, daß die Schulzeit bis zur Erlangung der allgemeinen Hochschulreife grundsätzlich 13 Jahre beträgt. Nur unter der Voraussetzung, daß für die Sekundarstufe I und für die gymnasiale Oberstufe insgesamt ein Gesamtstundenvolumen von mindestens 265 Wochenstunden nachgewiesen wird, wird das Abitur nach einer Gesamtschulzeit von 12 Jahren bundesweit anerkannt.

Es ist allgemein bekannt – das wurde bereits zitiert, ich muß das aber noch einmal bekräftigen –, daß derzeit die Gesamtstundenzahl bis zum Abitur in Mecklenburg-Vorpommern noch 242 Wochenstunden beträgt. Das heißt,

daß nach dem Jahre 2000 die Abiturienten zusätzlich diese 23 Wochenstunden haben müssen.

Nun habe ich auch interessehalber die ganzen Protokolle gelesen, die im Zusammenhang mit der Diskussion des Schulgesetzes in Anhörungen entstanden sind, und da gab es eigentlich eine sehr durchwachsene Stimmungslage. Ich kann auch feststellen, daß die CDU immer eine sehr eindeutige Haltung vertreten hat. Aber letzten Endes ist mit den Stimmen der SPD und CDU, bei einer Enthaltung aus den Reihen der CDU, beschlossen worden, daß ab August 2000 das Abitur nach 13 Schuljahren abgelegt wird. Damit sind die Voraussetzungen für die dreijährige gymnasiale Oberstufe geschaffen worden. Seitdem laufen die Vorbereitungen, und die neue Abiturprüfungsverordnung ist im Januar unterschrieben worden.

Sie fordern jetzt eine totale Kehrtwende, nämlich das Abitur nach 13 Jahren gar nicht erst einzuführen. Nachdem wir uns drei Jahre lang darauf vorbereitet haben, müssen wir prüfen, ob so eine Kehrtwendung möglich ist. Oder meinen Sie, eine solche Kehrtwendung sei möglich?

Der politische Wille ist da. Nach den Mehrheiten, die sich jetzt formieren, scheinen die Aussichten besser, dieses auch in der KMK durchzusetzen. Nun müssen wir natürlich prüfen, ob das machbar ist. Damit hat sich in den letzten Tagen auch die Arbeitsebene in meinem Haus intensiv beschäftigt, die Ergebnisse möchte ich Ihnen nennen:

Die Schüler in den jetzigen 10. Klassen der Gymnasien des Landes benötigen für die Anerkennung ihres Abiturs ab dem 1. August diesen Jahres also diese 23 Wochenstunden mehr. Bisher gab es bei uns in der gymnasialen Oberstufe in den Klassen 11 und 12 insgesamt ein Stundenvolumen von 66 Stunden zu bewältigen – also 66 Wochenstunden. Bei einer Fortführung des 12jährigen Abiturs hier im Lande müßte diese Stundenzahl für die jetzige Klasse 10 um 23 Stunden auf 89 Stunden in zwei Jahren erhöht werden. Für die Schüler der jetzigen Klassen 9 der Gymnasien unseres Landes müßte die Wochenstundenzahl in den zukünftigen Klassen 10, 11 und 12 von derzeit 96 in drei Jahren auf 119 erhöht werden. In welchen Fächern soll die Stundenzahl erhöht werden? Fachlich müßten die Rahmenpläne für die Jahrgangsstufen 11 und 12 bis zum kommenden August an die erhöhte Stundenzahl angepaßt werden. Eine solche Arbeit, meint die Arbeitsebene des Hauses nach ernsthafter Prüfung, ist in seriöser Weise in wenigen Monaten nicht leistbar. Wir schätzen ein, daß eine solche kurzfristige Kehrtwendung schlechterdings nicht geht. Bei einem solchen Vorgehen würden mindestens zwei Jahrgänge unserer Gymnasialisten ernsthafte Schwierigkeiten bekommen.

Ein bildungspolitisches Vorhaben, das ja nun bei dem Vorliegen der Voraussetzungen unbedingt unterstützt werden sollte, darf nur in einer Weise umgesetzt werden, die nicht für eine Vielzahl von Schülern eine physische und psychische Überforderung von vornherein vorprogrammiert. Die von der CDU gewollte kurzfristige Verhinderung der Einführung der 13jährigen Abiturausbildung in Mecklenburg-Vorpommern ist von daher praktisch ausgeschlossen.

Welches sind die Bedingungen, damit zukünftig ein Abitur hier im Land nach 12 Jahren bundesweit anerkannt werden kann?

Von der Klasse 5 bis zur Klasse 12 müßten insgesamt 265 Wochenstunden erreicht werden. Dabei dürfte eine

wesentliche Erhöhung der Stundenzahl in den Jahrgangsstufen 11 und 12 gegenüber den jetzt bereits absolvierten 66 Wochenstunden kaum möglich sein. Es müßte geklärt werden, in welchen Fächern die Stundentafelerhöhung im Sekundarbereich I erfolgen soll.

In den bisherigen Klassen 7 bis 10 haben unsere Gymnasiasten in der Klasse 7 29 und sonst 30 Wochenstunden zu bewältigen. Diese Stundenzahlen müßten sich für die Klassen 7 bis 10 auf mindestens 35 Wochenstunden erhöhen und würden sich auch unter Einbeziehung der Klassen 5 und 6 nicht wesentlich reduzieren. Ist eine solche Stundenzahl noch in einer 5-Tage-Woche zu absolvieren, muß man sich dann fragen. Unter Beibehaltung der 5-Tage-Woche ergäben sich über Jahre durchgängig für die Gymnasiasten sieben Unterrichtsstunden pro Tag.

Die nächste Frage wäre: Muß dann nicht für das Gymnasium flächendeckend die Ganztagschule eingeführt werden, damit Qualität und Effektivität des Unterrichts gesichert werden können? Und man muß außerdem fragen, welche personellen und sächlichen Voraussetzungen sind dafür erforderlich?

Die Wahrung der Chancengleichheit hat für mich einen sehr hohen Stellenwert. Zur Chancengleichheit gehört die Sicherung einer realen Durchlässigkeit auch von unten nach oben zwischen den Bildungsgängen, also vom Realschulbildungsgang zum gymnasialen Bildungsgang. Das ist also ein zusätzlicher Gesichtspunkt, der berücksichtigt werden muß. Wenn aber spätestens ab Klasse 7 die Stundentafel des Gymnasiums deutlich erhöht wird, müßte das für den Realschulbildungsgang nachvollzogen werden, andernfalls wäre ein Wechsel von Realschülern zum Gymnasium sehr erschwert, wenn nicht gar ausgeschlossen.

Eine parallele Erhöhung des Stundenvolumens für alle drei Bildungsgänge im Sekundarbereich I würde bereits zum nächsten Schuljahr einen Mehrbedarf von 950 Stellen verursachen. Wie soll das finanziert werden? Auch dieses wäre zu klären.

Wie gesagt, der aufgezeigte Fragenkatalog ist nicht abschließend. Eine sehr sachliche Prüfung dieser Problematik ist unabdingbar. Das ist im wesentlichen der Stand. Selbstverständlich werde ich mich einsetzen für das Ziel, welches ich auch für sinnvoll halte. Ich will auch die angeforderten Informationen nachliefern, sofern wirklich gravierende Informationen von Ihnen noch erwartet werden. Wir werden uns parallel bezüglich der politischen Aktivitäten entsprechend bemühen, uns denjenigen in der KMK anzuschließen oder die aktiv begleiten, die eine Veränderung der jetzt noch bestehenden Mehrheiten in der Kultusministerkonferenz herbeiführen wollen, oder auch uns selbst aktiv einbringen. Hier im Hause werden wir parallel Maßnahmen vorbereiten, die dann eine praktische Umsetzung ermöglichen. Das ist im wesentlichen das Ergebnis der Prüfung dieser Fragestellung. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Polzin von der Fraktion der SPD.

Heike Polzin, SPD: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Werte Gäste! Solides Abiturwissen nach 12 Jahren – tja, das war einmal. Um wieder dahin zu

gelingen, müssen wir erst mal unsere Hausaufgaben machen!

Ginge man davon aus, daß jeder hier im Saale die unendliche Geschichte mit dem Untertitel „Abitur in 12 oder 13 Jahren?“ von Anfang an verfolgen konnte, wäre ich mit meinem Redebeitrag schnell am Ende. Er würde lauten: Die Entscheidung für einen Abiturabschluß nach 13 Jahren konnte nach sorgfältiger Abwägung aller Pro- und Kontraargumente gar nicht anders ausfallen, wenn unseren Schulabgängern Chancengleichheit sowie zumutbare Belastungen gewährt werden sollen. Daran hat sich auch bis zum heutigen Zeitpunkt nichts geändert. Punkt! Fertig! Aus! Ende der Durchsage!

Ganz so einfach will ich mir die Geschichte jedoch nicht machen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist schön.)

denn mir liegt daran, nachvollziehbar zu erklären, aus welchen Gründen die SPD-Fraktion nach wie vor zur planmäßigen Einführung des 13. Schuljahres steht, obwohl dieses zugegebenermaßen eine Notlösung ist, nur haben wir zur Zeit keine bessere.

Ein Abiturabschluß setzt einen hohen Bildungsstand voraus, den die Kultusminister der Länder in ihren Vereinbarungen – zuletzt 1995 – in vorgegebene Parameter gossen. Dies sind leider im wesentlichen Vorgaben, die Quantität statt Qualität messen. Ich persönlich bedauere das sehr, aber das sind unsere Vorgaben: Regelschulzeit 13 Jahre, Abiturprüfung in vier Fächern.

Die Ausnahmeregelung für die neuen Länder, das Abitur weiterhin nach zwölf Jahren zu erreichen, wurde mit so hohen Hürden belegt, daß wir sie in Mecklenburg-Vorpommern nicht überspringen konnten und wollten, denn von 265 Wochenstunden sind wir ja weit entfernt. Wie will man die fehlende Differenz von 23 Wochenstunden aufbringen? Wir sind doch bekanntermaßen mit unseren Wochenstunden das traurige Schlußlicht aller Bundesländer.

(Andreas Bluhm, PDS: So ist es.)

Was bedeuten diese Vorgaben in der Konsequenz?

Das entscheidende Argument gegen eine 12jährige Abiturschulzeit unter den derzeitigen Bedingungen ist die zu hohe Belastung für die Betroffenen. Das ist heute mehrfach ausgeführt worden. In unserem Flächenland ist nun mal ein großer Teil der Schüler nicht in der glücklichen Lage, das Gymnasium am Wohnort zu haben. Da kommt schon jetzt ein „Arbeitstag“ von mindestens acht Stunden durch Unterrichts-, Warte- und Fahrzeiten zusammen, ohne daß Zeit für Hausaufgaben eingerechnet ist.

Um ein persönliches Beispiel für diese Geschichte anzubringen: Mein Sohn in der 6. Klasse leistet für sein Alter täglich Schwerstarbeit, und ich bin heilfroh, daß er nicht auch noch Lernschwierigkeiten hat, die er durch stundenlanges Üben kompensieren müßte. Andere Kinder in seiner Klasse sitzen nachmittags noch zwei bis drei Stunden, um den Unterrichtsstoff nachzuarbeiten. An dieser Stelle noch Stunden draufzusatteln wäre verantwortungslos. In den oberen Klassenstufen würde das Zwölfjahresprogramm an mehreren Schultagen Nachmittagsunterricht bedeuten. Das ist unter den vorherrschenden Bedingungen unzumutbar!

Die Alternativen, zum Beispiel die Wiedereinführung des Samstagsunterrichts beziehungsweise die flächen-

deckende Einrichtung von Ganztagschulen, stehen zur Zeit in keinem Parteiprogramm, aber vielleicht schreibt sich die CDU ja den Samstag als Unterrichtstag auf die nächste Wahlkampffahne. Viel Erfolg!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Nee, den brauchen wir für Subbotnik.)

Nach meiner Einschätzung betrachten unsere Bürger den schulfreien Sonnabend jedoch als Wendeerrungenschaft. Heilige Kühe lassen sich schwer schlachten.

Daneben hätte nicht nur die flächendeckende Einrichtung von Ganztagschulen beziehungsweise von Internaten zur Absicherung der Wochenstundenvorgaben bei angemessener Belastung der Schüler enorme finanzielle Mehrbedarfe zur Folge. Der Minister hat dazu einiges ausgeführt, doch ich bitte Sie wirklich mal darum, sich folgendes auf der Zunge zergehen zu lassen: Beim jetzigen Umkippen unserer planmäßigen Einführung würde das eine etwa dreistellige Millionensumme für den Haushalt 1999 bedeuten. Das würde unseren Haushalt ganz schön ins Schleudern bringen.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Also auch hier absolut ein Argument dafür, daß wir derzeit die Geschichte nicht stoppen können.

(Beifall und Heiterkeit
bei Abgeordneten der SPD)

Als drittes Argument gegen den CDU-Antrag möchte ich den Zeitpunkt anführen. Die Vorbereitung des ersten eingeschobenen 11. Schuljahres läuft jetzt auf Hochtouren: Rahmenrichtlinien sind erstellt, Ablaufpläne vorgegeben, Schüler der 10. Gymnasialklassen wählen bereits ihre prüfungsrelevanten Kurse. Der Zug ist also nicht nur schon angefahren, er beschleunigt bereits, da will sich der mutige Herr Vierkant fünf Minuten vor der Angst auf die Gleise stürzen und ihn stoppen.

(Beifall und Heiterkeit bei
einzelnen Abgeordneten der SPD)

Tun Sie's nicht! Bleiben Sie uns erhalten, Sie werden schließlich noch gebraucht!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist richtig.)

Zum Beispiel, wenn wir in der Tat daran arbeiten müssen, daß dieses „verflixte 13. Jahr“ mittelfristig von der Tagesordnung kommt.

Grundvoraussetzung ist jedoch eine bundesweite Einführung auf der Basis überarbeiteter und entschlackter Rahmenrichtlinien. Dazu bedarf es selbstverständlich des offensiven Einsatzes für die bundesweite Anerkennung in der Ständigen Konferenz der Kultusminister, wobei diese Anerkennung nur ein Baustein einer längst überfälligen Gesamtbildungsreform ist, die sich jedoch nicht wie bislang lediglich auf Schulorganisation und Struktur, sondern auf Inhalte konzentriert. Zu wünschen wäre, daß es den ostdeutschen Bundesländern endlich gelingt, eigene Akzente zu setzen, eigene positive Bildungselemente einzubringen, anstatt wie bisher die ohnehin verbesserungswürdigen Bildungsmodelle der alten Bundesländer auf unsere Strukturen zu pressen nach dem Motto: Paßt, wackelt, hat Luft.

Dieser radikale, unsensible Umbruch unserer Bildungslandschaft ist eine wesentliche Ursache dafür, daß Schule massiv in die Kritik gerät

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

und die durchschlagenden Erfolge der Stundentafelkürzung von 1991 – zuständig war ein gewisser Oswald Wutzke, seines Zeichens Kultusminister von CDU-Gnaden – nicht mehr zu ignorieren:

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Das war ein interessanter Mann. –
Heinz Müller, SPD: Zweifellos.)

Darüber könnten wir längere Abhandlungen kundtun. Soviel Redezeit habe ich nicht.

Worüber wundern wir uns denn, wenn im Vergleich zur DDR-Unterstufe pro Unterrichtswoche drei bis vier Stunden Mathematik und Deutsch in den ersten vier Schuljahren wegrationalisiert wurden, was mindestens 500 Unterrichtsstunden weniger für einen Schüler am Ende der 4. Klasse bedeutet? Das sind Stunden, die natürlich schmerzhaft fehlen, da in der Grundschule, wie der Name schon sagt, Grundlagen geschaffen werden sollen: etwa fließend und vor allem sinnerfassend lesen zu können, einen Grundwortschatz orthographisch zu beherrschen, Zahlenvorstellungen zu entwickeln, Grundrechenarten und einfache Lerntechniken zu beherrschen, um mal ganz bescheiden heranzugehen.

In der Praxis erleben wir einen Bruch mit allen bisherigen Erfahrungen. Fehlende Übungsstunden, fehlende Hortbegleitung, die früher gezielt auch zur Hausaufgaben erledigung und Festigung von Unterrichtsstoff eingesetzt wurde, fehlende Abstimmung mit den Anforderungen der weiterführenden Schularten führten zu einem Niveaubrückenschlag, der sich erst in den kommenden Jahren in Prüfungsergebnissen und Abiturqualität niederschlagen wird.

Bislang entließen wir Abiturienten, die zumindest die Grundschulzeit noch in der DDR-POS absolvierten. Wenn bei gleichbleibend hohen Prüfungsanforderungen sich die Rahmenbedingungen für den Wissenserwerb so erheblich verschlechtern, sind Mißerfolge vorprogrammiert. Insofern hat Qualität durchaus etwas mit Quantität zu tun. Die Wiederaufstockung der Stundentafel in Klasse 1 und 2 ab dem kommenden Schuljahr ist deshalb ein wichtiges Signal zur Qualitätssicherung an Schulen. Viele andere müssen jedoch noch folgen, um motiviertes, vielseitig orientiertes Lernen in der Schule zu fördern. Am Ende dieses Prozesses steht das Abitur.

Wenn man also, wie auch die SPD, Abiturwissen in 12 Jahren erreichen will, muß man zunächst mal den Unterbau sichern, sonst bricht uns das Kartenhaus beim kleinsten Windhauch aus Richtung KMK oder internationaler Leistungsvergleiche zusammen, und das haben unsere Jugendlichen nicht verdient. Schließlich sollen sie die Chance haben, sich mit einer soliden und anerkannten Schulausbildung überall in Deutschland bewerben zu können.

Die Koalitionsfraktionen haben deshalb einen Änderungsantrag eingebracht, der einen erneuten Vorstoß bei der KMK empfiehlt. Wichtig ist dabei allerdings, daß nicht nur um die Wochenstunden gefeilscht wird, sondern daß man sich zu einer wirklichen Fortführung der Reform des Systems verständigigt. Ich erwarte, daß der Bildungsminister uns im Ausschuß darüber berichtet, welche Reaktion in der KMK auf diese Initiative erfolgte. Dem steht jedoch die derzeit laufende Einführung des 13. Schuljahres nicht entgegen, denn bei ehrlicher Abwägung der Chancen wird

der von mir beschriebene Prozeß nicht in Monaten abzuarbeiten sein. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Polzin.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Bluhm von der Fraktion der PDS.

Andreas Bluhm, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es war nur eine Frage der Zeit: Die CDU-Fraktion thematisiert die Dauer der Abiturausbildung in Mecklenburg-Vorpommern.

Die Dauer ist nun inzwischen zu einem Thema geworden, das Sie, meine Damen und Herren von der CDU – und ich bedauere, daß ich mich jetzt nicht mit Frau Schnoor auseinandersetzen kann –, immer wieder gern für geeignet halten, sich hier darzustellen und zu sagen: Wir müssen im Bildungsbereich etwas tun. Aber mit Ihrer neuen Rolle in der Opposition ist das offensichtlich nur teilweise vereinbar, weil Sie – und das betone ich – acht Jahre Zeit hatten, in der Bildungspolitik die entsprechenden pädagogischen Voraussetzungen zu schaffen, damit ein Abitur auch in Mecklenburg-Vorpommern nach zwölf Jahren realisiert werden kann.

Genau das, meine Damen und Herren von der CDU, haben Sie aber nicht getan. Ganz im Gegenteil, Sie haben gegen die Stimmen der PDS das Schulgesetz in der vorliegenden Fassung als Koalitionspartner beschlossen. Sie haben – und ich bitte Sie einmal nachzusehen in den entsprechenden Unterlagen, denn es gibt einen Antrag, der eine einzige Unterschrift trägt, und das ist die Unterschrift von Frau Schnoor – im Kultusausschuß am 10. April 1996 einen Änderungsantrag zur gymnasialen Oberstufe eingebracht, der als Paragraph 21 ins Schulgesetz aufgenommen wurde, und bei dem nur die Reihenfolge der Absätze verändert wurde. Sie haben in diesem Antrag in Absatz 6 das 13. Schuljahr für jetzt festgeschrieben. Sie haben in der ersten Legislaturperiode durch die damaligen drastischen Stundenkürzungen schon ein ganzes Unterrichtsjahr an Stunden auf Kosten der Schüler und Lehrer eingespart. Sie haben das gegliederte Schulsystem in diesem Lande eingeführt und damit vorgegeben, daß der Übergang nach Klasse 10 der Realschule in die gymnasiale Oberschule gewährleistet werden muß. Damit haben Sie den Weg für ein qualitativ hochwertiges, bundesweit anerkanntes Abitur in zwölf Jahren in Mecklenburg-Vorpommern gründlich vermauert. Jetzt über einen kurzen Weg und in einer Frist von drei Monaten die jetzige Landesregierung aufzufordern, die Abbrucharbeiten für diese Mauer durchzuführen, ist wohl schlechter politischer Stil.

(Beifall Barbara Borchardt, PDS)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Bildungssystem in Deutschland in seiner Gesamtheit ist in einem Reformstau. Dazu zählt auch die Abiturausbildung. Sie ist jedoch nur ein Teil des Gesamtsystems, und deshalb ist auch längerfristig die Frage zu stellen, ob denn die vereinbarten 265 Jahreswochenstunden überhaupt real sind. Die Erfordernisse an eine neue Lernkultur, die natürlich eine neue Struktur, eine neue Art und Weise von Schule nach sich ziehen muß, können unter anderem auch in den Empfehlungen des deutschen Bildungskongresses vom Dienstag in Bonn nachgelesen werden. Frau Schnoor und ich waren ja zugegen, als diese Denkschrift dem Bundespräsidenten übergeben wurde.

Ja, es geht um einen Paradigmenwechsel in der Bildung. Wir brauchen den Übergang zu lebenslangem Lernen. Wir brauchen die Erschließung neuer Lernwelten, wir brauchen lebensnäheres Lernen unserer Schülerinnen und Schüler und viele weitere Dinge mehr. Wenn man sich dann das Memorandum ansieht, wird schon klar, wie groß das Bedingungsgefüge der pädagogischen Prozesse und der erzieherischen Anforderungen an Schule ist. Und es macht deutlich, daß das Herumlaborieren ausschließlich an einer Schulform als Struktur überhaupt keines der bestehenden Probleme löst, sondern viel eher zu Ausdifferenzierung führt und Chancengleichheit weiter untergräbt.

Daraus ist nur eine einzige Schlußfolgerung und Zielstellung möglich: Es geht um eine grundlegende Reform des bestehenden Bildungssystems, die bei den Kindergärten beginnt, die Schule, Ausbildung, Studium erfaßt und die Weiterbildung einbezieht. Wer allein bei diesen Anforderungen so tut, als wäre die Verkürzung der Dauer der Schulzeit zur Erreichung des Abiturs von herausragender Bedeutung, der, denke ich, versucht hier, eine Infektionskrankheit mit einem Pflaster zu heilen.

Es wird also deutlich, daß der vorliegende Antrag in dieser Form nicht geeignet ist, die Probleme zu lösen, und auch nicht geeignet ist, sie zu mildern. Trotzdem, meine Damen und Herren, muß ich, um Mißverständnissen zu den Positionen meiner Fraktion hinsichtlich der Abiturausbildung und ihrer Dauer etwas vorzubeugen, noch einmal betonen: Meine Fraktion war nie gegen eine 12jährige Ausbildung. Wir haben immer erklärt, wir brauchen eine bundesweite einheitliche Regelung der Neuformierung der Abiturausbildung in Deutschland. Solange es diese aber nicht gibt und wir mit 242 Jahreswochenstunden das Schlußlicht in diesem Bereich der Bundesrepublik sind – über Ausfallzeiten haben wir ja vor kurzem eine öffentliche Diskussion in diesem Lande gehabt –, brauchen wir eine umfassende Bildungsreform in Deutschland. Vorher kann man ein 12jähriges Abitur in Mecklenburg-Vorpommern nicht einführen.

(Beifall Heike Polzin, SPD)

Dazu gehört, daß die Studentafeln und Rahmenrichtlinien beziehungsweise Rahmenpläne einer kritischen Bewertung hinsichtlich zukunftssichernder pädagogischer Anforderungen unterzogen und den neuen Bedingungen angepaßt werden, denn die Erhöhung der Jahreswochenstundenzahl von derzeit 242 auf mindestens 265 ist in diesem Land und unter diesen konkreten Bedingungen überhaupt nicht so einfach zu machen. Natürlich gehört zur Sicherung der Chancengleichheit auch eine analoge Erhöhung der Wochenstundenzahl in den Realschulen, eine Konsequenz, die Sie, meine Damen und Herren von der CDU, sehr wohl kennen, aber verschweigen. Ein Schelm, der Böses dabei denkt!

Den qualitativen Verbesserungen von Schule muß zumindest Gleichrangigkeit, wenn nicht Vorrang gegenüber quantitativen Veränderungen eingeräumt werden. Unter Beachtung der geltenden Beschlußlage der Kultusministerkonferenz wären Qualitätsverbesserungen in der gymnasialen Ausbildung schon seit der Mainzer Richtungsentscheidung im Jahre 1995 nötig gewesen. Es war Ihnen seither unbenommen, mit den Landeshaushalten und dem Schulgesetz alle diese Anforderungen zu realisieren. Bisher haben Sie dieses nicht getan.

Nun sind wir allerdings an einem Punkt – der Minister und Frau Polzin haben das sehr deutlich gesagt –, wo die

Übergangszeit für Zwischenlösungen abgelaufen ist und eine Entscheidung der einzelnen Länder fallen mußte. Sie ist mit dem Schulgesetz, ich betone, unter Ihrer Mitwirkung, 1996 so gefallen. Und sie konnte unter den gegebenen, und ich betone wieder, unter den von Ihnen geschaffenen Rahmenbedingungen gar nicht anders ausfallen. Obwohl seit der neuen Regierungsbildung Monate vergangen sind, stellen Sie jetzt einen Antrag, der die Landesregierung auffordert, bis zum 30. Mai 1999 – also in knapp sechs Wochen – zu berichten. Abgesehen davon, daß Sie uns, als wir Oppositionsfraktion waren, immer vorgeworfen haben, wir wollten nur Berichte, was Sie nun mittlerweile ganz anders sehen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ab und zu dürfen wir doch mal anfragen.)

ist der Zeitraum eine Zumutung, Herr Dr. Born. Aber der Ansatz ist wohl, es ist sowieso nicht zu schaffen, und dann können wir trotzdem sagen, wir haben es zumindest versucht. Das ist wohl fragwürdiger politischer Stil.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Frau Schnoor, Sie waren ja mal in der Kultusministerkonferenz als Vertreter dieses Landes. Sie wissen sehr wohl, daß die Beschlüsse der KMK einstimmig gefaßt werden müssen. Und eine solche Entscheidung, daß man das Abitur in Mecklenburg-Vorpommern jetzt zufällig mit 242 Jahreswochenstunden als gleichwertig in der Bundesrepublik einführt, ist ja nun wohl in drei Monaten überhaupt nicht zu erwarten. Es wäre schon schön, wenn Sie zum Beispiel die Ihnen doch sehr nahestehende Staatsregierung im Freistaat Bayern von der Zweckmäßigkeit eines Abiturs in 12 Jahren überzeugen könnten. Sie nennen in der Begründung Berlin und Baden-Württemberg. Das ist sicherlich schön, löst aber das grundsätzliche Problem nicht, denn die Zustimmung müssen vollzählig sein, und die dort in den Ländern in Ansatz gebrachten Jahreswochenstunden liegen weit über denen in diesem Land.

Gleichwohl soll und wird sich die Landesregierung in der Kultusministerkonferenz für Reformen im Bildungswesen einsetzen. Deswegen sagen wir ja auch, wir befreien den vorliegenden CDU-Antrag von dem, was unrealistisch ist, und machen hier ein klares politisches Votum, daß das Land Mecklenburg-Vorpommern sich für eine bundesweite Reform der Abiturausbildung einsetzt, damit in 12 Jahren das Abitur erworben werden kann. Meine Fraktion geht davon aus, daß wir dabei nicht auf die KMK allein zu warten brauchen, denn wir sind mit der Umsetzung der Koalitionsvereinbarung auch in diesem Bereich auf einem guten Weg, und im Interesse der Schülerinnen und Schüler werden wir dieses auch planmäßig umsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und Heike Polzin, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Bluhm.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Rehberg von der Fraktion der CDU.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Es wiederholt sich seit Jahren von der SPD, insbesondere aber auch der PDS: Es sind immer die gleichen Argumente, die angeführt werden, und zwar daß man grundsätzlich ja sagt zum 12jährigen Abitur, aber gleichzeitig meint, das ist bei uns alles nicht möglich.

(Heike Polzin, SPD: Das ist nicht wahr.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir jetzt ...

Frau Polzin, ich komme noch zu den Wahrheiten, Augenblick! Ich bin zwar nicht so wie Sie Pädagogin,

(Heinz Müller, SPD: Merkt man.)

aber wenn Sie, wie ich ...

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das muß nicht immer ein Nachteil sein.)

Lieber Kollege Born, ich lasse mich nie über Vor- und Nachteile von Berufsgruppen aus. Aber eins macht man doch schon: a) hat man selber Kinder und b) kommt man mit vielen auf der Realschule und auf den Gymnasien oder Hauptschulen zusammen.

Wissen Sie, Frau Polzin, was mich da 16jährige gefragt haben? Herr Rehberg, sind Sie für oder gegen 12 Jahre? Ich sage: Ich bin für 12 Jahre! Und dann habe ich ihnen erklärt, warum und weshalb. Daraufhin habe ich sie gefragt, warum sie denn für 12 Jahre sind. Wissen Sie, was dabei herausgekommen ist? Sie haben Angst, erst mit 23 Jahren ihren Berufsabschluß zu haben. Das ist eine Angst, die mir zum ersten Mal entgegengekommen ist, weil es natürlich logisch ist. Sie sind 19 oder meistens 20 Jahre, und dann müssen sie noch zweieinhalb bis drei Jahre dazurechnen. Das heißt, die Schüler sind weiter als wir in ihrer Argumentation. Das heißt, sie denken wirklich darüber nach, wann sie ins Berufsleben eintreten. Nicht mal jeder zweite studiert nach dem Abitur, das heißt, ich habe eine große Zahl, die Berufsausbildungen erwählen. Und die Realschülerin, die mit einer Abschlußnote 2 die gleichen Chancen hat bei der Bank oder wo auch immer – ich denke, da sind wir uns einig –, ist mit 19 Jahren fertig ausgebildet.

Das heißt, diese Frage müssen wir uns doch zuerst stellen: Welche Chance geben wir unseren Kindern überhaupt mit unserer Politik? Und da muß ich sagen, natürlich ist die Zeitdauer nicht das entscheidende, Herr Kollege Bluhm, das wissen wir, ob es jetzt 265 Wochenstunden sind, 12 beziehungsweise 13 Jahre oder wie auch immer. Nur es ist die Frage zu stellen: Was wurde denn die letzten Jahre getan in diesem Land? Und zufällig war das Kultusministerium nicht in CDU-Hand.

(Birgit Schwebs, PDS:
Die SPD war ja nur Juniorpartner.)

Wenn meine Informationen richtig sind, hat damals, als es um die 265 Wochenstunden ging, die damalige Kultusministerin Frau Marquardt sich in der KMK hingestellt und die Ansicht vertreten, daß sie mit einem Federstrich in Mecklenburg-Vorpommern das 13. Schuljahr einführen könne. Das war eine Kapitulation vor Zehetmair und anderen, das gebe ich zu. Nur, und das wissen Sie auch, Kollege Bluhm, das Schulgesetz ist damals mit einer Beschlußempfehlung zustande gekommen. Frau Marquardt hat nichts, aber auch gar nichts getan!

Sie hat sich weder engagiert in der Landesregierung, daß die Wochenstundenzahlen in der Mittelstufe zwischen 5 und 10 erhöht werden, noch in der Grundschule, noch irgendwo. Ich habe jedenfalls an keiner Stelle von Frau Marquardt irgendeine Aktivität erlebt, die dazu führen könnte, daß wir die 265 Wochenstunden erreichen. Ich habe es nicht erlebt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Ich gestehe der SPD eins zu, nämlich daß man erfolgreiche Politiker auswechselt, und das haben Sie in diesem Fall auch getan. Es ist ganz einfach so. Das muß man dann auch akzeptieren.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Natürlich ist uns klar, daß das schwierig ist. Nur ich gestehe dem Kollegen Kauffold zu, den ich persönlich sehr schätze, und ich nehme auch ernst, was er da gesagt hat, daß er sich einsetzen wird. Nun, das kann aber jetzt nicht die Antwort darauf sein, daß wir a) keine Debatte darüber führen und b) nicht auch von Landtagsseite sagen, wohin wir wollen.

Es ist doch nicht im Sinne Ihres Antrages, den Sie vor einigen Wochen vorgelegt haben zur Qualitätsverbesserung an den Schulen, daß wir vorrangig eine Debatte um die Zeit führen, sondern wir müssen eine Debatte führen um Inhalte, um eine Oberstufenreform und so weiter. Aber es ist die Frage zu stellen, wenn wir erst einmal in Richtung 13 Jahre gegangen sind, ob wir dann auch wieder zurückkommen.

Meine Vorredner haben eine Milchmädchenrechnung aufgemacht. Sie haben nämlich nicht gesagt, wie teuer das 13. Schuljahr wird. Sie haben nur vorgerechnet, wie teuer die 265 Wochenstunden werden, also die Hälfte gesagt. Frau Polzin, ich kenne von der ehemaligen Kultusministerin ganz andere Zahlen, wo sie uns weißmachen wollte, daß die 265 Stunden und das 13. Schuljahr in etwa das gleiche kosten. Die Unterlagen haben wir liegen, weil wir damals hart darum gerungen haben. Unterstützung hat sie natürlich damals von der Finanzseite bekommen.

Es ist auch unredlich, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von SPD und PDS, wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, wir sind für das 12jährige Abitur, aber die Orientierungsstufe schulartenunabhängig anbinden wollen beziehungsweise die 6jährige Grundschule einführen wollen, denn wir reden eigentlich von der 8- oder 9jährigen Gymnasialausbildung.

(Andreas Bluhm, PDS: Ich hab' doch gesagt
bundesweite Reform, Herr Rehberg.)

Das ist die Realität. Dann brauchen Sie, Herr Bluhm, aber gar nicht die 6jährige Grundschule erst anzufangen. Sie wissen sowieso, daß das ein Problem ist, gerade im ländlichen Raum, und daß dies auch einen Kostenaspekt mit beinhaltet.

(Andreas Bluhm, PDS: Lassen Sie sich mal
von Frau Schnoor das Memorandum geben.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SPD schreibt 12 Jahre Abitur ins Wahlprogramm. Sie hatte uns jedoch massiv unter Druck gesetzt, daß wir überhaupt die Übergangslösung eingeführt haben, weil sie es sonst damals mit der PDS gemacht hätten. Auch das ist Realität.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Frau Kollegin Seemann, das war damals schlichtweg politische Nötigung, und wir wollten nicht zu so einem frühen Zeitpunkt ...

(Heiterkeit bei Dr. Margret Seemann, SPD)

Hören Sie doch auf! Es wäre so gewesen. Wenn nicht diese Übergangslösung gekommen wäre, dann hätte man sofort das 13jährige Abitur eingeführt.

Natürlich, ich gebe Ihnen in einem recht, wir brauchen bundeseinheitliche Rahmenbedingungen. Die CDU Deutschlands hat seit 1978 in ihrem Parteiprogramm stehen 12 Jahre Abitur.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Warum haben Sie das Anfang der 90er Jahre nicht gemacht?)

Es hat sich wenig bewegt, Frau Seemann, denn Sie wissen doch eins, daß in der Kultusministerkonferenz neben dem Kollegen Zehetmair aus Bayern andere hervorragende Bildungsminister in Deutschland dafür sorgen, daß das Motto „Allens bliwwt bin ollen!“ ist. Das ist nämlich das Motto. Aber es gibt eben auch die Möglichkeit, und dazu haben wir gerade am Dienstag einen Gast gehabt aus Baden-Württemberg, Modellprojekte einzuführen. Das heißt, es gibt Länder, die den Mut zeigen, daß es auch anders geht. Hierzu gibt es auch Untersuchungen. Warum wollen wir denn erst – das muß man sich mal auf der Zunge zergehen lassen – gegebenenfalls auf 13 Jahre gehen und dann über den Schritt Modellversuche wieder zu 12 Jahren zurückkommen? Das ist doch für mich völlig schizophren, wo wir über Jahre gezeigt haben, daß man das Abitur auch in 12 Jahren ablegen kann.

(Andreas Bluhm, PDS: Da hatten wir aber eine andere Stundentafel.)

Das heißt, warum müssen wir den Weg denn erst gehen, den andere vorgezeichnet haben, und jetzt wieder zurückrudern.

Ich will Ihnen zwei Zitate bringen aus der wissenschaftlichen Untersuchung über die Modellversuche. Im Rahmen des Modellversuches kamen die Gymnasiasten nur auf 259 Wochenstunden. Im Vergleich zwischen der 12- und 13jährigen Abiturausbildung, eigentlich der 8- oder 9jährigen Ausbildung, wurde folgendes festgestellt: „Danach zeichnet sich der Unterricht am 8jährigen Gymnasium vor allem dadurch aus, daß er interessanter und anregender ist als am regulären 9jährigen Gymnasium. Zugleich erfordert er aber auch zusätzliche Lehrmaterialien und deutlich mehr Vorbereitung. Dafür fällt es weniger schwer, die Schüler für den Unterricht zu motivieren. Ebenso bedarf es weniger Wiederholung und Übung.“

Daß es einer Weiterentwicklung der Unterrichtsform, einer Spezifizierung der Wissensvermittlung bedarf, all das will ich hier nicht in Zweifel stellen. Wir können nicht das 12jährige Abitur unter den gegenwärtigen Bedingungen beibehalten wollen und dabei alternative Unterrichtsformen ignorieren.

Und auch dies stellt der Modellversuch fest: „Die Unterschiede zwischen den Schülern des 8- und 9jährigen Gymnasiums wurden von den Lehrern deutlicher als Unterschiede zwischen den Unterrichtsformen wahrgenommen. Danach beteiligten sich die Schüler des 8jährigen Gymnasiums mehr am Unterricht, sie sind motivierter und interessierter, bereichern diesen mehr durch Anregungen und weiterführende Fragen und arbeiten selbständiger. Aber auch eine höhere Ausprägung kognitiver Leistungsaspekte, wie selbständiges Denken, Auffassungsgeschwindigkeit und Merkfähigkeit, zeichnet die Schüler dieser Gymnasialform aus.“

Ich will dabei nicht unterschlagen, daß diese Erfolge nicht zu erreichen sind, wenn ausschließlich die Eltern über die Schullaufbahn ihrer Kinder bestimmen. Ebenso will ich nicht von einer Entrümpelung der Lehrpläne reden, denn was will man mit welcher Begründung aus dem Kreis

des Wissenswerten ausschließen? Vielmehr bedarf es einer Modifizierung der Rahmenpläne. Es müssen Freiräume für die Wissensvermittlung geschaffen werden, die sich aber immer am Ergebnis, dem Abitur als allgemeine Hochschulreife messen lassen müssen.

Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern schreibt lieber in ihr Wahlprogramm, daß sie 12 Jahre Abitur will, führt in der Praxis aber die 13 Jahre ein.

(Wolfgang Riemann, CDU: Schöner Betrug.)

Sie behaupten zwar, daß sie 12 Jahre wollen, sie ebnet jedoch den Weg für 13 Jahre – eine Logik, die nicht nachvollziehbar ist.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Meine Damen und Herren! Jetzt sind hier vielfältige Begründungen vorgebracht worden, warum eigentlich 12 Jahre lang 265 Stunden nicht gehen. Frau Polzin, warum geht es denn in Thüringen und Sachsen? Können Sie mir das mal verraten? Warum haben die den Mut gehabt?

(Rudolf Borchert, SPD: Ob das funktioniert, wissen wir ja noch nicht.)

Herr Kollege, warten wir ab.

Ich freue mich, daß Sie mit uns gemeinsam dafür sind, Kriterien zu entwickeln, wie man Schulen im Land vergleichen kann, aber auch daß man sich dem Leistungsvergleich zwischen den Bundesländern stellt. Ich bin der festen Überzeugung, daß das 12jährige Abitur in Sachsen und Thüringen einen hohen Stellenwert und sehr gute ...

(Andreas Bluhm, PDS: Ja, aber die haben 264 Stunden auf 7 Jahrgangsstufen verteilt. Das ist es.)

Sehen Sie, Herr Kollege, dazu lassen Sie mich jetzt kommen.

Erste Bemerkung: Ein hochkarätiger baden-württembergischer Politiker erzählte mir vor einigen Jahren: „Herr Rehberg, bis zur Deutschen Einheit haben wir die Abiturprüfung in den Monaten Januar und Februar des Jahres gemacht. Danach wurden sie auf April und Mai verschoben, ohne“ – Herr Bluhm – „daß irgend etwas passiert ist.“ Also zeigt es sich doch, daß genug Luft dabei ist. Das Problem sind doch die Klassenstufen 5 bis 10, und da kommt es darauf an, inhaltlich zu arbeiten. Frau Polzin, ich kann diese Horrorszenarien nicht nachvollziehen, das heißt, Sonnabend Schule, Kinder überfordern et cetera.

Was sagen Sie denn einem Berufsschüler, der mit 16 Jahren morgens um 4.00 Uhr raus muß, seine acht Stunden arbeiten muß und abends um 20.00 Uhr wieder zu Hause ist inklusive Fahrzeit?

(Beifall Herbert Helmrich, CDU)

Was sagen Sie Schülern, die an Fachgymnasien morgens frühzeitig losfahren müssen? Hören wir doch bitte auf, das Horrorszenario Überforderung unserer Kinder an die Wand zu malen! Das ist doch gar keine Überforderung! Und dann kommen sie nachher gegebenenfalls ins Berufsleben, müssen studieren und in die Arbeitswelt, und dann sieht die Welt ganz anders aus.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Hören wir doch wirklich damit auf nach meiner Auffassung.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Man merkt, daß Sie kein Pädagoge sind, Herr Rehberg. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Frau Seemann, wissen Sie, ich komme noch einmal auf die 16jährigen zurück, die sind weiter als Sie. Die wollen Leistung bringen, und die wollen lernen. Und da muß ich Ihnen eins sagen: Ich finde es schizophran, wenn Sie an die Wand malen, wie Kinder denn in dieser Zeit in der Schule belastet sind. Das finde ich schizophran. Dann müssen die Lehrer ja doppelt belastet sein, noch mal soviel.

Wissen Sie, ich bin wirklich der Meinung, wenn wir – und da habe ich einen völlig unterschiedlichen Ansatz – dafür sorgen, daß wir in der Grundschule eine ordentliche Stundenausstattung haben, daß wir wirklich ab Klassenstufe 5 die entsprechenden Schularten auch belegen und dabei die Lehrer das entscheidende Wort haben, daß wir dann auch zu einem Schulsystem kommen und nicht weiter zu 40 Prozent Schülern am Gymnasium, wo eben nur jeder Zweite studiert, wo viele nur in den Beruf wollen. Ich bin der Meinung, Abitur heißt immer noch Hochschulreife, und deswegen sollte auch der Unterbau die Voraussetzungen treffen. Die 6jährige Grundschule ist es zumindest nicht. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Rehberg.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/323 abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/323 mit den Stimmen der Fraktionen der PDS und SPD sowie einer Stimmenthaltung der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/294 mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/294 mit den soeben beschlossenen Änderungen bei Zustimmung der Fraktionen der SPD und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Verkehrssicherheitskonzept für das Land Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 3/290.

**Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Verkehrssicherheitskonzept für das
Land Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 3/290 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Gerloff von der Fraktion der SPD.

Claus Gerloff, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Mit dem Unfallgeschehen auf den Straßen Mecklenburg-Vorpommerns haben wir uns wiederholt im Plenum und in den Ausschüssen beschäftigt. Das ist auch richtig so. Schließ-

lich sind Fragen der Verkehrssicherheit nicht nur eine vorrangige, sondern gleichfalls eine permanent anstehende Aufgabe, der sich die Politik nicht verschließen darf.

Aber nicht nur die Politik ist gefragt. Die Sicherheit auf den Straßen verbessern wir nur, wenn sich alle gesellschaftlichen Bereiche, der Staat, die Kommunen, Vereine, Verbände, Automobilclubs und weitere ehrenamtliche Helfer hier engagieren. Entscheidend ist aber, daß wir dann zu einer Erhöhung der Verkehrssicherheit kommen, wenn auch jeder einzelne Verkehrsteilnehmer, ob Kraftfahrer, Radfahrer oder Fußgänger, ständig sein Verhalten im Straßenverkehr kritisch hinterfragt und bessert.

Aus den statistischen Daten zum Unfallgeschehen in Mecklenburg-Vorpommern lassen sich unterschiedliche Tendenzen ableiten. Obwohl die Anzahl aller Verkehrsunfälle weiterhin zunimmt, so konnten wenigstens die folgenschwersten Unfälle reduziert werden. Von 1991 an – in dem Jahr hatten wir 600 Verkehrstote zu beklagen – ist die Anzahl der Getöteten von Jahr zu Jahr zurückgegangen und betrug im letzten Jahr 364 Tote. Ebenfalls rückläufig ist die Zahl der Schwerverletzten, allerdings erst seit 1994. In dem Jahr gab es 4.736 Schwerverletzte und im Jahr 1998 noch 3.853.

Bis einschließlich 1997 nahm jährlich die Anzahl leichtverletzter Personen zu. Einen erstmaligen leichten Rückgang haben wir im letzten Jahr erreichen können. Wenn ich daran erinnere, daß die Gesamtzahl der polizeilich erfaßten Unfälle bis heute noch von Jahr zu Jahr zunimmt, dann schließe ich daraus, daß das generelle Verhalten der Verkehrsteilnehmer weiterhin änderungsbedürftig ist.

Wie gesagt, zum Glück ist es gelungen, daß die schwerwiegendsten Verkehrsunfälle rückläufig sind und sich die Unfallfolgen in niedrigere Kategorien verschoben haben. Dafür gibt es sehr viele Gründe, die ich hier nicht alle aufzählen kann. Erinnert sei aber an den umfangreichen Ausbau des Straßennetzes, an die Entschärfung von Unfallschwerpunkten, an die neue Fahrzeugtechnik mit ihrem höheren Sicherheitsstandard, an die Einführung von Fifty-fifty-Taxis beziehungsweise Disco-Bussen, an die zugenommene Verkehrserfahrung der Verkehrsteilnehmer und sicherlich auch an die zunehmende Vernunft der meisten Verkehrsteilnehmer.

Wir sind also auf dem richtigen Weg zu mehr Verkehrssicherheit in Mecklenburg-Vorpommern. Erste Ergebnisse einer breit angelegten und über viele Jahre durchgehaltenen Arbeit zeigen sich. Dennoch besteht kein Grund zur Zufriedenheit. Mit einer sehr populären Kennziffer wird ausgesagt, daß Mecklenburg-Vorpommern bezüglich des Straßenverkehrs das unsicherste Bundesland ist. Und das ist nicht gerade tourismusförderlich. Wir Mecklenburger und Vorpommern sind jetzt noch gefährdeter als die Brandenburger, was die Wahrscheinlichkeit betrifft, Opfer eines Verkehrsunfalls zu werden. Bezogen auf eine Million Einwohner starben im Jahr 1998 202 Menschen in Mecklenburg-Vorpommern den Verkehrstod. In Brandenburg waren es 191 Menschen, im Durchschnitt der übrigen Bundesländer aber nur die Hälfte oder noch weniger.

Ich möchte noch eine weitere Tendenz aus der Unfallstatistik erläutern. Zwischen den Jahren 1994 bis 1997 gab es in jedem Jahr rund 180 getötete Personen bei Unfällen mit Baumkollisionen. Zum Glück waren es im letzten Jahr deutlich weniger. Trotzdem ist der Anteil dieser Unfallopfer wegen des gleichzeitigen generellen Rückgangs der Anzahl der getöteten Personen insgesamt für

sich genommen von vormals einem Drittel auf derzeitig bis 48 Prozent angestiegen.

Diese Zahlen weisen ganz eindeutig auf einen Schwerpunkt des folgenschwersten Unfallgeschehens hin und fordern uns eindeutig zum Handeln auf. Ich freue mich deshalb, daß der Innenminister dieses Problem sofort aufgegriffen und Vorschläge zur Entschärfung dieses Unfallschwerpunktbereiches dargelegt hat. Er wendet sich an die Verkehrsteilnehmer mit der These „Allee gleich Gefahr, gleich langsam fahren“, doch diese These allein reicht nicht und wird auch keine Akzeptanz finden. So, wie der Innenminister gezielte Überholverbote in Alleen fordert, sollte er es auch mit der Geschwindigkeitsreduzierung halten,

(Beifall Dr. Manfred Reißmann, SPD)

eine gezielte, aber keine generelle fordern.

Für unverzichtbar halte ich Geschwindigkeitsreduzierungen bei den derzeitig noch 800 Kilometern Landesstraßen mit einer Fahrbahnbreite von weniger als 5,50 Metern. Das muß man sich einmal vorstellen. Und das wird auch lange Zeit noch so bleiben. Im übrigen lassen sich nur 300 dieser 800 Kilometer Landesstraße bei Rücksichtnahme auf vorhandene Alleenbestände verbreitern, die übrigen 500 Kilometer überhaupt nicht. Also dort müssen wir unser Verkehrsverhalten auf diese Situation einstellen.

Von den damaligen Koalitionsfraktionen SPD und CDU wurde bereits im September 1997 ein Landtagsbeschluß herbeigeführt, der sich schwerpunktmäßig mit dem Unfallgeschehen auf Alleen auseinandergesetzt hat. Mit Beschluß des Landtages wurde die Landesregierung damals beauftragt, zur Erhöhung der Verkehrssicherheit folgende Maßnahmen vorrangig umzusetzen:

- Schutzplanken an Unfallschwerpunkten, die den Frontalaufprall an Bäumen verhindern,
- mobile und ortsfeste Geschwindigkeitskontrollen,
- konsequentes Vorgehen gegen unbelehrbare Verkehrsteilnehmer,
- sinnvolle Beschilderungen,
- Fahrbahnmarkierungen und
- Vorgabe eines defensiven Geschwindigkeitsregimes.

Und dabei sind wir wieder bei dem Thema. Ein Geschwindigkeitsregime heißt keine absolute Weisung. Der Ihnen heute vorliegende Antrag von SPD und PDS zielt aber über Einzelprobleme und Einzelmaßnahmen hinaus. Gefordert ist die Erarbeitung eines Verkehrssicherheitskonzeptes für das Land Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Das ist eine Aufgabenstellung für die gesamte Landesregierung. Erwähnt werden sollen über das bereits Gesagte hinaus die Bereiche der Verkehrsaufklärung und Verkehrserziehung sowie die Sicherheitsbelange beim Schüler- und Ausbildungsverkehr. Auf die Bedeutung eines derartigen Landeskonceptes für die langfristige Arbeit zur Erhöhung der Verkehrssicherheit brauche ich sicherlich nicht weiter einzugehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte Sie deshalb, dem vorliegenden Koalitionsantrag zuzustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Gerloff.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Seidel von der Fraktion der CDU.

Jürgen Seidel, CDU: Verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal ist die jetzt hier schon deutlich gewordene Analyse, Herr Gerloff, richtig. Wir haben im Lande zu verzeichnen, daß zwar die Zahl der schweren Unfälle, also da, wo es leider Gottes dann mit Todesfolge endet, zurückgegangen ist, aber die Unfallzahl selbst gestiegen ist. Das muß uns umtreiben, das ist gar keine Frage. Und insofern ist es auch richtig, über das Thema zu reden und Maßnahmen vorzuschlagen.

Herr Gerloff, Sie wissen natürlich selbst, daß es allerdings nicht notwendig wäre, wenn man selbst die Regierung trägt, Ihnen zu sagen, sie sollten nun mal endlich ein Konzept machen. Es ist etwas ungewöhnlich, daß man das Parlament dazu bemühen muß, nun erst einmal einen Beschluß zu fassen, damit ein Minister – oder in dem Fall sogar zwei, weil es ja zwei sind, die in der Landesregierung für die Verkehrssicherheit zuständig sind – hier aktiv wird. Und offensichtlich scheinen die beiden das auch so zu sehen, denn sie sind beide nicht da.

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ja, dann hätte man dem Parlament die Sache auch ersparen können.

Ich will sagen, in der Sache wichtig – keine Frage, nur der Antrag, mit Verlaub gesagt, da habe ich meine Zweifel, ob der hier notwendig gewesen wäre.

(Zuruf von Claus Gerloff, SPD)

Ich will aber sagen, daß ich gerade deshalb, weil Sie ja immer gern auf die vergangenen Jahre verweisen, Ihnen vielleicht da ein bißchen Unterstützung geben kann, denn ich glaube, genau dieses Thema ist wirklich ein Thema, welches jede Landesregierung bisher in Mecklenburg-Vorpommern sehr beschäftigt hat. Ich habe in meinem Kalender der vergangenen Jahre ein bißchen geblättert und eine Reihe von gemeinsamen Aktivitäten mit Armin Jäger herausgefunden. Ich will sie nur mal nennen.

Wir haben am 26. Februar 1997 ein Verkehrshandbuch herausgegeben mit dem Titel „Drivercheck“, ein Material, das jeder Autofahrerneuling, der seine Prüfung erfolgreich bestanden hat, kostenlos in die Hand bekommt. Und darin steht nicht nur etwas über Verkehrssicherheit, sondern eben auch zum Beispiel etwas über die Preise von gebrauchten Autos, um das Ganze ein bißchen interessanter zu machen. Wir haben am 16. April 1997 einen Verkehrskalender herausgegeben für die Planung der Urlaubsreisen mit dem Pkw und am 29. Mai 1997 eine Tagung mit Verantwortlichen der Kreise und Städte im Landesamt zum Thema „Überwachung von Lichtsignalanlagen“, zu deutsch Ampeln, durchgeführt. Wir haben am 3. Juni 1997 übrigens einen Kabinettsbeschluß gefaßt, der sich „Maßnahmeprogramm zur Verbesserung der Ver-

kehrssicherheit“ nannte und 16 Maßnahmen enthielt. Wir haben eine Verkehrssicherheitsaktion am 7. Juni 1997 durchgeführt und am 27. Februar 1998 die Verkehrssicherheitsaktion „Sicher auf unseren Straßen“. Davon haben Sie sicherlich etwas gehört.

Übrigens habe ich einen Bericht gegeben in der Wirtschaftsministerkonferenz, bei der ja zugleich zu großen Teilen Verkehrsminister sind, über die Erhöhung der Verkehrssicherheit und das in Zusammenhang gebracht mit einem sofortigen Fahrverbot bei groben Verstößen gegen die zulässige Höchstgeschwindigkeit. Übrigens war ganz interessant, daß dieses Vorhaben, das bei den Verkehrsministern durchaus eine Mehrheit fand, dann zu Fall gebracht wurde durch unsere lieben Justizministerkollegen. Hier, muß ich sagen, wird sich Herr Eggert vielleicht noch einmal bemühen müssen, daß er mit seinen ehemaligen Kollegen übereinkommt.

Wissen Sie, das ist überhaupt so ein Thema. Ich glaube, daß weniger Konzeptionen uns helfen werden, sondern wichtig ist, und das zeigt sich eigentlich an diesem Beispiel, mehr Konsequenz.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, völlig richtig.)

Wenn jemand – und es ist egal, ob ich es selbst bin, jemand aus meiner Familie, ein Abgeordneter oder ein normaler Mensch, wenn man das mal so sagen darf – mit 50 Kilometern in der Stunde über die zulässige Höchstgeschwindigkeit hinaus durch einen Ort oder wo auch immer fährt, dann muß der sich gefallen lassen, daß ihm der Führerschein entzogen wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und er geht dann zu Fuß nach Hause, oder er bestellt sich ein Taxi. Das tun wir aber nicht, sondern wir gestatten ihm dann noch, sich die Zeit auszusuchen, wann er dann seinen Führerschein abgeben will. Das legt er dann so, daß er seine Urlaubsreise auf die Balearen in dieser Zeit erfolgreich abwickeln kann. Also ich glaube, hier haben wir Defizite. Das müssen wir ändern.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Mit Konzepten allein wird es wohl problematisch.

Ich will nur noch der Vollständigkeit halber sagen, wir haben im Mai 1998 ganz interessante Gespräche geführt mit Diskothekern. Wir haben auch einen Videofilm letztlich angefertigt, der in Diskotheken gezeigt wurde. Das ist das bedauerliche Stichwort mit den sogenannten Discounfällen, die ja oftmals in der Freitagnacht und Sonnabendnacht passieren. Auch das sind Aktivitäten, die hier geläufig sind.

Sie können hier wirklich auf eine ganze Menge zurückgreifen, wenn Sie wollen. Bitte, dann machen Sie ein Konzept! Dann verbessern Sie das, was wir in 1997, wenn man so will, auch als ein Konzept erstellt haben! Vielleicht, und da würde ich mit Ihnen streiten, erspart es uns solche, für meine Begriffe aus der Tasche gezauberten Vorschläge, daß man auf Alleem mit 80 Kilometern pro Stunde kommen will.

Wissen Sie, das wiederum – so sehr ich den Ansatz verstehen kann, das will ich ja gar nicht in Abrede stellen, daß man die Leute zum langsamen Fahren bringen möchte – führt aber dazu, daß genau das, was ich vorhin anmahnte, also Konsequenz bei Festlegung von Restriktionen,

doch wieder relativiert wird. Denn machen wir uns doch nichts vor: Sie kriegen die Leute nicht dazu, wirklich mit 80 Kilometern pro Stunde in der Masse der Straßen zu fahren, und die Masse der Straßen bei uns sind Alleem. Das heißt, Sie bringen Ihre eigenen staatlichen Regelungen dann in gewisser Weise in eine Situation, die zumindest nicht garantiert, daß sie wirklich eingehalten werden. Also ich glaube, hier muß anders an die Dinge herangegangen werden.

Ein Gutes hat dieser Antrag vielleicht doch. Er zeigt, daß wir uns auch einig werden können. Wir stimmen Ihrem Antrag zu, und dann soll die Regierung dieses Konzept erstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznel: Danke, Herr Seidel.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion der PDS.

Peter Ritter, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Seidel, ich halte es nicht für unüblich, daß Fraktionen, die die Regierung tragen, auch die Regierung beauftragen, etwas zu tun,

(Reinhard Dankert, SPD: Nicht etwas zu tun, sondern etwas Bestimmtes zu tun.)

ansonsten könnte man die Fraktionen, die die Regierung tragen, einsparen und alles der Regierung überlassen. Das ist nicht meine Vorstellung von Parlamentarismus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Zahlen, die das Unfallgeschehen auf unseren Straßen für 1998 bilanzieren, liegen auf dem Tisch. Wir sind zweifelsfrei alle froh über den Umstand, daß die Zahl der Verkehrstoten gegenüber den Vorjahren zurückgegangen ist. Aber es wird wohl niemand hier ernsthaft der Meinung widersprechen, daß jedes Todesopfer auf unseren Straßen eins zu viel in der Statistik ist. Deshalb unterstützt die Fraktion der PDS den Gedanken eines umfassenden Konzeptes zur Verkehrssicherheit.

Da die wesentlichen Ursachen für die Mehrzahl der Verkehrsunfälle bekannt sind, scheint es auch relativ einfach zu sein, einen Katalog von Maßnahmen zu erstellen, die das Verkehrsgeschehen in erster Linie sicherer machen, angefangen von konsequenten Kontrollen der Polizei zur Einhaltung der 0,5-Promille-Grenze, die nach meiner Meinung immer noch zu hoch ist, oder von Geschwindigkeitsbegrenzungen über verkehrsbauliche Vorhaben bis hin zu langfristigen präventiven Maßnahmen, wie Verkehrserziehung in Kindergärten, in Schulen. Möglichkeiten, Einfluß zu nehmen, gibt es also reichlich. Aber ganz so einfach, wie es scheint, ist es dann doch nicht, geeignete Vorschläge zu unterbreiten, nicht zuletzt deshalb, weil Regulierung in einem Bereich immer auch Beschränkung derer bedeutet, die andere Interessen verfolgen.

Zu welcher heftiger Debatte gutgemeinte Vorschläge führen können, sehen wir gegenwärtig an der Diskussion um das Vorhaben „Tempo 80 auf Alleem“. Es kommt also darauf an, eine sachliche Diskussion zu führen, deren einziges Ziel es aber sein sollte, Mittel und Wege zu finden, die den Straßenverkehr in unserem Land sicherer machen. Auch das Einführen der 0,5-Promille-Grenze war

damals nur gegen den Widerstand derer zustande gekommen, die meinen, man könne es bei 0,8 belassen. Aber die Bilanz macht deutlich, daß es durchaus sinnvoll war, die Promillegrenze auf 0,5 abzusenken. Und in diesem Zusammenhang werden wir alle unterstützen, die sich für ein völliges Verbot von Fahren unter Alkohol einsetzen. Wie gesagt, es gibt genügend Möglichkeiten, Einfluß zu nehmen – sei es über Geschwindigkeitskontrollen, Alkoholkontrollen, aber auch Kontrollen des technischen Fahrzeugzustandes, Geschwindigkeitsbegrenzungen und so weiter.

Es macht auch Sinn, über moderne Leit- und Informationssysteme nachzudenken, die den Verkehrsteilnehmern ihre Aufgabe erleichtern, denn nicht selten ist ein Unfall darauf zurückzuführen, daß der Kraftfahrer infolge übermäßig vieler Hinweisschilder, die sich mitunter auch noch widersprechen, situationsbedingt überfordert war und falsch reagierte. Es stellt sich also hier die Frage: Wieviel Hinweisschilder braucht der Mensch?

Nach unserer Auffassung sollte ein Verkehrssicherheitskonzept allerdings nicht nur Maßnahmen beinhalten, um den Individualverkehr zu steuern, sondern auch Ideen entwickeln, ihn zu begrenzen oder bestenfalls zu reduzieren, denn, meine Damen und Herren, natürlich ist es unbestritten, daß die Zunahme der Verkehrsunfälle auch auf die gestiegene Anzahl von Fahrzeugen auf unseren Straßen zurückzuführen ist. Und da der Verkehrsraum besonders auch in unserem Land nur in begrenztem Maße zur Verfügung steht, macht es Sinn, darüber nachzudenken, wie wir die Anzahl der beteiligten Fahrzeuge verringern. Daß wir beispielsweise einen vernünftigen Ansatz darin sehen, Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern, um so die Anzahl der Lkws zu verringern, ist hinreichend bekannt. Außerdem gibt es vielversprechende Projekte wie etwa Carsharing, die uns vernünftig erscheinen. Nach wie vor ist es eines unserer wichtigsten verkehrspolitischen Anliegen, den ÖPNV als ökologische wie sichere Verkehrsvariante weiterzufördern und weiterzuentwickeln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Von besonderer Bedeutung bei der Beurteilung der Verkehrslage ist natürlich die Tatsache, daß der Anteil jugendlicher Verkehrsteilnehmer als Kraftfahrer weiter zunimmt. Das hat beispielsweise eine Ursache darin, daß unseren jungen Menschen, die häufig mit 18 Jahren den Führerschein erwerben, eine riesige Auswahl preiswerter Autos zur Verfügung steht, die allerdings nicht immer in einem wünschenswerten technischen Zustand sind. Aber ungeachtet aller technischen Bedingungen und verkehrsregulierenden Einflüsse ist Verkehrssicherheit immer auch psychisch determiniert. Rücksichtsvolles sicheres Verkehrsverhalten spielt sich also in erster Linie auch im Kopf ab. Deshalb sind uns besonders Maßnahmen wichtig, die präventiv darauf gerichtet sind, junge Menschen zu bewußt vorsichtigem Verkehrsverhalten zu erziehen. Wir unterstützen beispielsweise alle Bemühungen von Kommunen, Verkehrsgärten einzurichten und Kinder und Jugendliche frühzeitig an ein rücksichtsvolles Verhalten im Straßenverkehr heranzuführen. Das bedarf aber auch der Zurverfügungstellung ausreichender finanzieller Mittel für die Kommunen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gründe, ein Verkehrssicherheitskonzept zu erstellen, gibt es also ausreichend und zum Teil sehr tragische. Lassen Sie uns deshalb sofort mit der Arbeit beginnen, und stimmen Sie dem Antrag der Koalitionsfraktionen zu. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Ritter.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Friese von der Fraktion der SPD.

Siegfried Friese, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde, es ist ein gutes Zeichen für die Diskussion um die Verkehrssicherheit in diesem Lande, daß die Fraktionen dieses Hauses sich in der Zielrichtung einig sind.

Herr Seidel, natürlich kann die Regierung alleine handeln, aber es war unser Ziel, eine breite Debatte im Lande anzustoßen. Insofern ist der Weg auch schon ein Ziel, daß wir die Landesregierung als Parlament zwar beauftragen, ganz konkret tätig zu werden, aber daß wir gleichzeitig wollen, daß im Lande darüber diskutiert wird. Schauen Sie sich allein die Diskussion an, die der Innenminister Dr. Timm angeregt hat mit seinem Vorschlag „Tempo 80 auf Allein“. Das war ein solcher Sturm durch das Land, und dieses ist ja vielleicht auch gewollt. Ich würde es jedenfalls begrüßen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sage ich erst mal was Falsches, kommt eine Diskussion zustande.)

Herr Jäger, genau dieses ist ja die Frage, ob es denn falsch ist.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich sage Ihnen, in diesem Feld ist fast jeder Bürger in Mecklenburg-Vorpommern Experte,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

und er kann mitreden, und er sollte mitreden. Was am Schluß im Konzept steht, das bleibt natürlich der weisen Entscheidung der Regierung und des Parlamentes vorbehalten. Darüber sind wir uns auch einig.

Meine Damen und Herren! Obwohl das Ziel der Erhöhung der Verkehrssicherheit nicht ausdrücklich in den Koalitionsvertrag vor SPD und PDS aufgenommen worden ist, ist es nach Überzeugung meiner Fraktion von so großer Bedeutung, daß sich der neugewählte Landtag gleich zu Beginn seiner Legislaturperiode damit auseinandersetzen soll. Nach unserer Überzeugung muß dieses Konzept in diesem Jahr noch den Landtag wieder erreichen, damit wir uns darüber verständigen können. Über die Inhalte, die in diesem Konzept stehen werden, über unsere und die Vorstellungen der Opposition zu den Inhalten eines solchen Konzeptes werden wir vermutlich – ich wiederhole das – unterschiedlicher Ansicht sein und uns darüber auseinandersetzen, aber dieses kann ja auch schon eine wichtige Hilfe auf dem Weg zum Ziel sein.

Das Konzept muß sich meiner Meinung nach mit den Hauptunfallursachen, wie häufig überhöhter und nichtangepaßter Geschwindigkeit, Nichtbeachtung der Verkehrsregelung, aber auch mit dem Problem Alkohol im Straßenverkehr und notwendigen Sicherheitsanlagen auf den Straßen, auseinandersetzen. Meine Fraktion spricht sich nachdrücklich dafür aus, daß wir das Thema „Alkohol am Steuer“ sehr ernst nehmen und die jetzige Diskussion mit unserer Promillegrenzebeschränkung noch nicht als das Ende der Fahnenstange ansehen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir hierüber in der Gesellschaft einen Konsens hinbekommen würden und bewußt machen, daß alle die, die sich alkoholisiert ans Steuer setzen, sich der

Gefahr aussetzen, zu Mördern zu werden. So deutlich möchte ich dieses sagen.

Meine Damen und Herren! Ich bin der Ansicht, daß wir um weitere Überholverbote und um Geschwindigkeitsbegrenzungen im Bereich der Alleen nicht herumkommen werden, und daher – ich wiederhole das – kann ich den Innenminister mit seinem Vorschlag nur unterstützen. Zu den Maßnahmen, die in einem solchen Verkehrssicherheitskonzept stehen müssen, ließe sich an dieser Stelle noch vieles sagen und andiskutieren. Deshalb habe ich mich nur auf einige Punkte beschränkt, aber einiges, was mir wichtig ist, möchte ich Ihnen doch noch vortragen.

Ich frage mich nach der Sinnhaftigkeit von Radiomeldungen über Standorte von Geschwindigkeitsmeßinstrumenten in diesem Lande.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Dr. Armin Jäger, CDU)

Was soll damit erreicht werden? Macht man damit nicht das Rasen auf unseren Straßen zum sportlichen Wettkampf, den der gewinnt, der den meisten Kontrollen ausweicht?

(Heinz Müller, SPD: Schilder, vor denen man ausweicht.)

Und, meine Damen und Herren, welches Verständnis von Polizei hat man in den Funkhäusern dieses Landes eigentlich, wenn man die Bevölkerung vor deren Maßnahmen warnt? Ich bitte alle, die diese Praxis ausüben, diese sehr schnell zu beenden. Ich bitte die Polizei, für diese Meldungen keine Informationen mehr zur Verfügung zu stellen. Ich halte das Ganze für einen Irrweg, den wir schnell beenden sollten, und von daher mein Appell auch an den Innenminister, hier tätig zu werden. Ich glaube, er hat dabei die Unterstützung des Parlamentes. – Schönen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Friese.

Das Wort hat jetzt der Innenminister. Er befindet sich zur Zeit aber im Innenausschuß des Bundesrates. Er wird vertreten durch den Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Herrn Professor Kauffold.

Minister Dr. Peter Kauffold: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Innenminister geht in seinem Beitrag zu diesem Verkehrssicherheitskonzept zunächst von der Unfallstatistik aus, auf die hier schon hingewiesen wurde, und leitet einige Schwerpunkte einer solchen Konzeption ab. Diese sieht er in der Verkehrsberuhigung auf besonders gefährlichen Streckenabschnitten, in der zügigen und gezielten Beseitigung der Unfallhäufungsstellen, insbesondere durch bauliche Maßnahmen und in einer gemeinsam von Polizei und Kommunen durchgeführten Verkehrsüberwachung. Er nennt zu den einzelnen Schwerpunkten ganz konkrete Dinge, die dort schon angedacht sind, und unterstreicht damit, daß schon bestimmte Vorstellungen zur Ausfüllung dieses Konzeptes im Innenministerium bestehen.

Da ich die Botschaft vernommen habe, daß auch die CDU-Fraktion diesem Antrag zustimmt, brauche ich nicht im Auftrag des Innenministers weiter zu überzeugen und schlage Ihnen vor, daß ich diese Rede zu Protokoll gebe. – Danke.

(Beifall und Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Angelika Gramkow, PDS: Das geht nicht, Herr Minister. – Reinhard Dankert, SPD: Aber das ist trotzdem in Ordnung.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Minister.

Ich denke, es wird eine Form gefunden werden, daß die Rede den Abgeordneten zur Verfügung steht.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/290. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Der Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/290 ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Förderung der gemeinnützigen Tätigkeit von Bürgern ab 55 Jahren, Drucksache 3/297. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/324 vor.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Förderung der gemeinnützigen Tätigkeit
von Bürgern ab 55 Jahren
– Drucksache 3/297 –**

**Änderungsantrag der Fraktionen
der SPD und PDS
– Drucksache 3/324 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Dr. König von der Fraktion der CDU.

Dr. Arthur König, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ehrenamtliche freiwillige Arbeit ist in den letzten Jahren zunehmend mehr in den öffentlichen Blickpunkt gerückt, und das leider nicht immer nur positiv. So zitierte kürzlich das „Allgemeine Sonntagsblatt“ einen Bürger: „Wer sich heute in einem Verein oder Verband engagiert, hat anscheinend Langeweile, finstere Absichten oder einfach einen Dachschaden.“

(Angelika Gramkow, PDS: Auweil!)

Meine Damen und Herren! Auch wenn diese Äußerung nicht symptomatisch ist, so ist sie doch ein alarmierendes Zeichen für eine gewandelte Einstellung zum Ehrenamt. Dabei gehören freiwilliges unentgeltliches Einbringen von Ideen, Kreativität, Zeit, fachlicher Fähigkeit, die Übernahme von Verantwortung für sich selbst und für andere nach wie vor zu einem Wesenselement und zugleich zu einem Kennzeichen einer sozialen, einer solidarischen Gesellschaft. Bürgersinn und persönliches Engagement für die Gemeinschaft sind unverzichtbare Bestandteile unseres Sozialwesens. In unserer modernen Industrie- und Informationsgesellschaft trägt solidarischer Einsatz von Ehrenamtlichen in Verbänden, in Vereinen, Institutionen und Selbsthilfegruppen ganz wesentlich dazu bei, daß unsere Gesellschaft ihre menschliche Komponente bewahrt.

Meine Damen und Herren! Will man freiwilliges gesellschaftliches Engagement stärken, sollten neben die öffentliche Anerkennung, die im allgemeinen zu bestimmten Zeiten und Anlässen ja immer gegeben wird, auch materielle Anreize treten.

Der vorliegende Antrag der CDU-Fraktion „Förderung der gemeinnützigen Tätigkeit von Bürgern ab 55 Jahren“ lehnt sich an ein Modell aus Sachsen, an die „Aktion 55“, an, das dort bereits über mehrere Jahre äußerst erfolgreich läuft. erinnert sei auch daran, daß in Sachsen 25 Prozent der Teilnehmer dieses Programms nach Auslaufen der Förderung weiterhin ehrenamtlich tätig blieben. Anliegen dieses Antrages ist es, ehrenamtlichem Engagement nicht nur die nötige öffentliche Aufmerksamkeit zu geben, sondern dieses auch ganz praktisch und materiell durch Anreize deutlich zu machen.

Meine Damen und Herren! Ein weiterer Aspekt soll hier nicht unerwähnt bleiben: Es ist so, und es wird wohl auch in absehbarer Zeit so bleiben, daß die Erwerbsarbeit für die meisten Menschen den bei weitem wichtigsten Zugang zu eigener Lebensvorsorge und – ganz wichtig – zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben schafft. Mit dem Ausscheiden aus dem Berufsleben kann es hier zu einem mehr oder minder stark ausgeprägten Bruch kommen, was die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben anbelangt. Dem kann freiwilliges gesellschaftliches Engagement entgegenwirken.

Für Menschen, die sich freiwillig im Sozialbereich, im Sport oder anderswo betätigen, bringt dieses Engagement Selbsterfahrung mit sich, es trägt zum Aufbau sozialer Beziehungen und zum Erleben von Gemeinschaft bei. Dies sind alles wichtige und gute Gründe, auch von seiten des Landes dieses Anliegen materiell fördernd und nachhaltig zu unterstützen. Dabei müssen wir das Fahrrad nicht neu erfinden. Ein Blick zum Beispiel auf das sächsische Programm „Aktion 55“ zeigt, wie so etwas gemacht werden kann. Und im übrigen ist die Forderung nach einem Programm zur Förderung der ehrenamtlichen Mitarbeit von Menschen, die frühzeitig aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, nicht neu. Es ist eine alte Forderung der Seniorenbeiräte, der Sportverbände, des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und anderer Verbände der Sozialarbeit.

Meine Damen und Herren! Der ins Auge gefaßte Kreis der zu fördernden Personen könnte folgende Gruppen umfassen: Empfänger von Altersübergangsgeld, Bezieher von Vorruhestandsgeld, Bezieher von Erwerbslosen- und Invalidenrente und Empfänger von Arbeitslosengeld beziehungsweise Arbeitslosenhilfe, sofern sie das 55. Lebensjahr überschritten haben.

Die Dringlichkeit eines solchen Programms für die oben genannten Personengruppen wird schon durch folgende einfache Zahl deutlich: Im Sportbereich sind in Mecklenburg-Vorpommern etwa 5.000 Übungsleiter tätig, 25 Prozent davon sind älter als 55 Jahre. Mecklenburg-Vorpommern braucht das Können und das Wissen der Menschen in diesen Personengruppen für die ehrenamtliche Tätigkeit in Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, in Kommunen und Kirchgemeinden. Junge Menschen brauchen auch die Erfahrung und das Geschick dieser Menschen, und viele Gruppen am Rande der Gesellschaft brauchen einfach deren Hilfe.

Meine Damen und Herren! Dabei können sich die förderfähigen Tätigkeiten des oben genannten Personenkreises von der außerschulischen Betreuung von Kindern und Jugendlichen, der Betreuung und Begleitung von Alten, Kranken und Behinderten, über den Sport, der Umwelterziehung bis hin zur Betreuung von Aussiedlern, Ausländern und Asylbewerbern, um nur einige Beispiele zu nennen, erstrecken. Aber ehrenamtliches Engagement

wächst in der Regel nur langsam und bedarf einer aktiven materiellen Unterstützung gerade in Zeiten nachlassenden Interesses am Ehrenamt. Freiwillige ehrenamtliche Tätigkeit ist nicht immer zum Nulltarif zu haben.

Geht man von einer monatlichen Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit von vielleicht 150 bis 200 DM aus, so wird für die Förderung von 1.000 Ehrenamtlichen eine Summe von etwa 2,4 Millionen DM pro Jahr benötigt. Die Höhe des Betrages orientiert sich an dem steuerfreien Höchstbetrag von jährlich 2.400 DM. Sollte die Zahl der zu fördernden Personen höher sein, was ja wünschenswert wäre, so kann man sich die dann notwendigen Summen leicht selbst ausrechnen. Will man diese Förderung, so muß man auch über diese Summen reden. Darum sei an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen: Wenn man ein solches seniorenpolitisches Förderprogramm möchte und eine Stärkung des Ehrenamtes will, dann muß man auch über deren Finanzierungsmöglichkeiten nachdenken. Das ist nicht nur eine Sache der Opposition, sondern sollte aus der Mitte des Landtages heraus geschehen, wenn es uns mit so einem Anliegen Ernst ist.

Meine Damen und Herren! Zwei weitere Aspekte der Förderung von Bürgern über 55 Jahren möchte ich hier noch erwähnen. Zum einen möchte ich auf die Bedeutung so eines seniorenpolitischen Förderprogramms für strukturschwache Regionen hinweisen, weil dort durch die hohe Arbeitslosigkeit das beschriebene Potential an Helfern einerseits und an Hilfsbedürftigen andererseits besonders hoch ist. Ein solches Förderprogramm könnte darüber hinaus auch zu einer Entlastung der kommunalen Finanzen im Bereich der freiwilligen Aufgaben beitragen oder andersherum das Leistungsspektrum der freiwilligen Aufgaben in den Kommunen spürbar erweitern. Und auch das möchte ich nicht unerwähnt lassen: Solch ein Programm zur Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit soll auch eine Anerkennung für engagierte Tätigkeit in vielen gemeinnützigen Bereichen sein.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie daher um Überweisung dieses Antrages in die angegebenen Ausschüsse. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Dr. König.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Dr. Seemann von der Fraktion der SPD.

Dr. Margret Seemann, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Das demokratische Gemeinwesen lebt davon, daß eine große Zahl von Menschen aus freien Stücken an seiner Gestaltung mitwirkt. Menschenwürdige Lebensformen bilden und erhalten sich in einer Gesellschaft nur, wenn alle ihre Mitglieder freiwillig Verantwortung für die Institutionen des gemeinsamen Lebens übernehmen. Der demokratische und soziale Staat ist somit auf das freiwillige Engagement und das solidarische Verhalten aller Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Deshalb muß es eine zentrale politische Aufgabe sein, die Bereitschaft zur Übernahme ehrenamtlicher Verantwortung zu stärken und zu fördern. Ich denke, darüber sind wir uns hier in diesem Hohen Hause alle einig.

Meine Damen und Herren! Durch das SGB III, das am 1. Januar 1998 das Arbeitsförderungsgesetz abgelöst hat,

wurde das Ehrenamt stark geschädigt. Die konservativ-liberale Koalition hatte durchgesetzt, daß ein Arbeitsloser, der ehrenamtlich tätig sein möchte, dies nur weniger als 15 Stunden in der Woche tun kann. Überschreitet er diese Stundenzahl, ist er im Sinne dieses Gesetzes nicht mehr beschäftigungslos und verliert somit den Anspruch auf Arbeitslosengeld. Dabei ist es völlig egal, ob er als Gegenleistung ein Entgelt erhält oder nicht. Im Klartext bedeutet das, daß ein Arbeitsloser, der seine Zeit sinnvoll für die Gemeinschaft verwenden will, bestraft wird. Diese Hemmnisse im SGB III, nach dem auch ehrenamtlich Tätige dem Arbeitsmarkt nicht voll zur Verfügung stehen, müssen beseitigt werden. Arbeitslose dürfen nicht länger bei der Ausübung ehrenamtlicher kommunaler Ämter diskriminiert werden.

Ich erinnere hier nur an den Antrag der SPD auf Drucksache 2/3635 „Beseitigung von Behinderungen ehrenamtlich tätiger Arbeitsloser“, dem Sie, meine Damen und Herren von der CDU, nicht zustimmen wollten. Jetzt plötzlich scheinen Sie Ihr Herz für das Ehrenamt entdeckt zu haben, aber es scheint eben nur so.

(Harry Glawe, CDU: Na, na, na!)

Mit dem 1997 verabschiedeten Dritten Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz des Bundes wurden Regelungen zur Fort- und Weiterbildung verankert, die eine Stärkung des Ehrenamtes im Bereich Jugendarbeit erbrachten. So wird im Kinder- und Jugendfördergesetz unter Paragraph 8 die ehrenamtliche Tätigkeit und die Freistellung einschließlich der Bezuschussung durch das Land verankert. Dies ist in einer entsprechenden Verordnung konkretisiert worden.

Die CDU hatte bereits bei den Beratungen zum Gesetzentwurf die ihrer Meinung nach ungerechtfertigte Sonderstellung des Ehrenamtes in der Jugendarbeit kritisiert und auf Bereiche wie Kultur, Sport und Feuerwehr hingewiesen. Abgesehen davon, daß die Förderung des Ehrenamtes in der Jugendarbeit vom Gesetzgeber politisch gewollt war, weil sie zukunftsorientiert die junge Generation anspricht und zudem auch die Jugendarbeit in der Feuerwehr, in der Sozialarbeit beziehungsweise im Sport einschließt, beweist Ihr Antrag, meine Damen und Herren von der CDU, daß Sie heute nicht mehr schert, was Sie gestern gesagt haben.

Ich zitiere Frau Schnoor aus dem Plenarprotokoll der 56. Sitzung am 23. Januar 1997: „... man kann im Bereich der ehrenamtlichen Tätigkeit keine Privilegierung ... einer bestimmten Gruppe schaffen, denn damit schaden wir dem Ehrenamt in seiner gesamten Breite. Wir schaden dem ehrenamtlichen Engagement in der Freiwilligen Feuerwehr, ... im Seniorenbereich, ... in den Sportvereinen. ... Die eben genannten Bereiche sind genauso für das Funktionieren unseres Gemeinwesens von Bedeutung wie eine gute Jugendarbeit durch ehrenamtlich Tätige. ... Ehrenamt ist Ehrenamt und kein staatlich finanzierter Nebenjob.“

Während Frau Schnoor gegen die Sonderstellung im Jugendbereich wettete, soll heute eine solche für die älteren Menschen geschaffen werden. Ich meine deshalb: Entweder wir machen Nägel mit Köpfen, das heißt ein Konzept für das Ehrenamt generell für alle, oder wir lassen es generell bleiben. Denn, Herr Dr. König, ich denke das Engagement von Jugendlichen oder von Jüngeren, zum Beispiel Trainern im Sportbereich, muß genauso gefördert werden wie das von den älteren Personen, die dort tätig

sind. Eine geringe finanzielle Aufwandsentschädigung halte ich dabei nicht für die Käuflichkeit des Ehrenamtes, zumal manche Aufwandsentschädigungen in der freien Wirtschaft geradezu Gehälter sind. Man denke nur an das Ehrenamt eines Aufsichtsratsmitgliedes. Dennoch kann es bei der Diskussion um das Ehrenamt nicht vordergründig um die Bezahlung gehen.

Meine Damen und Herren! Ohne das Engagement der zwölf Millionen Bürgerinnen und Bürger, die in Deutschland ehrenamtliche Arbeit leisten, wären unsere Gesellschaft und unsere Demokratie nicht lebendig und auch nicht lebensfähig. Unser Land wäre ärmer ohne dieses ehrenamtliche Engagement in der Kinder-, Jugend-, Frauen-, Alten- und Behindertenarbeit, in der sozialen Arbeit, in der Kultur, in den Kirchen, im Sport, im Katastrophenschutz, bei den Feuerwehren sowie an vielen anderen Stellen. Allein bei den Kommunalwahlen haben wir circa 20.000 bis 21.000 Wahlhelfer in Mecklenburg-Vorpommern.

(Harry Glawe, CDU: Die kriegen auch eine Aufwandsentschädigung.)

In den Gemeinden und Landkreisen arbeiten circa 10.000 gewählte ehrenamtliche Mandatsträger. Dieser freiwillige Einsatz droht jedoch spürbar abzunehmen, sollten den engagierten Ehrenamtlichen noch mehr als bisher Steine in den Weg gelegt werden.

(Harry Glawe, CDU: Die kriegen doch auch eine Entschädigung. Die sind in jedem Haushalt eingestellt.)

Meine Damen und Herren! Noch immer spiegelt sich auch in der Ausübung des Ehrenamtes die gesellschaftliche Rollenverteilung zwischen Männern und Frauen wider. Frauen engagieren sich überwiegend im sozialen Ehrenamt, während die Leitungsfunktionen in den Verbänden und Vereinen von Männern besetzt werden.

(Harry Glawe, CDU: Oh!)

Das Ehrenamt darf aber nicht zu einem arbeitsmarktpolitischen Parkplatz für Frauen werden. Es darf nicht länger heißen „Den Frauen die Ehre, den Männern das Amt“, oder anders gesagt, „Den Frauen viel Ehre, wenig Amt und gar kein Geld“. Für Männer muß es selbstverständlich werden, sich auch stärker im sozialen Bereich zu engagieren. Besonders in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit dürfen soziale Aufgaben des Staates nicht noch stärker auf ehrenamtliche und hier insbesondere auf Frauen abgewälzt werden.

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

Bei der notwendigen Umverteilung der Arbeit darf das Ehrenamt nicht aus dem Auge verloren und muß für Frauen und Männer gleichermaßen attraktiv gemacht werden. Die Zukunft des Ehrenamtes ist untrennbar verknüpft mit der notwendigen Diskussion über die Zukunft der Zivilgesellschaft und weist damit über die frauen- und gleichstellungspolitische Dimension hinaus. Kurzfristig mögen Forderungen nach Kostenerstattung sowie ausreichende Freistellungsregelungen für ehrenamtlich Tätige im Mittelpunkt stehen. Langfristig stehen die Themenbereiche der rentenrechtlichen und steuerrechtlichen Anerkennung von ehrenamtlicher Arbeit sowie Möglichkeiten der Sicherung der hauptamtlichen Strukturen im Bereich ehrenamtlicher Arbeit auf der Tagesordnung.

Meine Damen und Herren! Die „Aktion 55“ ist ein Projekt, das von der sächsischen Staatsregierung ins Leben

gerufen wurde, um den vorzeitig aus dem Berufsleben ausgeschiedenen Menschen vom 55. Lebensjahr an bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres eine Chance zu geben, sich außerhalb des Arbeitsmarktes sinnvoll zu betätigen, und um sie gleichzeitig zu ehrenamtlicher Tätigkeit zu motivieren. Dieses Vorhaben wird im CDU-Antrag allerdings nur in der Begründung mit einem Satz erwähnt. Das heißt, die CDU hat nur etwas abgeschrieben, was sie offenbar selbst nicht verstanden hat.

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

Es geht hier nicht primär darum, das Ehrenamt zu stärken, sondern es geht bei der „Aktion 55“ hauptsächlich um arbeitsmarktpolitische Aspekte. Das Ehrenamt darf jedoch nicht zu einer speziellen Form von ABM verkommen. Dies ist augenscheinlich das Ziel der CDU, zur Förderung des Ehrenamtes greift der Antrag nämlich viel zu kurz.

Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ältere Arbeitnehmer haben ebenso wie jüngere den Anspruch, einer bezahlten Tätigkeit nachzugehen. Das gelingt jedoch nicht über die Förderung des Ehrenamtes, sondern nur über Maßnahmen im Arbeitsförderungsrecht. Und genau dieses Ziel verfolgt die Bundesregierung mit ihrem Vorschaltgesetz zum Arbeitsförderungsrecht. Stichworte wie „Verbesserungen beim Eingliederungszuschuß für ältere Arbeitnehmer“ und auch „Strukturanpassungsmaßnahmen“ seien hier nur genannt.

Zudem muß man auch den finanziellen Aspekt dieses Antrages sehen: Während im ersten Jahr in Sachsen 16,9 Millionen DM zur Finanzierung der „Aktion 55“ eingesetzt wurden, waren es in den beiden darauffolgenden Jahren 43 beziehungsweise 47 Millionen DM. Wie wollen Sie denn das finanzieren, meine Damen und Herren?

In Sachsen wird das ganze Programm jedenfalls deutlich zurückgefahren. Wenn eine Förderung des Ehrenamtes politischer Wille sein soll, dann muß dies meiner Ansicht nach für alle ehrenamtlich Tätigen auf der Basis einer einheitlichen Verordnung greifen und nicht auf bestimmte Alters- oder Personengruppen beschränkt werden. Die Debatte unter Beteiligung aller gesellschaftlich relevanten Gruppen muß konstruktiv geführt werden. Es darf keinen Schnellschuß geben. Deshalb plädieren wir für die Überweisung des Änderungsantrages der SPD und PDS. Lassen Sie uns im Ausschuß eine gemeinsame Lösung finden! – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Angelika Gramkow, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznel: Danke, Frau Dr. Seemann.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Borchardt von der Fraktion der PDS.

Barbara Borchardt, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bevor ich mit meinen Ausführungen beginne, möchte ich von dieser Stelle aus im Namen unserer Fraktion allen Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land für ihr ehrenamtliches Engagement in den unterschiedlichsten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens danken und sie gleichzeitig ermutigen, sich weiterhin zu engagieren.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Ehrenamtliche Arbeit ist für die Gesellschaft nicht nur unverzichtbar, sie hat eine entscheidende Bedeutung für

die gesellschaftliche Reproduktion und die Entwicklung der Demokratie in der Gesellschaft. Nach Angaben der Bundesregierung verrichteten 1996 18 Prozent der Erwerbstätigen ehrenamtliche Arbeit auf den unterschiedlichsten Gebieten. Dennoch klagen viele Vereine und Verbände über eine rückläufige Bereitschaft, ehrenamtlich aktiv zu werden. Die Ursachen sind bekannt. Sie liegen vor allen Dingen in der gesellschaftlichen Einordnung dieser Tätigkeiten, die teilweise zum billigen Ersatz für notwendige Leistungen in der Daseinsvorsorge geworden sind, weil der Staat sich nach und nach aus seiner Verantwortung gestohlen hat. Geklagt wird über leere öffentliche Kassen, derweil Banken und Versicherungsgesellschaften immer reicher werden.

Aber auch die Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Tätigkeit wurden insbesondere in den Jahren der neoliberalen Politik der Regierung Kohl wesentlich verschlechtert. Dabei denken wir an die Bestimmungen beziehungsweise an die Auslegung des Paragraphen 118 SGB III, an die ungenügende Finanzierung von Vereinen und Verbänden und vieles andere mehr.

Aber das ist für Sie, meine Damen und Herren von der CDU, kein Thema. Ihr uns heute vorliegender Antrag weist auf Probleme hin, die Sie nach eigenen Angaben in Ihrer Regierungszeit schon gelöst hatten beziehungsweise für deren Klärung Sie keinen Handlungsbedarf gesehen haben:

Erstens. Die Vereine und Verbände haben Schwierigkeiten, die übernommenen Aufgaben personell zu bewältigen, weil die Anforderungen größer geworden sind.

Zweitens. Die Vereine und Verbände haben vielfach nicht die finanziellen Mittel, ehrenamtlichen Helfern eine Aufwandsentschädigung zu zahlen.

Letzteres haben CDU-Politiker in den letzten Jahr permanent abgestritten. Schlimmer noch: Sie haben immer wieder erklärt, daß die Landes- und Bundesregierung alle Möglichkeiten zur Verbesserung der Bedingungen für ehrenamtliches Engagement ausgeschöpft haben, einschließlich der Erstattung von Aufwendungen für die Aktiven. Heute stellen Sie das, was Sie jahrelang als heilige Kuh betrachtet haben, in Frage. Mir ist schon klar, daß Sie an dieser Stelle widersprechen werden. Aber bitte, die Quelle kann ich Ihnen gern angeben.

Sie wollen also, wie in Sachsen seit 1993 praktiziert, den Trägern die Möglichkeit eröffnen,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, PDS:
Nichts gegen die Sachsen!)

erwerbslosen Bürgerinnen und Bürgern über 55 Jahre, die sich ehrenamtlich engagieren, eine Zuwendung in Höhe von monatlich 150 DM zukommen zu lassen. Dieses Programm soll wie in Sachsen außerhalb des Arbeitsmarktes laufen und die Bürgerinnen und Bürger zur ehrenamtlichen Tätigkeit motivieren.

Schauen wir uns doch mal an, was in Sachsen erreicht wurde: 1998 wurden ganze elf Zuwendungen im Rahmen dieser Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit gezahlt. Ein Rechtsanspruch auf diese Zahlung besteht nicht. Zu den Anspruchsvoraussetzungen gehörte bisher übrigens, daß ein Bürger wenigstens zwölf Monate ohne Pause eine ehrenamtliche Tätigkeit nachweisen mußte, um überhaupt anspruchsberechtigt zu sein, also Tätigkeit ohne Urlaub, ohne Krankheitspause et cetera. Soll damit weiterhin Druck auf Niedriglohneempfänger ausgeübt werden?

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Glauben Sie denn wirklich, meine Damen und Herren von der CDU, daß diese von Ihnen angestrebte Möglichkeit die Probleme der Betroffenen löst? Betroffene, die durch den Markt und durch die Politik der CDU-Koalition aus dem Arbeitsprozeß verdrängt wurden und die nun ihr Wissen und ihre Arbeitskraft billig einbringen, und jene, die diese Hilfe und Unterstützung benötigen. Und beides sind keine Randgruppen.

Die Statistik weist für Mecklenburg-Vorpommern für 1999 30.669 Arbeitslose im Alter zwischen 50 und 65 Jahren aus. 55 Prozent von Ihnen sind Frauen. Insgesamt macht diese Altersgruppe circa 18 Prozent der Arbeitslosen im Land aus. Wir meinen, daß mit einer materiellen Förderung ehrenamtlich Tätiger über 55 Jahre, wie in dem CDU-Antrag gefordert, die Probleme der Arbeitslosigkeit für ältere Bürger absolut nicht gelöst werden können. Was soll mit der materiellen Förderung gemeint sein? Bezahlung für ein Ehrenamt? Das ist kein Ehrenamt mehr, und eine Bezahlung wollen auch die ehrenamtlich Tätigen nicht. Daß sie jedoch ihre tatsächlichen Aufwendungen in Erfüllung dieses Amtes ersetzt bekommen, halten wir für selbstverständlich und absolut notwendig. Diese Aufwandsentschädigung haben aber alle ehrenamtlich Tätigen unabhängig von ihrem Alter zu beanspruchen.

Und damit kommen wir zu einem weiteren Problem: Warum haben Sie in Ihrem Antrag nur die über 55jährigen berücksichtigt? Brauchen wir die Jugendlichen und andere Bürgerinnen und Bürger nicht? Wollen wir sie nicht für ein ehrenamtliches Engagement gewinnen? Ist ihr Einsatz weniger wert?

Ihr Programm, meine Damen und Herren von der CDU, ist auf folgendes gerichtet: Sie wollen zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Sie wollen Ihre verfehlte Politik durch unseriöse Maßnahmen deckeln und die Bürger, die sich ehrenamtlich engagieren, weiter als billige Arbeitskräfte ausnutzen und damit das Ehrenamt deklassieren.

Nebenbei: Warum, so frage ich Sie, da Sie so überzeugt von der Wirksamkeit dieses Programmes sind, haben Sie dies nicht schon in Ihrer Regierungszeit verwirklicht?

Ihr Antrag ist zudem doppelzünftig. Wohlwissend, daß gerade die Altersgruppe von 55 bis 65 Jahren besonders von Arbeitslosigkeit betroffen war und ist, wurde durch die CDU/FDP-Bundesregierung mit Ihrer Zustimmung das Rentenalter bei Frauen auf 65 Jahre erhöht. Gleichzeitig wurde nichts, aber auch gar nichts dagegen getan, daß Menschen mit über 55 Jahren endgültig für chancenlos erklärt werden. Gleichzeitig wurde ihnen in einer Gesellschaft, in der alle sozialen Leistungen von Erwerbstätigkeit abhängig sind, die finanzielle Absicherung entzogen.

Unter anderem wurde die Anspruchsdauer für die Verlängerung der Zahlung des Arbeitslosengeldes um drei Jahre nach oben verschoben, und das betrifft insbesondere Frauen. Sie sind es auch, die besonders von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Sie sind es, die nach Ablauf des Bezuges von Arbeitslosengeld keinen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe haben, weil sie teilweise durch die Bedürftigkeitsprüfung fallen. Und sie sind allzuoft im weiteren Verlauf ihres Lebens von Altersarmut betroffen.

Und nun kommen Sie mit dem Antrag, der angeblich im Interesse der Erwerbslosen ist, damit sie in dieser Gesellschaft tätig werden können. Aber, meine Damen und Herren von der CDU, wenn Sie Aufwandsentschädigungen

gemeint haben, die sind selbstverständlich, aber ebenso selbstverständlich kein Ersatz für Erwerbstätigkeit. Von Aufwandsentschädigungen kann man nicht leben. Eine Aufwandsentschädigung zählt bei der Berechnung der Rente nicht. Sie bringt nicht einen Punkt.

Ihr Weg, meine Damen und Herren von der CDU, ist der falsche. Deshalb lehnen wir den Antrag im eingereichten Wortlaut ab. Dennoch können wir dem Antrag etwas abgewinnen, erkennen Sie doch an, daß in dieser Gesellschaft genügend Arbeit vorhanden ist. Sie wird nur nicht als Erwerbsarbeit anerkannt, weil nicht bezahlt. Und andererseits drückt Ihr Antrag auch aus, daß die Finanzausstattung der Träger nicht ausreicht, um entsprechende Aufwendungen für das Ehrenamt zu bezahlen.

Alle von Ihnen in der Begründung Ihres Antrages aufgezählten Arbeitsfelder für Ehrenamtliche sind Bereiche, in denen wir den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor anlegen wollen, wo gesellschaftlich notwendige Arbeit geleistet wird, wo Menschen ein Einkommen erhalten sollen, das ihnen eine Existenzsicherung garantiert, wo gesellschaftlich notwendige Arbeit nicht als Personalförderung, sondern im Rahmen einer Projektförderung erfolgt. Was wir brauchen, ist eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die Langzeitarbeitslosigkeit verhindert und besonders betroffenen Personengruppen, eben auch den älteren über 55 Jahren, den Zugang in ein neues Erwerbsleben erleichtert.

Die neue Bundesregierung will mit dem vorliegenden Entwurf zur Änderung des SGB III in dieser Hinsicht einiges auf den Weg bringen, auf dem die Landesregierung entsprechend ihren Möglichkeiten weitergehen sollte. Diese eingeleiteten Schritte werden von uns unterstützt. Aber selbstverständlich muß mehr getan werden, um die Erwerbstätigkeit älterer Bürger zu fördern und gesellschaftlich notwendige gemeinnützige Arbeiten zu existenzsichernden Bedingungen zu verrichten. Und es ist sehr viel mehr und anderes als im CDU-Antrag enthalten, für die Aufwertung und für die Förderung des Ehrenamtes etwas zu tun. Wir werden entsprechend dem vorliegenden Änderungsantrag unsere Vorschläge für konkrete Maßnahmen in die Ausschüsse einbringen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Borchardt.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Glawe von der Fraktion der CDU.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrte Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das, was eben gesagt worden ist, meine ich, sind ja teilweise doch Schönwetterreden gewesen. Gerade das sollte ja eigentlich mit diesem Antrag vermieden werden.

(Barbara Borchardt, PDS: Ach ja?! –
Götz Kreuzer, PDS: Schlechtwetterreden.)

Meine Damen und Herren! Frau Borchardt, noch mal zu Ihnen. Wenn Sie sagen, die PDS steht in besonderer Weise für den ÖBS, das ist ja richtig. Nur, Sie fördern eine Region um Rostock herum mit 300 bis 400 Stellen, mit rund 21 Millionen DM. Rostock ist bekannterweise eigentlich eine Region mit einer relativ niedrigen Arbeitslosigkeit im Verhältnis zu anderen Regionen. Und Sie, ...

(Peter Ritter, PDS: Damit fangen wir jetzt in Demmin an, mit 30 Prozent Arbeitslosigkeit, Herr Glawe.)

Ja, ja. Sie reden jetzt von Demmin. Demmin stimmt nicht, Herr Ritter. Demmin steht noch nicht mal im Haushalt. Da wollen Sie 100 Stellen schaffen. Und da sagen Sie dann ...

(Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

Ja, ja, das ist alles ÖBS, das ist aber nicht Ehrenamt,

(Barbara Borchardt, PDS: Richtig.)

meine Damen und Herren, das ist bezahlte Tätigkeit mit einem richtigen Dienstverhältnis.

(Barbara Borchardt, PDS: Das ist richtig.)

Meine Damen und Herren, wenn Sie dann davon reden, daß das SGB III nur 15 Stunden genehmigt oder vorsieht pro Woche,

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Weniger als 15 Stunden.)

dann sehen Sie sich Vereine und Verbände an! Gehen Sie in Kleingartenverbände, wo gerade die PDS sozusagen auch ihr Klientel hat, wo sie sich jeden Tag aufhält.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das heißt
übrigens, Herr Glawe, „ihre Klientel“.
Das wollte ich an dieser Stelle mal sagen.)

Ja, ja.

Wenn Sie sich das mal ansehen, wofür Sie hier reden oder wogegen Sie in besonderer Weise reden, dann frage ich mich schon, ob Sie eigentlich noch auf dem Boden der Realität stehen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Herr
Schoenenburg, war der Hinweis kostenlos? –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aber immer.)

ob Sie nicht durch ein halbes Jahr Regierungsbeteiligung jetzt mittlerweile die ganzen Dinge schon verklärt sehen

(Barbara Borchardt, PDS: Sie haben
nicht richtig zugehört, Herr Glawe.)

und gar nicht mehr so richtig wissen, was an der Basis richtig los ist.

Also zum Ehrenamt zurück: Ein normaler Verein, ein Sportverein hat ja Übungsleiter, die in der Regel acht oder zehn Stunden pro Woche tätig sind. Das ist die überwiegende Mehrheit. Das ist im Kleingartenverein genauso, das ist auch in anderen Verbänden so, das ist auch bei den ehrenamtlich Tätigkeiten in den Wohlfahrtsverbänden so.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Auch die
Vorsitzenden, auch die Vorsitzenden.)

Auch in der Kirche ist das so.

Ja, ja.

Deswegen verstehe ich die Aufregung eigentlich nicht, und ich empfehle dem einen oder anderen Genossen auch mal das Wahlprogramm der Landes-CDU Mecklenburg-Vorpommern. Da ist dieses Programm „Aktion 55“ explizit aufgeschrieben.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Das müssen wir doch nicht umsetzen.)

Und ich sage Ihnen, Sie haben es uns ja vorgeworfen, daß wir uns darum nicht gekümmert haben.

(Barbara Borchardt, PDS: Richtig.)

Wir kümmern uns sehr wohl darum. Und wir wollen auch das umsetzen, was wir dem Wähler versprochen haben. Denn immerhin haben uns ja 30 Prozent der Wähler in Mecklenburg-Vorpommern das Vertrauen gegeben.

(Heinz Müller, SPD: 70 Prozent aber nicht. –
Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Meine Damen und Herren, die Förderung der gemeinnützigen Tätigkeit von Bürgern ab 55 ist ein gesellschaftliches Anliegen der CDU. Die Stärkung des Ehrenamtes kann nicht nur immer eingefordert werden durch Schönwetterreden, sie bedarf schon konkreter Unterstützung.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Aber doch für alle Personen.)

Frau Seemann, noch mal zu Ihrem Einwurf. Sie sprachen ja davon, daß in besonderer Weise SAM nun eine Wunderwaffe wäre. Sie wissen, daß Strukturpassungsmaßnahmen, das heißt ja SAM, in den einzelnen Arbeitsamtsbezirken maximal für 3.500 bis 4.000 Bürger in der Region vorgehalten werden können. Und das macht ja dankenswerterweise die Bundesanstalt für Arbeit. Wir alle gemeinsam können mit dem Programm „Aktion 55“ 6.000 im Laufe der Jahre fördern, pro Jahr mindestens 2.000 Ehrenamtliche zusätzlich fördern. Und ich verstehe Ihre Aufregung nicht, wie man da dagegen sein kann.

Sie müßten sich vielleicht mal mit dem Programm etwas mehr auseinandersetzen, dann glaube ich, würden wir auch viel mehr Nähe schaffen, und dann würde der Bürger auch viel mehr verstehen, worum es eigentlich geht. Aber Sie sind erst einmal grundsätzlich dagegen und sagen SAM. Frau Borchardt sagt ja noch ganz andere Dinge,

(Barbara Borchardt, PDS:
Das stimmt doch gar nicht.)

weil Sie wahrscheinlich das schon alles nicht mehr so richtig rüberkriegt.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Meine Damen und Herren, die CDU will mit ihrem Antrag das Vereinsleben in unserem Land weiter stärken. Das bezieht sich in besonderer Weise auf Sport-, Kulturvereine, auf karitative Einrichtungen und Kirchen sowie auf die Wohlfahrtsverbände. Es ist bekannt, daß sich viele Organisationen in unserem Land den Menschen zuwenden. Wir brauchen die Unterstützung durch Mitbürger, die bereit sind, sich für Kranke und Behinderte, für die Beschäftigung mit Kindern und Jugendlichen, alten Menschen oder die Integration von Aussiedlern zu engagieren.

Die Entwicklung trifft viele Menschen am Ende ihres Berufslebens. Trotz reicher Berufs- und Lebenserfahrung sind sie oftmals arbeitslos geworden und sehen kaum noch Chancen, in der angestammten Heimat wieder einen Arbeitsplatz zu finden. Vor allem für sie soll diese Aktion in Mecklenburg-Vorpommern ins Leben gerufen werden, denn Mecklenburg-Vorpommern braucht sie, braucht die Bürgerinnen und Bürger, braucht ihr Können und ihr Wissen für die ehrenamtliche Tätigkeit in den Vereinen und Verbänden, in den Kommunen und in den Kirchengemeinden. Junge Menschen brauchen ihre Erfahrungen und ihr Geschick. Viele Gruppen am Rande der Gesellschaft brauchen ihre Hilfe.

Der Antrag der CDU-Fraktion – nennen wir ihn wie die Sachsen „Aktion 55“ – bringt älteren Bürgern die Gelegenheit für sinnvolle und befriedigende Tätigkeiten mitten im Leben. Dies gilt auch für Sozialhilfeempfänger, meine Damen und Herren. Und daran sollten Sie alle in besonderer Weise denken. Der Rahmen für diese Tätigkeit ist zwar aus steuerlichen Gründen begrenzt, aber er läßt genug Raum für Ideen und Initiativen.

Meine Damen und Herren, dieses Programm läuft bereits, wie mein Kollege König es schon gesagt hat, seit 1993 erfolgreich im Freistaat Sachsen.

(Barbara Borchardt, PDS: Das soll aber eingestellt werden aus finanziellen Gründen.)

In den letzten Jahren wurden in Sachsen fast 95.000 Bürger durch die „Aktion 55“ plus x gefördert. Besonders ermutigend ist die Tatsache, daß 25 Prozent der Teilnehmer auch nach Auslaufen der Förderung noch ehrenamtlich tätig sind.

Zentrales Anliegen eines solchen Programmes ist die Einbringung und die Einbindung von Bürgern jenseits der 55 in das gesellschaftliche Leben, die durch Arbeitslosigkeit, Vorruhestand, Erwerbs- und Berufsunfähigkeit oder auch durch Altersübergangsgeld weitgehend von den sozialen Kontakten abgeschnitten sind, meine Damen und Herren. Das soll es uns wert sein, für dieses Programm zu arbeiten. Ich meine schon, daß wir parteiübergreifend im Interesse der Menschen hier im Land denken sollten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Hier kann jede Landesregierung durch einen effektiven Einsatz von Mitteln eine Synthese zwischen alten und jungen Menschen herstellen. Das Vereinsleben in Mecklenburg-Vorpommern ist weiter zu stärken. Jeder neue Verein braucht Menschen, die sich ehrenamtlich betätigen. Jede Gesellschaft kann nicht ohne Schaden auf die Lebenserfahrung der älteren Mitbürger verzichten. Ein sinnvoller Einsatz von Landesmitteln kann hier ein wirksames System sein.

Meine Damen und Herren, denken Sie an den ländlichen Raum! Denken Sie an die kleinen Gemeinden! Denken Sie an die Vereine, die man eigentlich nicht sieht! Man redet immer von Hansa Rostock, vom Schweriner SC, von Neubrandenburg,

(Dr. Ulrich Born, CDU: SVN.)

aber die kleinen Vereine, ...

Ja, vom Grimmener Sportverein auch.

... die kleinen Vereine im Land brauchen unsere Hilfe. An sie denkt man am wenigsten. In den kleinen Vereinen in den Dörfern wird sehr viel ehrenamtliche Tätigkeit geleistet. Da, meine ich, sind 200 DM als Aufwandsentschädigung für die Bürgerinnen und Bürger nicht zuviel.

Besonders in Sportvereinen aber auch in karitativen Organisationen kann das Programm zum Tragen kommen. In vielen Sportvereinen fehlen Übungsleiter. Im Landessportbund Mecklenburg-Vorpommern sind 192.000 Mitglieder organisiert, davon sind 82.000 unter und 110.000 über 18 Jahre. Von den 5.000 Übungsleitern in Mecklenburg-Vorpommern sind 1.200 über 55 Jahre und davon wieder 600 arbeitslos.

Meine Damen und Herren, nochmals zu den Einwüfen, daß ehrenamtliche Tätigkeit von der CDU oder neoliberal,

wie Sie sich immer ausdrücken, nicht gefördert worden sind. Sie wissen ganz genau, daß es Landesprogramme gibt, daß der Landessportbund vom Land Geld erhält, daß die Kreise Geld erhalten, daß man Übungsleiterstunden kofinanziert. Sie wissen aber auch, daß diese Mittel nicht reichen. Und daher wollen wir, daß diese „Aktion 55“ dazu beiträgt, weitere Mittel beizusteuern und in besonderer Weise die Töpfe, die da sind, zu entlasten und den älteren Menschen eine sinnvolle Tätigkeit sozusagen anbieten. Dazu sind Vereine und Verbände in besonderer Weise aus unserer Sicht jedenfalls geeignet.

Steuerlich sind die Möglichkeiten des Zuverdienstes beschränkt. Die Aufwandsentschädigung, die in keiner Weise ein Entgelt ist, kann sich so in einem Rahmen von 150 DM bis 200 DM pro Monat bewegen und den ehrenamtlich Tätigen die zwangsweise entstehenden Aufwendungen ersetzen, die ansonsten in jedem betroffenen Haushalt schwer zu Buche schlagen und die ehrenamtlich Tätigen schon allein aus diesem Grunde von ehrenamtlicher Tätigkeit absehen oder sie einstellen lassen. Um dem vorzubeugen beziehungsweise andere zu ehrenamtlicher Tätigkeit zu bewegen, ihrem Leben wieder einen Sinn zu geben, dazu kann dieses Programm einen wirksamen Beitrag leisten. Die Gesellschaft kann auf diese erfahrenen Menschen nicht verzichten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das Programm ist ein wirksames Hilfsmittel auf dem Weg zu einer aktiven Bürgergesellschaft, die jede Gruppe einbezieht. Sie soll die reichen Erfahrungen der sogenannten jungen Alten aus der aktiven Berufstätigkeit in die sinnerfüllte ehrenamtliche Tätigkeit überleiten. Mit den Angeboten dieses Programms soll aber auch der oft plötzliche und schmerzliche Verlust des Teilhabens am Arbeitsprozeß aufgefangen werden.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Das ist nämlich das Problem.)

Meine Damen und Herren, und da unterscheiden wir uns eigentlich nicht, weder von der SPD noch von der PDS, denn an der Basis reden Sie genauso. Nur hier in der Bütt reden Sie anders.

(Barbara Borchardt, PDS: Wir sind für die Stärkung des Ehrenamtes. Deshalb unser Antrag.)

Und das ist es ja eigentlich nicht wert, Frau Borchardt.

Meine Damen und Herren, die „Aktion 55“ führte im Freistaat Sachsen zu einer wahren Erfolgsstory

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ich möchte mal wissen, wer wo anders redet.)

in den Kirchen, Gemeinden, Wohlfahrtsverbänden und insbesondere gemeinnützigen Vereinen.

(Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Sie brauchen insbesondere Kinder und Jugendliche sowie Senioren, die Projekte vorantreiben und sie umsetzen.

Herr Schoenenburg, vor Ihnen steht auch ein Vertreter eines Sportvereins, und ich mache es ehrenamtlich.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ich danke Ihnen. – Dr. Margret Seemann, SPD:

Sind Sie schon 55? –

Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Das wollte ich Ihnen nur mal sagen, weil Sie wahrscheinlich gar nicht wissen, daß CDU-Leute auch in besonderer Weise an der Basis agieren und weil Sie sich ja immer denken, daß Sie alles alleine tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zurufe von einzelnen Abgeordneten der PDS)

Die „Aktion 55“ soll in besonderer Weise Sportvereinen, der außerschulischen Betreuung und der Seniorenarbeit dienen, und sie soll auch auf Bahnhofsmissionen tätig werden.

Meine Damen und Herren, ich denke, der Worte sind genug gewechselt.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Wir wollen, daß in dieses Programm rund 6 Millionen DM eingesteuert werden und daß wir damit 3.000 ehrenamtlich Tätige pro Jahr fördern.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Das ist der Grundgedanke unseres Antrages. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Glawe.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Müller von der Fraktion der SPD.

(Heinz Müller, SPD: Ich verzichte.)

Das Wort hat dann die Abgeordnete Frau Müller von der Fraktion der PDS.

Irene Müller, PDS: Werte Frau Präsidentin! Werte Damen und Herren! Werte Gäste!

Ein Wort vorab: Herr Dr. König, ich bitte Sie ganz sehr darum, wenn Sie eine Aufzählung von Vereinen und Verbänden machen, die gemeinnützig arbeiten, und die Freie Wohlfahrtspflege nennen, danach die Selbsthilfe zu nennen. Sie ist jedes Mal vergessen worden, ich habe genau aufgepaßt.

(Beifall Barbara Borchardt, PDS)

In diesem Land gibt es sehr wohl die Freie Wohlfahrtspflege. Dort sind Menschen tätig für Hilfsbedürftige. Das ist richtig, wird gebraucht und muß hundert Prozent unterstützt werden. Aber es gibt auch die Selbsthilfe, und ich werde nicht müde werden, das hier von dieser Stelle aus immer wieder zu sagen, bis es akzeptiert wird. Es gibt auch die Selbsthilfe. Da sind Betroffene tätig für Betroffene.

(Beifall Reinhard Dankert, SPD,
und Barbara Borchardt, PDS)

Und das ist nicht weniger aktiv, und das ist nicht mit weniger Engagement und letztendlich auch nicht mit weniger Hilfe für diejenigen, denen Rat und Hilfe zuteil wird in diesen Selbsthilfeorganisationen. Wir haben da im Lande sehr viel.

Nun zu dem eigentlichen Problem. Es wurde hier schon mehrmals beklagt, daß Vereine und Verbände nicht so sehr zufrieden sind mit dem ehrenamtlichen Engagement

in ihren Feldern. Woran liegt das? Ich beginne deswegen meine Worte mit der Frage: Ist es eigentlich eine Ehre, im Amt zu sein, wenn man unter diesen gesellschaftlichen Bedingungen ehrenamtliche Arbeit leistet?

Sehen wir uns doch mal die Zahlen an, wie hier im Lande Mecklenburg-Vorpommern ehrenamtliche Arbeit geleistet wird. 280.000 Menschen leisten ehrenamtliche Arbeit in Vereinen, Verbänden, Organisationen aller Couleur, davon allein 12.138 in sozialen Verbänden und Vereinen. Nun werden Sie sich fragen, wo habe ich wohl diese Zahlen her. Diese Zahlen habe ich aus einer Statistik der Berufsgenossenschaft, und diese Zahlen sind nicht vollständig, weil nur Vereine und Verbände, die es sich finanziell leisten können, ihre ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch versichern können, und nur dann sind sie der Berufsgenossenschaft gemeldet. Also die wahre Zahl ist weitaus höher, denn es gibt viele, viele kleine Verbände und Vereine, die eine Versicherung ihrer ehrenamtlich tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim besten Willen nicht bezahlen können. Und dann kann man immer nur hoffen, wenn man in so einem Verband ist, daß eben nichts passiert bei der Ausübung ehrenamtlicher Tätigkeit.

Wichtig ist auch, daß wir eigentlich überhaupt keine Abstriche machen können, wer ehrenamtliche Tätigkeit leistet. Es sind Jung und Alt, männlich und weiblich.

Ehrenamtliche Arbeit wird eigentlich gern geleistet, weil die Menschen auch Freude daran haben. Ich denke mir, sonst würden sie es ganz einfach auch nicht tun. Schon im Jahre 1996 hat Frau Süßmuth bei einer Rede im Bundestag sehr treffend festgestellt, daß ehrenamtliche Tätigkeit in der Zwischenzeit zum fünften Standbein vom Dasein der Bundesrepublik Deutschland geworden ist. Das ist bestimmt richtig. Aber stimmen die gesellschaftlichen Bedingungen für die ehrenamtliche Tätigkeit wirklich überein?

Es wird versucht, mit ehrenamtlicher Tätigkeit – und das muß ich hier ganz deutlich sagen – bestimmte Dinge, die eigentlich bezahlte Arbeit sein müßten, abzugelten und zu denken, daß wirklich alles nun so geregelt ist auf ehrenamtliche Art und Weise. Nein, meine Damen und Herren, es wird vielfältig ehrenamtliche Tätigkeit gemacht aus dem Wissen derer heraus, die sie tun, daß es einfach notwendig ist, es zu machen, und daß, wenn sie es nicht tun würden, niemand da wäre, der für diese Art Rat, Hilfe, Begleitung oder sonstiges noch zuständig wäre. Es gibt tatsächlich Menschen, die können es nicht ertragen zu sehen, daß dieses oder jenes nicht getan wird.

Sie sprachen, Herr Dr. König, von 6 Millionen DM, die Sie in den Haushalt einstellen wollten, um Ihre „Aktion 55“ zu bezahlen.

(Harry Glawe, CDU: Das war Herr Glawe. –
Zurufe von Reinhard Dankert, SPD,
und Peter Ritter, PDS)

Dann war es Herr Glawe. Gut, danke.

Wir bleiben bei den 6 Millionen DM. Diese 6 Millionen DM sind eine wunderbare Zahl. Ich denke mir aber, daß wenn wir sie nutzen könnten, um Vereine oder Verbände, große wie kleine – auch kleine haben ihre Daseinsberechtigung –, finanziell besser zu unterstützen, hätten

wir etwas viel Besseres getan. Wir hätten nämlich wirklich das Problem angefaßt, ehrenamtliche Arbeit so zu würdigen, wie es eigentlich gemacht werden müßte.

Worin liegt eigentlich das Problem der ehrenamtlichen Arbeit? Wir haben nun mal zu verzeichnen, daß Mecklenburg-Vorpommern ein Flächenland ist. Große Wege sind zu bewältigen, um bestimmte Hilfen, Beratungen, Informationen, Begleitungen und andere Dinge in Anspruch zu nehmen. Das kostet Geld. Um zu kommunizieren, werden Telefongespräche geführt, muß Porto bezahlt werden, um Briefe zu schicken, und, und, und. Es gibt sehr wohl Vereine und Verbände, die es noch schaffen, eine angemessene pauschalisierte oder auch nicht pauschalisierte Aufwandsentschädigung in dieser oder jener Art zu geben, die aber meistens den Einsatz nicht finanziell austarieren kann, weil eben soviel Geld dann doch nicht da ist.

(Präsident Hinrich Kuessner
übernimmt den Vorsitz.)

Ich weiß auch, daß es in diesem Land etliche Programme gibt, um verschiedenen Verbänden die Möglichkeit zu geben, Aufwandsentschädigungen zu zahlen, aber es reicht ganz einfach nicht. Es hat von vielen Vereinen und Verbänden auch schon ganz konkrete Hinweise gegeben, wo Ehrenamt durch das Parlament unterstützt werden müßte. Ich erinnere an die seit vielen Jahren immer wieder aufgemachte Forderung, endlich dafür zu sorgen, daß Vereine und Verbände den Versicherungsschutz ihrer ehrenamtlich tätigen Mitglieder bezahlen beziehungsweise gewähren können. Die Vorschläge sind soweit gegangen, daß man sich vorstellen könnte, daß der Versicherungsschutz ähnlich gestaltet wird, wie er bei Parteiarbeit gehandhabt wird. Warum, meine Damen und Herren, eigentlich nicht?

Gerade von den Senioren, die sehr engagiert ehrenamtliche Arbeit leisten, ist immer wieder an mich herangetragen worden – so zum Beispiel auch beim Treffen der Seniorinnen und Senioren unseres Landes in Plau –, daß die Ehrungen in diesem Land auf eine gesellschaftlich würdigere Art und Weise erfolgen sollten. Meine Damen und Herren, bedenken Sie bitte, wer ehrenamtlich arbeitet, tut es im allgemeinen gern. Aber gerade deswegen müßten wir wirklich darauf bedacht sein, daß diese Arbeit, die gern getan wird, auch in geeigneter Form von der Landesregierung anerkannt wird. Ich weiß, es gibt schon diese und jene Sachen, aber es sollte in einer gesellschaftlich würdigeren Form gestaltet werden und nicht immer irgendwo so nebenbei. Ein bißchen nebenbei ist es.

Nun zu dem Problem ab 55: Gerade auch bei dem Treffen der Senioren in Plau, wo ich zur Aufwandsentschädigung sprach, wurde ich noch mal ganz konkret gefragt: Frau Müller, was meinen Sie denn damit? Wir wollen dafür keinen Lohn. Wir wollen nur, daß das, was wir aufwenden, um das tun zu können, was wir tun, letztendlich nicht ein Loch in der Brieftasche hinterläßt. Also keinen Pauschal-lohn! Ich betone, daß das bei den Senioren war, wo Sie gesagt haben, das wären die, die den Pauschal-lohn am meisten fordern und wo es am meisten angebracht wäre. Ich muß dazu sagen, ich selbst bin auch ehrenamtlich tätig. Wenn ich in meinen Blinden- und Sehbehindertenverband gucke, bewahre man mich davor, mir ab 55 irgendwelches Geld auszahlen zu müssen und es für andere nicht zu dürfen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Ich frage Sie auch ganz besorgt: Was mache ich denn mit meinen 82jährigen, die in Ribnitz-Damgarten zum Beispiel und in Stralsund immer noch Kreisvorsitzende sind? Bekommen sie nichts? Ist deren Arbeit weniger wert?

(Harry Glawe, CDU: Sie kriegen ja was.)

Ja, schön wäre es ja. Schön wär's. Dafür muß erst mal das Geld da sein, damit sie etwas bekommen können.

(Barbara Borchardt, PDS:
Rentner stehen nicht da drin!)

Nee, Rentner stehen da nicht drin.

Es ist für meine Begriffe auch unseriös, Probleme, die auf dem Arbeitsmarkt herrschen, auf diese Art und Weise lösen zu wollen und 55jährigen zu suggerieren, daß die ehrenamtliche Arbeit so erfreulich ist, daß man dafür noch ein bißchen Geld bekommt und daß es eigentlich gar nicht schlimm ist, wenn man in diesem Alter schon vom Arbeitsmarkt verschwinden muß.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Heike Lorenz, PDS: Das ist genau der Ansatz.)

Erstens muß ehrenamtliche Arbeit mit Engagement ausgeführt werden und sollte nicht dazu benutzt werden, daß man mit ein bißchen Geld lockt. Dann wäre ehrenamtliche Arbeit nicht mehr das, was sie ist. Und eine Entlastung des Arbeitsmarktes wird es zweitens überhaupt nicht sein,

(Harry Glawe, CDU: Das hat ja keiner behauptet.)

denn da müssen andere Sachen greifen.

Wieso Leute ab 55? Wir haben sehr wohl Vereine und Organisationen, wo Kinder und Jugendliche ehrenamtlich arbeiten, die nun weiß Gott kein Einkommen haben. Ist deren Arbeit weniger wert? Man bewahre uns davor – und das ich sage deshalb, weil ich seit Jahren in Selbsthilfegruppen, im DPWV und woanders ehrenamtlich arbeite –, daß wir hier als Parlament des Landes Mecklenburg-Vorpommern ehrenamtliche Arbeit unterschiedlich bewerten und in unterschiedliche Kategorien stopfen und letztendlich auch Vereine und Verbände dazu zwingen, bestimmte Dinge auf diese Art und Weise zu lösen. Nein, Vereine und Verbände und Organisationen müssen, wenn wir es denn wirtschaftlich finanziell können, besser ausgestattet werden, um in ihrer eigenen finanziellen Hoheit das zu würdigen, was bei ihnen vielleicht schon seit Jahrzehnten getan wird. – Danke, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Schönen Dank, Frau Müller.

Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/297 zur federführenden Beratung an den Sozialausschuß und zur Mitberatung an den Innenausschuß sowie an den Finanzausschuß zu überweisen. In der Debatte wurde beantragt, den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/324 ebenfalls an diese Ausschüsse zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Überweisungsvorschlag einstimmig beschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20:** Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Bericht

zur Vermeidung und Behebung von Wohnungslosigkeit, Drucksache 3/287.

**Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:
Bericht zur Vermeidung und
Behebung von Wohnungslosigkeit
– Drucksache 3/287 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Koplín von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Koplín.

Torsten Koplín, PDS: Verehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Vorsitzende der Fraktion der CDU hat heute vor einer Woche der Öffentlichkeit mitgeteilt, daß die Fraktionen der SPD und PDS keinen substantiellen Antrag für die gestrige und heutige Sitzung des Landtages eingebracht hätten,

(Reinhard Dankert, SPD:
Sie müssen ihnen nicht alles glauben.)

der politischen Gestaltungswillen vermuten ließe. Nun ist es eine demokratische Grundtugend, sich mit den Auffassungen der politischen Kontrahenten auseinanderzusetzen und darüber nachzudenken. Ich muß Ihnen sagen, ich bin zu zwei Erklärungsmustern gelangt: Entweder hat Herr Rehberg das Thema Wohnungslosigkeit auf der Tagesordnung der heutigen Landtagssitzung schlicht und ergreifend ignoriert, oder, was wesentlich schlimmer wäre, er hat das Thema aus Sicht der Opposition für substanzlos erklärt.

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

Und das wäre politisch fatal, instinktiv und hochgradig ignorant gegenüber den betroffenen Mitbürgern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS – Wolfgang Riemann, CDU:
Mit Berichten ändern Sie nichts.)

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Antragstellung seitens der Fraktionen der SPD und der PDS berührt ein hochsensibles Thema der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Es betrifft die sozial schwächsten Mitbürgerinnen und Mitbürger. Verlässliche Zahlen und deren Bewertung sind – da sind wir uns sicherlich einig – für politisches Handeln unabdingbar. Aktuell liegen keine verlässlichen Daten vor. Im Vorfeld dieser Wortmeldung meinerseits bin ich lediglich auf die Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage von Frau Dr. Tschirch aus dem Dezember 1995 gestoßen. Das Innenministerium gab damals, im Februar 1996, bekannt, daß 1.586 Personen in diesem Land von Obdachlosigkeit betroffen sind, davon 772 Frauen, was meines Erachtens nach auf eine versteckte Wohnungslosigkeit unter Frauen hinweist, und 102 Kinder. Schätzwerte hat die Landesarmutskonferenz, die sich seit längerer Zeit dankenswerterweise dieses Themas angenommen hat, im vergangenen Herbst veröffentlicht. Sie geht von 12.000 bis 15.000 von Wohnungslosigkeit betroffenen beziehungsweise von Wohnungslosigkeit bedrohten Personen aus.

Es liegt seit etwa zweieinhalb Jahren in diesem Land ein Fragenkatalog, erarbeitet durch das Landesamt für Statistik, vor. Dieser Katalog ist erarbeitet worden im Zuge einer Machbarkeitsstudie über eine bundesweit einheitliche Wohnungsnotfallstatistik. Die Potentiale, die sich aus den Antworten diesbezüglich ergeben, sind immer noch brachliegend. Wohnungslosigkeit hat verschiedene gesellschaftliche und strukturelle Ursachen und verschiedene Erscheinungsformen. Das Bundessozialhilfegesetz

spricht von Personen ohne ausreichende Unterkunft und von den nicht Seßhaften. Als Ursachen sind, so zumindest in meinem Wahlkreis, die wirtschaftliche Situation, soziale Benachteiligung, Brüche in den Lebensläufen und Lebenskrisen auszumachen.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe hat kürzlich auf die Brisanz der Situation in Fragen der Wohnungslosigkeit hingewiesen. Während in den alten Bundesländern die Betroffenheit sinkt, nimmt sie in den neuen Bundesländern zu. Eine entsprechende Pressemitteilung hat die Bundesarbeitsgemeinschaft herausgegeben. Das ist nachlesbar.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir brauchen eine Wohnungsnotfallstatistik, wir brauchen eine an Prävention orientierte Hilfe für die Betroffenen und ein konzertiertes und strukturiertes Zusammengehen von Ministerien des Landes und Ämtern in den Kommunen. Wir sind verfassungsrechtlich gefordert, etwas zur Vermeidung und Behebung von Wohnungslosigkeit zu tun. Ein einmütiges Votum zu diesem Antrag ist das richtige Signal dafür, daß uns die Ernsthaftigkeit des Themas und unser Verfassungsauftrag bewußt sind. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Schönen Dank, Herr Koplín.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Born von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Kollege Koplín, da haben Sie jetzt wirklich versucht, einen Pappkameraden aufzubauen, wenn Sie meinen, der Fraktionsvorsitzende der CDU-Landtagsfraktion hätte hier zu Unrecht gesagt, daß Sie keinen substantiellen Antrag eingebracht haben für diese Landtagssitzung. Sie haben nämlich schlicht gleichgesetzt das Thema, mit dem sich Ihr Antrag vordergründig befaßt, und den Antrag selbst. Das Thema ist in der Tat von Bedeutung. Nur das, was Sie mit Ihrem Antrag dann versuchen daraus zu machen, das hat in der Tat relativ wenig Substanz. Das will ich Ihnen auch gerne aus unserer Sicht versuchen darzulegen.

In Mecklenburg-Vorpommern besteht bekanntlich ein umfassendes Netz verschiedener Beratungsangebote. Ich werde Ihnen auch gleich erläutern, warum das meines Erachtens sehr viel mit Ihrem Antrag zu tun hat. Ich verweise Sie, weil Sie eben die Kleine Anfrage der Kollegin Tschirch aus dem Jahre 1995 hier angeführt haben, auf die Unterrichtung durch die Landesregierung „Bericht über die Situation der Beratungsstellen im Bereich des Sozialministeriums ‚Optimierung von Beratungsangeboten in Mecklenburg-Vorpommern‘“, ein sehr lesenswerter Bericht aus dem Jahre 1997, vom damaligen Sozialminister Kuessner verantwortet.

Und ich nenne Ihnen nur einige wenige Beispiele, was alles an Beratungsangeboten im Lande vorhanden ist: Schwangerschaftsberatung, Familienberatung im Sinne

von Ehe-, Familien- und Lebensberatung, Sozialberatung und Schuldnerberatung, Beratung zu Krankheit und Gesundheit, Beratung zu Fragen des Arbeitsmarktes, der Arbeitslosigkeit und der Weiterbildung, um nur einiges zu nennen. Und das hat in der Tat sehr viel damit zu tun, wie man mit Wohnungslosigkeit, dem Problem der Wohnungslosigkeit, der Vermeidung und Behebung am besten verfahren kann, denn trotz des umfangreichen Beratungsangebotes vergeht leider oft viel Zeit, bevor jemand den Weg zu einer Beratungsstelle geht. Über Geldsorgen spricht man nicht gerne, sie werden lieber verdrängt. Viele haben nach wie vor eine Scheu, solche Angebote vor allen Dingen rechtzeitig in Anspruch zu nehmen.

Klar gesagt werden muß meines Erachtens, daß in unserem Land sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht zunächst einmal ausreichender Wohnraum zur Verfügung steht. Darauf hat ja unter anderem auch der Wohnungsminister, der Bau- und Arbeitsminister, Entschuldigung, vor einiger Zeit hingewiesen.

Inwieweit eine Erhebung von Quantität und Sozialstruktur der Wohnungslosen und der unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohten Haushalte und Personen realisierbar ist, das scheint mir zumindest mehr als zweifelhaft. Ich will in diesem Zusammenhang auch noch mal auf den Bericht verweisen, den ich eben schon zitiert habe, denn das, was für Beratung gilt, das gilt auch für das Problem, das Sie in Ihrem Antrag hier ansprechen, nämlich die Wohnungslosigkeit als solche. Da heißt es in dem Bericht, auf der Seite 6 – wie gesagt, das, was ich sage, ist auf Beratung bezogen, aber ich meine eben, daß das hier genauso für unser Thema gilt: „Der konkrete Bedarf in der einzelnen Region muß jedoch vor Ort ermittelt und festgestellt werden. Gerade dieser Gesichtspunkt dürfte auch eine wesentliche Rolle dafür gespielt haben, daß die Zuständigkeit für Beratungsdienste innerhalb der öffentlichen Hand den kommunalen Stellen übertragen worden ist, soweit nicht andere Körperschaften wie bspw. die Sozialversicherungen betroffen sind.“ Soweit das Zitat aus dem von mir erwähnten Bericht.

Und das macht eben deutlich, wir haben es hier mit einem Problem zu tun, das dort angepackt werden muß, wo es auch wirklich vorhanden ist. Das sind nun mal tatsächlich die Kommunen. Daß die Erhebung, die Sie fordern, der Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit entgegenwirken könnte, das, glaube ich, wird man ernsthaft wohl kaum behaupten können. Es nützt dem einzelnen Wohnungslosen nichts, wenn er weiß, daß er sein Schicksal mit anderen Menschen teilt. Sehr wohl nützt es aber dem einzelnen Wohnungslosen sehr viel, wenn sich die vor Ort zuständigen Behörden und vor allen Dingen die Beratungsstellen, die ich aufgeführt habe, sich des Problems annehmen

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

und ihm die Möglichkeit geben, sich an sie zu wenden. Es ist deshalb zur Vermeidung und Behebung der Wohnungslosigkeit notwendig, die bestehenden Beratungsangebote zu optimieren und die betroffenen Bürger unseres Landes dazu zu bringen, diese Beratungsangebote auch stärker als bisher in Anspruch zu nehmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Richtig!)

Der mit dem vorliegenden Antrag eingeforderte Bericht – und wir haben ja heute aus Ihrer Fraktion schon kritische Anmerkungen zu dem Berichtswesen oder -unwesen, wie

man will, gehört – läßt sich natürlich in der Öffentlichkeit ganz gut darstellen. Aber einen Nutzen für die Obdachlosen weist er – davon bin ich überzeugt, jedenfalls so, wie Sie sich das vorstellen – nicht auf. Die hierfür bereitzustellenden Haushaltsmittel – und überlegen Sie einmal, welche Mittel Sie benötigen, wenn Sie das ernsthaft betreiben wollen, dann kommen Sie also sehr leicht auf eine Größenordnung von 200.000 bis 300.000 Mark, ansonsten gibt es keine seriöse flächendeckende, landesweite Untersuchung –, diese Mittel sollten besser direkt den zuständigen Beratungsstellen zugewiesen werden. Denn der bereits zitierte Bericht des Sozialministers aus dem Jahr 1997 macht auch sehr bedrückend deutlich, daß die finanziellen Mittel für die Beratungsstellen zu knapp sind, und das gilt vor allen Dingen auch für die Beratungsdienste freier Träger, für die nichtstaatlichen Institutionen. Diese sollten wir insbesondere unterstützen. Und das Geld, das Sie im Haushalt für eine solche Studie bereitstellen wollen, wäre sehr gut angebracht,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

wenn wir das den Stellen zur Verfügung stellen.

Die Förderung der verschiedenen Beratungsstellen ist derzeit weitestgehend durch Förderrichtlinien geregelt, in denen eine von Land, Kommunen und Trägern gemeinsam sichergestellte Finanzierung angestrebt wird. Die Inanspruchnahme dieser Beratung liegt naturgemäß in der freien Entscheidung eines jeden einzelnen und kann durch statistische Erhebungen, deren Sicherheit und Nutzen äußerst fragwürdig ist, nicht befördert werden.

Andererseits stellen finanzielle Hilfen wie das Wohngeld, das Landeserziehungsgeld und die Schwangerenkonfliktberatung geeignete Maßnahmen dar, um den von Not betroffenen Menschen unseres Landes die richtige Unterstützung zu gewähren. Und hier, meine sehr verehrten Damen und Herren von den Regierungsfractionen, sollte Ihre Politik ansetzen. Allein die Kürzung beziehungsweise Streichung dieser Maßnahmen macht doch deutlich, wie ernsthaft es um Ihren Antrag bestellt ist. Hier besteht zu Recht der Vorwurf, daß es sich dabei um substanzlose Anträge oder unsubstantiierte Anträge handelt, die sich zwar nach außen gut verkaufen, aber wenn man genau guckt, dann stellt man fest, da, wo es wirklich gilt, den Betroffenen zu helfen, da kürzen Sie. Statt dessen wollen Sie alle möglichen Statistiken produzieren mit einem großen Aufwand.

Lassen Sie mich noch einiges zur Begründung des Antrages sagen, wie sie uns hier vorgetragen wurde. Inwieweit die Notwendigkeit der Erstellung des Berichts zur Vermeidung und Behebung von Wohnungslosigkeit mit dem Artikel 17 Absatz 4 der Landesverfassung korrespondiert, erschließt sich mir leider nicht. Ich habe zwar gerade die Landesverfassung nicht hier, aber wenn ich das richtig im Kopf habe, dann hat der Artikel 17 der Landesverfassung keinen Absatz 4. Insofern weiß ich nicht, worauf Sie sich da beziehen, aber vielleicht können Sie es klarstellen.

Sicherlich verlangt die Vermeidung und Verringerung von Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit, wie von Ihnen beschrieben, komplexe Handlungsstrategien, Sofortprogramme sowie Mittel und langfristige Maßnahmen. Doch müssen diese dann auch durch die Politik der Landesregierung umgesetzt und nicht negiert werden. Aus diesem Grunde, weil Sie nämlich genau da, wo wir ansetzen müßten, die Mittel streichen beziehungsweise ganz

kürzen und statt dessen hier Berichtswesen pflegen wollen, aus diesem Grunde lehnt meine Fraktion den vorliegenden Antrag ab.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Schönen Dank, Herr Born.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Schier von der SPD-Fraktion. Bitte sehr.

Klaus Schier, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gerade kinderreiche Familien finden heute in der reichen Bundesrepublik Deutschland keine bezahlbaren und bedürfnisgerechten Wohnungen mehr. 50.000 Kinder leben auf der Straße, eine halbe Million Kinder lebt in Obdachlosenheimen, Notunterkünften oder auf einer käfiggroßen Wohnungsfläche. Kinderlose Paare wohnen in Deutschland im Schnitt auf 84 Quadratmetern. In einer Familie mit drei Kindern belegt jeder im Durchschnitt 16 Quadratmeter. Kinderreichtum wird somit immer häufiger ein Grund für Obdachlosigkeit.

Obdachlosigkeit, meine Damen und Herren, ist kein vorübergehendes Phänomen des Wohnungsmarktes. Vielmehr wird uns die Obdachlosigkeit dauerhaft herausfordern. Prävention ist wichtiger und billiger als anschließende Hilfe.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Heike Lorenz, PDS: Das stimmt!)

Momentan werden Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten oft genug noch mit einem entschuldigenden „Dafür bin ich nicht zuständig.“ hin und her geschickt. Das erschwert eine Eingliederung der Wohnungslosen unnötig und entmutigt diejenigen, die es noch einmal mit dem bürgerlichen Leben versuchen wollen.

Im Bereich der kommunalen Hilfen für Wohnungslose sind Einrichtungen vielfach weder niedrigschwellig erreichbar noch konzeptionell auf die Lebenssituation Wohnungsloser ausgerichtet. Zuviel Bürokratie und unbesetzte persönliche Dienste dominieren die ambulanten beziehungsweise stationären Hilfen.

Meine Damen und Herren! Wohnungslosigkeit ist ein fach- und ämterübergreifendes, mehrdimensionales Problem. Wohnungs- und Sozialamt, Gesundheits- und Jugendamt, Diakonie und Caritas, Arbeitsverwaltung und Justiz müssen an einem Strang ziehen. Sie müssen gemeinsame Strategien entwickeln, die Verfahrensabläufe abstimmen, die Verwaltungswege kürzen und somit zu Transparenz und Vereinfachung von Entscheidungen kommen. Dadurch kann den Betroffenen schneller, besser und menschlicher geholfen werden, und die Hilfen sind finanziell auch weniger aufwendig.

Sicherlich, meine Damen und Herren, sind wir uns darin einig, daß das vorrangige Ziel sein muß, Wohnungslosigkeit erst gar nicht entstehen zu lassen. Häufige Ursachen für die Obdachlosigkeit sind durch wirtschaftliche Probleme ausgelöst, durch Arbeitslosigkeit, zu geringes Einkommen, zu hohe Mieten und durch soziale Schwierigkeiten. Dies führt zu dem bekannten Kreislauf: Mietschulden, Kündigung, Räumungsklage, wer keine Wohnung hat, bekommt keine Arbeit und umgekehrt. Dagegen muß angegangen werden. Um das zu verhindern, muß das Wohngeld sozial fortentwickelt werden, wie dies momentan durch die Bundesregierung geschieht, und es müssen verstärkt Sozialwohnungen zur Verfügung

gestellt werden, anstatt Luxussanierungen durchzuführen.

Im Bereich der Wohnungspolitik muß ein preiswertes Marktsegment für die Haushalte gesichert werden, die ansonsten nicht aus eigener Kraft heraus in der Lage sind, sich mit angemessenem Wohnraum zu versorgen. Die Versorgung im Wohnungsbestand hat den Vorteil, daß sogenannte Problemhaushalte in ein intaktes Umfeld gelangen und auf diese Weise soziale Ausgrenzungen vermieden werden. Wohnungssicherung und Beratung im Vorfeld des Wohnungsverlustes muß verstärkt werden. Die Fachkompetenzen der örtlichen Beratungsstellen und kommunalen Ämter haben hier eine Schlüsselstellung, damit unter anderem durch Mietschuldnerübernahmen im Rahmen des BSHG der Wohnungsverlust verhindert werden kann. Es muß zudem verstärkt Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden, um den Betroffenen aufzuzeigen, an wen sie sich in Notsituationen wenden können.

Meine Damen und Herren! Ein deutliches Senken der Obdachlosigkeit ist erst bei Einsetzen eines positiven Trends auf dem Arbeitsmarkt zu erwarten. Deshalb bleibt für meine Fraktion und mich die Arbeitsmarktpolitik ein eindeutiger Schwerpunkt. Der Sicherung und Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen kommt ein zentraler Stellenwert zu. Sie schaffen eine entscheidende Grundlage für die Stabilisierung der Persönlichkeit im Falle drohender oder bereits eingetretener Wohnungslosigkeit. In jedem Fall sichern oder eröffnen sie am ehesten die Chance, auf Dauer und ohne fremde Hilfe eine eigene Wohnung finanzieren zu können. Die Durchführung von entsprechenden Eingliederungsmaßnahmen und Arbeitsbeschaffungsprojekten sowie die Ausschöpfung von Sonderprogrammen und Hilfeleistungen in der Arbeitsförderung sind deshalb unverzichtbar. Zudem werden wir die Priorität auf die Stärkung der Beratungsstellen legen und, wie wir schon des öfteren betont haben, auf den Bereich der Schuldnerberatung.

Meine Damen und Herren! Obdachlosigkeit geht oft einher mit Arbeitslosigkeit, Überschuldung und Drogenabhängigkeit. Abbau der Arbeitslosigkeit und vermehrte Aufklärung in den Bereichen Drogen und Sucht sowie Schuldnerberatung und Therapiemöglichkeiten sind wichtigste Maßnahmen zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit und müssen jetzt angegangen werden.

Dieser von den Koalitionsfraktionen erbetene Bericht zur Vermeidung und Behebung von Wohnungslosigkeit ist ein erster Schritt auf dem Weg zur Vermeidung und Behebung von Wohnungslosigkeit beziehungsweise Obdachlosigkeit. Der nächste Schritt muß ein landesweites Konzept sein. Ich hoffe, alle Fraktionen des Landtages werden sich daran beteiligen. Meine Fraktion bittet um Zustimmung zu diesem Antrag. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Schönen Dank, Herr Schier.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Lorenz von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Frau Lorenz.

Heike Lorenz, PDS: Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren!

Herr Born, es tut mir leid, daß es hier einen Schreibfehler in der Begründung zum Antrag gegeben hat, aber bei

gutem Willen hätten Sie ganz unschwer erkennen können, daß Artikel 17 Absatz 3 gemeint ist: „Land, Gemeinden und Kreise wirken im Rahmen ihrer Zuständigkeit darauf hin, daß jedem angemessener Wohnraum zu sozial tragbaren Bedingungen zur Verfügung steht. Sie unterstützen insbesondere den Wohnungsbau und die Erhaltung vorhandenen Wohnraums. Sie sichern jedem im Notfall ein Obdach.“

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Anknüpfend an die Ausführungen meines Kollegen Koplin gehe auch ich von der Feststellung aus, daß wir es mit diesem Antrag

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das ist ein Staatsziel. – Dr. Ulrich Born, CDU: Jetzt haben Sie sie erschreckt.)

nicht nur mit einem wohnungspolitischen Thema zu tun haben, sondern vor allem mit einem gravierenden sozialstrukturellen Problem.

Mich erschreckt man nicht so schnell.

Und ich gehe davon aus, daß hier im Raum niemand ist, der hierin ein ordnungspolitisches Problem sieht.

Wohnungslosigkeit ist sowohl gesellschaftlich als auch individuell bedingt. Ein Dach über dem Kopf zu haben, ist ein elementares Menschenrecht. Die Vorstellungen von der eigenen Wohnung und deren Verwirklichung haben sich in den letzten zehn Jahren grundlegend gewandelt. Viele können sich heute den Traum von einem eigenen Haus endlich erfüllen, und es wäre unredlich, wollten wir diese Entwicklung ignorieren.

In Deutschland sind in den vergangenen zehn Jahren 10,5 Millionen Wohnungen neu gebaut worden, 15 Prozent davon in den neuen Bundesländern. So lautet eine Pressemeldung vom letzten Wochenende. Aber – auch das ist heute leider eine Tatsache – trotzdem finden wir Menschen in Parkanlagen, an Bahnhöfen, in Fußgängerzonen, vor Suppenküchen, Wärme- und Kleiderstuben. Die Zahl der Obdachlosen in Deutschland, die in Notunterkünften oder auch auf der Straße leben, wurde für das Jahr 1995 auf 870.000 bis 960.000 Personen geschätzt, geschätzt, weil eben keine genauen Daten vorliegen. Leerstehende Wohnungen stehen dem gegenüber. In manchen Kommunen wird Rückbau/Abriß geplant. Wenn Wohnungslosigkeit also nicht direkt auf fehlende Wohnungen zurückgeht, wo liegen dann die Ursachen? Zu vermuten sind viele Faktoren.

Meine Damen und Herren! Auch in der DDR gab es Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit, sie wurde aber kaum sichtbar. Ansprüchen an Wohnungsgröße und qualitative Ausstattung der Wohnung konnte nur unzureichend, in vielen Fällen gar nicht entsprochen werden. Aber ein Dach über dem Kopf, das war garantiert. Obdachlosigkeit ist also eine neue Erfahrung für uns. Eine typische Erscheinung des Kapitalismus hat uns hier eingeholt. Dieser Entwicklung wollen und dürfen wir nicht tatenlos zusehen, zumal nach dem Sozialstaatsgebot, Artikel 20 des Grundgesetzes, der Staat die Pflicht hat, für einen Ausgleich der sozialen Gegensätze und damit für eine gerechte Sozialordnung zu sorgen.

Stellen wir also die Frage nach den Ursachen für Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit. Ich deutete es vorhin an, zweifelsohne sind die Gründe sehr vielschichtig. Unstrittig ist, daß nach wie vor die hohe Arbeitslosigkeit

mit ihren begleitenden Problemen ein wesentlicher Grund ist. Dazu kommen veränderte soziale Strukturen. Die typischen Karrieren von Obdachlosen weisen darauf hin, daß die Gemeinschaft als sozialer Halt versagt. Brüche wie Scheidung, Trennung, Alkoholkrankheit, Coming-out werden allein nicht bewältigt. Unterschiedliche Lebensentwürfe werden von der Gesellschaft nicht wahrgenommen, nicht akzeptiert oder diskriminiert. Wohngemeinschaften von Gruppen junger Leute und gleichgeschlechtliche Partnerschaften beispielsweise haben keinen Rechtsanspruch auf einen Wohnberechtigungsschein, und sie haben im Fall der Partnerschaften keinen Anspruch auf Übernahme der Wohnung bei Tod eines Partners, wenn sie nicht einen gemeinschaftlichen Mietvertrag haben.

Von einigen Ausnahmen abgesehen, tritt Wohnungslosigkeit, der Wohnungsnotfall nicht von einem zum anderen Tag auf, sondern ist ein Prozeß, der sich über einen längeren Zeitraum und in unterschiedlichen Phasen vollzieht. In der Diskussion wird von drei Teilgruppen gesprochen, die vorhin bereits erwähnt wurden:

1. Personen und Haushalte, die in unzumutbaren Wohnverhältnissen leben
2. unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohte Personenhaushalte
3. Personen, die von Wohnungslosigkeit betroffen sind

Das sind Haushalte mit Mietschulden, die zu Räumungsklagen führen können, ohne daß bisher bei Amtsgerichten diese Klagen eingereicht wurden, es sind räumungsbeklagte Haushalte und Haushalte, für die ein Räumungstitel vorliegt, der noch nicht vollstreckt ist.

Was wissen wir nun aber genau über diese drei betroffenen Gruppen? Welche Menschen sind besonders gefährdet? Wo und wie kann Prävention denn nun ansetzen, von der wir doch alle betonen, daß sie notwendig und richtig ist? Wie werden denn die bestehenden Möglichkeiten bereits genutzt? Für die Beantwortung dieser Fragen fehlen schlicht die Daten. Bekannte Maßnahmen zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit wie finanzielle Hilfen nach Paragraph 15 a BSHG zum Ausgleich von Mietschulden und Beratungshilfen reichen offensichtlich dann doch nicht aus oder werden nicht ausreichend angewendet. Das muß man in Erfahrung bringen.

Natürlich ist für Prävention ein gutes Zusammenspiel der verschiedensten Institutionen, der Verwaltung mit den Betroffenen bei Wahrung deren Rechte auf informationelle Selbstbestimmung, also Datenschutz, notwendig. Übrigens, einschlägige Untersuchungen in den alten und neuen Bundesländern belegen, daß Personalkosten für den Einsatz von Sozialarbeitern zur vorbeugenden Obdachlosenhilfe vier- bis siebenmal billiger sind als die Unterhaltung von Unterkünften. Daß so eine Vorgehensweise sich bewährt, zeigen Erfahrungen in der Zusammenarbeit von Arbeiter-Samariter-Bund und der Stadt Hagenow. Ihnen gelang es insbesondere durch die Arbeit im Vorfeld, die Anzahl der Obdachlosen wesentlich zu verringern und dafür zu sorgen, daß die angestammte Wohnung als Mittelpunkt für den Bürger erhalten werden konnte.

Allein diese Erfahrungen zeigen die Demagogie der Auffassung, es gibt ein Recht auf Verwahrlosung für jeden. Darauf gab ein Sozialarbeiter der Caritas mir die einfache Antwort, mit der ich hier auch schließen will:

Recht auf Verwahrlosung? – Ja, aber nur, wenn ich jedem Menschen alle, aber auch alle Wege aufweise für ein Leben als Mensch in Würde.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und Heike Polzin, SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Schönen Dank, Frau Lorenz.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Staszak von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Frau Staszak.

Karla Staszak, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern fast alles gesagt worden. Ich will deshalb noch einen anderen Aspekt hier ins Parlament mit einbringen, weil ich mich seit der Wende sehr aktiv um die Obdachlosigkeit von Frauen und deren Kinder gekümmert habe. Deshalb will ich auch nicht die Ursachen, die hier, denke ich, von allen genannt wurden, wie es zur Obdachlosigkeit kommen kann und gekommen ist, noch mal wiederholen. Ich halte allerdings die präventive Arbeit, auf die ich während meiner Beschäftigung mit diesem Problem gekommen bin, doch für sehr wichtig. Vielleicht wäre es doch ein guter Hinweis, um etwas dagegen zu tun, denn meine Einstellung dazu ist, daß kein Mensch auf der Straße leben muß.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Torsten Koplin, PDS)

Nur das, was hier genannt wurde, es klingt ja so logisch und leicht, und Beratungsstellen sind zum Beispiel sehr wichtig, aber viele Menschen sind nicht mehr in der Lage oder gehen nicht mehr zu diesen Beratungsstellen. Also nur wenn man sich mit konkreten Fällen beschäftigt, sieht man, wie kompliziert eigentlich das Problem ist.

Mir wurden während meiner Tätigkeit zwei Aspekte deutlich: zum einen, wie schnell man wohnungslos werden kann, und zum anderen, daß Wohnungslosigkeit von Frauen eine besondere Spezifik hat. Das Hilffssystem für wohnungslose und obdachlose Menschen orientiert sich am Bedarf des alleinstehenden männlichen Wohnungslosen. Die Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit von Frauen haben aber andere Merkmale. Ich habe auch ein paar Zahlen. Nach Angaben der landesweiten Arbeitsgemeinschaft zur Obdach- und Wohnungslosigkeit sind in Mecklenburg-Vorpommern circa 8.000 bis 10.000 Menschen obdachlos. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. geht von einem Frauenanteil von 15 bis 20 Prozent an den Wohnungslosen aus.

Obdachlose Frauen sieht man, sehr verehrte Abgeordnete, weniger auf der Straße als vergleichsweise Männer. Viele versuchen erst mal, bei Freunden unterzukommen, gehen zu ihren Eltern zurück oder sind gezwungen, sich sexuellen Nötigungen auszusetzen. Frauen werden traditionell stärker nach ihrem Erscheinungsbild beurteilt. Obdachlose Frauen, die auf der Straße leben, stören eher die öffentliche Moral. Frauen versuchen ihre Situation zu verbergen, indem sie nicht auf der Straße herumstehen, sich unauffällig kleiden, ihre Habseligkeiten in Schließfächern aufheben.

Wie Sie vielleicht aus der Presse wissen, habe ich eine Fotodokumentation in Auftrag gegeben, um auf die Besonderheiten dieser Erscheinung aufmerksam zu machen. Die Ausstellung war im September in Rostock,

Anfang des Jahres hier in Schwerin bei der AWO und hat eigentlich großen Widerhall gefunden. Sie wird in der ganzen Bundesrepublik gezeigt werden und ist auf Interesse gestoßen.

Die Biographien der porträtierten Frauen widerspiegeln die von mir benannten Aspekte weiblicher Wohnungslosigkeit. Darüber hinaus werden in dieser Ausstellung Projekte vorgestellt – und das ist das, worauf ich kommen will –, die betroffenen Personen Hilfe anbieten. Denn die Konsequenz ist für mich – das sage ich noch mal –, präventiv zu arbeiten. Man kann damit sehr viel verhindern. Dann muß man natürlich gemeinsam mit den dafür zuständigen Ämtern, mit Wohnungsgenossenschaften und so weiter zusammenarbeiten, so, wie wir das in Rostock praktiziert haben, um mit ihnen gemeinsam nach Möglichkeiten zu suchen und auch rechtzeitig über entsprechende Fälle, also über entsprechend bedürftige Menschen, zu erfahren.

In Rostock ist es durch gemeinsames Handeln von Sozialamt, Wohnungsgenossenschaften und Wohnungsamt gelungen, die Zahl der Wohnungslosen nicht zu vergrößern. Ich habe damals in Rostock gesagt: „Solange ich hier bin, wird keine Frau mit ihren Kindern auf der Straße landen!“ und habe mich deshalb intensiv bemüht. Damals gab es im Neubaugebiet Fünfraumwohnungen, die nicht zu vermieten waren, weil sie zu teuer waren. Da habe ich gesagt, daß wir dann solche Wohnungen mieten, und habe im Senat vorgerechnet, daß das billiger wird, als wenn man Hotels bezahlt, weil ja die Kommunen verpflichtet sind, alle unterzubringen. Erst nachdem ich diese Rechnung aufgemacht hatte, ist es in Gang gekommen, diese Wohnungen zu mieten. Die durfte ich natürlich nicht als Angestellter mieten, aber wir haben dann einen Verein gegründet, wie das so üblich ist, und angefangen, eine Wohnung nach der anderen zu mieten. Aber die dort Obdachlosen zu betreuen, damit man erkennt, wo denn die Ursache liegt und wie wir hier Abhilfe schaffen können – ich kann Ihnen bestätigen, daß das keine sehr einfache Arbeit war, aber ich denke, es wurde hier alles schon benannt, was da für Erscheinungsformen vorkommen –, das war dann der Verein Charisma e. V., der mit dem Projekt „Sozialbetreutes Wohnen“ schnelle und fachgerechte Hilfe angeboten hat.

Also Ziel dieses Projektes war es dann, wirklich Hilfe zur Selbsthilfe zu geben und die dortigen Bewohnerinnen wieder auf ein eigenständiges Leben vorzubereiten und sie wieder zu integrieren. Die Aufnahme – das sagte ich schon – der Frauen erfolgte in enger Zusammenarbeit mit dem Sozialamt. Und waren Kinder betroffen, gab es auch mit dem Jugendamt eine Abmachung, wie man für die Kinder besonders sorgen konnte, denn das ist ja eine ganz besonders traurige Erscheinung. Durch den engen Kontakt zum Arbeitsamt, zu Vereinen und Verbänden konnte auch oft Beschäftigung vermittelt werden. All das sind Schritte, um diese Menschen wieder zu integrieren.

Das Prinzip der präventiven Arbeit steht auch im Zentrum der Frauenpension und des Fraueninfoladens in Schwerin. Dieses Projekt kennen ja vielleicht einige. Den Projektmitarbeiterinnen geht es darum, auch Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. Die betroffenen Frauen sollen befähigt werden, ihr Leben wieder mit eigener Initiative zu gestalten. Und das gelingt auch in den meisten Fällen. Hier in Schwerin findet ebenfalls eine enge Zusammenarbeit mit den entsprechenden Ämtern der Stadt und dem

Arbeitsamt statt. Und das ist dann auch der Erfolg dieser Hilfe.

Nicht zuletzt kann und sollte der Wohnungslosigkeit noch weiter im Vorfeld begegnet werden. So ist bei den Bauleitplanungen – das haben auch schon die Herren Abgeordneten gesagt – der Städte und Gemeinden zu beachten, daß die Bedürfnisse der dort lebenden Menschen berücksichtigt werden. Insbesondere für Alleinerziehende sind die Bedingungen ihres Wohnumfeldes entscheidend, also der Preis der Wohnung, die Anbindung an den ÖPNV, die Entfernung zu den Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen sowie zum Arbeitsplatz. Beispiele hierfür finden wir auch in Rostock. Zum Beispiel gibt es dort das Wohnprojekt für Studentinnen mit Kind in der Rostocker Altstadt und das Wohnprojekt des Amanda e. V. „Selbstbestimmtes Wohnen Alleinerziehender“. Und mit der Unterstützung solcher und ähnlicher Projekte, denke ich, kann man der Wohnungslosigkeit begegnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Vielen Dank, Frau Staszak.

Ums Wort hat noch einmal gebeten der Abgeordnete Herr Born von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin der Frau Kollegin Staszak dankbar für das, was sie hier aus der Praxis aufgezeigt hat, denn ich glaube, das macht deutlich, wo man wirklich ansetzen muß, wenn man dem Problem der Wohnungslosigkeit beikommen will. Denn eins müßte klar sein: Jeder unfreiwillig Obdachlose ist einer zuviel.

Aber, das haben die Ausführungen der Gleichstellungsbeauftragten deutlich gemacht, wir können die Wohnungslosigkeit nur dann bekämpfen, wenn wir den konkret davon betroffenen Menschen auch wirklich persönlich helfen. Dazu brauchen wir Projekte, wie sie hier eben vorgestellt worden sind. Und genau deshalb habe ich vorhin gesagt, wir müssen diese Mittel, die ja unbestrittenermaßen zu knapp sind, gezielt einsetzen, damit solche Projekte gefördert werden.

Und wenn ich vorhin gesagt habe, wir halten nichts davon, hier jetzt einen sehr aufwendigen Bericht vorzulegen, Sie haben sich auf Artikel 17 Absatz 3 berufen. Ich habe das jetzt auch noch mal nachgelesen. Da steht in der Tat: „Land, Gemeinden und Kreise wirken im Rahmen ihrer Zuständigkeit darauf hin, daß jedem angemessener Wohnraum zu sozial tragbaren Bedingungen zur Verfügung steht. Sie unterstützen insbesondere den Wohnungsbau und die Erhaltung vorhandenen Wohnraums.“ Nun, hier wäre ja in der Tat das Land gefordert, wenn es daran läge, daß wir zu wenig Wohnraum zur Verfügung haben. Nur genau daran liegt es ja nicht, daß wir Obdachlose haben. Das ist ja eben noch mal sehr deutlich geworden. Deshalb müssen wir vor Ort ansetzen, dort, wo das Problem wirklich vorhanden ist. Und das sind nun einmal die Städte, Gemeinden und Landkreise. Und deshalb müssen wir sie auch finanziell stärken, insbesondere die freien Träger, wenn sie mit Projekten solchen Menschen helfen und unterstützen, die obdachlos sind, und vor allem auch solchen, die von Obdachlosigkeit bedroht sind.

Jetzt will ich noch mal zitieren, was Sie in Ihrer Begründung schreiben. Sie wollen etwas von der Landesregierung wissen unter anderem über die „Quantität der unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohten Haushalte und Personen (Mitteilung über anhängige Räumungsklagen) sowie Unterbringung und Betreuung von Wohnungslosen“. Und da ist genau der Punkt, wo ich sage, da laufen wir Gefahr, daß wir sogar das Gegenteil erreichen von dem, was wir wollen, abgesehen davon, daß die Mittel nicht sinnvoll eingesetzt werden.

Ich zitiere noch einmal aus dem Bericht des Sozialministers aus dem Jahre 1997. Dort heißt es auf Seite 6: „Über die Inanspruchnahme der verschiedenen Beratungsangebote der allgemeinen Sozialberatung liegen im Sozialministerium keine statistischen Angaben vor, da entsprechende Statistiken nicht flächendeckend geführt werden.“ Jetzt könnten Sie sagen, also brauchen wir etwas Entsprechendes. Aber jetzt geht es weiter: „Gerade im allgemeinen Beratungsbereich ist es wohl auch nicht sinnvoll, solche Statistiken zu fordern, weil die beratenen Menschen und Familien dadurch eher abgeschreckt werden könnten und damit unverhältnismäßiger Verwaltungsaufwand verbunden wäre.“ Soweit das Zitat. Und das ist genau der Punkt, weshalb wir sagen, von der Zielsetzung her ist der Antrag völlig unbestritten, aber er geht in die falsche Richtung. Und deshalb lehnen wir ihn ab, und ich bitte, das auch so aufzunehmen, daß wir ihn aus diesem Grund ablehnen und nicht etwa, weil wir das Thema Obdachlosigkeit völlig unabhängig davon, wie viele Betroffene es sind, nicht genauso ernst nehmen wie diejenigen, die sich mit diesem Antrag vor der Einbringung befaßt haben.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Wollen Sie ablehnen oder Überweisung?)

Ich habe gerade gesagt, daß wir ihn deshalb ablehnen, denn Sie fordern ja hier einen Bericht,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Wollen Sie Abstimmung?)

und wir halten diesen Bericht nicht für sinnvoll.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Wollen Sie Abstimmung oder Überweisung? Das ist die Frage.)

Präsident Hinrich Kuessner: Schönen Dank, Herr Born.

Ich habe bisher keinen Antrag auf Überweisung gehört.

(Reinhard Dankert, SPD:
Das ist auch vollkommen richtig.)

Ist das richtig?

(Reinhard Dankert, SPD: Ja.)

Will jemand einen Antrag auf Überweisung stellen?

(Reinhard Dankert, SPD: Nein.)

Das ist nicht der Fall.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/287. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/287 ist mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 21**: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Entscheidung über das ehemalige Preußenvermögen, Drucksache 3/298(neu).

**Antrag der Fraktion der CDU:
Entscheidung über das
ehemalige Preußenvermögen
– Drucksache 3/298(neu) –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Riemann von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Riemann.

Wolfgang Riemann, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vorausgeschickt, dies ist kein Meckerantrag, kein Antrag zur Formulierung von Schulduzuweisung,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Warum betonen Sie das, Herr Riemann?)

aber mir ist auch bekannt, Frau Keler hätte unseren Antrag am 3. März als kontraproduktiv für die Bemühungen des Landes bezeichnet. Es ist schon deutlich, daß die Finanzpolitik nicht nur die Kultus-, die Sozial-, sondern auch die Forstpolitik dominiert. Finanzpolitik muß aber nicht dominieren, sondern ermöglichen. Und diese dominante Praxis aus dem Hause Keler schadet dem Land.

Seit 1992 bemühen sich die betroffenen neuen Bundesländer mit Unterstützung des Deutschen Forstwirtschaftsrates, einen Rechtsanspruch auf ehemals preußisches Eigentum gegenüber der Bundesregierung durchzusetzen. Dabei handelt es sich nach dem Niekammer Adreßbuch von 1939 um 81.152 Hektar, davon 78.000 Hektar Holzbodenfläche, wovon 10.100 Hektar im Zuge der Bodenreform aufgesiedelt wurden und 28.000 Hektar sich in militärischer Nutzung befanden beziehungsweise befinden. Somit stünden für Mecklenburg-Vorpommern circa 46.000 Hektar Wald und etwa 15.000 Hektar Ackerland zur Restitution an.

Mit dem Bericht der Bundesregierung vor dem Ausschuß Deutsche Einheit am 6. Mai 1993 wurde die Rechtsnachfolge der neuen Bundesländer bestritten. Mit der Drucksache 360/93 vom 28. Mai 1993 entschied der Bundesrat für die neuen Bundesländer, die Bundesregierung nicht. Im Gegenteil, eine Teilung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens zwischen Land und Bund wurde im Mai 1994 vom Bundesministerium für Finanzen vorgeschlagen. Nach dem VEAG-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 11. März 1997 fühlte der Bund sich in seiner früheren Rechtsauffassung bestätigt. Die Länder Sachsen und Thüringen klagten dagegen, Brandenburg leitete eine entsprechende Normenkontrollklage zum Einigungsvertrag und zum Vermögenszuordnungsgesetz bezüglich der Restituierbarkeit von Unternehmensbeteiligung ein. Mit den Beschlüssen des Bundesverfassungsgerichtes vom 11. März 1997 wurden alle drei Klagen abgewiesen.

Wenn auch der Anlaß der Bundesverfassungsgerichtsbeschlüsse nicht unmittelbar auf die grundsätzliche Restitutionsentscheidung zu ehemaligem Preußenvermögen abhebt, ist jedoch der Begründung zu entnehmen, daß die Position des Bundesgutachtens gestärkt ist und nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichtes die Artikel 134 und 135 Grundgesetz nicht uneingeschränkt für eine Restitution anwendbar sind. Der Bund hat daraus seine Konsequenzen gezogen. Er bietet den Ländern zwar noch die Übernahme der ehemals preußischen land- und

forstwirtschaftlichen Flächen an, ein Grundstückskonto als Ausgleich für sonstige, insbesondere Immobilienvermögen – und Mecklenburg-Vorpommern hätte davon mit 10,7 Prozent partizipiert – kommt aus Bundessicht jedoch nicht mehr in Betracht.

Gleichfalls wird nicht mehr von einer einheitlichen Variante für alle betroffenen Bundesländer ausgegangen. Der Bund ist bereit, mit jedem Land einzeln über sein Angebot zu verhandeln. Land- und forstwirtschaftliche Flächen werden als Einheit betrachtet. Die übrigen neuen Bundesländer haben bereits entsprechende Entscheidungen zur Annahme des Angebotes des Bundes getroffen, alle übrigen neuen Bundesländer.

Um keinen weiteren Zeitverzug eintreten und möglicherweise das zuzuordnende Vermögen schmälern zu lassen und um endlich klare Eigentumsverhältnisse zu schaffen, wurden erste Gespräche durch das Finanz- und Landwirtschaftsministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern mit dem Bund auf Arbeitsebene mit dem Ziel geführt, die Modalitäten einer möglichen Aufrechnung von Verbindlichkeiten mit den dem Land zustehenden Erlösen bei der Übernahme des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens zu erörtern. Die Beschleunigung der Entscheidung über das Angebot des Bundes ist insbesondere auch darin begründet, daß das Bundesfinanzministerium die Oberfinanzdirektionen informiert hat, daß mit Scheitern der Preußenverhandlungen keine Veranlassung gesehen wird, bei der Vermögenszuordnung von Flächen Restitutionsansprüche der Länder, die sich auf ehemaliges Preußenvermögen beziehen, zu berücksichtigen.

Mit der Annahme des Angebotes des Bundes wäre eine Summe von höchstens 5 Millionen DM an den Bund als unbare Leistung durch Verrechnung mit künftigen Erlösen aus bereits geplanten Verkäufen von Landesliegenschaften durch die BVVG zu begleichen. Die saldierten Bewirtschaftungskosten für die Waldflächen belaufen sich bei einer gegenwärtigen Personalausstattung auf 13,9 Millionen DM. Für die landwirtschaftlichen Flächen werden jährliche Pachteinahmen von 4,2 Millionen DM realisiert, per Saldo also ein Betrag unter 10 Millionen DM.

Und, meine Damen und Herren, hören Sie gut zu, das Flächenvermögen beträgt 351,3 Millionen DM. Dabei wurden die Verkehrswerte für die forstwirtschaftlichen Flächen aus dem Durchschnittswert bis 1955 der BVVG für Verkäufe außerhalb des EALG abgeleitet, da sie der weitaus größte Verkäufer von Waldflächen ist. Die Bewertung der landwirtschaftlichen Flächen geht vom Durchschnittswert der Gutachterausschüsse aus. Der Vermögenswert kann jedoch nur ein grober Anhalt sein, da beispielsweise die gegenwärtig vergleichbaren Verkehrswerte im alten Bundesgebiet vier- bis fünfmal so hoch liegen und – das ist wichtig – die laufende Privatisierung der BVVG zu einem weiteren Absenken des jetzigen Niveaus in den neuen Bundesländern führen kann.

Ein Ausschlagen des Angebots der Bundesregierung hätte folgende Konsequenzen:

Der Umfang des vom Land finanzierten Bewirtschaftungskostenaufwandes beträgt 99,7 Millionen DM und wäre entsprechend der Bewirtschaftungskostenvereinbarung zum Treuhandwald vom 6. Oktober 1933 von der BVVG an das Land zurückzuzahlen.

(Minister Till Backhaus: Nicht '33!)

1993, Herr Backhaus.

(Minister Till Backhaus:
Ein kleiner, aber feiner Unterschied!)

Nach Auffassung des Bundes steht dem Land aber nur der durchschnittliche Bewirtschaftungskostenzuschuß für Treuhandwaldflächen zu. Das wären 71,8 Millionen DM.

Mit der Aufgabe des Landesforstbetriebes Vorpommern würde eine deutliche Schlechterstellung der Infrastrukturleistung der Region gegenüber dem mecklenburgischen Teil eintreten. Die Auflösung der Forstbetriebsteile in den zwölf betroffenen Forstämtern, einschließlich des dann notwendigen Stellenabbaus, birgt eine sozialpolitische Brisanz in sich, die nicht voll abgeschätzt werden kann. Nur im günstigsten Fall kann man davon ausgehen, daß der Leistungsumfang im reinen forstwirtschaftlichen Bereich in dieser Region gleich hoch bleibt. Nach bisherigen Kalkulationen würden dann 50 Prozent der Arbeitsplätze des Landes im privaten Bereich erhalten bleiben. Die übrigen 50 Prozent fielen weg. Bisherige Leistungen der Landesforstverwaltung zur Untersetzung des Programms „Naturnahe Forstwirtschaft“ oder sonstige Leistungen der Forstämter für das öffentliche Leben wie beispielsweise Waldtage, Führungen, Rad-, Wander- und Reitwege, Biotoppflegemaßnahmen bleiben dabei unberücksichtigt.

Eine dritte Möglichkeit: Der Klageweg vor einem Verwaltungsgericht würde mehrere Jahre bis zur letzten Instanz in Anspruch nehmen. Das Land Berlin hat diesen Schritt erwogen, aber wieder verworfen und ist zudem kaum mit land- und forstwirtschaftlichen Flächen betroffen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das ist richtig.)

Der mögliche Zugewinn bei einer gerichtlichen Bestätigung der Anspruchsgrundlagen der Länder auf das ehemalige Preußenvermögen wäre für Mecklenburg-Vorpommern nach Aussagen des Finanzministeriums gering.

Wenn eine Flächenübernahme nicht in absehbarer Zeit entschieden wird, steht aus meiner Sicht zu erwarten, daß in Vorpommern der Landesforstbetrieb bis zu einer endgültigen Entscheidung der Preußenfrage auf das Niveau der Treuhandbewirtschaftung zurückzufahren ist. Ist das in Ihrem Interesse, Herr Minister Backhaus? Vielleicht im Interesse der Finanzministerin. Das würde eine Halbierung der gegenwärtigen Waldarbeiterstellen in Vorpommern bedeuten. Für 1998 waren 2,0 Waldarbeiterstellen auf 1.000 Hektar Treuhandwald geplant. Damit verbleiben sechs Arbeitskräfte auf 1.000 Hektar im Preußenwald. Bei einer Reduzierung auf das Treuhandniveau müßten gut 180 Stellen abgebaut werden, die wir dann vielleicht bei Herrn Holter im ÖBS wiederfinden.

Die BVVG hat signalisiert, daß beim gegenwärtigen Stand der Preußenverhandlung keine neuen Bewirtschaftungsvereinbarungen zum Treuhandwald mit der bisherigen Preußenflächenklausel abgeschlossen werden können. Darüber hinaus sind sämtliche Zwischenlösungen infällig, wenn der Klageweg beschritten wird.

So gibt es eigentlich keine Alternative. Das Angebot des Bundes muß vom Land Mecklenburg-Vorpommern angenommen werden. Das Finanzministerium soll mit diesem Antrag aufgefordert werden, eine entsprechende Vereinbarung mit dem Bund unter Mitwirkung des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft abzuschließen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Schönen Dank, Herr Riemann.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Zunächst hat der Landwirtschaftsminister um das Wort gebeten. Wollen Sie noch? Bitte sehr, Herr Landwirtschaftsminister.

Minister Till Backhaus: Vielen Dank, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Riemann und sehr geehrte Kollegen der Fraktion der CDU, wenn Sie erneut Anträge einbringen, die Sie ja bereits im März gestellt und dann zurückgezogen haben und nun praktisch wieder auf die Tagesordnung des Hohen Hauses zurückbringen, dann müssen Sie sich zukünftig auch damit auseinandersetzen und berücksichtigen, daß in der Zwischenzeit etwas geschehen ist. Insofern bin ich Ihnen ja sehr dankbar, Herr Riemann, daß Sie zum Teil auf die Informationen, die Ihnen auch im Finanzausschuß gegeben worden sind, zurückgegriffen haben.

Ich werde mich bemühen, in sachlicher Form – Sie haben ja dargestellt, daß das kein Meckerantrag ist – die Defizite, die Sie Ihren Überzeugungen nach dargestellt haben, auszuräumen. Es kann aber nicht meine Aufgabe sein – und letzten Endes auch nicht die der Sozialdemokraten –, Ihnen nun erneut die ganze Problematik darzustellen, zumal Ihnen die Landesregierung die Informationen innerhalb der Finanzausschußsitzung am 18. März 1999 zum Teil ja gegeben hat. Die Verhandlungen über die preußischen Liegenschaften mit dem Ziel fortzusetzen, für das Land Mecklenburg-Vorpommern die bestmöglichen Konditionen zu erreichen, das war und ist erklärtes Ziel der Landesregierung. Bis zum 30.06.1999 soll dem Finanzausschuß – und ich werde selbstverständlich auch den Landwirtschaftsausschuß darüber informieren – berichtet werden, wie das Ergebnis der Prüfung zum Preußenvermögen ausgefallen ist. Sie wissen das, meine Damen und Herren der CDU. Insofern, glaube ich, ist es auch noch mal wichtig, daß ich das darstelle.

Der hier zu behandelnde Antrag Ihrer Fraktion ist aus meiner Sicht schon im wesentlichen abgearbeitet worden, und Sie haben sich damit ja auch auseinandergesetzt. Ich möchte dem Landtag dennoch kurz die Informationen zur Preußenproblematik geben, die das Vorgehen der Landesregierung darstellen.

Erstens. Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat bereits 1992 mit dem Restitutionsantrag Anspruch auf die Vermögenszuordnung sämtlicher Wald-, Agrar- und Gewässerflächen – auch das ist aus meiner Sicht noch mal wichtig – beantragt, die am 8. Mai 1945 im Eigentum des Landes Preußen waren. Im übrigen möchte ich darauf hinweisen, daß es seinerzeit eine sehr heftige Debatte gab. Sie wissen vielleicht auch noch, gerade im Zusammenhang mit den Gewässerflächen, daß dies ein Antrag der Sozialdemokraten war. Es handelt sich hierbei im wesentlichen um einen Flächenumfang, Sie haben das angedeutet, von 17.000 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche – das sind nicht nur Ackerflächen, sondern insbesondere auch Grünlandflächen – und etwa 45.000 Hektar forstwirtschaftliche Flächen, den sogenannten Preußenwald. Diese Liegenschaften – und da gebe ich Ihnen recht,

und das ist uns allen hoffentlich bewußt – befinden sich überwiegend in Vorpommern.

Zweitens. Der Bund hat die Meinung vertreten, daß die Restitutionsansprüche der fünf neuen Bundesländer unberechtigt seien. Das diesbezügliche Urteil des Bundesverfassungsgerichtes ging bedauerlicherweise – ich betone dies auch noch einmal – zu Lasten der fünf neuen Bundesländer und damit insbesondere auch zu Lasten des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Die geführten Vergleichsverhandlungen mit dem Bund wurden daraufhin für beendet erklärt. Auch dies ist noch mal wichtig.

Drittens. Um weitere langwierige Auseinandersetzungen zu vermeiden, bot die Bundesregierung in getrennten Verhandlungen den Ländern die Übertragung des Preußenvermögens an. In den anderen vier Ländern – das haben Sie ja deutlich gemacht – ist die Übernahme bereits abgeschlossen.

Viertens. Für Mecklenburg-Vorpommern liegt die Verhandlungsführung beim Finanzministerium in enger – ich betone dieses –, in enger Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei. Mit der Übernahme der Amtsgeschäfte hat sich die Landesregierung sofort dieser auf Entscheidung drängenden Preußenproblematik angenommen. Ich habe Ende des Jahres 1998 die Forstabteilung des Ministeriums beauftragt, die forstpolitische sowie forst- und holzwirtschaftliche Bedeutung des Preußenwaldes aufzuzeigen und die Konsequenzen einer Übernahme beziehungsweise Ablehnung des Vermögens zu prüfen.

Demnach, meine Damen und Herren, ist eines völlig klar: Die Übernahme des Preußenwaldes und des Preußenvermögens verhindert nicht nur die forstpolitische Spaltung unseres Bundeslandes, sondern ich denke hier vor allem auch – und das sage ich an dieser Stelle einmal ganz bewußt als Sozialdemokrat – an den Beschäftigungsaspekt. Rein rechnerisch stehen mindestens 320 Landesbedienstete zur Disposition, davon allein 230 Waldarbeiter.

Aber hier geht es nicht um ein reines Rechenbeispiel und vor allem auch nicht um die 320 Einzelschicksale. Ich denke dabei natürlich auch an die Zukunftsvorsorge hinsichtlich der besonderen Leistungen und Wirkungen des Landeswaldes in Mecklenburg und ganz besonders in Vorpommern. Insbesondere der Erholungswert, die Schutzfunktion, aber auch die Wirtschaftsfunktion des Waldes müssen hier Berücksichtigung finden. Und daß dieses eben auch zur Kulturlandschaft gehört, brauche ich hier nicht näher zu erläutern.

Ich denke aber auch an die Sicherung von Naturschutzflächen, bei der gerade Vorpommern einen Schwerpunkt darstellt.

(Der Abgeordnete Wolfgang Riemann bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Ich denke auch an die Versorgung der momentan und hoffentlich noch lange im Aufwind befindlichen einheimischen Holzindustrie. Da geht es nicht nur um Wismar, sondern es geht insbesondere auch um die einheimischen Sägewerke und die Sägeholzindustrie gerade auch in Vorpommern und deren Sicherung. Nicht zuletzt geht es darum, die Gesamtproblematik der Strukturschwäche von Vorpommern mit darzustellen.

Präsident Hinrich Kuessner: Erlauben Sie eine Frage des Abgeordneten Riemann?

Minister Till Backhaus: Gerne, Herr Riemann.

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte sehr, Herr Riemann.

Wolfgang Riemann, CDU: Herr Minister Backhaus, habe ich Sie richtig verstanden, daß die Landesregierung sich sofort der Problematik Preußenwald angenommen hat und diese jetzt zielgerichtet einer Lösung zuführen will?

Minister Till Backhaus: Das ist so. Das ist definitiv so.

Wolfgang Riemann, CDU: Danke.

Minister Till Backhaus: Ich kenne ja Ihre Anmerkungen, daß angeblich nicht intensiv genug verhandelt worden sein soll. Ich sage Ihnen hier ganz eindeutig: Ich habe persönlich mehrere Gespräche mit Herrn Graf Stauffenberg von der BVVG geführt. Und auf Arbeitsebene sowohl im Finanzministerium als auch im Landwirtschaftsministerium ist an diesem Thema permanent gearbeitet worden. Aber ich sage Ihnen vielleicht später noch ein paar Dinge dazu.

Die andere Seite der Medaille, um in meiner Rede fortzufahren, sind die finanziellen Auswirkungen der Übernahme des Preußenwaldes in Landeseigentum. Leider ist das Angebot des Bundes kein Geschenk, meine Damen und Herren. Es bedarf vielmehr harter, und zwar sehr harter Verhandlungen, um unter Auslotung der Rechtsposition des Landes die Prämissen – und auch dieses betone ich noch einmal ausdrücklich – einer soliden Finanzpolitik in unserem Bundesland zu berücksichtigen. Hier sage ich Ihnen auch sehr deutlich, daß ich in dieser Frage vollkommen konform mit der Finanzministerin gehe.

Es ist Ihnen sicherlich auch bekannt, daß die Landesforstverwaltung ihre gesetzlich festgeschriebenen Aufgaben nur mit einem Finanzaufschlag erfüllen kann. Dies trifft auch auf die Preußenwaldflächen zu, die im übrigen seit 1992 mit Mitteln des Landeshaushaltes wie Landeswald bewirtschaftet werden. Das heißt, wir haben die ganze Zeit so getan, als ob es unser Eigentum wäre. Und das ist aus meiner Sicht auch richtig und gut gewesen, insbesondere für den Wald in Vorpommern.

In die Preußenwaldüberlegungen muß somit auch die zukünftige Belastung des Landeshaushaltes einbezogen werden. Das Finanz- und das Landwirtschaftsministerium haben deshalb beschlossen, die gesamte Forstverwaltung des Landes Mecklenburg-Vorpommern auf den Prüfstand zu stellen. Seit März wird in meinem Haus auf der Basis von Organisations- und Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen ein Gutachten für die Landesforstverwaltung erarbeitet. In dieses Gutachten ist auch und ausdrücklich der Preußenwald einbezogen. Mit der Erarbeitung eines langfristig ausgerichteten Konzeptes sind externe Gutachter und insbesondere der Sachverstand unserer eigenen Landesforstverwaltung beauftragt und einbezogen. Ziel ist – und damit müssen eigentlich alle konform gehen – die Erhöhung der Effizienz der Landesforstverwaltung im betrieblichen als auch im Verwaltungsbereich.

Angesichts der Lage der Forstwirtschaft und der Bedeutung des Waldes für unser Land sind die gesellschaftlichen Leistungen der Landesforstverwaltung flächendeckend unverzichtbar. Dieses betone ich noch einmal ausdrücklich. Einspareffekte erwarte ich aber vor allem durch langfristige Kostensenkungen im forstbetrieblichen Bereich und damit auch Einsparungen zum Teil im Personalkostenbereich.

Die Übernahme des Preußenwaldes ist also geboten und deshalb auch Ziel der laufenden Verhandlungen der Landesregierung. Ich hoffe, daß deshalb alle Fraktionen beiden Häusern die Unterstützung geben werden.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Es gebietet aber auch der Grundsatz vorausschauender Sparsamkeit, die Übernahme des Preußenwaldes, diese ganze Problematik auf finanziell sichere Füße zu stellen. Dieses wird in den nächsten Wochen geprüft. Ich habe Ihnen ja angedeutet, woran wir arbeiten.

In der Vergangenheit hat man sich im Vergleich zu den anderen Bundesländern – und das höre ich auch immer wieder in den Gesprächen mit den Forstwirten in Vorpommern – offenbar viel Zeit gelassen, einen Beschluß zum Preußenwald und zur Preußenproblematik zu fassen. Ich sage Ihnen aber auch hier und an dieser Stelle: Wir arbeiten an einer Kabinettsvorlage zu diesem Thema. Nun muß aber auch noch so viel Zeit sein, das Gutachten abzuwarten und parallel dazu die besten Konditionen beim Bund auszuhandeln. Es geht hier also nicht nach dem Prinzip „So schnell schießen die Preußen nicht“, sondern „Wichtiges Ding braucht eben auch Weile“.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Die nötige Zeit sollten wir uns alle gemeinsam lassen, um eine gute Entscheidung insbesondere für Vorpommern erreichen zu können, für das Land und für die Wälder genauso wie für den Haushalt unseres Bundeslandes.

Um es auf den Punkt zu bringen, Herr Riemann: Vorpommern als strukturschwache Region, deren Waldbesitzer, Forstleute, die Holzbranche, die Naturschützer, die Kommunen, aber insbesondere auch die Interessenvertreter, und ganz besonders betone ich noch einmal die Holzbranche, erwarten die Sicherung des Landeswaldes durch die Übernahme des Preußenwaldes. Der Antrag der CDU aber schränkt – und da bitte ich Sie um Verständnis – den Verhandlungsspielraum gegenüber dem Bund ein, wenn dieser weiß, daß durch Landtagsbeschluß die Übernahme des Waldes bereits fixiert ist.

Ich schlage Ihnen deshalb folgendes vor: Der Antrag bedarf aufgrund des bereits erreichten Verhandlungsstandes und der in Auftrag gegebenen Untersuchung aus meiner Sicht keiner weiteren Behandlung durch den Landtag, zumal Sie den Bericht zum 30. Juni 1999 auch erhalten sollen. Die Ergebnisse – das betone ich hier noch mal – bis zum 30. Juni 1999 sollten als solide Entscheidungsgrundlage abgewartet werden. Ich empfehle, wenn ich mir das erlauben darf, deshalb dem Landtag, die Übernahme des Preußenvermögens durch die Landesregierung, wie durch diese vorgesehen, zum Abschluß bringen zu lassen und den Antrag als bereits in Erledigung befindlich nicht weiter zu behandeln.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, mit Ihrem Antrag erreichen Sie doch nichts anderes als eine Schwächung der Verhandlungsposition des Landes und insbesondere unserer beiden Häuser.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Zudem habe ich ja auch bis jetzt sehr sachlich dargelegt, daß Ihr Antrag einem längst überholten Sachstand geschuldet ist.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Ich komme gleich dazu.)

Meine Damen und Herren, ich würde Sie dringend darum bitten: Ziehen Sie Ihren Antrag zurück, denn wir arbeiten wirklich mit Hochdruck daran! Ich habe die große Hoffnung, daß ich mit dem Redebeitrag auch zur Erhellung Ihres Horizontes beigetragen habe. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Schönen Dank, Herr Minister Backhaus.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Monegel von der SPD-Fraktion. Bitte sehr.

Hannelore Monegel, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, unbestritten ist die Bedeutung des sogenannten Preußenwaldes. Wir haben es eben sowohl von den Antragstellern als auch vom Landwirtschaftsminister gehört.

Die Übernahme des Vermögens der ehemals preußischen landwirtschaftlichen Flächen in das Eigentum des Landes ist eine von der SPD seit langem wiederholt gestellte Forderung. Es wurde schon gesagt, es handelt sich um 45.000 Hektar Waldfläche, die mehr als 300 Menschen Arbeit bietet, und weitere 17.000 Hektar landwirtschaftliche Fläche. Sie sind, wie schon richtig betont wurde, ein wichtiger Baustein in der Forstpolitik unseres Landes.

Nun könnte man zu dem Schluß kommen, wenn es nun so wichtig ist, dann müßte man ja diesem Antrag folgen und sofort alles übernehmen. Ich möchte begründen, warum dieser Antrag unbedingt abzulehnen ist. Der Landwirtschaftsminister hat einige Dinge schon ausgeführt.

Sie wissen, daß seit mehreren Jahren Verhandlungen zur Übernahme der Flächen aus dem Preußenvermögen mit dem Bund laufen. Der Bund ist daran interessiert, den Wald in Vorpommern möglichst abzugeben. Für die Bewirtschaftung – auch das ist uns bekannt – dieser Forstflächen hat Mecklenburg-Vorpommern mittlerweile an die 100 Millionen DM Bewirtschaftungskosten aufbringen müssen.

Auch der ehemalige Landwirtschaftsminister Herr Brick war, wie wir wissen, während seiner Amtszeit aktiv an diesen Verhandlungen beteiligt. Und ich möchte Sie auch daran erinnern – auch wenn ich in diesem Hohen Hause damals nicht anwesend war –, daß bereits im Februar 1998 die Landesregierung im Rahmen einer Großen Anfrage der SPD zur Situation in der Landwirtschaft auf die Frage nach dem Verhandlungsstand zum Preußenwald antwortete, daß es diesbezüglich zwischen Bund und den Ländern strittige Auffassungen gebe, die mit Rechtsgutachten zu belegen seien. Weiterhin heißt es in dieser Antwort: „Um eine langwierige Entscheidung auf dem Klageweg zu vermeiden, wurde durch Bund-/Länderverhandlungen auf Arbeitsebene ein Vergleichsvorschlag erarbeitet. Dieser befindet sich zur Zeit in der politischen Abstimmung.“ In diesem Jahr, im Februar 1999, habe ich auf eine Kleine Anfrage zu diesem Thema eine Antwort der Landesregierung erhalten, aus der hervorgeht, daß noch Untersuchungsbedarf besteht.

Und, meine Damen und Herren aus der CDU-Fraktion, in dieser jetzt so wichtigen Verhandlungsphase stellen Sie den Antrag und wollen die Landesregierung verpflichten, ihre Verhandlungspositionen ohne weitere Verhandlungen

aufzugeben und sofort das Vermögen zu übernehmen. Und es soll, wenn der Landtag Ihren Vorstellungen folgen sollte, nicht mehr verhandelt werden. Statt dessen soll das Angebot des Bundes – und es ist nicht optimal – ohne Vertretung der Interessen des Landes angenommen werden. Ich sitze jetzt schon einige Zeit hier und höre immer etwas von Rückgrat.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Dazu werde ich gleich was sagen.)

An dieser Stelle, denke ich mal, sollten wir es zeigen!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich denke, wir erweisen unserem Land einen Bären-dienst, wenn wir diesem Antrag folgen würden.

(Heinz Müller, SPD: Sehr richtig.)

Im übrigen hat das Finanzministerium über den Verhandlungsstand im Landwirtschaftsausschuß ausführlich berichtet. Auch das sollte Ihnen bekannt sein.

(Wolfgang Riemann, CDU: Im Finanzausschuß.)

Im Landwirtschaftsausschuß auch, falls es nicht bekannt ist.

(Heinz Müller, SPD: Da ist Herr Riemann nicht, das weiß er nicht.)

Ziel der Verhandlungen ist eine Übertragung von Flächen aus dem ehemaligen Preußenvermögen ohne Auslösung von Zahlungsverpflichtungen. Dazu muß das Land aber in der Lage sein, seine eigenen Positionen vorteilhaft gegenüber dem Bund zu vertreten.

Ihnen, meine Damen und Herren, ist auch zwischenzeitlich bekannt – Sie sagten ja, im Finanzausschuß wurde das auch behandelt –, daß die Regierung ihre Verhandlungen Mitte des Jahres abschließen will. Und in dieser wichtigen Phase setzen Sie erneut den Antrag auf die Tagesordnung. Eine Verhandlungsposition soll ohne Notwendigkeit aufgegeben werden. Ich verstehe die Welt bald nicht mehr.

(Heinz Müller, SPD: Die CDU!)

Wollte man Ihrem Antrag entsprechen, würden die Aufwendungen, die dem Land durch jahrelange Bewirtschaftung der Forstflächen entstanden sind, völlig außer acht gelassen. Das kann doch wohl nicht sein! Bei der allgemeinen Haushaltslage des Landes, die eine höhere Neuverschuldung nicht zuläßt, was auch Sie immer wieder richtig fordern, soll Mecklenburg-Vorpommern entsprechend Ihrem Antrag seine Verhandlungspositionen fallen lassen

(Wolfgang Riemann, CDU: Wer hat denn das geschrieben? Die Finanzministerin?)

und erhebliche finanzielle Belastungen in Kauf nehmen. Ist das Ihr verantwortungsbewußter Umgang mit finanziellen Mitteln, meine Damen und Herren der CDU?

Ich möchte hier nur noch folgendes erwähnen: Die Ergebnisse der Verhandlungen in anderen Bundesländern haben gezeigt, daß der Wald aus dem Preußenvermögen durchaus unter kostengünstigen Bedingungen übernommen werden kann. Deshalb will ich es noch einmal ganz deutlich sagen: Dieser Antrag nützt unserem Lande überhaupt nichts, sondern – im Gegenteil – er schadet ihm. Er ist daher abzulehnen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Vielen Dank, Frau Kollegin.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schwebs von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Frau Schwebs.

Birgit Schwebs, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Fast am Ende seiner zweitägigen Beratung angelangt, steht der Landtag vor einer schwierigen Aufgabe. Er soll beschließen, daß die Landesregierung aufgefordert wird, das Angebot des Bundes, die Übertragung des sogenannten Preußenvermögens, unverzüglich anzunehmen. Ich finde es schon sehr paradox, wenn jemand per Beschluß aufgefordert wird, ein Angebot anzunehmen. Was kann daran nur so kompliziert sein, daß die Landesregierung dazu einen Auftrag des Parlamentes benötigt?

Erinnern wir uns – es wurde hier ja auch schon gesagt –, das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat im Frühjahr 1997 entschieden, daß die neuen Länder keinen Anspruch auf das preußische Vermögen haben. Flugs zog die Bundesregierung, also die alte CDU/CSU- und FDP-Koalition, ihr Angebot, den Ländern einen Fonds von 300 Millionen DM für die Finanzierung des Rückkaufs des Preußenvermögens bereitzustellen, zurück. Das sogenannte Preußenvermögen, das betrifft den Wald und die landwirtschaftlichen Nutzflächen gleichermaßen, wurde und wird demzufolge von den neuen Bundesländern auf eigene Kosten bewirtschaftet.

Seit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes gibt es Verhandlungen zwischen dem Bund und den Ländern, gibt es Streit um die Konditionen der Übertragung des ehemaligen Preußenvermögens an die Länder. Die anderen neuen Länder haben es übernommen. Aber Brandenburg zum Beispiel beziffert den Verlust, den es dadurch erlitten hat, mit 50 Millionen DM. Im Finanzausschuß haben Sie es gehört, Herr Riemann!

(Wolfgang Riemann, CDU: Einen möglichen Verlust, einen möglichen!)

Daß es Streit und Verhandlungen gibt, lese ich auch aus der Antwort der Landesregierung vom 28. Februar 1998 auf die Große Anfrage der SPD. Warum hat die Landesregierung eigentlich nicht schon in der letzten Legislatur über den Vergleichsvorschlag und damit über den Erhalt oder den Abbau von Arbeitsplätzen im Forstbereich entschieden? War nicht Herr Brick der Dienstherr der dort Beschäftigten?

Bei der bisherigen Debatte um die Vermögenszuordnung wird total vernachlässigt, daß es hier um ein Vermögen für das Land Mecklenburg-Vorpommern geht, das mit fiskalischen Begriffen gar nicht zu erfassen ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Sicher ist dieser Wald – fiskalisch betrachtet – ein Kostenfaktor im jährlichen Landeshaushalt, der nicht zu unterschätzen ist. Vielleicht zögert Frau Keler ja deshalb so lange, die Übertragung anzunehmen.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Richtig. Das vermuten Sie richtig.)

Aber dieser Wald ist doch mehr, meine Damen und Herren. Dieser Wald ist Lebensraum für Pflanzen und Tiere, er ist Urlaubs- und Erholungsraum für Menschen, ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Da blühen jetzt Buschwindröschen. Deshalb sollten wir die Sitzung verkürzen. – Minister Till Backhaus: Das sollen noch Bäume werden.)

Genau. Übrigens, 14 Tage zu früh.

... er schützt vor Lärm, bindet Staub und andere Immissionen, er produziert Sauerstoff und dient dem Wasser- und Temperatursgleich in der Region, er ist Rohstofflieferant, und er sichert nicht wenige Arbeitsplätze im Land.

Im Landeswaldgesetz ist nachzulesen, daß die Landesregierung sich bemühen wird, den Landeswald – und diesem sollen ja die 45.000 Hektar aus dem Preußenvermögen zugeordnet werden – in seinem Bestand zu verbessern und zu erhalten. Künftigen Generationen soll damit ein funktionsfähiges und sich selbst erneuerndes Ökosystem Wald geschaffen und auch erhalten werden.

Mecklenburg-Vorpommern zählt – entgegen allen landläufigen Vorurteilen – mit einem Anteil von nur gut 20 Prozent Wald an der Landesfläche zu den waldärmsten Ländern der Bundesrepublik. Schon deshalb, denken wir, müßte das Land Interesse daran haben, 45.000 Hektar Wald schnellstens in Eigenregie zu übernehmen

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

und in eigener Verantwortung selbst zu bewirtschaften. Denn 45.000 Hektar Wald sind, wenn sie nachhaltig und zukunftsorientiert bewirtschaftet werden, eine Chance für hier lebende Menschen, für Arbeitsplätze, für Freizeit und Erholung jetzt und in der Zukunft. 45.000 Hektar Wald bestimmen aber auch regional und global die Qualität der Umwelt, und sie bedeuten nicht zuletzt mit dem Rohstoff Holz Daseinsfürsorge, gerade für künftige Generationen.

Deshalb ist auch die PDS-Fraktion dafür, die Verhandlungen mit dem Ziel der Übertragung des Preußenwaldes im Interesse des Landes zu forcieren. Aber, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, wie Sie aus eigener langjähriger Regierungserfahrung wissen, Verhandlungen mit dem Bund sind immer etwas zählebig, vor allen Dingen, wenn der Bund etwas abgeben soll.

(Reinhard Dankert, SPD: Sie denken nur nach vorne, die gucken nicht mehr zurück.)

Wir meinen, die Landesregierung braucht keinen Auftrag, das Angebot des Bundes anzunehmen. Ein Auftrag an dieser Stelle ist ebenso überflüssig wie verwunderlich. Was aber zusätzlich gebraucht wird, ist ein Konzept zur zukünftigen Entwicklung des Waldes:

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Caterina Muth, PDS: Richtig!)

Wie soll er bewirtschaftet werden? Wie viele Arbeitsplätze – um auf Ihr Anliegen, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, zurückzukommen – können mit welchem Bewirtschaftungskonzept erhalten werden? Oder besser: Mit welchem Nutzungskonzept können die meisten Arbeitsplätze heute und auf Dauer am besten erhalten werden? Es müßte diskutiert werden, welche Ansprüche künftige Generationen an den Wald stellen könnten. Und nicht zuletzt müßte aufgelistet werden, was bisher eigentlich in dieser Richtung geleistet wurde.

Gerade weil wir diesen Antrag nicht nur unter fiskalischen und populistischen Gesichtspunkten, die hier zur Genüge ausgeführt wurden, betrachten, wird unsere Frak-

tion dieses Thema gern und ausführlich im Ausschuß für Landwirtschaft diskutieren.

Was am Ende bleibt, ist aber immer noch eine Frage an die CDU-Fraktion: Worum geht es Ihnen eigentlich mit diesem Antrag hier und heute? Es wundert mich, daß gerade Sie als anerkannte Verfechter der Privatisierung fordern, 45.000 Hektar Wald, die fiskalisch betrachtet durchaus als Danaergeschenk des Bundes an das Land bezeichnet werden können, daß gerade Sie das Land drängen, diesen Wald unverzüglich in sein Eigentum zu übernehmen, trotz der daraus möglicherweise entstehenden finanziellen Verluste für das Land.

Wir sind für einen zügigen Abschluß der Verkaufsverhandlungen und werden diese ganz genau verfolgen, im Finanz- und auch im Landwirtschaftsministerium. Was lange währt, wird zwar gut, aber manchmal muß man auch kontrollieren, wie es denn gut wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ihren Antrag werden wir heute trotzdem ablehnen. Er ist einfach zu platt und zu populistisch, als daß man ihm überhaupt zustimmen könnte.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Schönen Dank, Frau Schwebs.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Riemann von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Riemann.

Wolfgang Riemann, CDU: Ja, aufgrund des Angebotes der PDS-Fraktion, darüber in den Ausschüssen zu reden, will ich gleich voranstellen, daß wir diesen Antrag überweisen wollen,

(Caterina Muth, PDS: Das kann man auch so machen. Das wissen Sie doch.)

damit er in den Ausschüssen Finanzen und Landwirtschaft beraten werden kann.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Machen wir alles in der Selbstbefassung.)

Und, Herr Minister Backhaus, ich habe nicht umsonst eine Zwischenfrage zu Ihrer Rede gestellt. Die von Ihnen dargestellten Verhandlungen mit der BVVG sind zum Preußenwald irrelevant. Zu verhandeln ist mit dem BMF, dem Bundesministerium für Finanzen, Herr Minister Backhaus, und Sie haben in diesem Zusammenhang soeben dem Parlament die Unwahrheit gesagt.

Ich zitiere aus einem Vermerk des Bundesfinanzministeriums vom gestrigen Tage, Punkt 2, Stand der Verhandlungen zum Preußenvermögen: „Das letzte Gespräch“ – und daraus schlußfolgert die Aktualität und die Dringlichkeit unseres Antrages – „mit Mecklenburg-Vorpommern (dort liegen rund 45.700 Hektar Preußenwald) hat am 12. August 1998 in Bonn stattgefunden. Seitdem hat sich das Land zum weiteren Fortgang nicht geäußert. Der Antwort der Landesregierung vom 3. Februar 1999 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Hannelore Monegel, SPD, zur Übertragung des Preußenwaldes, Landtagsdrucksache 3/157, ist zu entnehmen, daß die Landesregierung noch Prüfungsbedarf hat.“ Da erfährt der Verhandlungspartner aus einer Kleinen Anfrage einer Abgeordneten, daß dieses Land noch Prüfungsbedarf zum Preußenvermögen hat. Ich finde, das ist ein Skandal.

Im Finanzausschuß suggeriert man uns, man verhandele ständig mit dem Bund, und die Wirklichkeit sieht anders aus. Deshalb auch dieser Antrag. Diese prima Schlafkoalition verspielt die forst- und arbeitsmarktpolitische Zukunft in diesem Bereich in Vorpommern.

(Reinhard Dankert, SPD: Lassen Sie sich doch mal was Neues einfallen, Herr Riemann. – Heinz Müller, SPD: Jedesmal der gleiche Witz.)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Daß dieser Antrag auch andere Mitglieder dieses Hauses berührt, daß er dieses Haus schon des öfteren beschäftigt hat, geht aus den Ausführungen meiner Vorredner hervor.

Aber ich frage Sie natürlich auch, werte Kollegen von der PDS und von der SPD: Warum haben Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen und am 26. Januar Brandenburg das Angebot des Bundes zur Übernahme des Preußenwaldes angenommen? Warum? Warum haben diese Länder das angenommen? – Weil sie nicht nur eine fiskalische Verantwortung, sondern auch eine forst- und arbeitsmarktpolitische Verantwortung haben!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Diese Landesregierungen, auch wenn sie nicht immer durch die CDU mit geführt sind, haben zumindest ihre Verantwortung wahrgenommen und nicht, wie uns im Finanzausschuß suggeriert werden sollte, daß nur einige Länder das angenommen hätten. Man kann es im Protokoll nachlesen. Diese Landesregierung nimmt hier im Land Mecklenburg-Vorpommern ihre Verantwortung nicht wahr.

Seit 1997 bemüht sich das Landwirtschaftsministerium um die Übernahme der 45.000 Hektar Preußenwald, gelegen komplett in Vorpommern. Neben dem finanziellen Aspekt, der hier immer wieder in den Vordergrund geschoben wurde – man sollte auch berücksichtigen, daß diese Fläche einen Wert von etwa 351 Millionen DM hat –, gibt es auch noch einen arbeitsmarktpolitischen Aspekt. Mit dem Preußenwald sind 320 Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst verbunden – nicht im ÖBS –, wieder im strukturschwachen Vorpommern.

Während andere neue Bundesländer längst erfolgreich mit dem Bund ihre Verhandlungen abgeschlossen haben, blockiert hier im Land das Finanzministerium seit Jahren das Angebot des Bundes, 45.710 Hektar wertbeständiges beleihbares Grundvermögen ohne zusätzliche Kosten zu übernehmen. 320 Arbeitsplätze in Vorpommern werden durch die Blockade des Finanzministeriums gefährdet. So sieht die Wahlaussage von SPD und PDS „Arbeit, vor allem im Osten“ in der Praxis aus.

(Caterina Muth, PDS: Herr Riemann, was haben Sie denn bis zum Herbst gemacht? Da waren Sie doch dabei!)

Die letzten Verhandlungen, das kann ich nochmals sagen,

(Peter Ritter, PDS: Wie man immer in den Wald hineinruft.)

fanden am 12. August 1998 in Bonn statt. Danach gab es eine Wahl, und seitdem hat diese Landesregierung nichts getan. Der Ministerpräsident des Landes verkündet in seiner Regierungserklärung, alle Holzreserven zur Belebung der Forstwirtschaft, zur Belebung der Holzwirtschaft und zur Wertschöpfung im eigenen Land erschließen zu

wollen. Der Landwirtschaftsminister Backhaus erklärt öffentlich, er wolle die Waldflächen vermehren, und in der Praxis knicken beide vor einer buchhalterischen, kleinkarierten Politik der Finanzministerin ein.

Die Rechtslage, Frau Keler und Herr Backhaus, ist klar. Die Vermögenswerte sind klar. Klar ist auch, daß derzeit die Preußenwaldflächen nicht kostendeckend bewirtschaftet werden können. Dieses wird eine Aufgabe sein, die der Landwirtschaftsminister Backhaus zu lösen hat. Hier kann er dann öffentlich beweisen, was er leistet, und braucht sich nicht mehr wie bisher mit den Federn seines Vorgängers zu schmücken und alles was nicht gut läuft, auf seinen Vorgänger zu schieben.

Klar ist auch die Arbeitskräftesituation im Forstbereich. Und, Herr Ministerpräsident, wenn Sie ein Bündnis für Arbeit in Vorpommern schließen wollen, dann fangen Sie mit der Übernahme des Preußenwaldes an. Damit sichern Sie 320 Arbeitsplätze. Dies ist das Zehnfache von dem, was Sie bisher im öffentlichen Beschäftigungssektor zustande gebracht haben. Oder, Herr Ringstorff, wollen Sie weiter zusehen, wie der Bund Wald privatisiert und damit schleichenden Arbeitsplatzabbau besonders in Vorpommern betreibt? Das Kalkül der Finanzministerin, wenn kein Landeswald da ist, können auch keine Verluste in der Bewirtschaftung entstehen, wenn kein Preußenwald da ist, braucht man auch keine Forstleute zu beschäftigen, darf nicht aufgehen. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit insbesondere im ländlichen Raum der strukturschwachen Region Vorpommern besteht dann für diese Forstleute keine nennenswerte berufliche Alternative. Meine Damen und Herren, sieht so die neue rot-rote Politik „Gerechtigkeit im Osten“ aus?

45.700 Hektar Preußenwald ausschließlich in Vorpommern gelegen, das sind mehr als 99 Prozent des Landeswaldes in diesem Landesteil. Das sind 31 Prozent des Gesamtwaldes in Vorpommern. Die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald und der Bund deutscher Forstleute fordern seit langem eine Übernahme des Preußenwaldes. In einer Pressemitteilung vom 3. März erklärt unser formidabler Landwirtschaftsminister: „Wir wollen die organisatorische und betriebswirtschaftliche Effektivität der Landesforstverwaltung verbessern. Wenn sich daraus Ansätze für die Minderung der laufenden Zuschüsse ergeben, hat man sicher auch Argumente für die Übernahme des Preußenwaldes“ – Wem gegenüber eigentlich? Der Finanzministerin? – „und kann dann die Verhandlungen mit dem Bund fortsetzen.“ Dazu fällt mir nur ein: Er wollte wollen, nur können hat er nicht gedurft.

Herr Backhaus und Herr Ringstorff, beenden Sie die buchhalterische Blockade der Finanzministerin! Verhindern Sie mit der Übernahme des Preußenwaldes die forstpolitische Spaltung des Landes! Sichern Sie Arbeitsplätze der Forstarbeiter! Sichern Sie Gerechtigkeit, besonders in Vorpommern!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Aber Sie verlangen von Herrn Ringstorff das, was Herr Seite nie geschafft hat.)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Bräunig von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Bräunig.

(Erhard Bräunig, SPD:

Nein, nein, das ziehe ich zurück.)

Sie wollen nicht, gut.

Dann schlieÙe ich die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, wie es eben auch noch mal von der CDU-Fraktion betont wurde, den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/298(neu) zur federführenden Beratung an den Finanzausschuß und zur Mitberatung an den Landwirtschaftsausschuß zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über diesen Antrag in der Sache. Wer stimmt für diesen Antrag? – Gegenprobe. – Damit ist der Antrag auf Drucksache 3/298(neu) mit den Stimmen der SPD und PDS gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 22**: Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Unterrichtung zu altersgerechtem und betreutem Wohnen in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 3/288.

**Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:
Unterrichtung zu altersgerechtem und betreutem Wohnen in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 3/288 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Koplín von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Koplín.

Torsten Koplín, PDS: Verehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Im vorigen Jahr wurde der Plan „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ vorgelegt. Zu den grundsätzlichen Aussagen dieses Planes gehört die Feststellung: „Die Interessen älterer Menschen müssen in allen Bereichen der Gesellschaft Berücksichtigung finden.“ Die Frage des altersgerechten und betreuten Wohnens betrifft die Interessenlage älterer Menschen, ihrer Verwandten und Bekannten und somit die mehrerer Generationen.

Diese Interessenlage und der grundgesetzliche Handlungsauftrag an uns Parlamentarier, die Lebensbedingungen allgemein und damit auch die der älteren sowie pflegebedürftigen Menschen so zu regeln, daß ihnen eine menschenwürdige Existenz unter weitestgehender Selbstbestimmung gewährleistet wird, sind Grund genug, sich in diesem Hause mit der Thematik des altersgerechten und betreuten Wohnens zu befassen.

Es ist in der Sache kennzeichnend, daß das altersgerechte und betreute Wohnen aus zwei Elementen besteht: dem Wohnen und der Betreuung. Es umfaßt somit ein ausgesprochen breites Spektrum. Das betreute Wohnen findet in Abhängigkeit vom Umfang der selbständigen Lebensführung statt. Je geringer dieser Umfang, desto größer jene Aufgabe. Darin eingeschlossen ist auch die Möglichkeit der Kurzzeitpflege, ohne den Wohnraumwechsel vollziehen zu müssen. Das altersgerechte Wohnen ist durch alle notwendigen Rahmenbedingungen geprägt, die erforderlich sind, damit der ältere Mitbürger seinen eigenen Haushalt weiterführen kann. Dabei ist altersgerechtes Wohnen unabdingbar an Barrierefreiheit gebunden, ohne die selbstständiges und selbstbestimmtes Wohnen nicht realisierbar ist.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Sehr geehrte Damen und Herren! Das altersgerechte und betreute Wohnen wird absehbar erheblich an Bedeutung gewinnen. Die Bedeutung hängt von den demographischen und sozioökonomischen Gegebenheiten und Entwicklungen ab. Die demographische Entwicklung wird gekennzeichnet durch einen Anstieg des Anteils der älteren und sehr alten Menschen. In den neuen Bundesländern beträgt der Anteil der Personen mit 60 und mehr Lebensjahren circa 20 Prozent. Das Statistische Bundesamt geht davon aus, daß bis zum Jahr 2025 der Anteil der Personen mit 60 und mehr Lebensjahren an der Gesamtbevölkerung auf 34 Prozent ansteigen wird.

Auch die Verteilung der Altersgruppen innerhalb der älteren Bevölkerung hat sich verändert. Der Anteil der Hochbetagten innerhalb der Gruppe der älteren Menschen erhöht sich stetig. Die ökonomischen Gegebenheiten werden geprägt durch die Einkommenssituation, die aktuelle Wohnungssituation und die vorhandenen Familienstrukturen. Diese demographischen und sozioökonomischen Komponenten haben eindeutig Wirkung auf die derzeitige und perspektivische Bedarfssituation.

Das Deutsche Zentrum für Altersforschung geht davon aus, daß insgesamt weniger als ein Viertel der Menschen über 65 Jahre längerfristig hilfs- und pflegebedürftig sind. 8 Prozent der 70- bis 79jährigen und 19 Prozent der 80- bis 89jährigen werden als schwer pflegebedürftig angesehen, da sie in mehreren elementaren Bereichen des täglichen Lebens dauerhaft auf Hilfe angewiesen sind. Demgegenüber sind 19 Prozent der 70- bis 79jährigen und 31 Prozent der 80- bis 89jährigen hilfebedürftig, da sie in mindestens einem Funktionsbereich Defizite aufweisen und in diesem Bereich ständig fremder Hilfe bedürfen.

Prinzipiell muß gefolgert werden, daß Alter nicht mit Pflegebedürftigkeit gleichgesetzt werden kann und darf und daß der größte Teil der älteren Menschen auch noch über 80jährig in der Lage ist, ein weitestgehend selbständiges Leben zu führen. Gleichzeitig steht aber fest, daß mit zunehmendem Alter die Wahrscheinlichkeit des Angewiesenseins auf die Hilfe anderer Menschen deutlich steigt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Das konstatierend und Bezug nehmend auf die formulierte Grundposition im Plan „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ gilt es hier und heute, die Regierung mit einer Unterrichtung zu beauftragen, ein Situationsbild über altersgerechtes und betreutes Wohnen in unserem Bundesland anzufertigen und darauf aufbauend zu dieser Frage die Rahmenbedingungen weiter zu gestalten. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Koplín.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Redezeit von bis zu fünf Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Arbeit und Bau Herr Holter.

Minister Helmut Holter: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das betreute Wohnen ist ein Wohn- und Versorgungskonzept für ältere Menschen. Es soll

selbständiges Wohnen ermöglichen und erhalten. Dabei werden Betreuung, Versorgung, Pflege und Hilfe angeboten. Das betreute Wohnen entspricht den heutigen Wohnungswünschen vieler älterer Menschen. Es soll ihnen Sicherheit bei auftretendem Hilfs- und Pflegebedarf gewährleisten. Daher kommt es auf eine gute Verknüpfung der altengerecht gebauten Wohnungen mit den Angeboten der sozialen Betreuung für die Bewohnerinnen und Bewohner an.

Deshalb wird bei Anträgen auf die Förderung von betreutem Wohnen im Wohnungsbauprogramm gleichzeitig eine Betreuungskonzeption gefordert, die vom Sozialministerium geprüft wird. Damit ist eine Grundlage für eine Förderung auch von sogenannten Gemeinschaftsräumen gegeben, in denen beziehungsweise von denen aus die soziale und pflegerische Betreuung stattfindet. In diesen Gemeinschaftsräumen ist vielfach eine Sozialstation untergebracht, die die ambulanten Pflegedienste anbietet. Zu den Gemeinschaftsräumen gehört aber auch eine Altenbegegnungsstätte, die sich zwar mit ihrem Angebot besonders an die Bewohner und Bewohnerinnen der altengerechten Wohnungen richtet, gleichzeitig aber offen ist für ältere Menschen im Einzugsbereich wie auch mit der Begegnung mit der jüngeren Generation, dies mit dem Ziel, die Integration älterer Menschen in die Gemeinschaft des Ortes sicherzustellen.

Solche betreuten Altenwohnungen sind in den letzten Jahren an vielen Orten entstanden. Unsere Koalitionsvereinbarung sieht eine Fortsetzung und soweit möglich auch eine Verstärkung vor. Betreutes Wohnen besteht aus einer Reihe von Elementen, die in unterschiedlicher Form kombinierbar und realisierbar sind. Dazu gehören zunächst eigenständige Wohnungen. Ihre Erstellung, das ist bekannt, übernimmt ein Bauträger. Die Leistungen zur Betreuung, Versorgung, Hilfe und Pflege werden durch einen Betreuungs- und Betriebsträger angeboten und von diesem auch gewährleistet. Die Grundlagen hierfür sind vertragliche Regelungen, die sowohl für die geförderten als auch für die frei finanzierten Mietwohnungen getroffen werden können. Durch den Vertrag ist geregelt, welche Dienste und Leistungen abrufbar sind und zu welchen Kosten sie angeboten werden. Das Ziel ist eine weitgehende Individualisierung von Diensten und Leistungen im Gegensatz zur Vollversorgung in den traditionellen Alten- und Pflegeheimen.

Die Zahl der älteren Menschen, meine Damen und Herren, nimmt absolut zu, so auch hier in Mecklenburg-Vorpommern. Die Zahl der über 60jährigen beträgt zur Zeit rund 365.000, das sind rund 18 Prozent unserer Gesamtbevölkerung. Hinzu kommt immer noch eine große Anzahl Menschen mit Behinderungen in allen Altersgruppen. Das sind rund 107.000 Menschen. Durch die Abnahme der Geburtenzahlen gibt es auch immer weniger jüngere Menschen. Hieraus resultiert nicht nur die absolute Anzahl der älteren Menschen, sondern auch ihr Anteil an der Bevölkerung nimmt weiterhin zu.

Im Zusammenhang mit den gerade beschriebenen quantitativen Veränderungen hat sich in den letzten Jahren oder Jahrzehnten im Alter auch eine qualitativ neue Lebensphase herausgebildet. Diese beinhaltet zwei wesentliche Elemente:

1. einen überwiegend guten Gesundheitszustand
2. eine häufig ausreichende finanzielle Absicherung durch Rente, betriebliche Altersvorsorge, Lebensversicherung oder auch Wohneigentum

Im entscheidenden Maße wird die Lebenssituation im Alter durch die Wohnsituation und die Wohnverhältnisse geprägt. Kennzeichnend hierfür ist, daß die älteren Menschen stabile und langjährige Wohnverhältnisse mit positiver Beurteilung der eigenen Wohnsituation verbinden. Die meisten älteren Menschen leben in „normalen“ Wohnungen, und die Mehrzahl dieser Menschen möchte auch da bleiben. Viele leben schon seit Jahren in ihrer Wohnung, und die gewachsenen sozialen Beziehungen und die bekannten Einrichtungen in der Nähe erleichtern die Aufrechterhaltung eines selbständigen Haushaltes.

Zur Führung eines selbständigen Haushaltes ist es daher von entscheidender Bedeutung, daß ambulante Dienste, teilstationäre Pflegedienste und sonstige Einrichtungen der Altenhilfe im näheren Umfeld gut erreichbar sind. Wir haben, das ist Ihnen bekannt, trotz des Sparzwanges in 1999 die Zahl der geförderten altenbetreuten Wohnungen in unserem Land auf 500 erhöht. 1998 waren es noch 350. Die hohe und anhaltende Nachfrage an Förderungsmitteln für das betreute Wohnen von Investoren an Bauträger ist ein Indiz dafür, daß noch ein großer Bedarf in diesem Bereich in unserem Land besteht.

Mit der geplanten Erhöhung der geförderten Wohnungen wird in diesem Jahr ein weiterer Schritt zur Minderung der Unterversorgung auf diesem Gebiet geleistet. Für die zukünftige Wohnungsförderungspolitik des Landes ist es notwendig, eine fundierte Datengrundlage und eine verlässliche Beschreibung der Wohnsituation der älteren Mitmenschen zu haben. Die Unterrichtung des Landtages soll Aufschluß darüber geben, was schon getan ist, aber auch darüber, was noch getan werden muß, damit auch die ältere Generation im Lande ein selbständiges und selbstbestimmtes Leben führen kann. Ich bitte Sie daher, dem Antrag der Fraktionen von PDS und SPD zuzustimmen. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Riemann von der Fraktion der CDU.

Wolfgang Riemann, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Koplitz und Herr Holter, viele schöne Worte, aber kein substantieller Antrag! Berichts- und Gutachterwesen nimmt zu unter Rot-Rot in Mecklenburg-Vorpommern. Wenn Sie heute mit einem Antrag gekommen wären, die Förderung des Plattenbauwohnungserwerbs in die Förderung altersgerechten und betreuten Wohnens umzuleiten, dann hätten Sie hier breite Zustimmung gefunden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Aber mit einem Bericht werden wir nichts verbessern. So wie bei der Wohnungslosigkeit versuchen Sie zu suggerieren, Sie kümmern sich besonders um soziale Probleme.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Er betätigt sich als Plattenminister. – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Die Fakten aber sehen gerade andersherum aus.

Die Ökosteuer belastet insbesondere alte und sozial schwache Menschen. Behindertenverbände protestieren,

weil die Wohnungsförderung wegfällt. Landesblindengeld wird eingefroren. Wohlfahrtsverbände protestieren gegen Mittelkürzungen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Herr Riemann, denken Sie dran, die Buschwindröschen blühen! – Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

Essen auf Rädern fällt weg. Und wenn wir schon mal bei dem Berichtsunwesen sind, dann kann ich Ihnen sagen, im Durchschnitt kostet solch ein Bericht 300.000 DM.

(Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

Damit hätten Sie schon zwei altengerechte Wohnungen schaffen können.

Dieser Antrag ist Beschäftigungstherapie für Parlament und Landesregierung.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Wir werden Sie daran erinnern, Herr Riemann.)

Sie sind Regierungskoalition.

(Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

Sie können sich direkt informieren.

(Heinz Müller, SPD: Zum Glück!)

Der Antrag bindet Landesmittel, die besser direkt in die Wohnungsbauförderung gehen könnten.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Herr Riemann, hören Sie mal auf, so laut zu tönen!)

Er ist aber unschädlich, denn die Information wird offenlegen, wie eben unter Rot-Grün in Bonn und Rot-Rot in Schwerin nicht einiges besser, sondern alles schlechter wird.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aha.)

Danke schön.

(Beifall Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Ich bin begeistert, weil er so schnell war. –
Andreas Bluhm, PDS: Ja, die CDU hat ja
nicht mal geklatscht, dann muß ja einer.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Riemann.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Dr. Rißmann von der Fraktion der SPD.

Dr. Manfred Rißmann, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zu einem wenig substantiellen Redebeitrag braucht man auch nichts zu erwidern.

(Beifall und Heiterkeit bei
einzelnen Abgeordneten der PDS –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sehen Sie! –
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Wohnen ist ein umfassender Begriff für die materielle Umwelt der Wohnung, die Infrastruktur des Wohngebietes, die bauliche Gestaltung der Wohnung, aber auch für Kommunikationsmöglichkeiten, für die sozialen Kontakte. Die Wohnung älterer behinderter Menschen sollte nicht nur auf eventuelle Behinderungen und Einschränkungen hin ausgerichtet sein, sondern auch diese, die kommunikativen, die psychosozialen Bedürfnisse berücksichtigen. Gerade im höheren Lebensalter verbringen die Menschen

immer mehr Zeit in den eigenen vier Wänden. Sie vermitteln Sicherheit, Geborgenheit, sie prägen weitgehend die Lebensqualität im Alter. Dazu gehört auch die Möglichkeit, sein Leben selbständig und eigenverantwortlich zu gestalten und an der Gesellschaft weiter teilzuhaben und teilzunehmen.

Planen und Beraten zum Wohnen dürfen nicht erst dann einsetzen, wenn ältere Menschen hilfs- oder pflegebedürftig sind oder werden. Sie müssen bereits zu einem früheren Zeitpunkt erfolgen, um die Weichen rechtzeitig dafür zu stellen, daß man in seiner Wohnung alt werden kann. Ein Teil älterer Menschen möchte gern mit Menschen gleicher Altersgruppe zusammen wohnen, ein anderer bevorzugt ein Miteinander der Generationen. Um diese unterschiedlichen Bedürfnisse zu berücksichtigen, die unterschiedlichen Lebensrhythmen in Einklang zu bringen, muß eine soziale Isolation älterer Menschen vermieden werden. Dabei haben einzelne kleinere Seniorenwohnanlagen sich besser etabliert und bewährt als die großen üblichen Altenheime.

Die meisten Seniorinnen und Senioren leben auch bei Eintritt von Pflegebedürftigkeit außerhalb solcher Institutionen, und sie wollen auch außerhalb von Heimen bleiben. Aus diesem Grunde ist es notwendig, selbständiges Wohnen in der eigenen Wohnung auch nach Eintritt solcher Einschränkungen zu gewährleisten. Betreutes Wohnen ist dabei in besonderer Weise geeignet, hilfs- und pflegebedürftigen Menschen zu ermöglichen, in der eigenen Wohnung bleiben zu können. Hierzu wird ein flexibles Betreuungsangebot nötig, das ich mehr unter dem Aspekt verstehe, daß es eine Serviceleistung für die älteren Bürger ist, ein Angebot, das sie, wenn es gewünscht wird oder wenn es erforderlich wird, wahrnehmen können, so daß man sich auf wandelnde Hilfsbedarfslagen flexibel einstellt.

Das ist ein hoher Anspruch, und ich bezweifle, daß die jetzige Wohnsituation dem in diesem Umfange, wie er sozial und human gedacht wird, gerecht wird. Und deswegen ist schon wichtig zu wissen, wo wir hier im Lande mit diesem Anspruch stehen. Die SPD setzt sich verstärkt dafür ein, daß ambulante Dienste vor stationären Einrichtungen eindeutigen Vorrang haben.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist gut.)

Diesem Grundsatz wird durch die Förderung des Wohnungsbaus unter anderem Rechnung getragen. Sie hörten das einfache Beispiel der Verdopplung der entsprechenden Wohnungen von 250 auf 500. Das ist sicher ein erster Schritt, und er zeigt die Richtung, in die wir gehen wollen. Der Minister Holter hat noch einmal darauf hingewiesen.

Alten- und behindertengerechte Wohnungen, das heißt Barrierefreiheit, das heißt, die DIN 18025 zu berücksichtigen bei künftigen Baumaßnahmen, und da haben wir noch einen Nachholbedarf in der Landesbauordnung. Der Minister ist auf die einzelnen Möglichkeiten und Dinge hier schon eingegangen, auch was Gemeinschaftsräume, Sozialstationen in Nachbarschaft zu den alten Wohnungen, Tagespflege, Kurzzeitpflege betrifft. Ich kann es mir hier ersparen. Das Netzwerk soll die Hilfe zu Hause durch Tagespflege, Sozialstationen, private Anbieter möglichst ausdehnen, damit die Heimunterbringung als nicht günstige, nicht erstrebenswerte – von den meisten jedenfalls nicht angestrebte – Wohnsituation im Alter vermieden wird. Es wird auch preiswerter, und es ist humaner. Es gibt in Mecklenburg-Vorpommern schon eine Reihe von

Instrumenten, die unter anderem im Landesaltenplan und auch in dem Eckwertepapier der Landesregierung zur Förderung und Integration behinderter Menschen nachzulesen sind.

Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung hat am 1. September 1998 ein Modellprogramm „Wohnkonzepte der Zukunft für ein selbstbestimmtes Wohnen im Alter“ aufgelegt, das von Bund und Ländern gemeinsam in Verantwortung übernommen und getragen wird. Dieses Modellprogramm sieht den Aufbau von zwölf Koordinierungsstellen vor, die bei Fragen der altersgerechten Gestaltung von Wohnung und Wohnumfeld nicht nur die älteren Bürger oder ihre Angehörigen beraten, sondern auch Architektenbüros, Anbieter von Wohnungen, Versorgungsleistungen, Verantwortliche in der Städteplanung und kommunale Entscheidungsgremien. Dabei geht es um Wohnanpassung für das Alter, Berücksichtigung des Wohnens, der Wohnansprüche älterer Bürger, Technik im Haushalt, Umzugsmanagement, Infrastruktur im ländlichen Raum und betreutes Wohnen.

Dieses Modellprogramm wird einen bundesweiten Austausch von Wissen und Erfahrungen zu Fragen des Wohnens im Alter anregen und zudem einer breiten öffentlichen Diskussion auch in unserem Bundesland beitragen. Ich hoffe, auch wenn keine Journalisten zu einem solchen Tagesordnungspunkt heute hier sind, daß auch unsere Diskussion eine Anregung dazu bietet.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, noch zu einem weiteren Punkt kommen. Ohne Unterstützung aus Familie und Nachbarschaft wird in vielen Fällen die ambulante Altenhilfe nicht funktionieren, da diese in der Regel die Selbsthilfe und die Hilfe durch Familienmitglieder unterstützen und begleiten. Dabei möchte ich darauf hinweisen, daß der überwiegende Teil der häuslichen Pflege in der Familie durch Frauen geleistet wird. Doch ohne die vielen Ehrenamtlichen, ohne das Engagement der Frauen, ohne großes soziales Engagement in unserer Gesellschaft wäre ein hohes Niveau in der Alten- und Behindertenhilfe nicht aufrechtzuerhalten.

Ich hoffe, daß die von uns erbetene Unterrichtung als Grundlage dafür brauchbar und wichtig wird zu prüfen, inwieweit in unserem Land die Angebote ausgewogen und bedarfsgerecht sind. Ich erhoffe mir auch, daß eine Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation älterer Bürger in unserem Land dadurch mit befördert wird. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Dr. Reißmann.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Müller von der Fraktion der PDS.

Irene Müller, PDS: Werte Frau Präsidentin! Werte Damen und Herren! Bei unserer Debatte über altengerechtes oder betreutes Wohnen stellt sich ein Problem. Wir kennen die Begriffe „altengerechtes Wohnen“, „betreutes Wohnen“, „behindertengerechtes Wohnen“, „behindertenfreundliches Wohnen“. Wenn wir versuchen, diese Stichworte zu definieren, kommen wir irgendwann mal zu der Frage: Wird denn in jeder Lebenslage, in die ein Mensch kommt oder in der er ist, wirklich eine andere Art und Weise von Wohnen gebraucht? Da kann ich eigentlich nur antworten, nein. Es geht, wenn wir die Frage

beantworten wollen, eigentlich nur darum, daß wir anfangen müssen, Stück für Stück, denn anders geht es wirklich nicht, eine barrierefreie Wohnumwelt zu schaffen.

(Beifall Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Was bedeutet das?

Wenn wir barrierefreie Wohnungen schaffen, würde gewährleistet sein, daß jeder Mensch, der es möchte, von seinem ersten Lebenstag an bis zu seinem letzten in der Wohnung verbleiben könnte, weil Wohnung, Treppenaufgänge und Vorflure so gestaltet wären, daß die Mutti mit dem Kinderwagen genauso wie ein Familienvater mit vollen Einkaufstaschen, ein Rheumakranker, also ein Mobilitätsbehinderter, wie auch ein Älterer, bei dem das Herz nicht mehr so gut kann, bis in den fünften Stock die Wohnungen nutzen könnte.

Es gehört aber nicht nur eine barrierefreie Wohnung dazu, um wohnen zu können, sondern auch ein barrierefreies Umfeld. Was ist damit gemeint? Öffentliche Einrichtungen müssen barrierefrei gestaltet sein, damit sie begangen oder berollt werden können, wenn das die Fortbewegungsform ist. Alle Einrichtungen und Verkaufseinrichtungen müssen begehbar sein. Alle Einrichtungen, die gesellschaftliches Leben zeigen, Kinos, Theater, Jugendklubs, Einrichtungen der offenen Altenpflege müssen barrierefrei sein. Dann ist das Wohnumfeld so gestaltet, daß es wirklich genutzt werden kann von den Menschen, so sie es wollen.

Altersgerechtes und betreutes Wohnen bedeutet doch nicht nur für alte Menschen gutes Wohnen. Betreutes Wohnen gibt es sehr wohl auch für jüngere, die aufgrund ihrer Lebenssituation teilweise mehr oder immer Hilfe brauchen, weil sie mobilitätsbeeinträchtigt sind, weil sie eine geistige oder eine Sinnesbehinderung haben.

Leider ist es in der Zwischenzeit so, daß es in unserem Land sehr wohl Gebiete gibt, wo schwerstbehinderte jüngere Leute in Pflegeheime gedrückt werden, und ich benutze diese Formulierung „gedrückt werden“ mit Absicht, weil die Pflegeheime Probleme haben, ihre Betten vollzubekommen. Demzufolge wird einem Schwerstbehinderten nicht die Hilfe gewährt, trotz seiner Schwerstbehinderung in seiner Wohnung zu verbleiben. Nein, noch schlimmer: Aufgrund der Gesetzlichkeiten ist es einem Schwerstbehinderten fast unmöglich, wenn er mal in einem Pflegeheim war, wieder zurückzukommen in eine barrierefreie Wohnung, wo er selbstbestimmt leben kann.

Ich sehe es auch mit den Augen eines Betroffenen, daß es nicht immer vorteilhaft ist, wenn nur Menschen mit gleichen Problemen beieinander sind. Im Gegenteil, man sollte sich nicht nach seinen Defiziten beurteilen, sondern nach dem, was man kann. Und wenn beurteilt wird nach dem, was man kann, können Menschen unterschiedlichster Art und Weise gut und sehr gut miteinander zusammenleben.

Wir brauchen diese Analyse, diese Unterrichtung, wo bei uns im Lande altersgerechtes Wohnen und betreutes Wohnen bereits besteht, auch darum, um letztendlich zu vermeiden, daß eine „Ghettoisierung“ der bereits angesprochenen Personengruppen betrieben wird. Das bringt uns nichts und ist inhuman, es ist nicht selbstbestimmt. Wir brauchen diese Analyse, diese Unterrichtung, um festzustellen, wo in unserem Land Lücken sind und wo wir vielleicht diese Lücken ausfüllen können ganz einfach damit – oder auch nicht so einfach, denn manchmal muß

man ja auch Gedankenbarrieren überwinden –, daß Sanierungen in Wohnungen, in Wohngebieten, in Wohnvierteln so gestaltet werden, daß sie barrierefrei sind, denn, meine Damen und Herren, wir werden über Barrierefreiheit in diesem Gremium hier bestimmt noch reden, und es wird bestimmt das Argument kommen, es ist alles viel zu teuer.

Ich sage Ihnen aber ganz deutlich, wenn wir niemals mit irgendwelchen Dingen anfangen, barrierefrei zu gestalten, werden wir nie dahin kommen können, eine barrierefreie Umwelt zu haben,

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

denn auf einmal können wir es ganz gewiß nicht. Aber wenn wir von vornherein vernünftig planen, uns vernünftig die Gegebenheiten betrachten und so zueinander führen, daß die Barrierefreiheit eben kein grundsätzliches Hindernis mehr ist, dann, denke ich mir, kommen wir Schritt für Schritt dahin, denn ich habe noch keine Behindertenvereine erlebt, die eine Barrierefreiheit von heute auf morgen gefordert haben. Aber ich habe immer wieder erlebt, daß zum Beispiel gefordert wird, daß, wenn öffentliche Gebäude gebaut und mit öffentlichen Geldern gefördert werden, man doch dann wenigstens fordern könnte, daß sie barrierefrei sind.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Schließlich und endlich sind es unser aller Steuergelder. Und auch Menschen mit Beeinträchtigungen zahlen Steuern, wenn vielleicht auch nicht soviel wie manch anderer, weil sie nicht überall als arbeitende Menschen angenommen werden. Aber ein Bürgerhaus in Rostock mit großem Tamtam zu eröffnen, was nichts weniger ist als barrierefrei, das darf uns in dem Jahr 1999, wo wir in ein neues Jahrtausend gehen wollen, ganz einfach nicht mehr passieren. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Müller.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/288. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/288 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 23:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Wohngeldnovelle, Drucksache 3/296.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Wohngeldnovelle
– Drucksache 3/296 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Riemann von der Fraktion der CDU.

(Dr. Arnold Schoenburg, PDS: Der holt jetzt alles nach. – Heinz Müller, SPD: Sind die ändern alle weg? – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wolfgang Riemann, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am 2. April 1998 wurde hier im Landtag auf Initiative der CDU-Landtagsfraktion die Landesre-

gierung dazu aufgefordert, sich für die Beibehaltung der Sonderwohngeldtabelle für die neuen Bundesländer einzusetzen. Damals sagten Sie, Herr Schlotmann, ich zitiere: „Jetzt macht die CDU-Ministerin Frau Kleedehn tatsächlich ernst. ... Hoffentlich schafft sie es, ihre Parteifreunde – insbesondere in Bonn – von der Notwendigkeit unseres gemeinsamen Anstimmens zu überzeugen.“ Sie hat es bekanntlich geschafft.

Die Initiative der CDU-geführten Landesregierung war erfolgreich. Von der Verlängerung der Sonderwohngeldtabelle profitieren bereits tausende Wohngeldempfänger in unserem Land. Aber es muß bekanntlich noch weitergehen, denn was für die neuen Bundesländer gelingt, muß nun endlich in eine gesamtdeutsche Wohngeldnovelle. In der Vergangenheit konnten Sie, meine Damen und Herren von SPD und PDS, ja jedes Ansinnen der vorausgegangenen Bundesbauminister Töpfer und Oswald kräftig tadeln – wie sagten Sie seinerzeit, Herr Schlotmann? „Tausendmal berührt, und tausendmal ist nichts passiert!“ –,

(Volker Schlotmann, SPD: War doch gut, ne?)

wenn man von vornherein weiß, daß das Bemühen um eine bundeseinheitliche Wohngeldnovelle zum Scheitern verurteilt war. Schließlich wurden bekanntlich schon andere Themen das Opfer des SPD-dominierten Bundesrats.

Jetzt, meine Damen und Herren von der SPD, haben Sie die Chance, mit Ihren Parteifreunden in Bonn etwas umzusetzen, oder anders gesagt, wir fordern Sie dazu auf zu zeigen, was Sie können.

(Volker Schlotmann, SPD: Bloß mit Ihrer Konkursmasse wird das nicht gelingen, ne?)

Oder beschränken Sie sich auch bei diesem Thema auf Ankündigungen und blumige Versprechen?

Von seiten der CDU war auch zum damaligen Zeitpunkt die gesamtdeutsche Wohngeldnovelle die beste Alternative.

(Volker Schlotmann, SPD: Ach!)

Die Verlängerung der Sonderwohngeldtabelle war nur die zweitbeste Alternative. Leider scheiterte die beste Alternative für alle Mieter in Mecklenburg-Vorpommern als auch im gesamten Bundesgebiet an parteitaktischen Spielereien der SPD. Die SPD-geführte Ländermehrheit blockierte jeglichen Versuch einer Lösung im Interesse der Mieter in Deutschland. Für die SPD wurden die Interessen der Wohngeldempfänger für ihr wahltaktisches Verhalten genutzt. Die CDU-geführte Bundesregierung durfte vor dem Wahlabend am 27. September 1998 keine Erfolge mehr erzielen.

Für Mecklenburg-Vorpommern bedeutet eine zügige Umsetzung der Wohngeldnovelle schon jetzt die Rechtssicherheit über das Jahr 2000 hinaus, vorausgesetzt die Landesregierung ist in der Lage, den Status quo für Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen der Novelle zu sichern. Für Wohngeldempfänger in den alten Bundesländern stellt sich durch die Blockade der SPD die Lage viel dramatischer dar als in den neuen Bundesländern.

Inhalt der Novelle muß sein

1. die Anpassung der Einkommensgrenzen und Miethöchstbeträge, bis zu denen Wohngeld gewährt wird, denn eine Vielzahl von Empfängern des Tabellenwohngeldes sind den Einkommensgrenzen entwachsen,

2. die Überprüfung und Anpassung der Wohngeldbeträge in den Wohngeldtabellen auf ihre familiengerechte Angemessenheit

Mit der von Ihnen durch die Enthaltung von Mecklenburg-Vorpommern realisierten Ökosteuer wird auch das Wohnen den Anstieg der Nebenkosten erheblich verteuern. Und Ihnen ins Stammbuch geschrieben ist: 300 DM pro Jahr werden es nach Auffassung des Mieterbundes sein. Sozial schwache Familien mit in der Regel einem versicherungspflichtigen Beschäftigten in der Familie werden hier besonders hart getroffen. Die Mehrbelastungen fallen für mehrere Köpfe an, die Entlastung nur bei einer Person. Die Erhöhung des Kindergeldes als besondere familienpolitische Leistung verkommt vor diesem Hintergrund zu einer Farce.

3. muß die Novelle eine durchgreifende Rechtsvereinfachung beinhalten

Aufgrund der bisher gewonnenen Erfahrung bedarf das geltende Wohngeldrecht einer gründlichen Vereinfachung. Ziel dieser Vereinfachung muß es sein, zum einen für den Antragsteller das Recht durchschaubarer zu machen, zum anderen muß die Verwaltung durch einen erleichterten Verwaltungsvollzug entlastet werden. Die Harmonisierung der Vorschriften des Wohngeldes mit verwandten Rechtsgebieten zielt insbesondere auf die Bestimmung für die Einkommensermittlung ab. An dieser Stelle muß auch noch darauf hingewiesen werden, daß die SPD-Reformverweigerer neben der notwendigen Wohngeldnovelle auch die umfangreichen Reformen des sozialen Wohnungsbaurechts verhindert haben.

Die Vorhaben und Vorgaben sind somit definiert. Im Grundanliegen sind sich alle Fraktionen hier im Landtag einig. Nun sind die Damen und Herren der SPD und PDS hier gefordert, in ihrer Verantwortung etwas zu tun. Das Regierungsmotto, lieber nichts zu tun, da kann man nichts falsch machen, müssen die Damen und Herren von den Regierungsfractionen nun ihren Ministern austreiben. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Riemann.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Arbeit und Bau, Herr Holter.

Minister Helmut Holter: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im Netz der sozialen Sicherungen und Leistungen nimmt das Wohngeld einen bedeutenden Platz ein. Das gilt auch und gerade in den neuen Ländern mit ihrer oft besonders hohen Arbeitslosenzahl und der großen Zahl von Bezieherinnen und Beziehern geringer Einkommen. In besonderem Maße gilt das für unser Land, für ein strukturschwaches Land wie Mecklenburg-Vorpommern. Allein die sehr hohe Zahl von rund 1,73 Milliarden DM, die seit 1990 bis heute an Wohngeld in Mecklenburg-Vorpommern bezahlt wurden, macht das deutlich.

Das Wohngeld sichert auf effiziente Weise familiengerechtes Wohnen und ist damit notwendige Ergänzung des sozialen Wohnungsbaus. Das Wohngeld ist ungleich zielgenauer und treffsicherer als die Objektförderung, weil es

immer exakt die wirtschaftliche und familiäre Situation des Einzelfalls betrifft. Das Wohngeld ist damit unverzichtbarer Bestandteil sozialer Wohnungs- und Mietpolitik. Ausreichende und der Einkommens- und Mietentwicklung angemessene Wohngeldleistungen sind deshalb ein besonderes Anliegen der Landesregierung. Es ist für mich auch eine Frage des sozialen Ausgleichs in der Gesellschaft.

Vor allem in den alten Bundesländern klaffen die Mieten- und Einkommensentwicklung einerseits und die seit nunmehr neun Jahren nicht mehr fortgeschriebenen Wohngeldleistungen andererseits mittlerweile auseinander. Die Ursache ist bei der alten Bundesregierung zu suchen. Sie hat es trotz wiederholter Ankündigungen nicht geschafft, rechtzeitig eine Wohngeldnovelle vorzulegen.

Meine Damen und Herren, das Wohngeldgesetz kann seinen gesetzlichen Auftrag nicht mehr überall und in jedem Fall erfüllen. Deswegen ist eine gesamtdeutsche Wohngeldnovelle aus Sicht der Landesregierung unverzichtbar, und Mecklenburg-Vorpommern ist bereit, an der notwendigen Reform konstruktiv mitzuwirken und seinen finanziellen Beitrag zu leisten.

Ich habe zu dieser Frage mit Bundesminister Müntefering am 28. Januar dieses Jahres gesprochen. Er hat mir versichert, daß die Bundesregierung noch vor der Sommerpause den Entwurf einer gesamtdeutschen Wohngeldnovelle vorlegen werde. Diese Novelle solle dann im November/Dezember 1999 vom Deutschen Bundestag beschlossen werden und am 01.01.2000 in Kraft treten. Gleiches hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesbauministerium, Herr Großmann, in der Bundestagsdebatte am 28. Januar dem Bundestag mitgeteilt. Angesichts dieser Zusicherung des Bundesbauministers für eine sehr zeitnahe Wohngeldnovelle sehe ich derzeit keinen Handlungsbedarf für eine Bundesratsinitiative. Eine nennenswerte Beschleunigung des Vorhabens kann nicht erwartet werden. Von der Initiative würde ein bloßer Schaufeffekt ausgehen.

Schon gar kein Handlungsbedarf besteht für ein neues Land wie Mecklenburg-Vorpommern, weil die Sonderregelungen für die Ostländer noch bis zum Jahresende 2000 weiterlaufen. Zwischen dem Auslaufen der Sonderregelungen für die neuen Länder und dem angekündigten Inkrafttreten der gesamtdeutschen Wohngeldnovelle wird es also keine Lücke geben. Und in der Zwischenzeit fahren wir mit diesen Sonderregelungen ganz gut. Herr Riemann hat das ja hier dargestellt.

Ich darf daran erinnern, daß durch die Wohngeldüberleitungsverlängerungsverordnung vom 27. Juli 1998 das hohe Niveau der Wohngeldzahlungen in Mecklenburg-Vorpommern und den anderen neuen Ländern bis zum 31. Dezember 2000 gesichert werden konnte. Bis dahin ist das Wohngeldleistungsniveau in den neuen Ländern um 20 Prozent höher als in den alten. Vor diesem Hintergrund macht es wirklich keinen Sinn, eine Bundesratsinitiative zu starten, bloß um der Bundesregierung bei einem ohnehin geplanten Vorhaben zuzukommen.

Ich habe Herrn Bundesminister Müntefering bei unserem Gespräch im Januar allerdings auch sehr deutlich gesagt, daß sich die Novelle nicht in einer gesamtdeutschen Vereinheitlichung erschöpfen dürfe. Klare Position der Landesregierung sei es vielmehr, daß das derzeitige Wohngeldniveau in den neuen Ländern zumindest erhal-

ten bleiben müsse und Maßstab für eine gesamtdeutsche Wohngeldnovelle sein sollte. Bewährte Regularien aus dem Wohngeldüberleitungsgesetz, wie der Einkommensfreibetrag und erhöhte pauschale Abzug für Lohnersatzleistungen, müßten deshalb unbedingt in die gesamtdeutsche Novelle übernommen werden.

Ich habe Herrn Minister Müntefering ferner gebeten, daß die Novelle bestehende Ungleichgewichte zwischen Pauschal- und Tabellenwohngeld korrigieren müsse. Und ich habe ihn an die einhellige Forderung der Ministerkonferenz der AG Bau vom Dezember '98 erinnert, die Novelle zum Anlaß zu nehmen, das Wohngeldrecht hinsichtlich seiner praktischen Durchführung gründlich zu vereinfachen.

Darauf, meine Damen und Herren, auf die Einhaltung dieser Forderungen werden wir achten. Und wenn der von der Bundesregierung angekündigte Entwurf dem nicht entsprechen sollte, werden wir auch mit entsprechenden Anträgen im Bundesrat tätig werden. Diese Reihenfolge liegt auf der politischen Linie der Landesregierung, die von der Absicht bestimmt ist, sachliche Inhalte durchzusetzen, und nicht von der Absicht, einfach bloß Aktivität zu zeigen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schier von der Fraktion der SPD.

Klaus Schier, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit dem heute zu behandelnden Antrag der CDU-Fraktion liegt diesem Hohen Hause ein Dokument vor, das erneut beweist, daß diese Fraktion offensichtlich auf die Vergeßlichkeit der Wähler setzt und vorbeugend ihre soziale Ader entdeckt hat. Das Manöver ist genauso simpel wie durchschaubar.

(Beifall Heike Lorenz, PDS: Das ist wohl wahr.)

Es ist eine Tatsache, daß das Wohngeld seit neun Jahren nicht mehr an die Entwicklung der Mieten und Einkommen angepaßt wurde und den Großteil seiner sozialen Wirkung verloren hat. Das, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, ist Ihr Verdienst und das Ihrer Kolleginnen und Kollegen in Bonn.

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

Es ist das Ergebnis Ihrer beinharten Umverteilungspolitik von unten nach oben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vor dem Hintergrund Ihrer Politik des Sozialabbaus, der systematischen Zerstörung des Sozialstaates und der unglaublichen Bevorteilung der Großverdiener in Deutschland nenne ich Ihren Antrag so, wie er es verdient, nämlich einen lächerlichen Versuch, den Regierungskoalitionen in Bonn und in diesem Landtag den Schwarzen Peter für das konservative liberale Versagen in der Sozialpolitik in die Tasche zu stecken.

Abgesehen davon handelt es sich um eine durch und durch destruktive Oppositionspolitik, die wirkliche Probleme nicht nennt, die auf billige Effekthascherei in der Öffentlichkeit abgestimmt ist und der Koalition von SPD und PDS in diesem Hohen Hause Nachhilfeunterricht in Sozialpolitik zu geben trachtet. Wir bedürfen ihrer nicht, meine Damen und Herren von der CDU.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in der 13. Legislaturperiode mehrfach eine Anpassung des Wohngeldes an die gestiegenen Mieten gefordert. Der damalige Bundesbauminister Oswald sah eine völlig unzureichende Wohngeldreform in Höhe von 500 Millionen DM vor. Und diese 500 Millionen DM sollten noch geteilt werden, die eine Hälfte der Bund und die andere Hälfte die Länder. Dieses Minireförmchen mußte natürlich abgelehnt werden. Dabei hatte schon zuvor Ex-Bauminister Töpfer einen Bedarf von 1,8 Milliarden DM ermittelt. Zudem waren keinerlei strukturelle Reformen vorgesehen. Diese Minireformen hätten das Problem nicht gelöst.

Meine Damen und Herren, angesichts des bestehenden Leistungsdefizites der sozialen Treffsicherheit des Wohngeldes, der Forderungen aus der vergangenen Legislaturperiode und angesichts der Aussagen im Wahlprogramm halten wir eine Wohngeldnovelle für unverzichtbar, denn im Gegenteil zu Ihnen, meine Damen und Herren, halten wir unsere Wahlversprechen. Es geht allerdings nicht nur darum, daß Wahlversprechen eingehalten werden. Die Mieterinnen und Mieter sind dringend auf ein verbessertes Wohngeld angewiesen. Das Wohngeld ist seit neun Jahren nicht mehr an die Entwicklung der Mieten und Einkommen angepaßt worden und hat einen Großteil seiner sozialen Wirkung verloren.

Die Zahlen zur Mietenentwicklung und zur Versorgung der Haushalte mit adäquatem Wohnraum sprechen eine deutliche Sprache. Die Mieten in den vergangenen Jahren – kontinuierlich Preistreiber Nummer eins bei den Lebenshaltungskosten – sind ein Hauptgrund dafür, daß die Konsummöglichkeiten der privaten Haushalte drastisch zurückgegangen sind. Die Formel „Ein Wochenlohn für die Miete“ gilt für viele Familien schon lange nicht mehr. Besonders besorgniserregend ist dabei, daß vor allem Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen von dieser Entwicklung betroffen sind. Die Mietbelastung besonders von Einpersonenhaushalten und Haushalten mit mehreren Kindern ist besorgniserregend angestiegen. Wie stark der Mietendruck für einkommensschwache Haushalte geworden ist, zeigt der Wohngeld- und Mietenbericht der Bundesregierung aus dem Jahre 1997, nämlich bei 70 Prozent der Haushalte, die noch Tabellenwohngeld erhalten, lagen die Mieten höher als die geltenden Miethöchstbeträge.

Meine Damen und Herren, eine Anhebung der Miethöchstbeträge und der Einkommensgrenzen allein reicht aber nicht aus. Das Wohngeldgesetz muß gründlich überarbeitet werden. Die Ungleichbehandlung der Mieter in den neuen und in den alten Bundesländern muß beseitigt werden. Haushalte mit Kindern müssen stärker gefördert werden. Das Wohngeldgesetz muß vereinfacht und einheitlich werden. Wir brauchen ein mit den Ländern abgestimmtes inhaltliches und finanzielles Konzept. Die konservativ liberale Bundesregierung hat dazu keinerlei Vorarbeit geleistet. Daher sollte der neuen Bundesregierung wenigstens ein wenig Zeit gegeben werden, um all diese Versäumnisse aufzuarbeiten.

Die SPD wird eine Wohngeldnovelle vorlegen, die unter anderem strukturelle Verbesserungen des Tabellenwohngeldes für Haushalte mit Kindern vorsieht sowie eine Angleichung der unterschiedlichen Wohngeldregelungen in Ost und West bewirken und das Ungleichgewicht zwischen pauschalisiertem und Tabellenwohngeld aufheben. Die Absprache mit den Bundesländern ist in Vorbereitung und wird voraussichtlich noch in diesem Haushaltsjahr

wirksam werden. Die Wohngeldreform steht auf der Agenda der Sozialdemokraten ganz oben. Wir werden diese schnellstmöglich umsetzen und die jahrelange Untätigkeit der damaligen Bundesregierung damit beenden.

Sie sehen, meine Damen und Herren von der CDU, die SPD benötigt Ihre Aufforderung nicht, um tätig zu werden. Wir lehnen den Antrag der CDU auf der Drucksache 3/296 ab, da die Erarbeitung einer Wohngeldnovelle im Gange und der Antrag dadurch überflüssig geworden ist. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Schier.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Kreuzer von der Fraktion der PDS.

Götz Kreuzer, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da schau einer her: Kaum ist die CDU in der Opposition, unterbreitet sie oder übernimmt sie mehr überraschend gute Ideen! Man muß sich jetzt überlegen, ob dieser positive Fakt vielleicht eine Konstellation auf Dauer sein könnte.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, PDS –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Lieber nicht.)

Zum Antrag selbst. Wir müssen, denke ich, zwei Dinge fein säuberlich auseinanderhalten, erstens die Notwendigkeit der Wohngeldnovellierung und zweitens die Notwendigkeit dieses Antrages. An der Notwendigkeit der Wohngeldnovellierung führt sicherlich kein Weg vorbei. Meine beiden Vorredner haben das ausführlich gesagt, ich kann darauf, jetzt meinerseits die Argumente dranzuhängen, verzichten. Die Notwendigkeit dieses Antrages ist eigentlich auch aus den genannten Gründen überhaupt nicht gegeben. Ich möchte sogar sagen, dieser Antrag ist an Dreistigkeit kaum mehr zu überbieten, anders kann ich das nicht nennen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, erinnern wir uns doch an die Tatsache, daß mindestens seit 1994 tatsächlich die Kohl-Regierung, angefangen mit ihrer Koalitionsvereinbarung, ständig versprochen hat, das Wohngeld den gestiegenen Mieten anzupassen, weil das schon damals längst fällig war. Nichts ist geschehen. Sie werden sich erinnern, daß vor genau einem Jahr der damalige Bundeskanzler Herr Kohl versprochen hatte, die Lösung des Problems Wohngeldnovellierung zur Chefsache zu machen. Und das sah dann so aus, daß die Novellierung auf dem Chefsessel denn auch hinreichend hintertrieben wurde.

(Wolfgang Riemann, CDU: Blockiert durch die SPD im Bundestag. – Minister Dr. Rolf Eggert:
Das stimmt nicht. Durch die FDP!)

Nun ist ja die CDU von den Wählerinnen und Wählern im Bund und im Land aus der Regierungsverantwortung und damit auch ganz offiziell aus der Verantwortung zur Erfüllung ihrer Wohngeldversprechen entlassen. Kaum geschehen stellt sich also die CDU hin und macht einen auf „Haltet den Dieb!“

(Volker Schlotmann, SPD:
Ja, das kann sie sehr gut.)

Und ich darf Sie daran erinnern, daß ich auch vor ziemlich genau einem Jahr, es war auch die Aprilsitzung des Landtages, hier angesichts dieser Verschleppungstaktik

der damaligen Bundesregierung die Landesregierung aufgefordert habe, beim Bundesrat aktiv zu werden und die seit Jahren überfällige Novellierung des Wohngeldgesetzes einzufordern, eben dies zu tun, was Sie heute, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, fordern. Damals haben Sie unseren entsprechenden Antrag abgelehnt, für heute haben Sie ihn weitestgehend abgeschrieben.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ach!)

Sie, meine lieben Kolleginnen und Kollegen aus der SPD-Fraktion, erinnern sich hoffentlich auch daran, zumindest diejenigen, die damals bereits hier waren, daß Sie den Antrag meiner Fraktion für die Bundesratsinitiative zur Wohngeldnovellierung mit dem Hinweis abgelehnt haben, daß eine kommende SPD-Regierung, die ja in Aussicht stand, ohnehin die längst fällige, von der CDU-Regierung verschleppte Novellierung realisieren würde. Ich erwarte also insoweit, und wir erwarten insoweit, daß Sie Ihren Einfluß auf die Regierung in Bonn geltend machen werden, den von uns jetzt auf den Weg gebrachten Vorschlag zur Wohngeldnovellierung nach Kräften zu unterstützen, damit wir unsere gemeinsame Verpflichtung aus unserer Koalitionsvereinbarung, Punkt 50, auch sobald als möglich erfüllen können, und zwar nicht nur irgendwie erfüllen können, sondern nach den Kriterien, so, wie sie von uns immer wieder genannt worden sind:

- Erhöhung der Bemessungsgrenzen der Mieten um 20 Prozent,
- Erhöhung der Bemessungsgrenzen der Einkommen um 20 Prozent,
- jährliche Dynamisierung der Wohngeldtabellen und
- kein Zurückbleiben unter dem bisherigen Niveau der Wohngeldregelung Ost.

Zum Schluß darf ich Ihnen noch etwas Lustiges aus dem Antrag der CDU-Fraktion vorlesen, es ist Ihr letzter Satz: „Einem schnellen Handeln steht nichts mehr entgegen, da man sich nach den öffentlichen Äußerungen der Beteiligten zufolge parteiübergreifend einig ist, es bedarf anscheinend nur eines entsprechenden Anstoßes.“ Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, es war schon längst Anstoß, Sie haben das bloß noch nicht mitbekommen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich kann Ihnen nur sagen: Aufgewacht!

(Wolfgang Riemann, CDU: Aber ein Tor haben Sie noch nicht geschossen!)

Na ja, es geht uns wie Hansa, wir schießen die Tore dann auch immer erst mit fortlaufender Spieldauer.

(Wolfgang Riemann, CDU: Meistens kommen die Gegentore zum Schluß.)

Insofern sehen wir zum heutigen Zeitpunkt die Wohngeldnovellierung als auf den Weg gebracht und den CDU-Antrag als viel zu spät – Leute, das hätte vor anderthalb Jahren spätestens passieren müssen mit diesem Antrag –

(Gesine Skrzepski, CDU:

Wir gehen ja auch erst in das Jahr 2000.)

und deshalb als absolut verzichtbar an. Wir werden von unserer Seite diesen Antrag aus den genannten Gründen ablehnen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Wolfgang Riemann, CDU: Mein Gott,
wie weit geht die Koalitionsdisziplin?)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Kreuzer.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Dr. Born von der Fraktion der CDU.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der verehrte Kollege Schier, der ja jetzt leider hinter mir sitzt, deshalb werde ich mich gelegentlich mal etwas zu ihm umdrehen, hat doch tatsächlich das Kunststück fertiggebracht, den Minister Herrn Holter, der ja in dieser Hinsicht nun nicht gerade als besonders fortschrittlich bekannt ist, was Klassenkampf angeht, nun noch meilenweit rückwärts zu übertreffen.

(Siegfried Friese, SPD: Also so was machen Sie stündlich hier, mein Gott!)

Denn was Sie hier an klassenkämpferischen Parolen losgelassen haben, das ist so weit von der Wirklichkeit entfernt, das ist so einmalig, das muß man sich mal vorstellen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Sie haben hier wirklich sehen können, was Sozialismus im Wohnungsbau zustande gebracht hat, und Sie haben einen Wohlstand in der Bundesrepublik Deutschland, den Sie in der Tat der früheren Bundesregierung zu verdanken haben,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Also, Herr Born, Sie machen mich sehr nachdenklich. Sehr nachdenklich machen Sie mich.)

wie er weltweit seinesgleichen sucht. Und dann stellen Sie sich hier hin und reden von unsozialer Politik. Das ist wirklich schon sagenhaft.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Wir sind offensichtlich zu zart mit Ihnen.)

Und wenn Sie sich mal hier im Land wenigstens umgucken, wenn Sie schon den Blick deutschlandweit nicht haben: 450.000 Wohnungen hier im Land modernisiert, 780.000 Wohnungen sind vorhanden, nur 5 Prozent Leerstand. Hier sind in der Tat selbst die Platten modernisiert und saniert, und dann sprechen Sie von unsozialer Politik. Es ist wirklich schon sehr bemerkenswert, Herr Kollege Schier, also dazu gehört schon viel Wirklichkeitsferne, um das so zu beurteilen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Reden wir nicht über die Wohngeldnovelle?)

Ach, Dr. Schoenenburg ist auch mal wieder aufgewacht, das ist aber schön, das freut mich ja, daß wir von Ihnen heute auch mal was hören, denn sonst haben Sie ja offensichtlich ...

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD
und PDS – Till Backhaus, SPD:
Zum Thema bitte, zum Thema bitte!)

Sie haben ja offensichtlich heute nicht Gelegenheit gehabt zu reden, das war wohl nicht so ganz ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sie müssen mal Ihr Ohropax aus den Ohren nehmen!)

Ja, daß Sie dazwischengekräht haben, das habe ich den ganzen Tag gehört, aber ich habe noch keinen Redebeitrag von Ihnen gehört.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Krähen? Krähen kann ich nicht.)

Wie bitte?

(Siegfried Friese, SPD: Was ist denn das für ein Niveau hier? – Gerd Böttger, PDS:
Also Krähen ist unparlamentarisch.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte führen Sie doch die Aussprache zu diesem Thema jetzt weiter.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Sprechen Sie ruhig weiter.)

Dr. Ulrich Born, CDU: Danke, danke, Kollege Schoenenburg, daß Sie das gestatten.

Der alte Spruch „Wer nichts tut, macht keine Fehler“ gehört in die Mottenkiste. Am Beispiel der Wohngeldnovelle zeigt sich das sehr deutlich. Wer nichts tut, kann erheblichen Schaden anrichten, nämlich Schaden in diesem Fall für die Mieter in Deutschland. Jeder Tag, der ohne einen Gesetzentwurf zur durchgreifenden Reform des Wohngeldrechts verstreicht, ist ein verlorener Tag für die Mieter.

Bereits zum 1. Januar 1999 hätte es ein erstes Signal für die Wohngeldempfänger geben können.

Verehrter Herr Kollege Dr. Schoenenburg, ich brauche nicht abzulesen, aber man kann nicht immer alles mitkriegen, was Sie – und dann noch in die andere Richtung – sagen. Deshalb muß ich dann einfach das sagen, was ich mir vorgenommen habe. Ich kann eben nicht darauf eingehen, wenn ich das nicht verstehe.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ich habe auch gar nichts dagegen. Reden Sie ruhig weiter!)

Der frühere Bundesbauminister Eduard Oswald hat vor mehr als zwölf Monaten den Versuch gestartet – ich sage das hier nur noch einmal, damit da kein falscher Eindruck bei jemandem, der es vielleicht nicht so genau weiß, entsteht –, eine materielle und strukturelle Verbesserung des Wohngeldrechts zu erzielen. Und hier verweigerten sich SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit dem Argument, der finanzielle Umfang der Reform ist nicht ausreichend.

Diese Debatte fand wohlgernekt noch weit vor dem Tag der Bundestagswahlen im September des vergangenen Jahres statt. Seitdem ging kostbare Zeit ins Land. Und jetzt sind Sie, meine Damen und Herren von der Regierungsfraktion, gefordert, Ihre Wahlversprechen in die Tat umzusetzen. Davon kann aber überhaupt keine Rede sein, daß Sie das tun, denn die ersten Signale aus Bonn waren alles andere als den Wahlversprechen entsprechend.

Eine zügige Umsetzung einer umfangreichen Wohngeldreform hätte auch seinen Niederschlag im Bundeshaushalt 1999 finden müssen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das muß heißen „ihren Niederschlag“!)

Der geneigte Leser des umfangreichen Zahlenmaterials wird schnell feststellen, die immer propagierte neue Politik von Rot-Grün besteht darin, den Haushaltsansatz für das Wohngeld für 1999 gegenüber dem Ansatz des Exfinanzministers Waigel um 85 Millionen DM zu kürzen. Von der von Rot-Grün aus den Oppositionszeiten stammenden Forderung nach einer mindestens 1 Milliarde DM

umfassenden Aufstockung ist plötzlich keine Rede mehr. Den Wohngeldempfängern steht im Jahre 1999 eine erneute Nullrunde bevor. Viele Wähler fühlen sich hier zu Recht getäuscht.

Dieser groß aufgezogenen rot-grünen Wählertäuschung auf Bundesebene steht Rot-Rot in Schwerin um nichts nach. Und es ist ja bezeichnend, wie gutgläubig Sie mittlerweile geworden sind, Herr Minister Holter. Ein Gespräch mit Herrn Müntefering reicht aus, damit Sie bis zum Herbst erst einmal gar nichts tun und abwarten. Und wenn das dann nicht so ist, dann überlegen Sie mal, was man tun kann. Ich sage Ihnen: Einmal mit dem Bundesminister sprechen, das reicht nicht. Hier müssen Sie ganz konkret im Bundesrat aktiv werden, hier müssen Sie Initiative ergreifen und klare Formulierungsvorschläge machen!

Die ersten Signale der neuen Bundesregierung sowie der Regierung aus Schwerin zeigen deutlich, daß die Wohnungspolitik zu einem Stiefkind verkommt. Mit den Kürzungen der Wohneigentumsförderung erweisen Sie, Herr Minister Holter, auch dem Mietwohnungsbau einen Bärendienst. In der Regel entlastet nämlich jeder Bezieher eines Eigenheims den Mietwohnungsmarkt mit der Folge, daß die Mieten im freifinanzierten Wohnungsmarkt sich stabilisieren oder sinken. Das sind schlichte Marktgesetze, mit denen Sie bekanntermaßen nicht so übermäßig vertraut sind. Für den Wohngeldempfänger bedeutet die Kappung der Wohneigentumsförderung über einen gestiegenen Mietpreis zusätzliche Belastungen, die durch das Einfrieren des Wohngeldes nicht kompensiert werden.

Also Handeln an zwei Fronten ist von der Landesregierung gefordert. Zum einen muß die Wohnungsbauförderung so gestaltet werden, daß ein spürbarer Effekt für den Wohnungsbau erzielt wird. Für mich kann dies nur heißen, die Förderstruktur der CDU-geführten Landesregierung muß erhalten bleiben. Der ausgewogene Fördermix mit einem hohen Anteil an Wohneigentumsmaßnahmen hat sich bewährt. Die zweite Front, an der die Landesregierung aktiv werden muß, ist das Streiten in Bonn für die Interessen der Wohngeldempfänger. Und hier muß wirklich gestritten werden und nicht nur einmal angenehm geplauscht.

Die bereits genannte Wohngeldnovelle muß umgehend auf den Weg gebracht werden. Die Ziele für diese Novelle hat Kollege Riemann bereits ausführlich in seiner Einbringungsrede dargestellt. Ich möchte einige wesentliche Punkte nur noch einmal kurz ansprechen.

Die Wohngeldzahlungen müssen insbesondere für Bezieher des Tabellenwohngeldes quantitativ verbessert werden. Für die neuen Bundesländer muß dabei zumindest der Status quo erhalten bleiben. Das Verhältnis von Tabellenwohngeld und pauschaliertem Wohngeld muß wieder richtig austariert werden. Schließlich muß der bürokratische Aufwand für den Vollzug des Wohngeldes dringend verringert werden. Die Handlungsaufgaben sind somit auch für die Bundesregierung klar umrissen.

Was anscheinend eben doch erforderlich ist, ist ein deutlicher Anstoß dieser Bundesregierung, damit sie unverzüglich tätig wird und nicht irgendwann im Herbst vielleicht mal irgend etwas vorlegt, von dem Sie ja zugebenermaßen noch gar nicht wissen, wie das dann im einzelnen aussieht. Sie haben da ja nur so einen Wunschkatalog vorgelegt. Aber Sie haben doch ein klares Gesetzgebungsverfahren, Herr Minister Holter. Wenn Ihnen das

nicht geläufig ist, dann wenden Sie sich an Ihren Kabinettskollegen,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Herr Dr. Born!)

der für Bundesangelegenheiten zuständig ist. Und dann machen Sie eine entsprechende Bundesratsinitiative!

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Herr Dr. Born, Sie haben doch alles so gut drauf. Warum haben Sie es dann nicht gemacht? – Caterina Muth, PDS: Das ist doch alles nur Verstellung.)

Und da können Sie ganz genau das reinschreiben, was Sie anscheinend als Wunsch dem Bundesminister vorgebracht haben. Warum bringen Sie denn nicht eine entsprechende Gesetzesinitiative auf den Weg,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Herr Born, ich sag's jetzt einfach mal: Sie gleichen dem Eunuchen, der zwar weiß, wie man's macht, aber nicht kann. – Heiterkeit bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

anstatt hier nur zu palavern?

Also Sie haben wirklich schon bessere Tage gehabt. Ich glaube, es ist Ihnen nicht so gut bekommen, daß Sie heute nicht reden durften, Kollege Dr. Schoenenburg.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Herr Dr. Born, ...)

Das hat mit den Maulkörben bei Ihnen manchmal die Folge, daß dann die Zwischenrufe

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aber dieser Spruch war sehr hübsch, Herr Born.)

auch sehr an Niveau verlieren. Sie waren schon wesentlich besser.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Der war wirklich sehr hübsch, Herr Born.)

Also, das ist heute wirklich kein starker Tag für Sie. Vielleicht ist es aber auch gut, daß Sie geschwiegen haben heute morgen, sonst hätten wir noch Schlimmeres gehört, obwohl eine Steigerung kaum noch möglich gewesen ist zu dem,

(Peter Ritter, PDS: Sofern Sie das auf Herrn Rehberg beziehen, stimmt das.)

was sich Minister Holter heute morgen geleistet hat.

(Peter Ritter, PDS: Schlimmer als Herr Rehberg war das nicht.)

Die Handlungsaufgaben sind also für Bundes- und Landesregierung klar umrissen. Und ich kann nur hoffen, daß Sie endlich tätig werden und uns nicht damit abspeisen, daß Sie sagen, Sie gehen davon aus, daß die Bundesregierung schon irgendwann irgend etwas unternimmt. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Born.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/296. Wer dem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. –

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Sie müssen zustimmen, Herr Born! –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/296 ist mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS bei Zustimmung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 24**: Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Umsetzung des Weißbuches der Europäischen Kommission „Energie für die Zukunft: Erneuerbare Energieträger“, Drucksache 3/291. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/326 vor.

**Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:
Umsetzung des Weißbuches der Europäischen Kommission „Energie für die Zukunft: Erneuerbare Energieträger“
– Drucksache 3/291 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 3/326 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion der PDS.

Peter Ritter, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben uns auf den vorangegangenen Sitzungen des Parlaments wiederholt mit den Fragen der sogenannten Ökosteuer und deren Auswirkungen auch auf die Förderung und Entwicklung regenerativer Energieträger beschäftigt.

Kern der Anträge der Opposition zu diesem Thema war jedesmal die Ablehnung der Pläne der Bundesregierung. Einen Beitrag, etwas zur Vorwärtsentwicklung zu tun, fand man in den Anträgen der CDU bisher nicht. Wäre dem so, hätte die CDU allerdings ihre Politik in den letzten Jahren gänzlich in Frage stellen müssen, denn niemand kann ernsthaft behaupten, daß die CDU-Politik auf Bundes- und Landesebene besonders positiv auf die Förderung regenerativer Energieträger gewirkt hätte.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Caterina Muth, PDS: Richtig!)

Der Rückgang der Fördermittel von 11 auf 6 Millionen DM in den Jahren von 1994 bis 1998 in unserem Land

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aber wart's
mal ab, Peter, die kommen noch drauf!)

bringt das deutlich zum Ausdruck.

Und weil eben diese Koalition nicht, wie Herr Rehberg meint, in Lethargie verfallen ist, liegt dem Landtag heute ein Antrag vor, der dem notwendigen Wandel in der Energiepolitik Rechnung trägt.

(Präsident Hinrich Kuessner
übernimmt den Vorsitz.)

Der Handlungszwang liegt klar auf der Hand. Allerdings reicht es nicht, nur vom Treibhauseffekt zu reden, man muß auch handeln. Und so müssen sich auch der Einsatz erneuerbarer Energien und intensive Energiesparmaßnahmen aus Gründen des internationalen Klimaschutzes miteinander verbinden.

Jede eingesparte Kilowattstunde an schadstoffträchtiger konventioneller Energie verbessert die Umweltsituation lokal und global. Jede Kilowattstunde Strom aus Wind-

energie spart neben den lokalen Schadstoffen Schwefeldioxid und Stickoxid sowie Staub und Asche auch die global wirksamen Schadstoffe Kohlendioxid, Methan und Kohlenmonoxid, die maßgeblich zum Treibhauseffekt beitragen. Ein doppelt so starker Ausbau der Windenergie bringt entsprechend dem Maßnahmenkatalog des Wuppertal-Instituts zum Atomausstieg bis zum Jahre 2005 einen Kompensationsbeitrag von 5,6 Millionen Tonnen CO₂. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, um jährlich 150 Milliarden Kilowattstunden Strom zu erzeugen, versiegeln Windkraftanlagen nicht einmal 15 Prozent der Fläche, die durch den Abbau deutscher Braunkohle derzeit für diese Strommenge in Deutschland vernichtet wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bundesweit bestehen Überkapazitäten im Kraftwerksbereich. Das erklärt auch, warum sich die Energiewirtschaft so massiv gegen den Einstieg in die erneuerbaren Energien wehrt. Für die gesamte Stromversorgung in Deutschland stand Ende 1997 eine Kraftwerksleistung von rund 120.000 Megawatt bereit. Die sogenannte Jahreshöchstlast erreichte Anfang Dezember 1997 mit etwa 82.000 Megawatt ihr Maximum. Das heißt, zum Zeitpunkt des höchsten Verbrauches wurden nur rund zwei Drittel der gesamten installierten Leistung benötigt. Diese Zahlen zeigen auch, daß man auf die Atomkraft, die knapp 20 Prozent der deutschen Kraftwerkskapazität ausmacht, sofort verzichten könnte, ohne daß in Deutschland das Licht ausgeht.

Angesichts dieser Zahlen und Fakten wird deutlich, daß Handlungsbedarf besteht. Und wer sich das Energiekonzept des Landes Mecklenburg-Vorpommern ansieht, wird feststellen, daß eine Fortschreibung und Weiterentwicklung dieses Konzeptes dringend geboten ist, vor allem auch unter der Berücksichtigung der Festlegungen der Europäischen Kommission.

In ihrem Weißbuch stellt die Europäische Kommission für die Gemeinschaft das Ziel, bis zum Jahre 2010 den Anteil der erneuerbaren Energieträger am Gesamtenergieverbrauch auf mindestens 12 Prozent zu erhöhen. Während Österreich, Finnland und Schweden 1995 bereits einen Anteil zwischen 21,3 und 25,4 Prozent ausweisen konnten, liegt Deutschland im hinteren Drittel der Mitgliedsstaaten. Die Europäische Kommission gibt darüber hinaus zu bedenken, daß in den beitragswilligen osteuropäischen Ländern dieser Anteil noch niedriger ist. Daraus leitet die Kommission die Verantwortung der entwickelten Industrieländer ab, ihren Beitrag zur Erlangung des Gesamtziels deutlich zu erhöhen. Im Weißbuch heißt es dazu: „Das EU-Gesamtziel, den Anteil erneuerbarer Energieträger bis zum Jahre 2010 auf 12 % zu verdoppeln, bedeutet, daß jeder einzelne Mitgliedstaat die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energieträger seinem Potential entsprechend fördern muß.“ Und wer bei dem Wort „fördern“ schon den Kopf schüttelt, sollte auch den nächsten Satz des Weißbuches verinnerlichen, der da lautet: „Der mit dem Einsatz erneuerbarer Energieträger verbundene ökologische Nutzen rechtfertigt günstige Finanzierungsbedingungen.“

Unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, dafür besonders bundespolitische Rahmenbedingungen zu setzen, ist es darüber hinaus zwingend erforderlich, auch die landespolitischen Rahmenbedingungen an die Zielstellung der Europäischen Kommission anzupassen. Es heißt im Weißbuch dazu: „Erneuerbare Energieträger haben in der Regionalpolitik der Europäischen Union

schon einen gewissen Stellenwert. ... Die Entscheidungskriterien müssen der großen Bedeutung des mit den erneuerbaren Energieträgern verbundenen Potentials für die benachteiligten ... Regionen ebenso gerecht werden wie den am Rande gelegenen, entlegenen Gebieten, den Inseln und dem ländlichen Raum. ... In den genannten Gebieten sind die EE", die erneuerbaren Energieträger,

„- besonders in Ziel 1-Regionen – mit einem erheblichen Potential zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, zur Entwicklung heimischer Ressourcen und für den Industrie- und Dienstleistungssektor verbunden. ... Neue Anreize müssen im Tourismussektor geschaffen werden; das diesbezügliche große Potential erneuerbarer Energieträger ist nämlich noch weitgehend ungenutzt.“

Zielbeschreibungen, meine sehr verehrten Damen und Herren, die für unser Land mehr als zutreffend sind. Mecklenburg-Vorpommern hat aufgrund seiner territorialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten sowie der vorhandenen Potentiale der erneuerbaren Energieträger beste Voraussetzungen, um einen deutlichen Beitrag zur Erlangung der EU-Ziele zu leisten.

Die Europäische Kommission erwartet den größten Zuwachs bei erneuerbaren Energien im Bereich der Nutzung von Biomasse, gefolgt von Windenergie und der Nutzung der Sonnenenergie. Die Europäische Kommission stellt aber auch fest: „Technischer Fortschritt allein kann die nichttechnischen Hindernisse nicht abbauen, die der Verbreitung erneuerbarer Energieträger auf den Energiemärkten im Wege stehen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt haben sich die Preise für die meisten klassischen Brennstoffe auf einem historischen Tiefstand eingependelt, was an sich schon gegen einen Rückgriff auf erneuerbare Energieträger spricht. Angesichts dieser Sachlage sind eindeutig politische Maßnahmen erforderlich, ... Tatsächlich steht ein langfristig ausgerichteter zuverlässiger Rahmen für die Entwicklung erneuerbarer Energieträger, durch den politische, rechtliche, verwaltungstechnische, wirtschaftliche und Marketingaspekte abgedeckt werden, ... an erster Stelle.“ Das Energiekonzept des Landes Mecklenburg-Vorpommern sollte ein solch zuverlässiger Rahmen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Anfang März erreichte die Fraktionen des Landtages Mecklenburg-Vorpommern ein Memorandum an den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung, an die Landtage und die Regierungen der ostdeutschen Bundesländer sowie des Abgeordnetenhauses und des Senates von Berlin, verfaßt von Nichtregierungsorganisationen unter Führung der Fördergesellschaft Erneuerbarer Energien. In diesem Memorandum heißt es: „Die Europäische Kommission hat am 27.11. das Weißbuch ‚Energie für die Zukunft: Erneuerbare Energieträger‘ veröffentlicht, dessen Ziele und Inhalt vom Europaparlament unterstützt werden. Die unterzeichnenden Nichtregierungsorganisationen ersuchen Herrn Bundeskanzler Schröder und die Herren Ministerpräsidenten der ostdeutschen Bundesländer, den regierenden Bürgermeister von Berlin und die Damen und Herren Abgeordneten“, also auch uns, „die Bundesrepublik Deutschland soll sich während der am 1. Januar 1999 beginnenden Ratspräsidentschaft der Europäischen Union dafür verwenden, den Empfehlungen des Weißbuches Rechtsverbindlichkeit zu verschaffen und die für die Realisierung notwendigen Finanzmittel bereitzustellen, umgehend der Aufforderung des Weißbuches nachzukommen, im Bund und in den Ländern mit der Ausarbei-

tung der strategischen Programme und Aktionspläne von marktnaher Forschung und Entwicklung bis zur breiten Markteinführung zu beginnen, diese bis Juni 1999 der Öffentlichkeit zur Diskussion vorzulegen und ihre Verabschiedung bis Ende 1999 zu gewährleisten sowie die Regionen und Kommunen anzuregen, ihrerseits diesen Prozeß einzuleiten, den sicheren Zukunfts- und Arbeitsmarkt der erneuerbaren Energien für die Reindustrialisierung der neuen Bundesländer zu nutzen sowie die kostendeckende Einspeisevergütung für Strom aus regenerativen Energien einzuführen.“ Soweit dieses Memorandum. Und ich denke, wir sollten mit unserem Energiekonzept diesem Memorandum Folge leisten. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Schönen Dank, Herr Ritter.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Um das Wort hat zunächst der Arbeitsminister gebeten. Bitte sehr, Herr Holter, Sie haben das Wort.

Minister Helmut Holter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Der vorliegende Antrag kann aus meiner Sicht in zwei Schwerpunkte für die Landesregierung gegliedert werden:

1. Überprüfung des Förderinstrumentariums des Landes im Hinblick auf die Ziele des Weißbuches sowie
2. Fertigstellung des vorliegenden Entwurfes des Landesenergiekonzeptes für Mecklenburg-Vorpommern unter Berücksichtigung dieser Ziele

Lassen Sie mich das wie folgt erklären:

Im Rahmen der EU-Diskussion zur energiepolitischen Dimension der Klimaänderung sind eine Reihe energiepolitischer Maßnahmen herausgearbeitet worden. Die Bedeutung des Einsatzes von regenerativen Energien, gerade hinsichtlich der von der EU beschlossenen CO₂-Minderung bis zum Jahr 2010, wurde immer wieder unterstrichen. Die Entstehung des Weißbuches zur Förderung der erneuerbaren Energien kann somit als ein Aktionsprogramm angesehen werden. Notwendig wurde dies durch die unbestreitbare hohe Verantwortung gegenüber der Umwelt.

Die Preise für die meisten konventionellen Energieträger haben sich auf einen Tiefstand eingepegelt, der es den regenerativen Energien besonders schwermacht, sich am Markt zu behaupten. Hier sind EU-weite Maßnahmen erforderlich, um das Gleichgewicht zugunsten der Verantwortung gegenüber dem Umweltschutz wieder herzustellen.

Ein weiterer Gesichtspunkt für die Entstehung des Weißbuches ist die Abhängigkeit der Europäischen Union von Energieeinfuhren, die derzeit schon bei 50 Prozent liegen. Besonders bei Erdöl und Erdgas beliefern uns Länder, die immer weiter von der Union entfernt sind. Als einheimische Energieträger werden die regenerativen Energien mittelfristig somit eine immer größere Rolle bei der Reduzierung von Energieeinfuhren spielen.

Das Gesamtziel des Weißbuches zur Förderung der erneuerbaren Energien sieht vor, daß der Anteil der erneu-

erbaren Energien am gesamten Primärenergieverbrauch in der Europäischen Union von gegenwärtig 6 Prozent auf 12 Prozent im Jahre 2010 gesteigert werden soll. Hier ist jedoch zu beachten, daß der derzeitige EU-weite Anteil von 6 Prozent hauptsächlich aus der überproportionalen Wasserkraftnutzung einiger Länder resultiert, bedenkt man, daß Schweden allein einen Anteil von 25,5 Prozent regenerativer Energien am Primärenergieverbrauch hat. Diesen vorwiegend auf Wasserkraft beruhenden Anteil durch die anderen regenerativen Energien noch zu verdoppeln dürfte schwierig sein.

Deutschland hat derzeit einen Anteil von circa 2 Prozent erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch, wobei Wasserkraft und Windkraft wiederum nur ein Viertel dieses Anteils ausmachen. Hauptanteile bilden die Energiegewinnung aus Müllverbrennung und die Holzverbrennung im Wärmemarkt.

Die Kommission wird ihr Gesamtziel mit folgenden, als vorrangig eingestuften Maßnahmen erreichen:

- fairer Zugang erneuerbarer Energieträger zum Elektrizitätsmarkt,
- Steuer- und Finanzmaßnahmen,
- eine neue Initiative zum Einsatz von Bioenergie im Verkehr sowie zur Wärme- und Stromerzeugung,
- verbesserte Vorschriften im Gebäudebereich und ihre Auswirkungen auf Stadt- und Regionalplanung.

Die Kommission selbst bezeichnet dieses Ziel als ehrgeizig, aber erreichbar, betont jedoch auch, daß es sich bei diesem Gesamtziel um eine politische Vorgabe handelt, die nicht rechtsverbindlich ist.

Insgesamt werden nach Aussage der Kommission für den Zeitraum 1997 bis 2010 zur Zielerreichung Investitionen in Höhe von schätzungsweise 165 Milliarden ECU erforderlich sein. Die Kommission hat zwar den Mitgliedsstaaten ihre Zielvorstellung mitgeteilt, das wichtigste Instrument der Zielerreichung, das heißt die Mittelbereitstellung zur Unterstützung, hat sie jedoch den Mitgliedsstaaten überlassen. Die EU-eigenen Förderprogramme im Bereich erneuerbarer Energien sind nicht aufgestockt worden.

Meine Damen und Herren, was heißt das für unser Land, und welche Instrumente zur Durchsetzung dieser Ziele stehen uns zur Verfügung? Rechnet man vom Gesamtziel der EU auf Deutschland und weiter auf Mecklenburg-Vorpommern herunter, so müßten wir unseren Anteil an regenerativen Energien am Primärenergieverbrauch, welcher derzeit rund 1,5 Prozent beträgt, bis zum Jahre 2010 auf 3 Prozent verdoppeln. Das kann im Sinne des Gesamtziels der EU aber nur der Mindestanteil sein, den unser Land beitragen kann, denn Ländern, die ohnehin von einem weitaus größeren Anteil starten, fällt es ungleichmäßig schwerer, diesen zu verdoppeln. Daher muß davon ausgegangen werden, daß der Beitrag, den Deutschland und somit auch wir leisten müssen, über eine Verdoppelung hinausgeht.

Die wichtigsten Förderinstrumente im Land, die eine Erreichung des Ziels unterstützen können, sind die Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur verstärkten Anwendung und Nutzung der „Erneuerbaren Energien“ aus dem Wirtschaftsministerium und die Richtlinie zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes des Umweltministeriums.

Nun kann man hier sicherlich eine ungenügende Mittelausstattung kritisieren, doch in Anbetracht der angespannten Haushaltslage sind wir bereits an die Grenzen des Zumutbaren gegangen. Wenn allerdings die Fördermittel aus anderen Quellen wie der EU oder dem Bund nicht aufgestockt werden, sehe ich die Zielerreichung als gefährdet an. Die EU muß zudem nicht nur die Mittel aufstocken, wenn sie ihr Ziel erreichen will, sie muß sie auch paßgerecht machen. Es geht längst nicht mehr um Innovationsförderung, es geht um Breitenförderung. Außerdem müssen die EU-Fördermodalitäten vereinfacht werden. Das reicht von vereinfachter Antragstellung bis hin zur zeitnahen Bearbeitung. Und wie wäre es denn, wenn die umfangreichen Förderanträge in Deutsch anstatt in Englisch ausgefüllt werden könnten? Von alledem kein Wort im Weißbuch!

Unser Entwurf des Energiekonzeptes für das Land Mecklenburg-Vorpommern sieht eine Steigerung des Anteils der regenerativen Energien am Primärenergieverbrauch auf 4,8 Prozent bis zum Jahre 2010 vor. Dieses Ergebnis stellt ein unter energiewirtschaftlichen, volkswirtschaftlichen und umweltpolitischen Gesichtspunkten erreichbares Potential dar und widerspiegelt meine Auffassung, daß wir unseren Anteil an regenerativen Energien am Primärenergieverbrauch mehr als verdoppeln müssen. Hierzu müßte aber, wie gesagt, die EU selbst ihre Verantwortung übernehmen und wesentlich mehr Mittel als bisher für den Energiebereich strukturschwacher Gebiete bereitstellen.

Nach dem Entwurf des Energiekonzeptes ist ein Investitionsvolumen bis 2010 von circa 1,2 Milliarden DM zur Nutzung des Potentials zu tätigen. Würden die im Jahr 1998 geltenden Förderrichtlinien des Landes, insbesondere die obengenannten des Umwelt- und Wirtschaftsministeriums, auch künftig zur Anwendung kommen, so wäre zur Nutzung des ausgewiesenen Potentials und zur Auslösung der gewaltigen Investitionen ein Fördervolumen aus Mitteln der EU, des Bundes, des Landes oder anderer Investitionen von circa 215 Millionen DM im Zeitraum 1999 bis 2010 erforderlich, bei linearer Verteilung von etwa 18 Millionen DM pro Jahr.

Den zweiten, von mir am Anfang erwähnten Handlungsschwerpunkt, die Fertigstellung des Energiekonzeptes des Landes Mecklenburg-Vorpommern, kann ich kurz fassen. In Umsetzung der Textziffer 46 der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und PDS wird die Fassung des seit Mitte 1998 im Entwurf vorliegenden Energiekonzeptes des Landes Mecklenburg-Vorpommern aufgrund der aktuellen Entwicklung in der Energieversorgung – insbesondere der mögliche Bau von zwei Gasgroßkraftwerken am Standort Greifswald/Lubmin – von uns aktualisiert und angepaßt werden. Dazu gibt es schon konkrete Terminvorstellungen, die eine Fertigstellung noch in diesem Jahr vorsehen. Die aktualisierte Fassung wird mit den Ressorts abgestimmt, um anschließend vom Kabinett und gegebenenfalls vom Landesparlament beschlossen zu werden. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Schönen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Holzengel von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Frau Holzengel.

Renate Holzengel, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Global denken, lokal handeln“ –

unter dieser Maxime hat sich die Bundesregierung auf dem Umweltgipfel in Rio verpflichtet, die CO₂-Emission bezogen auf das Jahr 1990 bis zum Jahr 2005 um mindestens 25 Prozent zu reduzieren. Und dies kann nur der Anfang sein. Das wird oftmals vergessen.

Um dieses Ziel zu erreichen, mußten und müssen natürlich wichtige energiepolitische Entscheidungen getroffen werden. Leider muß man gerade in den zurückliegenden Monaten feststellen, daß der Klimaschutz im Rahmen der Energiepolitik der Bundesregierung kaum eine Rolle spielt. Eingegangene Verpflichtungen und Verträge werden von der selbsternannten höheren Gewalt negiert. Bestes Beispiel ist die Ökosteuer, die zwar den richtigen Namen hat, aber die falsche Ausrichtung und somit diesen Namen nicht verdient.

Meine Damen und Herren, wie in fast allen Bereichen der Landespolitik versucht die derzeitige Regierungskoalition nun, mit Berichten und Arbeitsgruppen den Anschein zu erwecken, als ob sich im Lande viel täte. Dieser Eindruck soll nun offensichtlich auch mit dem vorliegenden Antrag erweckt werden, doch ist bei genauerem Hinschauen nicht zu verkennen, daß gerade die Finanzmittel für Vorhaben zum Klimaschutz im Haushaltsentwurf des Jahres 1999 noch weiter gekürzt werden. Hier, meine Damen und Herren der PDS und SPD, können Sie durch eigene Aktivitäten im Rahmen der künftigen Haushaltsberatungen zeigen, inwieweit Sie sich Ihrer Verantwortung gegenüber kommenden Generationen bewußt sind und dieses ändern.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Na, zeigen Sie erst mal!)

Meine Damen und Herren, in ihrem Weißbuch „Energie für die Zukunft: Erneuerbare Energieträger“ hebt die EU-Kommission die drei wichtigsten energiepolitischen Ziele deutlich hervor. Diese Ziele liegen in der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, der Versorgungssicherheit und des Umweltschutzes. Die Förderung erneuerbarer Energieträger wird im Hinblick auf die Verwirklichung dieser Ziele ausdrücklich hervorgehoben.

Oftmals werden die prozentualen Anteile belächelt und wirtschaftlich als zu kostspielig abgetan, aber die Lebensnotwendigkeit der Durchsetzung dieser Ziele wird durch die Tatsache deutlich, daß durch die Verdoppelung des Anteils erneuerbarer Energieträger eine Reduzierung der CO₂-Emission um 402 Millionen Tonnen pro Jahr erreicht werden kann. Diese Zahl sollte uns deutlich machen, wie wichtig es ist.

Meine Damen und Herren, die Abhängigkeit von Energieeinfuhren der Europäischen Union wird im Jahr 2020 circa 20 Prozent – und ich hoffe, nicht 50 Prozent – erreichen, wenn nicht geeignete Maßnahmen eingeleitet werden.

Zur Reduzierung dieser Energieeinfuhren spielen erneuerbare Energieträger eine außerordentliche Rolle und wirken sich positiv auf die Versorgungssicherheit aus. Die im Weißbuch der Kommission dargelegten Strategie- und Aktionspläne sind an diesem Ziel ausgerichtet. Der Marktanteil der erneuerbaren Energieträger soll bis zum Jahre 2010 auf Unionsebene auf zwölf Prozent erhöht werden. Zur Erreichung dieses ehrgeizigen Zieles wurde jedes Mitgliedsland der EU aufgefordert, eine eigene Strategie festzulegen, welchen Beitrag es zur Verwirklichung des Gesamtzieles zu leisten beabsichtigt, welche Beiträge von den einzelnen Technologien zu erwarten sind und

welche Maßnahmen es im Hinblick auf die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energiequellen einzuführen gedenkt. Und da hoffe ich auf unser Energiekonzept, was Sie dann vorlegen wollen.

Mecklenburg-Vorpommern hat hier einiges aufzuweisen, wie Windenergie, Solarenergie und Biomasse, was weiterzuentwickeln ist. Herr Ritter, daß Sie das nicht sehen, wundert mich. Sie sollten die Augen mehr aufmachen, wenn Sie durch unser Land fahren.

(Peter Ritter, PDS: Ich hatte ja gesagt, daß wir gute Voraussetzungen haben.)

Meine Damen und Herren, mit dem Landesklimatechutzkonzept und den darin enthaltenen 36 konkreten Maßnahmen hat die CDU-geführte Landesregierung in der letzten Legislaturperiode die Grundlage für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, der Versorgungssicherheit und des Umweltschutzes gelegt. Und hier haben wir eine Vorreiterrolle eingenommen. Hiermit ist sie den im Weißbuch der Europäischen Kommission festgelegten Zielen vielleicht schon etwas voraus.

Seinerzeit ist man glücklicherweise nicht bei Absichtserklärungen geblieben, sondern hat mit den Maßnahmevorschlägen klar herausgestellt, wer etwas und was für die Reduzierung der sogenannten Treibhausgase tun kann. Mit dem Klimaschutzkonzept hat sich die Landesregierung seinerzeit den Problemen, die von globaler Bedeutung für die Menschheit sind, gestellt. Hieran muß die heutige Landesregierung weiterarbeiten. Eine nachhaltige Entwicklung muß auf lokaler Ebene beginnen und sich in allen Lebensbereichen als integrativer Faktor durchsetzen. Hierbei ist es von außerordentlicher Bedeutung, immer wieder neue Wege zu beschreiten. Da stimme ich Ihnen zu, Herr Ritter. Das heißt auch, bestehende und zum Teil neu geschaffene Strukturen immer wieder in Frage zu stellen und gegenüber innovativen Entwicklungen offen zu sein.

Mittlerweile gibt es eine Vielzahl praktischer Beispiele, in denen die Inhalte der Klimaschutzkonzeption ihre Verwirklichung finden. Und ich bin immer wieder begeistert auch über die technischen Entwicklungen, die dies vorantreiben.

Biomasseheizkraftwerke entstanden und entstehen. Bei der solarthermischen Nutzung werden nunmehr endlich auch größere Anlagen außerhalb des Eigenheimbaus umgesetzt. Wir sind, denke ich, auf dem richtigen Weg, der uns unserem Ziel entgegenbringt und ermöglicht, unseren Beitrag für die Erhaltung des von unserer Generation vorgefundenen Klimas zu leisten.

Meine Damen und Herren, neue Produkte, Innovation und privatwirtschaftliches Interesse entwickeln sich nicht im Selbstlauf. Vielmehr bedarf es des politischen und gesellschaftlichen Willens, um auch entsprechende Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen. Seitens der Europäischen Union wurden mit dem Weißbuch Wege aufgezeigt, Aktionen und Maßnahmen zum verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien länderübergreifend zu initiieren. Es liegt an uns, diese Chance auch als einen wirtschaftlichen Faktor für unser Land zu nutzen. Jedoch dürfen wir hierbei nicht das Ziel aus den Augen verlieren und müssen unsere eigenen Handlungsspielräume ausnutzen. Deshalb ist es mehr denn je notwendig, die eigenen Möglichkeiten und Voraussetzungen effizient zu nutzen und gleichzeitig die Möglichkeiten der Unterstützung auf Bun-

desebene und der Ebene der Europäischen Union zu eruieren. Die im Klimaschutzkonzept des Landes Mecklenburg-Vorpommern aufgezeichneten Maßnahmen müssen weiterhin effizient umgesetzt werden, und die finanzielle Unterstützung des Landes, gerade im Bereich erneuerbarer Energieträger, muß auf hohem Niveau bleiben.

Deshalb stimmen wir der Grundintention Ihres Antrages zu, weisen aber gleichzeitig darauf hin, daß er zu kurz greift. Sicherlich müssen einige Mittel und Wege auf Unions- und Bundesebene geprüft werden. Ich denke, dies sollte aber selbstverständlich sein. Zunächst müssen allerdings die naheliegenden konkreten Maßnahmen im eigenen Wirkungsbereich umgesetzt werden. Ich glaube, hier kann und muß gehandelt werden.

Aus diesem Grunde bitte ich Sie, meine Damen und Herren, dem vorliegenden Änderungsantrag meiner Fraktion Ihre Zustimmung zu geben. Sehen Sie dies als den I-Punkt auf Ihrem Antrag an. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Schönen Dank, Frau Holznagel.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Bräunig von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Bräunig.

Erhard Bräunig, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu diesem wichtigen Thema möchte ich gleich zwei Überschriften aus dem „Handelsblatt“ zitieren, die da heißen: „Ungewisse Zukunft der Ökoenergien“ und „Die finanzielle Situation der öffentlichen Hand läßt eine Subventionierung der erneuerbaren Energien nicht zu“. Damit wir von vornherein wissen, wovon wir reden, bei all den Dingen, die wünschenswert sind, glaube ich, ist das, was gefordert wird, nicht finanzierbar.

Wir haben ja schon gehört, daß das Ziel des EU-Weißbuches in einer Verdopplung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärverbrauch der Gemeinschaft besteht. Herr Minister Holter hat es bereits gesagt, da Länder wie Schweden oder Österreich dank der reichlich vorhandenen Wasserkraft von einem hohen Anteil erneuerbarer Energieträger aus starten, dürfte es diesen Ländern schwerfallen, ihren Anteil noch einmal zu verdoppeln. Das heißt im Umkehrschluß, Länder, die von vornherein von einer geringeren Ausgangsbasis starten, und hierzu gehört Deutschland und auch Mecklenburg-Vorpommern, müssen ihren Anteil mehr als verdoppeln, wenn das Gemeinschaftsziel erreicht werden soll.

Hinzu kommt ein weiteres Handicap. Wasserkraftnutzung ist im allgemeinen wirtschaftlich. Ist das wirtschaftlich verwertbare Potential an Wasserkraft ausgeschöpft, muß auf zur Zeit noch weniger wirtschaftlich effizientere Technologien zurückgegriffen werden, und hier wird es dann entsprechend förderungsintensiver. Weiterhin hat sich an der energiewirtschaftlichen Situation trotz des Einstiegs in die ökologische Steuerreform bisher nichts geändert.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Na das liegt ja an der Reform.)

Das ist richtig.

Die Preise der konventionellen Energieträger bewegen sich nach wie vor auf einem historisch tiefen Stand. Die erneuerbaren Energien haben es damit schwer, sich durchzusetzen, und bedürfen staatlicher Unterstützung.

Wasserkraft ist die derzeit wichtigste erneuerbare Energiequelle in Deutschland. Sie trägt mit 4,5 Prozent zur Stromerzeugung bei, gefolgt von Müllverbrennung, Wind, Biomasse und Photovoltaik.

In Mecklenburg-Vorpommern selbst sind die Verhältnisse umgekehrt. Hier deckt die Windkraft über fünf Prozent des Stromverbrauchs, während Wasserkraft zur Zeit eine völlig untergeordnete Rolle spielt. Baut man im Land aber die Windkraft weiterhin massiv aus, so muß dringend ein regionaler Kostenausgleich der Netzbetreiber zur Vermeidung von regionalen Disparitäten gefunden werden. Ansonsten wird der Norden die Strompreise im Süden subventionieren.

Das Stromeinspeisungsgesetz ist hierbei im übrigen ein Instrument, das nicht in der Hand des Landes liegt, womit schon deutlich wird, daß Energierecht im wesentlichen Bundesrecht ist und der Überprüfungsauftrag des Antrages sich deshalb auf die finanzielle Abstützung durch das Land richtet. Hier taucht dann aber unmittelbar die Frage auf: Wieviel an finanzieller Unterstützung können wir uns als wirtschaftlich schwaches Bundesland leisten, oder bedarf es nicht vielmehr der massiven Unterstützung durch die Bundesregierung und, nicht zu vergessen, durch die Europäische Union selbst? Dabei wird das Kosten- und Mengenproblem der erneuerbaren Energieträger oftmals grob unterschätzt.

Das renommierte Wirtschaftsforschungsinstitut Prognos hielt vor gut zwei Jahren eine Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien an Stromerzeugung in Deutschland von über 5 Prozent auf 7 Prozent im Jahre 2005 für machbar. Diese realistische Einschätzung setzt aber einen gewaltigen Kraftakt voraus. So müßten beispielsweise 5 große und 1.000 kleinere Wasserkraftwerke, 3.300 Windkonverter, 10 große und 5.000 kleinere Photovoltaikanlagen sowie 200 mittlere Anlagen die Biomasse nutzen und 10 Müllheizkraftwerke gebaut werden. Die 2prozentige Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energieträger an der Stromerzeugung bewirkt im übrigen nur einen Anstieg der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch von derzeit 2,6 auf 3,5 Prozent.

Und um noch einmal die EU-Zahlen ins Gedächtnis zurückzurufen: Die EU will von 6 Prozent auf 12 Prozent steigern. Was den Klimaschutz betrifft, so könnten 10 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden, also gut ein Prozent der gesamten deutschen Emissionen, wenn weitere 4.500 Windkonverter der neuesten Generation mit zusammen 4.500 Megawatt am günstigsten Standort oder 7 Millionen Photovoltaikanlagen auf den Dächern aller vorhandenen Ein- und Zweifamilienhäuser betrieben werden, wobei allein eine fernwärmeorientierte Kraft-Wärme-Kopplungsanlage auf der Basis von Biomasse mit einer elektrischen Leistung von 5 Megawatt rund 2.000 Photovoltaikanlagen auf den Hausträgern der Eigenheimbesitzer ersetzt.

Meine Damen und Herren, ich habe das Mengenproblem ganz bewußt angesprochen, um zu verdeutlichen, daß es bei der EU nicht mehr bloß um Innovationsförderung im Bereich der erneuerbaren Energieträger gehen kann, sondern um Breitenförderung. Hier muß sich die EU bewegen, wenn sie ihr selbstgestecktes Ziel erreichen will.

Auf der letzten Energieratssitzung im Dezember vorigen Jahres hat der Rat dann auch darin übereingestimmt – ich zitiere –, „daß weiterhin auf eine nachhaltige und wesent-

lich breitere Nutzung erneuerbarer Energieträger überall in der Gemeinschaft hingewirkt werden muß.“ Dies ist eine Feststellung, die bisher ohne Folgen geblieben ist. Soweit ich es sehe, sind die Mittel für das ALTENER-Programm, dessen Zweck die Förderung und Nutzung der erneuerbaren Energiequellen ist, nicht erhöht worden.

Dieses Weißbuch und als Folge davon die Mitteilung der Kommission zur „Förderung der Einbeziehung von Umweltaspekten in die Energiepolitik der Gemeinschaft“ haben zu einem Rahmenenergieprogramm der Kommission geführt. Der Rat erwartet vom neuen energiepolitischen Rahmenprogramm mehr Transparenz, Kohärenz und Koordination sämtlicher auf Gemeinschaftsebene getroffenen energiepolitischen Maßnahmen. Das sogenannte neue Rahmenprogramm hat zwar die bestehenden sechs alten Einzelprogramme im Energiebereich zusammengeführt, aber diese im Grunde selbständig bestehen lassen. Wo denn hier ein Mehr an Transparenz, Kohärenz und Koordination herkommen soll, ist mir ein Rätsel.

Als weiteres Weißbuchinstrument hatte sich die Kommission Maßnahmen im Bereich der Steuerpolitik vorgenommen. Eine Harmonisierung der Besteuerung der Energieerzeugnisse versucht sie seit Anfang der 90er Jahre. Ein Erfolg ist noch nicht abzusehen, von einer Harmonisierung der EU-Umweltstandards ganz zu schweigen. Die Kommission hat allerdings in jüngster Vergangenheit sowohl die Binnenmarkttrichtlinie für Elektrizität wie auch für Gas durchgesetzt. Damit sinken prinzipiell die Strompreise, was es wiederum den erneuerbaren Energieträgern schwermacht, sich am Markt zu behaupten,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Erst mal haben sie die ja erhöht.)

es sei denn, man schafft für sie klare Vorteilsregelungen, was auf der anderen Seite nichts anderes bedeutet als Nachteilsregelungen für konventionelle Energiequellen. Das läßt wiederum die Preise steigen.

Damit stellt sich die Frage: Können fundamentale Widersprüche und Unzulänglichkeiten einer europäischen Energiepolitik auf nationaler Ebene korrigiert werden, und kann ein einzelnes Bundesland, das im wesentlichen nur über den Weg der Förderung direkten Einfluß nehmen kann, die Rahmenbedingungen ändern? Zweifellos kann es dies nicht.

Eine Zielvorstellung für erneuerbare Energien im Landesenergiekonzept zu formulieren ist relativ einfach. Bedeutend schwieriger ist es schon, diese finanziell zu unterlegen. Ansonsten werden Luftschlösser errichtet, beziehungsweise die Latte wird so hoch gelegt, daß sie beim besten Willen nicht erreichbar ist. Erneuerbare Energien stellen ein immer wichtiger werdendes Element unseres Energiemixes dar. Wir sollten sie aber im Interesse optimaler Entscheidungen mit den gleichen Maßstäben messen wie andere Energien. Euphorie und Schönreden schaden da eher. Optimismus ist angebracht, aber auch Realismus, was ihre Möglichkeiten und vor allem den Zeitfaktor betrifft. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Schönen Dank, Herr Bräunig.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Ritter von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Ritter.

Peter Ritter, PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie ich in meiner Einbringungsrede bereits deutlich gemacht habe, hat unser Land die besten Voraussetzungen, um einen deutlichen Beitrag zur Weiterentwicklung und Nutzung erneuerbarer Energieträger zu leisten. Und ich sage Ihnen hier ganz ehrlich, ich halte überhaupt nichts davon, gleich am Anfang die Finanzierungsfrage zu stellen und hier mitzuteilen, daß wir am Ende der Fahnenstange angelangt sind.

Ich kann es einfach nicht begreifen, daß man am laufenden Band nach neuen Autobahnen ruft und gleichzeitig verkündet, für erneuerbare Energien wäre kein Geld im Land vorhanden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in bezug auf die Biomasse – um auch mal von den Windrädern wegzukommen,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

es gibt hier noch eine ganze Reihe von anderen Dingen, die mit erneuerbaren Energieträgern im Zusammenhang stehen – setzt die Europäische Union zum Beispiel besonders auf anspruchslöse, aber ertragsreiche Energiepflanzen auf Stilllegungsflächen und Grenzertragsböden. Ich meine, das kann eine Chance für zahlreiche Landwirtschaftsbetriebe auch in unserem Land sein, denn die Europäische Kommission orientiert damit auf eine mögliche Stabilisierung der Landwirtschaft, die Entwicklung des ländlichen Raumes und die Entwicklung regionaler Wirtschaftskreisläufe.

Der Anbau von Energiepflanzen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft muß also stärker als bisher gefördert werden. Eingeschlossen sind hierbei Maßnahmen zur Sicherung einer ökologischen Waldbewirtschaftung sowie die Herstellung und Nutzung von Biogas aus biologischen Abfällen der Tierproduktion. Auch hier ist ein Potential in unserem Land vorhanden.

Vierter Schwerpunkt sollte weiter die Herstellung und Vermarktung von Biokraftstoffen sein oder die verstärkte Nutzung von Solarenergie, insbesondere im Bereich solarer Wärmeversorgung und passiver Nutzung von Solarenergie in Gebäuden. Denkbar und notwendig ist die Förderung von Forschung und Technologieentwicklung auf dem Gebiet der Nutzung regenerativer Energieträger, einschließlich der Förderung von Modellprojekten auf kommunaler oder regionaler Ebene, die zum Beispiel das Ziel einer vollständigen Eigenversorgung aus erneuerbaren Energieträgern verfolgen.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn es im Antrag heißt, daß die vorhandenen Instrumente zur Förderung erneuerbarer Energieträger zu überprüfen sind, bedeutet das auch, daß sie im Ergebnis dieser Überprüfung im Sinne der von mir genannten Beispiele weiter ausgebaut werden müssen. Ergibt sich perspektivisch nämlich nicht, daß Förderkriterien vereinfacht und Fördersummen erhöht werden, unterscheidet sich diese Koalition nicht von ihren Vorgängerinnen, die auch nur viel redeten und wenig handelten.

In diesem Sinne wünsche ich mir eine zügige, aber auch kontinuierliche Umsetzung des Antrages und in Zukunft eine ständige Diskussion und Begleitung dieses Prozesses in allen zuständigen Ausschüssen des Landtages. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Schönen Dank, Herr Ritter.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/326 abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei zwei Stimmenthaltungen der PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/291 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag der PDS und SPD ist mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS bei fünf Enthaltungen der CDU-Fraktion angenommen worden.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Und eine Gegenstimme. Ihr Nachbar war das.)

Eine Gegenstimme? – Nein, er sagt, es war keine Gegenstimme.

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der CDU)

Mehr Gegenstimmen? Wieviel Gegenstimmen? Können wir noch einmal die Gegenstimmen sehen? –

(Wolfgang Riemann, CDU: Wer möchte noch Gegenstimmen? – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Eine Gegenstimme.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 25:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Zuständigkeit und Landesförderung von Tierparks und Zoologischen Gärten, Drucksache 3/295. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/327 vor.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Zuständigkeit und Landesförderung
von Tierparks und Zoologischen Gärten
– Drucksache 3/295 –**

**Änderungsantrag der Fraktionen
der PDS und SPD
– Drucksache 3/327 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Grams von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Grams, Sie haben das Wort.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wir wollen ein Zooministerium. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Minister Till Backhaus: Und Herr Riemann wird Zoodirektor.)

Friedbert Grams, CDU: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte auch den Direktor des Schweriner Zoos, Herrn Schneider, recht herzlich begrüßen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Auf Initiative der CDU-Fraktion liegt diesem Hohen Hause heute erneut ein Antrag zur finanziellen Unterstützung der Tierparks und Zoologischen Gärten vor. Der Antrag beinhaltet weiterhin die Klärung der umfassenden

Zuständigkeit über ein Ministerium. Im Juni 1998 hat der Landtag auf Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion auf Drucksache 2/3873 den Antrag mit Ergänzungen mehrheitlich angenommen. Darin wurde die Landesregierung aufgefordert, bei der Erstellung des Landeshaushaltsplanes für 1999 zu prüfen, ob eine landesseitige Förderung von Tierparks und Zoologischen Gärten möglich ist. Alle Fraktionen hatten sich damals dazu positiv geäußert. Leider war die neue Landesregierung ja nicht mehr an diesen Beschluß gebunden, da er der Diskontinuität unterliegt. Der Beschluß fand keine Berücksichtigung bei der Ausarbeitung des Haushaltsplanes der Landesregierung für 1999.

(Wolfgang Riemann, CDU: Hört, hört!)

Aus meiner Sicht hat jedoch diese Landesregierung die moralische Pflicht, sich an das Wort, das auch SPD und PDS im Juni gaben, zu halten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Doch statt dessen verflüchtigten Sie sich in haushaltstechnische Erklärungen.

Mit dem Beschluß vom Juni '98 wollten wir die jetzt vorgemerkte Frage, wo die Deckung herkommen soll, vermeiden. Ich werde darauf noch zu sprechen kommen.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, die Tierparks und Zoologischen Gärten sind Kultureinrichtungen und leisten einen vielfältigen und hervorragenden Beitrag zum Erhalt unseres Kulturerbes. Deshalb ist es unverständlich, daß die Landesregierung bisher kein Interesse daran hatte, die umfassende fachliche Zuständigkeit einem Ministerium, vielleicht dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur zu übertragen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –

Dr. Ulrich Born, CDU: Jawohl. –

Wolfgang Riemann, CDU: Kultur und Tierpark.)

Aber zwischenzeitlich gibt es ja andere Informationen. Wir werden diese sicherlich noch hören.

Herr Bluhm, in Ihrem Redebeitrag zur Förderung der Tierparks und Zoologischen Gärten in der zweiten Wahlperiode führten Sie aus: „Eventuell wird damit auch die Frage beantwortet, welches Ministerium denn eigentlich zuständig ist Vielleicht konnte man sich auch nicht einigen. Also welches Ministerium ist denn fachlich zuständig? Ich denke schon, das ist eine Entscheidung wert. ... Aber daß der Wirtschaftsminister nun zuständig sein soll für diese kulturellen Einrichtungen, das halte ich dann doch für wenig angebracht.“ Soweit aus dem Protokoll.

(Andreas Bluhm, PDS: Richtig!)

Herr Bluhm, als Vorsitzender des Kultusausschusses –

(Andreas Bluhm, PDS:
Bildung, Wissenschaft und Kultur.)

gut, ich habe es abgekürzt – haben Sie jetzt die Möglichkeit, zur Übertragung der umfassenden Zuständigkeit an das Kultusministerium beizutragen. Sicherlich liegt die Entscheidung im Kabinett. Aber wir werden es ja in Diskussionen noch hören.

Unser Land verfügt über ein flächendeckendes Netz von 13 Tierparks und Zoologischen Gärten, die 1998 eine Resonanz von mehr als 1,3 Millionen Besuchern hatten. Von diesen Besuchern waren über 47.000 Kinder, die das Angebot der 11 Zooschulen nutzten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Angebot der Tierparks und Zoologischen Gärten richtet sich an Bürger aller sozialen Schichten. In diesen Einrichtungen werden Kenntnisse über zoologische, botanische und ökologische Zusammenhänge vermittelt. Hierbei werden neben der normalen Gehegebeschilderung Lehrpfade, interaktive Computerdarstellungen, Videos und Vorführungen genutzt. Fast alle Tiergärten und Zoos leisten eine umfassende pädagogische Arbeit in Zusammenarbeit mit den Schulen beziehungsweise mit dem Landesinstitut für Schule und Ausbildung. In den Zoo- oder Tierparkschulen werden ausgelagerter Biologie- oder Heimatkundeunterricht angeboten. Hier sind hochqualifizierte und erfahrene Pädagogen tätig.

Im Tierpark Ueckermünde wird seit Mai '98 sogar polnischsprachiger Unterricht angeboten, der von Schulklassen aus Stettin und Umgebung gern angenommen wird. Seitdem besuchten circa 3.300 Schüler aus Stettin die Zooschule und 3.000 Schüler aus Polen, die den Tierpark als Ausflugsziel nutzten. Es wird damit gerechnet, daß in den kommenden Jahren bis zu 20.000 Besucher aus Stettin kommen werden. Aus diesem Grunde wird angestrebt, den Tierpark in deutscher und polnischer Sprache auszuschildern.

Sehr geehrte Damen und Herren, fast alle Tiergärten und Zoos sind auch im Bereich der Jugendarbeit aktiv. Verschiedene Arbeitsgemeinschaften helfen mit, die Jugend von der Straße zu holen und sinnvoll zu beschäftigen. Die Zoos und Tierparks sind also eine Bildungsstätte. Hier lernt der Sohn vom Vater und umgekehrt. Beide erfahren etwas Neues. Das Erlebnis mit Tieren und die Beschäftigung mit der Natur sind tiefe Empfindungen, die bei den Jugendlichen wachgehalten werden sollen. Dabei werden den Jugendlichen solche Tugenden wie gemeinsamer Einsatzwille und Wissensdurst vermittelt.

In den Zoos und Tierparks werden die Besucher mit Traditionen und Bauweisen Mecklenburg-Vorpommerns vertraut gemacht, also es werden bodenständige Traditionen vermittelt. Diese beschränken sich nicht nur auf Volkskunst. Es werden alte Bräuche und handwerkliche Traditionen gezeigt und vermittelt. So zeigen Handwerker von alten Berufen, wie Hufschmiede, Korbmacher, Schäfer, Fischer und andere landestypische Gewerke, ihr Können. Die Kunst kommt dabei aber auch nicht zu kurz. Volkskunstschaffende und freischaffende Künstler, wie Maler und andere, nutzen diese Möglichkeiten auch. Die Räumlichkeiten in diesen Einrichtungen werden für Ausstellungen und Veranstaltungen genutzt. So finden im Ueckermünder Tierpark Konzertabende, Theatervorstellungen, Vortragsveranstaltungen und Begrüßungsabende für Urlauber statt.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, Sie können dies alles als kommunale Angelegenheit abtun und die Zuständigkeit der Landesregierung ablehnen. Aber bedenken Sie bitte dabei, daß Sie damit die Existenz dieser Einrichtungen aufs Spiel setzen und für das Land wichtige und notwendige kulturelle Einrichtungen ablehnen. Der Aspekt des Erhalts von Arbeitsplätzen kann und darf nicht unerwähnt bleiben. Fakt ist, daß die Tierparks und Zoologischen Gärten nur existieren können, wenn ein Finanzkonzept gefunden wird, in dem alle Beteiligten entsprechend auch mitwirken und das Land seinen Beitrag zur finanziellen Unterstützung leistet.

In den Einrichtungen werden zahlreiche Haustierrassen wie Skudden, Rauhwolliges Pommersches Landschaf und andere der Nachwelt erhalten.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

Die Zoos und Tiergärten sind überregional bedeutsame Einrichtungen, die sich wachsender Beliebtheit erfreuen. Die Ausstrahlungskraft erstreckt sich auf circa 100 Kilometer im Umland. Wer für die Entwicklung des Fremdenverkehrs Schlechtwettervarianten fordert, sollte bei der Förderung auch an die Tierparks und Zoologischen Gärten denken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und Till Backhaus, SPD)

Danke.

Wir sehen des weiteren die wichtige Funktion als Stätte der Sozialintegration und als Freizeitangebot für die ganze Familie. Ausgehend von der Vielfalt der Bedeutung für die Gesellschaft sollte auch das Land diese Einrichtung, wie bereits aufgeführt, durch die Bereitstellung von Fördermitteln bei den Betriebskosten unterstützen, denn sie leisten Erhebliches für die Lebensqualität unserer Menschen. Den Mitarbeitern in diesen Einrichtungen, die oftmals mit großen Anstrengungen und unter Rückstellung persönlicher Interessen diese Aufgaben realisieren, möchte ich an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Besondere Anerkennung verdienen auch die Bürger, Betriebe und Einrichtungen, die jährlich mit Spenden und Patenschaften zur Sicherung und zum Erhalt der Tierparks und Zoologischen Gärten beitragen.

Die Arbeitsämter unterstützen Projekte über das AFG. Verschiedene Landesprogramme, wie der Bau öffentlicher Infrastruktureinrichtungen des Fremdenverkehrs, die Erhaltungszucht vom Aussterben bedrohter Tierarten, die Personalkosten an den Zooschulen beziehungsweise das AQMV, waren wie in jedem anderen Bereich die Voraussetzung für eine Förderung. Diese Fördermöglichkeiten sind positiv und haben zur Erhöhung der Attraktivität beigetragen.

Die Tierparks decken aus eigenen Einnahmen 20 bis 50 Prozent der Betriebskosten ab. Bei allen anderen kulturellen Einrichtungen liegen diese nach den mir vorliegenden Informationen bei 10 bis 15 Prozent. Die Abdeckung der Betriebskosten kann nur über eine weitere Erhöhung der Eintrittspreise erfolgen. Die Vergangenheit hat aber gezeigt, daß solche erhöhten Eintrittspreise zum Rückgang bei den Besucherzahlen führen, so daß Eintrittspreiserhöhungen zum Nullsummenspiel werden. Zur Zeit liegen die Eintrittspreise bei 5 bis 7 DM pro Einwohner. Die zunehmenden finanziellen Aufwendungen für die Pflichtaufgaben schränken den Spielraum der Kommunen immer mehr ein. Dadurch sind die Kommunen nicht mehr in der Lage, die benötigten Mittel für zusätzliche Aufgaben aufzubringen.

Liebe Frau Gramkow, Sie hatten im Juni den Vorschlag unterbreitet, wir sollten die kommunale Finanzausstattung verstärken, dann könnten die Kommunen das natürlich selbst. Aber mit dem vorgelegten Haushaltsplanentwurf für 1999 wurde dieser Vorschlag leider nicht umgesetzt, und es wurden auch keine Mittel für die Förderung der Tierparks und Zoologischen Gärten eingestellt. Durch die Landesregierung wurde hier kein positives Zeichen zur Stärkung und Entwicklung auch von kulturellen Zentren in den ländlichen Räumen gesetzt.

Die Bereitstellung von finanziellen Mitteln aus dem Landeshaushalt zur Förderung der Tierparks und Zoologischen Gärten ist aufgrund der finanziellen Situation der Kommunen geboten für den Erhalt dieser Einrichtungen für die Jugendarbeit, der Freizeitgestaltung, der Traditionspflege, des Artenschutzes, der Wissenschaft und des Naturschutzes notwendig. Die Förderung könnte sich auf Besucherzahlen beziehen. Eine entsprechende Förderlinie sollte durch die Landesregierung erarbeitet werden. Über den Abschluß der Regelungen und Zuständigkeiten sollte dem Landtag bis zum Juni 1999 berichtet werden.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Es liegt ein Änderungsantrag dazu vor, dieses Datum aus dem Antrag zu streichen.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Wieso sollte das gestrichen werden?)

Ich denke, wir sollten das nicht tun, sondern sollten einen Vorschlag dazu unterbreitet bekommen. Denn wenn wir das streichen, schieben wir es nur nach hinten raus. Ich denke, wir haben lange genug darüber diskutiert und keine Entscheidung erreicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU
und Till Backhaus, SPD –
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Wir hatten bereits in der 90. Sitzung der zweiten Wahlperiode den Vorschlag unterbreitet, einen Zuschuß von 1 DM pro Besucher bereitzustellen, um bereits für 1999 eine Förderung zu gewährleisten. Nach den vorliegenden Besucherzahlen für 1998 wäre dies ein Finanzbedarf von 1.320 TDM.

Wir bieten auch einen Finanzierungsvorschlag an, die 1,32 Millionen aus dem Topf Öffentlicher Beschäftigungssektor zu nehmen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Gerd Böttger, PDS: Was wollen Sie denn
da noch alles wegnehmen?)

Auch falls der Abgeordnete Herr Bluhm sagen sollte, gut gebrüllt Löwe: Abgeordnete der PDS haben sich bereits nach ihrem Besuch im Tierpark von Stargard positiv zur Förderung durch das Land geäußert.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist doch was. –
Harry Glawe, CDU: Das ist ja was. –
Till Backhaus, SPD: Jetzt geht es aber richtig los.)

Auch Abgeordnete der SPD-Fraktion haben sich hierzu positiv geäußert. Wenn das Brüllen gehört wurde, und Sie, liebe Abgeordnete, diesem Antrag zustimmen, hat es sich gelohnt und findet in der Haushaltsberatung bei dem Haushaltsentwurf für 1999 Berücksichtigung. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Schönen Dank, Herr Grams.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Redezeit von bis zu fünf Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Zunächst hat um das Wort gebeten der Umweltminister. Ist das richtig?

(Minister Dr. Wolfgang Methling:
Ja, aber ich weiß nicht, wann.)

Sie müssen nicht, nur wenn Sie unbedingt wollen.

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Ja, ich will, natürlich. – Lorenz Caffier, CDU:
Der will doch Zoominister werden. –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Gut, bitte sehr, Sie haben das Wort.

(Lorenz Caffier, CDU: Der macht
Ihnen jetzt den Zoominister streitig! –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Minister Dr. Wolfgang Methling: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, ich will Zoominister werden,

(Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der CDU und PDS)

aber Spaß beiseite. Scheinbar behandeln die Landtagsitzungen diesmal im letzten Tagesordnungspunkt Themen, die sich mit der Tierhaltung beschäftigen, gestern die Hundehaltung, heute die Zootierhaltung.

(Unruhe und Heiterkeit bei den
Abgeordneten – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Kormorane werden ja auch noch ernährt. –
Heidemarie Beyer, SPD: Die Frauen
kommen immer kurz davor. –
Caterina Muth, PDS: Richtig.)

Die CDU hat wiederum einen Antrag vorgelegt, der den Nachholbedarf, den sie in der Regierungszeit selbst verschuldet hat, tilgen soll. Das darf ich zunächst erst einmal feststellen, denn es ist in der Tat so, daß die Landesregierung bis heute die Zuständigkeit für die Zoologischen Gärten und Tierparks, die sich ja in kommunaler Trägerschaft befinden, nicht geregelt hat.

(Caterina Muth, PDS: Tja.)

Auch der Landtag hat sich mehrfach damit beschäftigt. In der zurückliegenden Legislaturperiode, so habe ich mir berichten lassen, hat sich der Landtag viermal mit den Fragen der 13 Zoologischen Gärten und Tierparks beschäftigt. Der Kultusausschuß hat sich sogar vor Ort im Zoo Schwerin über die Situation informiert.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Die sind
aber wieder rausgekommen.)

Nennenswerte Veränderungen hat es wohl nicht gegeben.

Herr Grams hat jetzt darüber berichtet, wie dieses zustande gekommen ist, und zwar nach der Devise: Halte den Dieb!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Doch, die sind
wieder rausgekommen aus dem Zoo.)

Ja, die Ergebnisse Ihrer Regierungszeit können Sie da ruhig bilanzieren.

(Georg Nolte, CDU: Sie können doch
alles besser, dann machen Sie es doch!)

Und ich möchte Herrn Grams ausdrücklich recht geben, was die Zielfunktionen der Zoologischen Gärten

betrifft. Diese Zielfunktionen werden seit vielen Jahren erfüllt. Diese Zoologischen Gärten sind in der Tat kulturelle Einrichtungen, die eine lange Tradition haben. Rostock feiert in diesem Jahr den 100. Jahrestag des Zoologischen Gartens Rostock. Also es sind zum Teil wirklich traditionsreiche Gärten, die hier arbeiten, die Bildungsarbeit leisten, die Erholungswirkung haben und die touristische Attraktivität auslösen für die Kommunen, für die Städte.

Auch hinsichtlich des Tierschutzes und des Artenschutzes gibt es Bezüge zur Landespolitik, weil die Zoos durch die entsprechenden Behörden überwacht werden. Es ist deshalb in der Tat zu überlegen, ob und wie dieses Defizit der Ressortzuständigkeit beseitigt werden kann. Ich denke, daß es nützlich und zweckmäßig ist, daß die Landesregierung ein Ressort bestimmt, das für die Zoologischen Gärten inhaltlich zuständig ist und als Ansprechpartner zur Verfügung steht, ohne daß die kommunale Zuständigkeit für die Zoologischen Gärten und Tierparks aufgehoben wird. Theoretisch kommt dafür in Frage vor allen Dingen das Bildungsministerium, Herr Grams hat das gesagt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Viel Beifall, Herr Kauffold, für Sie.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Na, dem Minister werden wir mal nicht so viel Arbeit aufladen.)

Auch das Landwirtschaftsministerium ist wohl ein mögliches Ministerium, was dafür in Frage kommt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Wolfgang Riemann, CDU: Schwierig, schwierig.)

Auch das Landwirtschaftsministerium ist wohl ein mögliches Ministerium, was dafür in Frage kommt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Du bist für die Pommernschafe zuständig.)

Auch das Wirtschaftsministerium, was Herr Grams eigentlich abgelehnt hat, ...

(Gerd Böttger, PDS: Das Innenministerium, weil die Schafe eingesperrt sind. – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Nein, für den Tierschutz ist das Landwirtschaftsministerium zuständig in dem Falle.

(Georg Nolte, CDU: Aber weil sie gefangen sind, Justiz! – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Viertens kommt in Frage das Umweltministerium. Das Umweltministerium hat bei der Beratung dieses Antrages der CDU die Bereitschaft erklärt, die gewünschte Aufgabe zu übernehmen.

(Georg Nolte, CDU: Aber es wäre auch schön in der Landeszentrale, weil man da schön Affen vorführen kann. – Eckhardt Rehberg, CDU: Das geht nicht, die hat keinen Chef im Augenblick.)

Dafür machen wir folgende Gründe maßgebend: Das Umweltministerium hat zu tun mit der Sache der Zoologischen Gärten, weil diese Gärten sich in hohem Maße um Umwelt- und Naturschutzbildung bemühen, sich dort sehr engagieren und viele praktische Projekte verwirklichen. Hinzu kommt, daß die Zoos des Landes auch wichtige Beiträge zum Artenschutz leisten. Ob die Zoos unbedingt

etwas leisten, Herr Grams, für die Erhaltung des Rauhewigen Pommerschen Landschaftes, das möchte ich sehr in Zweifel ziehen. Davon haben wir soviel, die müssen nicht im Zoo gehalten werden, die werden auf der Insel gehalten.

(Georg Nolte, CDU: Na und? Wer betreut die? – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und schließlich möchte ich sagen, daß das Umweltministerium auch deshalb in Frage kommt, weil der Minister ein Interesse an den Zoologischen Gärten hat. Summa summarum, wir haben die Bereitschaft erklärt, die Zuständigkeit für die Zoologischen Gärten zu übernehmen.

(Dr. Arnold Schoenburg, PDS: Die CDU lehnt das gewiß ab.)

Präsident Hinrich Kuessner: Herr Minister, es gibt eine Zwischenfrage. Sind Sie bereit, eine Frage des Abgeordneten Jäger zu beantworten?

Minister Dr. Wolfgang Methling: Oh ja, bitte, gern, Herr Jäger.

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte sehr, Herr Jäger, Sie haben das Wort.

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Umweltminister, Sie haben mich richtig überrascht, und deswegen habe ich jetzt eine Frage, weil Sie vorhin zur Windkraft hier nicht gesprochen haben als Umweltminister, sich aber für diese Aufgabe anbieten.

Präsident Hinrich Kuessner: War das schon Ihre Frage?

Dr. Armin Jäger, CDU: Werden Sie überhaupt die Zeit finden, nachdem Sie gerade dabei sind, alle Genehmigungen für die Windkraftanlagen zu widerrufen? Werden Sie die Zeit finden, sich um die Zoos zu kümmern?

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Oder ist Genehmigungen zu widerrufen mehr Ihr Hobby?

Minister Dr. Wolfgang Methling: Herr Präsident, muß ich diese Frage,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

die gar nicht zum Gegenstand gehört, beantworten?

(Eckhardt Rehberg, CDU: Natürlich.)

Präsident Hinrich Kuessner: Das ist Ihre freie Entscheidung, Herr Minister.

Minister Dr. Wolfgang Methling: Also, Herr Jäger, irgendwie haben Sie Informationsdefizite ...

Dr. Armin Jäger, CDU: Nein.

Minister Dr. Wolfgang Methling: ... oder Fehlinformationen.

Dr. Armin Jäger, CDU: Nein.

Minister Dr. Wolfgang Methling: Darüber können wir in aller Ruhe sprechen. Ich kann mich an einen Fall erinnern, wo es aber auch keine Genehmigung gegeben hat, für die Sie eigentlich zuständig waren und die Sie vier Jahre verzögert haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Caterina Muth, PDS: Ja.)

Dr. Armin Jäger, CDU: Sie sprechen jetzt leider die Unwahrheit. Wollen Sie bitte meine Frage ...

Präsident Hinrich Kuessner: Herr Abgeordneter Jäger, Sie haben nicht das Wort.

Minister Dr. Wolfgang Methling: Das finde ich schon sehr bemerkenswert, daß Sie das hier aufrufen.

Dr. Armin Jäger, CDU: Es wäre nett, wenn Sie die Frage beantworten würden.

Minister Dr. Wolfgang Methling: Über diesen einzelnen Fall kann ich auch gerne mal hier berichten, dann können wir feststellen, wie Ihre Regierung gewirkt hat.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS – Heinz Müller, SPD: Aber unter einem entsprechenden Tagesordnungspunkt.)

Dr. Armin Jäger, CDU: Sie haben die Frage nicht beantwortet.

Minister Dr. Wolfgang Methling: Also, Herr Jäger, ich sehe mich durchaus in der Lage, die Zuständigkeit wahrzunehmen, auch zeitlich, und wir werden das so regeln. Ich dachte eigentlich, daß das auf Ihre große Zustimmung trifft bezüglich des Antrages, den Sie eingebracht haben.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Dr. Henning Klostermann, SPD)

Ich habe mich in den letzten Tagen mit Direktoren der größten Zoologischen Gärten verständigt, zumindest mit dem Direktor des Rostocker Zoos, der Rücksprache mit seinen Kollegen genommen hat. Diese Kollegen begrüßen sehr, daß das Umweltministerium die Zuständigkeit übernehmen möchte. Ich betrachte das als Vertrauensbeweis und als moralischen Auftrag. Das Kabinett hat sich ebenso für eine solche Regelung ausgesprochen. Aber bevor es zu einer solchen Übernahme der Verantwortung kommt, müssen ein paar grundsätzliche Fragen geklärt werden, die auch Herr Grams hier angesprochen hat.

(Gerd Böttger, PDS: Genauso ist es.)

Es ist aus meiner Sicht erstens zu klären, daß es nicht zu einer Veränderung der kommunalen Trägerschaft kommen kann, einschließlich der Finanzierung. Über Modelle muß man sprechen.

Es muß zweitens eine Förderung von Vorhaben und Projekten durch alle sachlich zuständigen Ministerien weiterhin geben für Bildungsfragen, für Umweltfragen und so weiter. Eine Förderungsrichtlinie, wie Sie sie wünschen, kann aus meiner Sicht gegenwärtig auch deshalb nicht erarbeitet werden, weil wir zunächst erst einmal zu analysieren haben, aus welchen Ressorts in den vergangenen acht Jahren welche Fördermittel zur Verfügung gestellt wurden.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Wir machen ein Gutachten.)

Wir werden schnellstmöglich eine solche Analyse durchführen und den Landtag dann darüber informieren.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ergibt sich aus dem Haushalt. Da brauchen wir nichts zu organisieren, das steht so im Haushalt drin.)

Wenn Sie alles so wissen, meine Herren, warum haben Sie das acht Jahre lang nicht geregelt

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

und führen hier auf einmal solche Anträge vor?

(Eckhardt Rehberg, CDU: Damit Sie endlich auch mal brüllen können, Herr Methling.)

Ich werde meine Kollegen bitten, daß wir gemeinsam eine interministerielle Arbeitsgruppe einsetzen, die sich sehr sorgfältig damit beschäftigt,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Deswegen ist der Termin rausgeschoben worden, damit Sie die Zeit haben.)

welche Aufgaben, welche Leistungen die Zoologischen Gärten erfüllt haben. Wir werden untersuchen, welche Förderfähigkeit für die verschiedenen Segmente vorliegt, und wir werden die Fördermöglichkeiten prüfen. Im Ergebnis dieser Arbeit werden wir dann entweder eine Förderrichtlinie vorlegen beziehungsweise einen Maßnahmenplan für die Entwicklung dazu.

(Der Abgeordnete Friedbert Grams meldet sich für eine Anfrage.)

Auf keinen Fall kann das bis zum 01.06. dieses Jahres geschehen,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist uns klargeworden, Herr Methling.)

aber wir werden das tun.

Präsident Hinrich Kuessner: Herr Minister, es gibt noch eine weitere Zwischenfrage. Sind Sie bereit, die Frage des Abgeordneten Grams zu beantworten?

Minister Dr. Wolfgang Methling: Ich würde mal sagen, lassen Sie mich erst noch zu Ende reden, Herr Grams.

An der Bereitschaft des Umweltministeriums, die fachlich-sachlich zuständige Behörde zu sein, wird sich unabhängig von dem Ergebnis nichts ändern. Das ist die Botschaft, die ich den Zoodirektoren – der Schweriner Direktor ist heute hier –, den Leiterinnen und Leitern, den Direktorinnen und Direktoren der Zoologischen Gärten bereits heute überbringen möchte. Es wäre allerdings besser gewesen, wenn die beantragte Regelung schon viel früher vorgenommen worden wäre.

Ich bedanke mich bei der Fraktion der SPD und bei der Fraktion der PDS für ihren Änderungsantrag,

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

weil aus meiner Sicht damit der Antrag der CDU, den ich sehr unterstütze vom Anliegen her, beschlußfähig geworden ist. Ich bitte auch die Kolleginnen und Kollegen der CDU um Zustimmung zu dem Antrag in der vorgelegten Form.

(Harry Glawe, CDU: Das werden wir nicht machen.)

Ich werde alles Mögliche tun, um Ihrem Anliegen zu entsprechen, genau inhaltlich, wie Sie es meinen, aber in der Form kann es nicht so sein. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Der Abgeordnete Grams kann jetzt seine Frage stellen. Bitte sehr.

Friedbert Grams, CDU: Herr Minister, bis wann könnten Sie eine Förderrichtlinie vorlegen?

Minister Dr. Wolfgang Methling: Das möchte ich dem Ergebnis der Analyse überlassen. Aber ich denke, daß es in diesem Jahr zu machen ist, wenn wir uns auf eine Förderrichtlinie verständigen können, aber keinesfalls bis zum 01.06.

(Eckhardt Rehberg, CDU: 31.12.1999. –
Barbara Borchardt, PDS: Das ist immer noch
besser, als ein paar Jahre zu warten, Herr Reh-
berg. – Unruhe bei Eckhardt Rehberg, CDU –
Barbara Borchardt, PDS: Ja, ja, ja.)

Friedbert Grams, CDU: Und damit wird es keine Förderung für die Tierparks und Zoologischen Gärten geben.

Präsident Hinrich Kuessner: Das war keine Frage, insofern ...

Minister Dr. Wolfgang Methling: Herr Grams, Sie reden doch gegen die Fakten. Es hat doch bereits jetzt Förderung auf Projektanträge gegeben.

(Heidmarie Beyer, SPD: Das ist richtig.)

Darüber bin ich zahlreich informiert.

(Heidmarie Beyer, SPD: Das ist richtig.)

Was Sie wollen, ist eine Bündelung, und über diese Bündelung muß man reden.

(Eckhardt Rehberg, CDU:
Nicht nur im Einzelfall.)

Herr Rehberg, Sie können noch so laut sprechen. Das, was Sie in acht Jahren nicht geregelt haben,

(Eckhardt Rehberg, CDU:
Das stimmt doch überhaupt nicht.)

das wollen Sie jetzt in einem Monat erreicht haben,

(Eckhardt Rehberg, CDU:
In einem Monat, Sie können nicht
mal mehr richtig zählen, Herr Methling!)

das geht einfach nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Eckhardt Rehberg, CDU: Wie lange brauchen
Sie denn? – Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU,
und Barbara Borchardt, PDS)

Gibt es weitere Anfragen, Herr Grams?

Friedbert Grams, CDU: Nein.

Präsident Hinrich Kuessner: Schönen Dank, Herr Minister.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Klostermann von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Klostermann.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist die
falsche Krawatte, die Eule fehlt.)

Dr. Henning Klostermann, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich meine, daß die Heiterkeit bei diesem letzten Tagesordnungspunkt den Tierparks und Zoos des Landes zugute kommen sollte, also diese Energie dafür freigesetzt werden sollte, auch die Bedeutung und das Erfordernis des Helfens zu erkennen.

(Beifall Heidmarie Beyer, SPD –
Herbert Helmrich, CDU: Sehr gut.)

Es hieße andererseits, Eulen nach Athen oder Eulen in die Tierparks und Zoos zu tragen, deren Standortfaktor und deren ökokulturellen Beitrag zu negieren. Insofern brauche ich also jetzt nicht viel auszuführen, sondern kann mich den Ausführungen des Herrn Grams und des Umweltministers anschließen.

Die Befassung des Landtages mit diesem Thema im vorigen Jahr bezog sich auf einen Prüfauftrag über die Möglichkeiten der Landesförderung. Und Kollege Grams hat sich ja mit Kleinen Anfragen emsig um dieses Thema bemüht. Aber diese Kleinen Anfragen waren eben doch eher harmloser Art. Ebenso harmlos fielen die meisten Antworten aus. Das ist zu kritisieren. Man konstatierte, daß Tierparks und Zoos als kommerziell betriebene Einrichtungen jeweils in die Zuständigkeiten ihrer Kommunen gehören. Die Antwort der Landesregierung auf Drucksache 2/3717 vom 14.04.1999 – beantwortet durch das Wirtschaftsministerium – belegt dies. Dieser Zustand ist aus unserer Sicht unbefriedigend.

Wie die Dinge jetzt liegen, können sich die Verantwortlichen aus den Tierparks und den Zoos an alle und jeden wenden, ohne einen kompetenten Ansprechpartner in der Landesregierung zu finden. Ein Verwirrspiel, das schnellstens beendet werden sollte, so ist unser Standpunkt, denn mit insgesamt etwa 1,3 Millionen Besuchern jährlich sind die Tiergärten und Zoos wichtige Stätten der Umweltbildung. Die Umweltbildung haben wir nicht nur im Landesnaturschutzgesetz festgeschrieben, sondern auch im Koalitionsvertrag, und neben der Umweltbildung natürlich die sinnvolle Freizeitgestaltung, sowohl für unsere Bürger als auch für die Gäste unseres Bundeslandes.

Ein erster Schritt in der Wahrnehmung der Verantwortung sollte sein, daß der Ansprechpartner festgelegt wird. Und Herr Minister Methling hat dazu schon Ausführungen gemacht und eine Initiative ergriffen. Es muß an kompetenter Stelle koordiniert werden, es muß auch Informationen geben. Die Verbindung zum Artenschutz und so weiter liegt auf der Hand, um die unterschiedlichen Interessenlagen der Tierparks und Zoos in Mecklenburg-Vorpommern vielleicht auch noch stärker zu vernetzen und aufzuwerten. Das wäre vielleicht der zweite Schritt.

Es bleibt dann als dritter Schritt übrig, nachzudenken – und das sei ja wohl gestattet – über eine Bündelung der Förderung, überhaupt über eine Förderung durch das Land. Ich meine, das kann, wenn ordentliche Informationen vorliegen, die wir ja bekommen werden, auch besser erfolgen. Ich sehe auch einen Anlaß, daß sich der Umweltausschuß im Rahmen seiner Selbstbefassung des Themas annehmen sollte. Wir werden dieses jedenfalls veranlassen und uns auch dazu kompetente Gesprächspartner einladen, um die Arbeitsweise, die sich dann im Anschluß an die Unterrichtung der Landesregierung anschließt, zu bereden.

Ich bin am Ende meiner Ausführungen, und ich bitte Sie, dem Änderungsantrag der SPD und PDS, Drucksache 3/327, zuzustimmen und ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Änderungsantrag der PDS und SPD! –
Heiterkeit bei Abgeordneten der PDS)

Danke für die Korrektur, Herr Schoenenburg. Man muß bis zum Schluß auf Korrektheit achten, das ist richtig.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, ja. –
Heidmarie Beyer, SPD:
Bei Dr. Schoenenburg sowieso.)

... natürlich auch um Zustimmung zu dem Antrag des Anliegens auf Drucksache 3/295. – Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Danke sehr, Herr Klostermann.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Böttger von der PDS-Fraktion. Bitte sehr.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Sprich mal darüber, ob Du Deinen
Pudel auch immer knechtest!)

Gerd Böttger, PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Grams, Sie haben hier sehr ausführlich über die Bedeutung der Zoos und Tiergärten gesprochen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das war doch gut.)

An der Stelle, möchte ich sagen, haben Sie unsere volle Zustimmung.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist ja!)

Jawohl, es ist in der Tat so, daß auch wir, der Minister hat es gesagt, die umfangreiche Bedeutung der Zoos und Tiergärten anerkennen.

(Herbert Helmrich, CDU: Was die
Opposition alles bewegen kann.)

Ich glaube, an der Stelle sind wir uns auch noch einig, aber darum geht es ja nicht in Ihrem Antrag.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Du, das hat die CDU aber erst neu erkannt. –
Friedbert Grams, CDU: Nein, nein, das nicht. –
Dr. Ulrich Born, CDU: Warum redet
der Dr. Schoenenburg nicht mal? –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ja, na ja.

Es geht doch in Ihrem Antrag um zwei Dinge: Es geht einmal um die Regelung der Zuständigkeit. Mir scheint, die Regelung der Zuständigkeit ist eigentlich soeben vollzogen worden. Wenn das Kabinett dem Vorschlag des Umweltministers zustimmt, wovon ich mal ausgehe, weil vielleicht kein anderer sich danach drängt,

(Minister Dr. Wolfgang Methling:
Bitte keine Diskriminierung!)

wird zumindest die Zuständigkeit geregelt sein. Aber es geht bei Ihrem Antrag auch gar nicht so sehr um die Zuständigkeit,

(Herbert Helmrich, CDU: Doch.)

sondern es geht vielmehr um eine zusätzliche Förderung der Zoos und Tiergärten.

(Harry Glawe, CDU: Sehr richtig. –
Dr. Ulrich Born, CDU: Auch gut.)

Und das ist doch eine zusätzliche, sage ich, Herr Grams, weil, Sie hätten hier sagen müssen, daß natürlich notwendige Investitionsmaßnahmen gegenwärtig schon gefördert werden durch das Land.

(Friedbert Grams, CDU: Das ist
laut und deutlich gesagt worden.)

Gut, dann wollen wir es noch mal festhalten: Was Sie zusätzlich wollen, sind ungefähr 2 Millionen DM,

(Friedbert Grams, CDU: 1,3.)

weil Sie gesagt haben, die Besucherzahlen werden weiter steigen, denn Sie wollen ja dieses Geld an die Besucherzahlen koppeln.

(Wolfgang Riemann, CDU: 1,3 sind nicht 2.)

Das ist ein Punkt, wo mir auffällt, daß die CDU-Fraktion, jetzt, wo sie in der Opposition ist,

(Dr. Ulrich Born, CDU: ... gute Einsichten hat. –
Harry Glawe, CDU: ... Einsichten hat.)

allein auf diesen beiden Landtagssitzungstagen mehrmals Anträge stellt,

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

wo Millionen sozusagen eingefordert werden,

(Friedbert Grams, CDU: Sie haben
nicht zugehört. Wir haben den Antrag
bereits im Juni 1998 gestellt.)

die sie in Ihrer Regierungszeit nicht eingestellt und ausgeben hat.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Friedbert Grams, CDU: Sie haben nicht
zugehört. Sie müssen die Wahrheit sagen!)

Das ist, wie ich meine, Herr Grams, mehr als populistisch.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Im Juni 1998
haben wir das schon getan. –
Friedbert Grams, CDU: Im Juni 1998!)

Ich kann Ihnen eins sagen: Wenn wir solche Anträge gestellt haben, dann wissen Sie genau, was da passiert ist.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das haben
wir doch im Juni 1998 schon getan!)

Und im Juni 1998 ...

(Harry Glawe, CDU: Na was jetzt? –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Juni 1998 waren Sie doch am Ende. –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sie wissen ganz genau, daß da alle Fraktionen erklärt haben, auch Ihre, mit dem Blick auf den September 1998, natürlich werden wir prüfen, was im nächsten Haushalt möglich ist. Sie haben die Antwort auf Ihre Anfrage bekommen.

(Harry Glawe, CDU: Und was machen Sie jetzt?
Sie prüfen immer noch! – Friedbert Grams, CDU:
Der politische Wille ist nicht da. –
Barbara Borchardt, PDS: Der ist schon da.)

Es wurde geprüft und festgestellt, daß es gegenwärtig nicht möglich ist, diese zusätzlichen Mittel einzustellen.

Wir haben hier bei den Zoos und Tiergärten eine ähnliche Situation, wie wir sie bei den Theatern heute diskutiert haben. Ich kann Ihnen sagen – Herr Schneider hat mir das vorhin noch gesagt –, allein für den Schweriner Zoo kommen durch die Tarifierhöhungen in diesem Jahr zusätzliche Mittel von 60.000 DM auf den Zoo zu für die Personalkosten.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Dann müssen wir das erhöhen. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Dieses Problem haben fast alle Zoos. Deshalb ist völlig richtig, daß es hier einen Handlungsbedarf gibt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

Der Minister hat angekündigt, wie er das machen will.

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Eine Arbeitsgruppe, hat er gesagt.)

Wissen Sie, er hat erklärt, man guckt sich das Problem an, man bildet bitte schön ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Sie haben doch gar nicht zugehört. –
Caterina Muth, PDS: Wir sind doch noch in
den Verhandlungen. Warten Sie doch mal ab! –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Was haben Sie denn immer gemacht?

... erst mal eine Arbeitsgruppe,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ach nein!)

macht eine Anhörung und kommt dann zu vernünftigen Entscheidungen, welcher Zoo es braucht, welcher Zoo es nicht braucht.

Und eins ist mir noch aufgefallen, meine Damen und Herren von der CDU: Heute früh bei den Theatern haben Sie erklärt, das Problem ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Da hatten Sie einen Maulkorb! – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Ach, wissen Sie,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Da waren Sie feige. –
Zuruf von Barbara Borhardt, PDS)

das Problem löst sich dann, wenn man privatrechtliche Trägerschaften macht. Sie stellen hier bei diesen Zoos und Tiergärten fest, die meisten von denen sind in privatrechtlicher Trägerschaft, werden als GmbH geführt, einer, glaube ich, noch als Eigenbetrieb, andere in Form von Vereinen und Verbänden.

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Die sind bisher sehr erfolgreich.)

Und ich kann Ihnen sagen, allein die Überführung in eine GmbH bei hundertprozentiger Gesellschaftertätigkeit der jeweiligen Kommune löst das Problem überhaupt nicht,

(Caterina Muth, PDS: Genau, genau!)

sie löst das Problem überhaupt nicht. Denn ...

(Herbert Helmrich, CDU: Es hat es
aber sehr viel flexibler gemacht.)

Ja, hat flexibler gemacht. Wissen Sie, was ich sage, was flexibler geworden ist: Für diese 60.000 DM, die in diesem Jahr der Schweriner Zoo mehr aufbringen muß an Personalkosten, wird er möglicherweise einen Kredit aufnehmen können, und zwar leichter, als wenn er ein Eigenbetrieb wäre, Herr Jäger, das wissen Sie,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

oder als wenn er der Kommune direkt gehören würde. Aber er muß diesen Kredit ja zurückzahlen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Er kann
doch Spenden einsammeln.)

Und insofern ist der Antrag von der Richtung her, daß wir eine Lösung finden müssen, völlig richtig. Aber bei der Art und Weise, wie Sie es fordern, in welchen Zeitabständen und ohne genau zu sagen, woher Sie dieses Geld nehmen wollen, diese 2 Millionen DM, kann man diesen Antrag nur ablehnen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Oh, 1,3. –
Dr. Ulrich Born, CDU: Nicht 2. –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wir befürworten die Initiativen der Landesregierung und werden uns sicher sehr bald erneut mit diesem Thema beschäftigen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Nein, nein, das ist alles sehr, sehr populistisch, was Sie machen. Mehr ist das nicht. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Danke, Herr Böttger.

Das Wort hat Herr Grams von der CDU-Fraktion. Bitte sehr.

Friedbert Grams, CDU: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich denke, daß wir hier in der Diskussion eindeutig die Aufgaben und die Bedeutung der Tierparks und Zoologischen Gärten herausgestellt haben und auch die Bedeutung für den Tourismus sowie die Bedeutung als sozialen Faktor für die ganze Familie.

(Beifall Herbert Helmrich, CDU –
Gerd Böttger, PDS: Da sind wir uns doch einig.)

Sie haben es gesagt, in dem Punkt sind wir uns einig, deshalb möchte ich darauf nicht weiter eingehen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Es ist fünf vor acht, Herr Grams.)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, ich denke, den Schwarzen Peter hier von einem zum anderen zu schieben oder auch in Rechthaberei zu verfallen, hilft nicht den Beschäftigten der Tierparks und den Bürgern unseres Landes.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Unabhängig davon sollten wir hier zu konstruktiven Vorstellungen kommen, wie Tierparks und Zoologische Gärten in unserem Lande gefördert werden können.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das ist
doch richtig, das ist doch richtig. –
Barbara Borhardt, PDS: Das ist richtig.)

Und deshalb können wir dem Änderungsvorschlag nicht zustimmen, die Förderrichtlinie aus dem Antrag herauszustreichen. Ich denke, daß man darüber diskutieren kann. Ich persönlich kämpfe seit 1996 darum, daß die fachliche Zuständigkeit geregelt wird. Herr Böttger ist ja auf einige Kleine Anfragen eingegangen.

Und wenn jetzt gesagt wird, wir haben keinen Deckungsvorschlag unterbreitet, so habe ich in meiner Einbringungsrede eindeutig gesagt, aus welchem Topf die Deckung für die 1,3 Millionen DM kommen könnte.

(Gerd Böttger, PDS: Damit reißen Sie doch aber woanders Löcher.)

Ich denke, dazu sollte man in den einzelnen Ausschüssen diskutieren. Hier wurde schon gesagt, die Ausschüsse haben auch ein Selbstbefassungsrecht.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Für ÖBS sind keine Milliarden beschlossen worden. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wir brauchen nicht zu diskutieren, Herr Dr. Schoenenburg, Sie sind in der Regierungsverantwortung,

(Barbara Borchardt, PDS: Und Sie waren es!)

und die Opposition hat auch die Pflicht, für Sie vielleicht nicht angenehme Anträge zu stellen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Danke sehr, Herr Grams.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/327 abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? –

(Gerd Böttger, PDS: Ich denke, Sie wollen die Zuständigkeit! Jetzt wollen Sie die wieder nicht? – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Dieser Änderungsantrag ist mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS bei zwei Stimmenthaltungen der PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/295

(Gerd Böttger, PDS:
Na, jetzt bin ich mal gespannt.)

mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. –

(Gerd Böttger, PDS: Warum nicht gleich so!)

Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag einstimmig angenommen worden.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluß der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 19. Mai 1999, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 19.59 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Sylvia Bretschneider, Martin Brick, Sigrid Keler, Bärbel Kleedehn, Annegrit Koburger, Dr. Harald Ringstorff und Dr. Gottfried Timm.

Namentliche Abstimmung

über den
**Änderungsantrag der Abgeordneten Monty Schädel,
 Annegrit Koburger und Heike Lorenz, Fraktion der PDS**
 – Drucksache 3/322 –

Jastimmen

SPD

Borchert, Rudolf
 Staszak, Karla

PDS

Dr. Bartels, Gerhard
 Bluhm, Andreas
 Böttger, Gerd
 Borchardt, Barbara
 Dr. Bunge, Martina
 Gramkow, Angelika
 Holter, Helmut
 Kassner, Kerstin
 Koplin, Torsten
 Kreuzer, Götz
 Lorenz, Heike
 Müller, Irene
 Muth, Caterina
 Ritter, Peter
 Schädel, Monty
 Scheringer, Johann
 Dr. Schoenenburg, Arnold
 Schulz, Gabriele
 Schwebs, Birgit

Neinstimmen

SPD

Backhaus, Till
 Baunach, Norbert
 Beyer, Heidemarie
 Bräunig, Erhard
 Dankert, Reinhard
 Dr. Eggert, Rolf
 Friese, Siegfried
 Gerloff, Claus
 Dr. Klostermann, Henning
 Dr. Körner, Klaus-Michael
 Kuessner, Hinrich
 Mahr, Beate

Monegel, Hannelore
 Müller, Detlef
 Müller, Heinz
 Dr. Reißmann, Manfred
 Schildt, Ute
 Schlotmann, Volker
 Dr. Seemann, Margret

CDU

Dr. Born, Ulrich
 Brauer, Lutz
 Dr. Gehring, Hubert
 Glawe, Harry
 Grams, Friedbert
 Helmrich, Herbert
 Holznagel, Renate
 Dr. Jäger, Armin
 Dr. König, Arthur
 Markhoff, Dieter
 Nolte, Georg
 Prachtl, Rainer
 Rehberg, Eckhardt
 Riemann, Wolfgang
 Schnoor, Steffie
 Seidel, Jürgen
 Thomas, Reinhardt
 Vierkant, Jörg

Enthaltungen

CDU

Nitz, Thomas
 Skrzepski, Gesine

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	60
Gültige Stimmen	60
Jastimmen.....	21
Neinstimmen	37
Enthaltungen	2

Namentliche Abstimmung

über den
Antrag der Abgeordneten Monty Schädel,
Annegrit Koburger und Heike Lorenz, Fraktion der PDS
Krieg in Jugoslawien sofort beenden
– Drucksache 3/292 –

Jastimmen

PDS

Dr. Bartels, Gerhard
Bluhm, Andreas
Böttger, Gerd
Borchardt, Barbara
Dr. Bunge, Martina
Gramkow, Angelika
Holter, Helmut
Kassner, Kerstin
Koplin, Torsten
Kreuzer, Götz
Lorenz, Heike
Müller, Irene
Muth, Caterina
Ritter, Peter
Schädel, Monty
Scheringer, Johann
Dr. Schoenenburg, Arnold
Schulz, Gabriele
Schwebs, Birgit

Neinstimmen

SPD

Backhaus, Till
Baunach, Norbert
Beyer, Heidemarie
Bräunig, Erhard
Dankert, Reinhard
Dr. Eggert, Rolf
Friese, Siegfried
Gerloff, Claus
Dr. Klostermann, Henning
Dr. Körner, Klaus-Michael
Kuessner, Hinrich
Mahr, Beate
Monegel, Hannelore
Müller, Detlef
Müller, Heinz
Polzin, Heike
Dr. Reißmann, Manfred

Schildt, Ute
Schlotmann, Volker
Dr. Seemann, Margret
Staszak, Karla

CDU

Dr. Born, Ulrich
Brauer, Lutz
Dr. Gehring, Hubert
Glawe, Harry
Grams, Friedbert
Helmrich, Herbert
Holznagel, Renate
Dr. Jäger, Armin
Dr. König, Arthur
Markhoff, Dieter
Nolte, Georg
Prachtl, Rainer
Rehberg, Eckhardt
Riemann, Wolfgang
Schnoor, Steffie
Seidel, Jürgen
Thomas, Reinhardt
Vierkant, Jörg

Enthaltungen

SPD

Borchert, Rudolf

CDU

Nitz, Thomas
Skrzepski, Gesine

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	61
Gültige Stimmen	61
Jastimmen.....	19
Neinstimmen	39
Enthaltungen	3